

40 Jahre Steirische Volkspartei

Vorwort des wissenschaftlichen Leiters

Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger:

„Auch das Dauerhafte bedarf der Darstellung“

Seite 4

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer: „40 Jahre Steirische Volkspartei“ Seite 7
Landtagspräsident a. D. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren:

„Erlebte Volkspartei — Erinnerung mit Lücken“ Seite 9

40 Jahre Steirische Volkspartei — eine Chronik von Herwig Hösele Seite 11

Die ÖVP-Landesregierungsmitglieder seit 1945 Seite 22

Alfons Gorbach: Staatsmann der Versöhnung Seite 25

Dr. Leopold Kollmann: „Anton Pirchegger: Ein Bauer als Landeshauptmann“ Seite 29

Dr. Leopold Kollmann: „Franz Thoma: Der Bauerneigner“ Seite 30

Prof. Max Mayr, „Josef Krainer I. — Landesvater und Staatsmann“ Seite 31

Dr. Otto Holzinger: „Der Bauernführer Josef Wallner“ Seite 34

Bundesminister a. D. Dr. Theodor Piffl-Perčević:

„Mosaiken eines Lebens“ Seite 36

Landeshauptmann a. D. Dr. Friedrich Niederl:

„Neuer Anfang nach dem Krieg“ Seite 39

Landtagspräsident a. D. Franz Feldgrill: „Neues fördern und schützen“ Seite 41

Landtagspräsident Franz Wegart: „Neue Methoden der Arbeit“ Seite 43

Wie kam ich zur, warum engagierte ich mich für die Volkspartei?

Seite 47

Mit Beiträgen von NRAbg. a. D. Johanna Bayer, Bundesrat a. D. Edda Egger, NRAbg. a. D. Dr. Hermann Geißler, NRAbg. a. D. Adolf Harwalik, Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba, Landesrat Dr. Helmut Heidinger, LAbg. LPS Dr. Gerhard Hirschmann, Bundesrat a. D. Otto Hofmann-Wellenhof, KADir. a. D. Hofrat Dr. Otto Holzinger, Landeshauptmann-Stellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, LAbg. Dr. Lindi Kalnoky, III. Landtagspräsident Waltraud Klasnig, LAbg. a. D. Ök.-Rat Karl Lackner, Dr. Reinhold Lopatka, Mag. Herbert Marussig, Landesrat Dipl.-Ing. Josef Rieger, Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, Dipl.-Ing. Dieter Schoeller, LAbg. LS Hermann Schützenhöfer, LAbg. Hubert Schwab, Bundesrat Wirkl. Hofrat Prim. DDr. Gerd Stepantschitz, Stadtrat Dipl.-Ing. Helmut Strobl, NRAbg. a. D. Dir. Hans Vollmann.

Kritische Stimmen

Seite 73

Mit Beiträgen von Chefred. Josef A. Nowak, Tiroler Tageszeitung; Red. Hans Werner Scheidl, Die Presse; Red. Herwig Schmidl, Kurier; Chefred. Markus Ruthardt, Steirerkrone; Chefred. Dr. Gerfried Sperl, Süd-Ost-Tagespost; Chefred. Alexander Vodopivec, ORF; Dr. Franz-Ferdinand Wolf, Profil; Dr. Erwin Zankel, Kleine Zeitung; Prof. Harald Baloch; Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl; Univ.-Ass. Dr. Manfred Prisching; Dr. Peter Vujica.

Schlaglichter

Seite 91

Dr. Alois Adler: „Die Wahlen zum ersten Steiermärkischen

Landtag der Zweiten Republik“ Seite 92

Bundesrat a. D. Otto Hofmann-Wellenhof: „AEIOU“ Seite 94

Hofrat Prof. Franz Göbhart: „Auf Wiederschen in Sowjetösterreich“ Seite 95

KADir. a. D. Hofrat Dr. Otto Holzinger: „Die Gründung des „Steirerblatt“, der heutigen Süd-Ost-Tagespost“ Seite 96

Bundesminister a. D. Dr. Karl Gruber: „Die Neue Österreichische Gesellschaft“ Seite 98

NRAbg. a. D. Dr. Hermann Geißler: „Das Protestantengesetz 1961“ Seite 99

NRAbg. a. D. Dir. Hans Vollmann: „Meine Mitarbeit beim ASVG“ Seite 101

Bundesrat a. D. Edda Egger: „Politische Arbeit steirischer Frauen“ Seite 102

NRAbg. a. D. Dir. Hans Vollmann: „Die Bildung der Seite 103

Steiermärkischen Landesregierung 1945“ Seite 103

„Dokumente“

Seite 105

politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften

23 a

April 1985/6. Jahrgang

**40 Jahre
Steirische
Volkspartei**

Wissenschaftliche Leitung:

Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger

Redaktion:

Mag. Peter Bermann

Herwig Hösele

Alexandra Göbhart

Ludwig Kapfer

Gestaltung: Georg Schmid

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus,

Bildungszentrum der ÖVP Steiermark,

Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz-Andritz

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Fotos: Amsüss, Archiv der Kleinen Zeitung, Basch, Bild- und Tonarchiv des Landesmuseums Joanneum, Blaschka, Fischer, Gerstenberger, Gmeiner, Hofmeister, Jungwirth, Marko, Pflaum, Philipp, Steffen, Waschel
Hersteller: Druck- und Verlagshaus Styria, Graz.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: „politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

EDITORIAL

Im 40. Bestandsjahr der Zweiten Republik stellen sich viele Fragen über Sinnhaftigkeit bisheriger Entwicklungen und Perspektiven, Chancen und Gefahren künftiger. Fragen der Zukunft der österreichischen Demokratie sind zwangsläufig Fragen nach der Zukunft der diese Demokratie tragenden Parteien. Die Volkspartei war seit Beginn der Zweiten Republik 25 Jahre lang führende Kraft des neuen Österreich und ist seit 40 Jahren prägende Kraft der Steiermark. 40 Jahre Steirische Volkspartei sind daher Anlaß zur Besinnung auf die großen und verpflichtenden Traditionen, auf die Herkunft im Blick auf die Zukunft. Dazu will diese unter wissenschaftlicher Leitung von Professor Alfred Ableitinger gestaltete Sondernummer des „politicum“ einen Beitrag leisten — in der Darstellung der großen Entwicklungslinien, der großen Persönlichkeiten, die das Profil der Steirischen Volkspartei geprägt haben, im Aufzeigen von Konturen künftiger Entwicklungen und dem Beleuchten interessanter Facetten. Darum bemühen sich die folgenden Beiträge, die einen weiten Bogen spannen. Nach den grundlegenden einleitenden

Worten des Landeshauptmannes und des Ehrenobmannes unserer Gemeinschaft eine kurze zeithistorische Skizze „40 Jahre Steirische Volkspartei“. Danach die Porträts jener bereits verwiegten großen Männer, die für die Steirische Volkspartei höchste Verantwortung in Bund und Land getragen haben: Bundeskanzler Gorbach, der erste ÖVP-Landeshauptmann Pirchegger, Landeshauptmann Krainer, Bundesminister Thoma und der gesamtösterreichische Präsident des Bauernbundes, Wallner. Altlandeshauptmann Niederl und Bundesminister Piffl kommen selbst zu Wort. Der ehemalige Außenminister Karl Gruber, ein enger Freund von Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer, ebenso.

Wir haben auch Persönlichkeiten aller Generationen gebeten, die Frage „Warum habe ich mich in der Steirischen Volkspartei engagiert?“ zu beantworten. Dieser Beitragsteil zeigt die Breite, Vielfalt, Offenheit und Vitalität der Steirischen Volkspartei. Auch namhafte Publizisten Österreichs wurden gebeten, der Steirischen Volkspartei den Spiegel vorzuhalten. Genauso wie wir andere kritische Geister darum er-

sucht haben, wie etwa Harald Baloch. Weiters ein Beitragsteil über interessante, wenig bekannte, aber wesentliche Teilaufgaben der politischen Entwicklung. Berichte über die ersten Wahlen und die Bildung der ersten Landesregierung 1945, über die Frauen in politischen Funktionen in der Steiermark, über die Anfänge der Parteipublizistik, also über das „Steirerblatt“, den Vorgänger der „Südost-Tagespost“, über den maßgeblichen Anteil der Steirer an wichtigen Gesetzeswerken, wie der Protestantent- oder der Sozialgesetzgebung. Und schließlich beschreiben engagierte Wissenschaftler mögliche Zukunftsentwicklungen von Parteien, Gesellschaft und Demokratie in Österreich.

Das Sonder-„politicum“ „40 Jahre Steirische Volkspartei“ soll daher ein interessantes Mosaik mit Denkanstößen zur Standortbestimmung und Zukunftsbewältigung bieten.

Wir danken allen, die uns Materialien zur Verfügung gestellt haben. Sie sind entweder direkt in dieses Heft eingeflossen oder sind wertvolle Bausteine für das im Aufbau befindliche Archiv der Steirischen Volkspartei.

AUCH DAS DAUERHAFTE BEDARF DER DARSTELLUNG

1

Es ist ein merkwürdiger, scheinbar paradoxer Befund, daß eine politische Gemeinschaft von Menschen, die im Durchschnitt eher rechts als links stehen, die sich auf die Bewahrung althergebrachter Wertvorstellungen in der Regel etwas zugute halten, sich mit ihrer eigenen Geschichte eher wenig befaßt (hat). In Wirklichkeit ist dieser Befund vermutlich weder paradox noch eigentlich richtig.

Er ist erstens nicht paradox, weil Menschen des umschriebenen Schlages in bezug auf die Wertvorstellungen, die diese Menschen politisch zusammenführen, die Überzeugung hegeln, daß diese Werte ohnehin dauerhaft wirken, daß sie die „wahren“ Werte sind, nämlich die den Menschen als Menschen entsprechenden. Solche Werte würden zwar von Zeit zu Zeit, kürzer oder länger, keine Anerkennung finden, sich dann aber doch wieder zur Geltung bringen, sie würden „revitalisiert“ werden, eben weil sie den Menschen, dem „Maß des Menschen“ selber entspringen. Was aber im Grunde *so* dauerhaft ist, *hat* strikt genommen keine Geschichte, bedarf nicht der geschichtlichen Besinnung, Vergewisserung, Darstellung.

2

Zweitens ist der Befund nicht richtig, jedenfalls nicht in der schlichten Simplizität, in der er eingangs hier formuliert worden ist. Die in der politischen Gemeinschaft namens ÖVP zusammenkommen Menschen, die von ihr angerufenen Menschen, die auf diesen Ruf, oft zu ihrem eigenen Erstaunen, positiv reagierenden Menschen sind von unterschiedlichster Gruppenangehörigkeit. Sie mögen Arbeiter, Angestellte sein (und als solche Gewerkschafter oder auch nicht); sie mögen Bauern sein; Freiberufler, Gewerbetreibende, industrielle Unternehmer; Beamte, Lehrer; prononcierte Katholiken oder Protestanten, die zuerst einmal in und mit ihrer Kirche leben und erst tertiar mit der ÖVP; CVer; bewußte Liberalen, früher zumeist (Deutsch-)Nationalliberale; Blasmusiker, am Volks- und seinen Bräuchen Interessierte, sich an ihm erwärmende Stadtbewohner usw. usw.: Als Gruppenzugehörige, besonders wenn sie als solche an den Organisationen ihrer Gruppe teilnehmen, haben sie ihre Geschichte, befassen sie sich wohl auch mit ihr. Und darum besteht kein krasser Mangel an Schrifttum über christliche Gewerkschaften, Bauernbünde, Handelskammern, Lehrervereine u. a. m. (Diesen Schriften eignet als, ihrem Wesen nach, Vereinschrifttum allerdings Introvertiertheit, Nabelschau, oft Mangel an Horizont und Perspektive; weshalb in ihnen auch mitunter die sonderbarsten Polemiken ausgetragen werden.)

3

Daß das Leben primär in der Gruppe stattfindet, dem das private noch vorangeht, daß das Selbstverständnis aus der Gruppe bezogen wird und nicht aus der Partei; das reflektiert zuerst einmal das Verhältnis der durchschnittlichen VP-Anhängerschaft zur Politik überhaupt. Von ihr wird für das eigene Leben nur Begrenztes erwartet, ihr wird auch nur begrenzte Kompetenz zugebilligt gegenüber dem eigenen Leben, gegenüber dem der Gruppe. Politik ist diesen Menschen nicht nur der katholischen Soziallehre wegen, sondern aus genuinem Lebensgefühl heraus etwas bloß Subsidiäres. Zugleich etwas immer wieder in dem Verdacht Stehendes, seine Begrenzung überschreiten zu wollen — durch Machtanmaßung oder durch Machttausübung schlechthin. (Darum begegnet uns dann auch häufig die positive Überraschung, die viele bei der praktischen Begegnung mit Politik, Partei und bestimmten Politiker-Personen überkommt; diese Schrift ist in ihren autobiographischen Beiträgen voll von entsprechenden Konfessionen.)

Ist es die wachsende Komplexität der gesellschaftlichen Zusammenhänge selbst und der von ihr ausgehende politische Regelungsbedarf (mitsamt dem Bedarf an Verzicht auf manche einmal getroffene politische Regelung zu Gunsten anderer und auf neue Weise zustande gebrachter Regelungen)? Oder ist es die Befindlichkeit der ÖVP-Anhängerschaft in einer, österreichweit gesehen, wie es scheint anhaltenden Minderheits- und Oppositionssituation? Was den bedeutenden Wandel auch immer bewirkt haben mag: M. E. ist unter den in diesen Zeilen schon mehrfach beschworenen, durchschnittlichen ÖVP-Anhängern das Bewußtsein wechselseitigen Zusammehalts, die Bereitschaft zu ihm in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gestiegen. In anderen Worten, es hat Integration stattgefunden und sie findet weiter statt, und die Relationen zwischen Gruppen- und Parteizugehörigkeit befinden sich auch auf der Ebene der Mentalitäten im Wandel. Nicht zufällig, glaube ich, ist darum auch Interesse an der *Parteigeschichte* im Wachsen. Man erfährt das, wenn man nach einschlägigem Quellenmaterial fragt: Die Bereitwilligkeit wächst, es nicht bloß zu horten, es nicht bloß als staubverhüllte Bündel zu sehen, die düsteren Geheimnisse der Vergangenheit bergen, an die man nicht röhren soll. Man erhält Einblick in solche Materialien — wenn sie existieren —, ihre Besitzer sind zuweilen positiv neugierig darauf, was und wie das zum geschichtlichen Bild einer Ganzheit beitragen kann, was sie aufbewahrt haben.

Wir sind heute, verglichen mit der Lage in westlichen Nachbarstaaten, noch ein gutes Stück davon entfernt, eine moderne Geschichte der ÖVP in Österreich, erst recht eine der Steirischen Volkspartei schreiben zu können. Was die erste anlangt, hat allerdings Ludwig Reichhold vor nun 10 Jahren einen großen Wurf vorgelegt, der noch lange Gültigkeit besitzen wird; und doch sind bedeutende Aktivitäten im Karl von Vogelsang-Institut in Wien im Gang, über ihn hinauszuschreiten. Was die steirische Ebene betrifft, so führt die vorliegende Schrift vielleicht einige Schritte voran. Sie tut das, wenn sie es tut, in der Gestalt von Antworten zu einer Umfrage, die unter dem Arbeitstitel „Wie kam ich zur, warum engagierte ich mich für die Volkspartei?“ veranstaltet wurde. Sie tut es, wenn sie es tut, in biographischen Beiträgen über einige besonders herausragende, verstorbene Persönlichkeiten der Partei seit 1945 bzw. in Beiträgen, die auf Gespräche mit Männern wie Dr. Friedrich Niederl, Franz Wegart, zurückgehen. Sie tut es, wenn sie es denn tut, in einigen thematisch enger gefaßten Artikeln, die es sich nicht zuletzt zum Ziel gesetzt haben, Impulse in Erinnerung zu rufen, die von der Steirischen Volkspartei in die Bundespolitik eingespeist wurden. Auf welchem dieser vier Zugänge immer: Auf jedem finden sich Steinchen zu einem Mosaik, das als ganzes noch nicht gelegt werden kann, von dem man aber mit etwas Phantasie — aber nicht einfach phantasierend — zu ahnen vermag, wie es in seiner Totalität ungefähr ausschen mag. Alles in allem, es dürfen nicht unansehnlich werden (und das wiederum nicht allein darum, weil die Steirische Volkspartei, jedenfalls im Lande, eine im politischen Wettbewerb ausgesprochen erfolgreiche Bewegung darstellt).

Aber *einen* Eindruck könnte diese Schrift vielleicht vermitteln, den mancher als Bestätigung längst gehegten Verdachts nehmen mag: Diese ÖVP, auch die in der Steiermark, sei eine Partei einiger großer Männer (und, weniger zahlreich, bedeutender Frauen), sie sei eine Partei derer „da oben“ und derer „die hinaufgekommen sind“. Und sie bekräftige diesen Verdacht durch die Weise, in der sie ihre eigene Geschichte präsentiert, durch die Manier, in der sie sich mit der von ihr so aufgefaßten Geschichte wohl auch selber feiert.

Natürlich wäre dieser Eindruck grundfalsch. Diese Partei ist intensiv sozial, regional und lokal in der steirischen Bevölkerung verankert; zuletzt bewies es der 24. März '85. Aber es dürfte schwerfallen, jemanden, der sich solchen irrgen Vorurteilen hingibt, es sich in ihnen vielleicht sogar unbehaglich-behaglich gemacht hat, von seinem Irrtum zu überzeugen. Und doch hätte ein solcher Eindruck, wenn ihn diese Schrift vermittelte, eine ganz triviale Verursachung: Die Materialgrundlagen für das Sein und Leben der Partei in ihren mittleren Rängen und „unten“, vor Ort, sind einstweilen bescheiden, an der Quellenbasis für die soziale Zusammensetzung ihrer lokalen Vertrauensleute und Funktionäre mangelt es noch auf weite Strecken. Eine „Soziographie“ der Steirischen ÖVP in ihrem Wandel, eine „Alltagsgeschichte“ ihres Tuns und Lassens bleibt fürs erste ein offenes Desiderat. Es zu erfüllen, sind Arbeiten in Gang gesetzt worden. Etwas Geduld ist geboten, während wir auf ihre Resultate warten. 1995?

Für heute werden Vielfalt und Einheit der Partei seit 1945 dem geschichtlichen Blick primär in Biographien und autobiographischen Besinnungen von Persönlichkeiten sichtbar.

40 JAHRE STEIRISCHE VOLKSPARTEI

40 Jahre Steirische Volkspartei — das ist für uns nicht Anlaß für Nostalgie und selbstzufriedene Nabelschau; 40 Jahre Steirische Volkspartei — das ist ein Anlaß, unsere Dankbarkeit für jene Frauen und Männer zum Ausdruck zu bringen, die 1945 diese neue österreichische und steirische Integrationspartei gegründet, einander die Hände zu gemeinsamer Arbeit gereicht und die in den Jahrzehnten danach das Werk des Aufbaues getragen haben;

40 Jahre Steirische Volkspartei — das ist für uns Anlaß zu verstärkter Besinnung auf die große und verpflichtende Tradition unserer Gemeinschaft, insbesondere zur Besinnung auf das, was den Königsgedanken unserer Volkspartei als politischer und sozialer Integrationspartei gerade auch angesichts der Herausforderung des Jahres 1985 ausmacht.

Die tragenden Prinzipien der christlichen Soziallehre — Subsidiarität, Solidarität und Personalismus —, die ihre Entsprechung auch in modernem, liberalen und neokonservativem Gedankengut haben, — und die in diesem Zusammenklang das gesellschaftspolitische Fundament unserer Volkspartei bilden — sind angesichts des Fehlschlages unüberbrückbarer Zentralisierung, der finanziellen Überforderung einer rein staatlich und materiell orientierten Sozialpolitik und der Klagen über Vermassung und Anonymität aktueller denn je. Es ist und bleibt die wichtigste Aufgabe einer Volkspartei, sich um eine möglichst breite ideelle und soziale Integration zu bemühen. Und es liegt im Wesen einer tief in der Bevölkerung verwurzelten politischen Bewegung, besonders hellhörig zu sein gegenüber den jeweiligen Sorgen, den Wünschen, Nöten und Problemen der Menschen unseres Landes.

Ein klares Profil und weit ausgefahrene Antennen für die Strömungen der Zeit — das ist Lebenselixier und aktuelle Aufgabe unserer Volkspartei. Deshalb nehmen wir auch



Protestphänomene und das geschräfte Umweltbewußtsein besonders ernst.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß unsere Volkspartei auch diese Integrationsaufgabe der achtziger Jahre schaffen wird.

So wie unsere Mütter und Väter nach 1945 die Versöhnung zwischen den drei gegnerischen, ja, den feindlichen Lagern aus der Zwischenkriegszeit zustande gebracht haben, so wie die ehemaligen Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die Nationalen das neue Österreich aufgebaut haben, so wie wir in den sechziger und siebziger Jahren viele kritische Impulse aufnehmen konnten, so werden wir auch heute neue Brücken bauen.

Und so wie es in der sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartnerschaft gelungen ist, den Konflikt von Kapital und Arbeit nach dem Krieg in einer fruchtbereichen und dynamischen Synthese des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes zu bewältigen, so wird es in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft und einer neu zu schaffenden Partnerschaft gelingen müssen, den Konflikt von Ökonomie und Ökologie zu einer fruchtbaren Synthese zu bringen.

Überhaupt müssen wir uns einer Tatsache besonders bewußt sein: Viele unerfreuliche politische Kon-

frontationen im 40. Bestandsjahr der Zweiten Republik wie etwa die Auseinandersetzungen um den 8. Dezember, um Hainburg und um Zwentendorf zeigen, daß alte und zum Teil auch erstarrte Muster des politischen Stils für die Zukunft nicht zielführend und erfolgversprechend sind.

Wir wollen uns daher insbesondere in einem solchen Jubiläumsjahr darauf besinnen, was Österreich nach 1945 so stark gemacht hat: Österreichs politische Kultur ist in ihren besten Seiten und zu ihren besten Zeiten eine solche der Zusammenarbeit gewesen, sowohl was die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften im kooperativen Bundesstaat betrifft, als auch jene zwischen den Ländern und Gemeinden und zwischen den Sozialpartnern.

Die großen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft verlangen daher nach konzentrierter Zusammenarbeit aller politischen Kräfte unseres Landes und nach verstärkter Bürgermitbestimmung durch direktdemokratische und partizipative Elemente, wofür die Schweiz mit ihrer Stabilität und Prosperität Vorbild sein kann.

Wir brauchen die Sammlung der politischen Kräfte und besten Köpfe, um das Zukunftsorientierte und Notwendige mehrfachfähig zu machen, um jenes Klima der Erneuerung und Innovation zu schaffen, das Gesellschaft, Politik und Wirtschaft unseres Landes so dringend brauchen, um die Zukunft zu meistern.

Dabei müssen wir uns vor allem neu um einen Grundkonsens der politischen Kräfte Österreichs für unsere Demokratie und für unseren gemeinsamen Staat bemühen.

Das wäre eine der Hauptaufgaben für dieses 40-Jahr-Jubiläum unserer Zweiten Republik.

Weniger feierliche Worte, mehr Kraft und Anstrengung in Haltung und Gesinnung wäre dabei zu wünschen.

ERLEBTE VOLKSPARTEI – ERINNERUNG MIT LÜCKEN

Ein Ereignis zu feiern, an das man sich gerne erinnert oder das man nicht vergessen will und darf, gehört zum Ritual einzelner Menschen, kleinerer und größerer Gemeinschaften und schließlich auch eines ganzen Landes und Volkes. Zwar ist eine 40-Jahr-Feier kein zwingend notwendig von der Tradition vorgeschriebener Termin, und es ist oft wie bei den Haaren herbeizogen, wenn es offensichtlich – durchaus annehmbare – Nebenzwecke sind, denen er nutzbar gemacht werden soll. Werbungen für das geschäftliche Unternehmen eines Hauses oder einer Gegend lassen sich damit verbinden. Nun aber dürfen die letzten April- und die ersten Mai-Wochen dieses Jahres nicht vorübergehen und darf die Erinnerung an die Vorgänge in den gleichen Wochen vor 40 Jahren nicht ungenutzt bleiben. Freilich, es gibt Betroffene des Frühlings 1945, denen eine Welt zusammengebrochen schien, die verwundet einer ungewissen Zukunft entgegenschauten. Vae victis. Aber im Rückblick können wir uns nie genug vergegenwärtigen, was damals sich ereignet und entschieden hat und schicksalhaft als Weg des neuen Österreich begann. Nicht nur der jungen Menschen wegen, die damals kleine Kinder oder überhaupt noch nicht auf der Welt waren, muß an alles damals Begonnene erinnert werden. Bei aller Entsetzlichkeit, die einem zu Ende gehenden Krieg zu eignen ist, es war ein Geschenk, das uns damals in einer Gewitterstunde der Geschichte in die Hände gelegt worden ist. Im Trubel der Alltagsgeschäfte bedenken wir nicht, welche Bedeutung es hatte und welches frivole Spiel wir treiben, wenn wir es in einer unausrottbaren Raunzerei und Kritiksucht zu verkleinern und geringzuachten versuchen. Das Geschenk von damals, bitter erworben, blieb im wesentlichen und ganzen unverstellt durch die 40 Jahre seither bestehen: Es ist der demokratische Grundkonsens: Wir wollen dieses Österreich, wir wollen das Österreich als Bundesstaat, wir wollen dieses Österreich als Partei-estaat, in dem die freie Gesinnung gesichert und die einzelnen Gruppen mit verschiedenen Grundhaltungen zum Zusammenleben entschlossen sind. „Wir haben gelernt, miteinan-



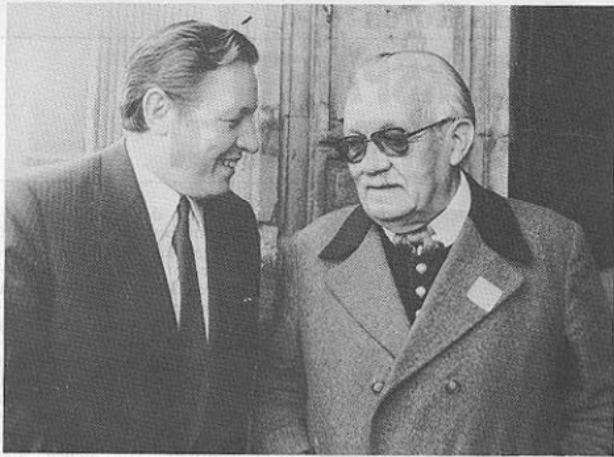
der zu leben.“ Durch Skandale und Umtriebe kann dieser Grundkonsens wohl bezweifelt und für einen Augenblick erschüttert, aber in seinem Bestand nicht gestört werden, solange es demokratische Parteien in diesem Staate gibt, die sich in der einmal gemeinsam versprochenen und ausgesprochenen Verpflichtung verbunden haben.

Eine Laudatio, die uneingeschränkt und nur aus Lobesworten und Liebeserklärungen bestünde, wäre freilich keiner der österreichischen Parteien angemessen. Auch meiner, unserer Österreichischen Volkspartei nicht, so sehr man, ihr verbunden, lieber zur Nachsicht bereit ist, für manches Malheur, das auch in ihr passierte, eher sich um ein Verständnis bemüht. Man kennt die einzelnen Menschen besser, ihre Anlagen, ihre Stärken und Schwächen, ihre Vorlieben und Vorurteile und ist schon deswegen williger, sie zu verteidigen und in Schutz zu nehmen bereit.

Nun, auch in unserer Volkspartei hat, wie in anderen Parteien, auch nicht immer „alles gestimmt“. Ehrgeiz und Methoden, die manchmal an Intrigen erinnern, soll es gegeben haben. Zu mehr als vorübergehenden Verärgerungen hätten sie kaum geführt. Hausmachtgründungen haben kaum stattgefunden. Wo Ansätze dazu da gewesen wären, haben sie sich – wie in der Antike – immer gegen den Gründer selbst gerichtet. Aber was ist das alles gegen die positiven Errungenschaften, die gerade von dieser Österreichischen

Volkspartei in der Steiermark bewirkt und mitbewirkt worden sind! In welche geistige Weite und materielle Breite hat nicht die Volkspartei in unserem Land den allgemeinen demokratischen Konsens auch verwirklicht, wie viele Menschen sind „mit dem Staub verschiedener Straßen auf ihren Schuhen“ gekommen und haben in ihr eine Heimat gefunden. Josef Krainer, Alfons Gorbach, Karl Brunner haben ihr Herz dafür als Pfand gegeben. Es ist nicht statthaft, von denen, die einmal einer anderen Ideologie gedient haben, wie von Schurken zu sprechen, und es ist unbedacht und ungerecht, für Menschen, die nichts wollten als zusammenführen, für gegenseitiges Verständnis zu werben, den als Denunzierung gemeinten Ausdruck „Brückebauer“ zu verwenden.

Ein auch nur mehr „älteren Menschen“ in seiner geschichtlichen Größe bekanntes Ereignis war die Einkehr oder die Heimkehr der Steirer aus der alten Untersteiermark über die seit 1920 gesetzte Grenze des Landes. Die mit einer Gründung ihrer eigenen Existenz am Wiederaufbau des ganzen Landes redlich und erfolgreich Mitwirkenden nannten und nennen sich Deutsch-Untersteirer. Wie anders hätten sie ihre in der Sprache und im Lebensstil verkörperte Identität gegenüber ihren slowenischen Mitbewohnern ausdrücken sollen? Wenn sie an ihrem alten Herkunftsnamen festhalten, ist es kein Hochverrat an der Republik Österreich, zu der ihnen die Steirer gerne die Tore geöffnet haben. Es paßt nicht ganz in den Zusammenhang, aber es soll doch auch unter den erfreulichen Bildern der Gegenwart festgehalten werden: Die Volkspartei ist keine katholische Partei. Es fehlt ihr auch das „C“ der Schwesterparteien in der Bundesrepublik. In ihr finden sich Angehörige aller Bekenntnisse, ohne jede Mentalreservierung zu einträchtiger Arbeit zusammen, und sie alle wollen in ihre Einheit auch alle einbeziehen, die ohne konfessionelle Bindung in einem freien Humanismus Ethik und Normen ihres Handelns finden. Ohne Hochmut über andere hinweg glauben wir für uns doch in Anspruch nehmen zu dürfen, daß letztlich immer das Menschliche,



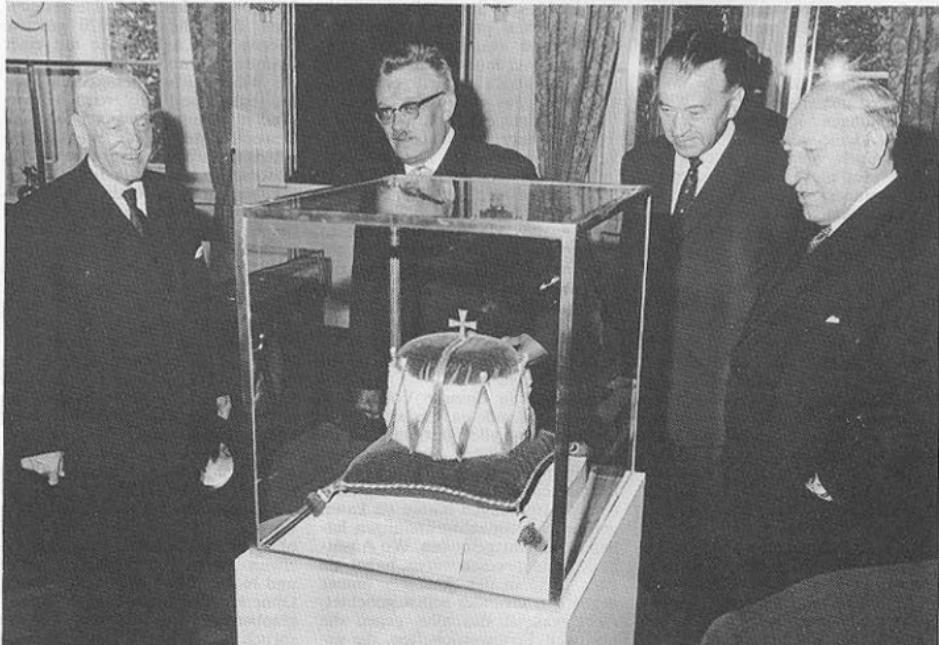
das Miteinander- und Für-einander- da-Sein, bestimmd war für die Gestaltung und Ordnung des Le- bens im eigenen Haus und von dieser Basis hinaus wirkend in das öffentliche Leben. Menschlich be- gründet auch ist die Öffnung der Gesinnungsgemeinschaft, die durch alle Wirrnisse unverlierbare Werte der Tradition festhielt, in die neue Zeit hinein, in ihre Kunst, ihre Wissenschaft und ihre Sozialethik.

So ließe sich die Geschichte der Steirischen Volkspartei auch in Menschenbildern porträtiieren, die in der Burg und auf dem Karmeliterplatz in Ehren gehalten wurden und werden. Die Persönlichkeiten, die, aus der Volkspartei kommend, Landeshauptleute wurden, waren durchwegs auch durch ihren eigenen persönlichen Stil ausgezeichnet. Sie waren mit ihrer Sorge nicht nur dem unmittelbar Notwendigen offen,

sondern gaben als Erschließer neuer Wege ein Beispiel, das im Lande wirkte und darüber hinaus respek- tiert und angenommen wurde. So ist es bis heute. Den Landeshauptleu- ten, die zumeist auch Landespartei- obmänner waren, standen die Landes- parteisekretäre zur Seite, durch- weg auch eigenständige Persönlich- keiten, keine Bürokraten, sondern mit dem jeweils an der Spitze stehenden Mann mitdenkend und mittragend, die in enger Verbindung mit den Bezirken, aus und in einer tadellos funktionierenden Organisa- tion den weit verzweigten Lebens- raum politischer Ideen und Verant- wortung geschaffen haben.

Die Volkspartei ist eine streitbare, aber keine streitsüchtige Partei. Sie weiß aus der Grundtugend aller Demokratie, der Toleranz und der Achtung vor der ehrlichen Gesin- nung anderer auch, was sie aus ihrer Stärke heraus von anderen verlan- gen und anderen zumuten darf.

Über die natürlichen Gegensätze der Parteien hinweg wird sie immer ihre Auffassung moderiert in die Gestaltung und Bewahrung des Grundkonsenses einbringen. Das Land wird uns erhalten bleiben, wenn die Menschen in ihm nicht vergessen, daß sie mit Menschen zusammenleben – müssen und dürfen.



Koren als steirischer Kulturreferent und Bundespräsident Schärf, Landeshauptmann Krainer und Bürgermeister Scherbaum.

40 JAHRE STEIRISCHE VOLKSPARTEI – EINE CHRONIK

Als sich am 18. Mai 1945 bei den Grazer Kreuzschwestern ca. 60 führende Funktionäre der alten Christlichsozialen Partei aus der Ersten Republik zusammenfanden, gründeten diese bewußt eine neue Partei — die Steirische Volkspartei, die steirische Landesorganisation der bereits am 17. April 1945 in Wien im Schottenstift gebildeten ÖVP. Man wollte bewußt nicht die Nachfolgeorganisation der Christlichsozialen sein, sondern breite soziale Integrationspartei aller bürgerlichen und nichtsozialistischen Kräfte unseres Landes. Diese konsequent seit 1945 betriebene Politik des Brückenschlages zunächst von Christlichsozialen und Nationalen und der Aussöhnung mit ehemaligen Nationalsozialisten war es auch, die der Volkspartei trotz eigentlich schwieriger politischer und struktureller Voraussetzungen bei den Landtagswahlen stets die Mehrheit sicherte. Im Sinne ihrer Aufgabe als Integrationspartei war die Volkspartei in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren um Brückenschläge neuer Art bemüht.

Denn die letzte freie demokratische Landtagswahl der Ersten Republik vom 9. November 1930 hat die Sozialdemokratische Partei mit über 175.000 Wählern als stimmenstärkste Partei gesehen, während die Christlichsozialen auf 162.000 Stimmen kamen. Dafür hatten nationalbürgerliche Gruppen wie der nationale Wirtschaftsblock und der Landbund auf der einen bzw. der Heimatblock auf der anderen Seite je über 60.000 Stimmen, der Schober-Block über 20.000 Stimmen erhalten.

Nicht umsonst stellte daher in der provisorischen, von der russischen und später britischen Besatzungsmacht bestätigten Landesregierung die SPÖ mit Reinhard Machold den Landeshauptmann, und Professor Alois Dienstleider, der am 18. Mai zum provisorischen Landesleiter der Volkspartei bestellt wurde und 1933 bereits kurzzeitig Landeshauptmann war, bekleidete das Amt eines Landeshauptmann-Stellvertreters.

Krainer und Gorbach — die führenden Köpfe

Schon in den ersten Monaten des Jahres 1945 war die dominierende



Die führenden Funktionäre der „neuen Volkspartei“ 1945 waren bereits vor 1938 aktiv und hatten die bitteren Lehren der 1. Republik gezogen. Ein Bild von 1937 zeigt von links nach rechts: Bauerbunddirektor Babitsch, Landesrat Hollersbacher, Karl Maria Stepan, der Landeshauptmann von 1934 bis 1938, der nach 1945 keine politische Funktion mehr ausübte, den ersten frei gewählten Landeshauptmann nach 1945 Pirchegger, Alfons Gorbach und Josef Krainer.



Josef Krainer mit dem ersten Kanzler der Zweiten Republik und ÖVP-Obmann Leopold Figl.

Persönlichkeit der steirischen Politik in den nächsten zweieinhalb Jahrzehnten führend politisch aktiv — Josef Krainer war geschäftsführender Landesparteiobmann. Über seinen Antrag wird beim ersten Landesparteitag am 23. Oktober 1945, der zugleich der Wahlkampfaufakt für die am 25. November 1945 stattfindenden ersten Nationalrats- und Landtagswahlen im neuen Österreich ist, der aus dem KZ

heimgekehrte Dr. Alfons Gorbach zum geschäftsführenden Landesparteiobmann gewählt. Zwischen Gorbach, der nach dem Tod Dienstleiders 1946 Landesparteiobmann wird, und Krainer, den beiden führenden politischen Köpfen der Steirischen Volkspartei, entwickelt sich eine fruchtbereiche Arbeitsteilung und Zusammenarbeit — der eine nimmt als Landesparteiobmann die führenden bundespolitischen

schen Funktionen ein, die der Steiermark zufallen, vom Dritten Nationalratspräsidenten über das Bundeskanzleramt bis zur Präsidentschaftskandidatur, der andere ist als treuherziger Landesvater „für alle Steier“ rastlos im Einsatz. Ein besonders bedeutsamer Brückenschlag zur Integration und Versöhnung wurde in diesen ersten Monaten des neuen Österreich bereits im Bauernstand vollzogen: Franz Thoma, Landbundführer, Landtagsvizepräsident und Nationalratsabgeordneter der Ersten Republik, vollzog mit Anton Pirchegger, Josef Hollersbacher und Josef Wallner den historischen Handschlag der nationalen mit den christlichsozialen Bauern.

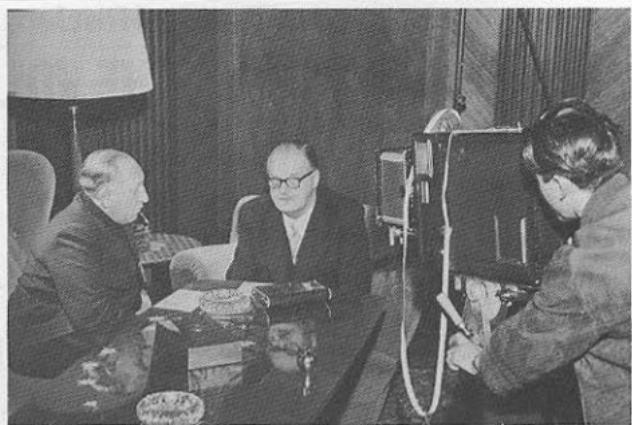
1945 – absolute Mehrheit in Bund und Land

In dieser Situation konnte die Volkspartei bei den beiden Wahlen am 25. November sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene mit der absoluten Mehrheit einen großartigen Erfolg erzielen (Wahlergebnisse 1945 bis 1985, siehe Tabellen auf S. 104)



Figl bei der Stimmabgabe.

Leopold Figl wurde Bundeskanzler, Alfons Gorbach wurde Dritter Nationalratspräsident und erstmals in der Geschichte ein Bauer Landeshauptmann von Steiermark — der Bauernbundobmann Anton Pirchegger, der von der Landesparteileitung mit 31:18 Stimmen gegen Professor Alois Dienstleiter nominiert wurde. Weitere ÖVP-Landesregierungsmitglieder wurden Dipl.-Ing. Tobias Üdler als Landeshauptmannstellvertreter, Josef Krainer, DDr. Udo Illig und Josef Hollersbacher als Landesräte. Landtagspräsident wird Josef Wallner. Das Aufbauwerk des neuen Österreich wird mit aller Kraft und Einsatz fortgesetzt.



Josef Krainer und Staatsvertragskanzler Julius Raab.

Kurt Vorhofer stellte in einem Kommentar am 16. März 1985 fest: „Was hat denn 1945 die ÖVP unter Figls Führung zur absoluten Mehrheit gebracht? Sie war eine neue Partei und nicht ein bloßer Aufguß der alten Christlichsozialen. Sie war die Österreicher-Partei schlechthin, ihre Programmatik, Praxis und ihre Personen waren geprägt vom Willen, den Klassenkampf alten Stils und alter Frontstellung zu überwinden und die Gräben in unserer Gesellschaft zu überbrücken. Dann in den fünfziger Jahren: Der Raab-Kamitz-Kurs brachte eine Reform der Wirtschafts- und zum Teil der Gesellschaftspolitik.“

Schon 1946 zieht Franz Wegart, der 1945 zunächst als ÖVP-Sekretär in seinem Heimatbezirk Radkersburg tätig war, in die Schaltzentrale der Steirischen Volkspartei, den Karmeliterplatz, ein, wo er zuerst als Organisationsreferent und seit 1947 als Landesparteisekretär 15 Jahre lang organisatorische und werbliche Drehscheibe der Partei wird.

1948: Josef Krainer wird Landeshauptmann

Am 6. Juli 1948 zieht sich Landeshauptmann Pirchegger, der schon in den Monaten davor mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hatte, zurück, ebensei stellte der über 70jährige Agrarlandesrat Josef Hollersbacher aus Altersgründen sein Regierungsamt zur Verfügung, nachdem er zuvor schon die Landwirtschaftskammer-Präsidentenschaft an Josef Wallner übergeben hatte. Josef Krainer wird von der Landesparteileitung mit 27:6 Stimmen (diese lauteten auf Dr. Illig) zum neuen Landeshauptmann nominiert, neue Landesregierungsmitglieder werden Ferdinand Prirsch und Franz Thoma.

1949: Rückschläge durch „3. Kraft“

Das Auftreten der dritten Kraft in Gestalt des VdU bringt bei den Wahlen 1949 auf Bundes- und Landesebene erste Rückschläge. Die Volkspartei bleibt auf Bundes- und Landesebene zwar stärkste Partei, aber im Landtag verliert die Volkspartei vier, die SPÖ zwei Sitze an den VdU. Und was noch schwerer wiegt: In der Landesregierung steht es statt bisher 5:4 für die Volkspartei nunmehr 4 ÖVP:4 SPÖ:1 VdU bzw. FPÖ — ein Zustand, der bis 1957 erhalten bleibt. Die VP-Regierungsmannschaft bleibt unverändert, nur der bisherige Landesrat Thomas wird, da eben ein Sitz an den VdU abgegeben werden muß, Landtagspräsident.

1951 – Steirer auf Reformkurs

Nachdem auch die Bundespräsidentenwahlen 1951 verlorengehen, machen die Steirer ihrem traditionellen Ruf als Reformer alle Ehre. In der Steiermark wurde die Versöhnungspolitik konsequent fortgesetzt. Für den 17. November 1951 machten außerordentliche Ereignisse einen außerordentlichen Parteitag möglich. Man verlangte einen entscheidenden Kurs der Volkspartei, und der Ruf nach neuen Männern, der damals erhoben wurde, drang tatsächlich bis nach Wien. Im Jänner 1952 übernahm Raab in der Nachfolge Figls die Führung der Partei, und zusammen mit Kamitz zog Thoma in die Regierung ein. Zum erstenmal hat damit ein Steirer die Agenden eines Landwirtschaftsministeriums übernommen. Auf Thomas Posten im Landtag folgte Wallner.

1953: SPÖ stimmenstärkste Partei

Die Reform griff leider noch nicht rasch genug. So bringen die Nationalrats- und Landtagswahlen vom 22. Februar 1953 der Volkspartei eine schwere Niederlage. Die Sozialisten werden in Bund und Land die stimmenmäßig stärkste Partei; lediglich die Wahlarithmetik sichert der Volkspartei – ebenfalls wieder in Bund und Land – einen Vorsprung von je einem Mandat. Bundeskanzler und Landeshauptmann fallen wie durch ein Wunder wieder der Volkspartei zu. Das Kräfteverhältnis in der Steiermark lautet: 21 ÖVP: 20 SPÖ: 6 VdU: 1 KPÖ.

Die beiden Mahnzeichen werden gehört, vor allem in der Steiermark. Josef Krainer und Alfons Gorbach ergreifen wieder die Initiative zu einer Erneuerung der österreichischen Innenpolitik. Erstes äußeres Zeichen: Der steirische Landesrat DDDr. Udo Illig wird, nachdem Franz Thoma bereits am 23. Jänner 1952 das Landwirtschaftsministerium übernommen hat, auf den Posten des Handelsministers berufen. Dr. Gorbach wird außerdem neuerlich zum 3. Präsidenten des Nationalrates gewählt. Illigs Nachfolger in der Landesregierung wird Karl Brunner.

Die folgenden Jahre stehen im Zeichen einer steten Aufwärtsentwicklung. Der neue „Raab-Kamitz-Kurs“ erringt auf Bundesebene Erfolg.

1957: Eigenständige Landtagswahl bringt großen Erfolg

1955 bringt Julius Raab den Staatsvertrag. Unter diesen Voraussetzungen lassen die vorgezogenen Nationalratswahlen 1956 einen strahlenden ÖVP-Erfolg erwarten. Landeshauptmann Josef Krainer aber will trotzdem die Landtagswahlen von den Nationalratswahlen abkoppeln und bricht, um eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen, sogar seine Amerikareise ab. Bei einer Kampfabstimmung im Landtag gewinnt die ÖVP gegen die Sozialisten, die gegen die Trennung der Wahltermine sind. Der glänzende Erfolg der ÖVP bei der Nationalratswahl 1956 bringt Kritik. Das Ergebnis hätte den Gewinn von zwei Mandaten im Land gebracht. Aber es kommt noch anders. Am 10. März 1957 wird der 4. Landtag gewählt.

Die ÖVP konnte ihren Mandatsstand von 21 auf 24 erhöhen. Die SPÖ erhielt 21 Mandate. Die FPÖ als Nachfolger des VdU fiel auf 3 Mandate zurück und verlor ihren 1949 errungenen Landesratssitz. Seit diesen ersten



Gorbach als Bundeskanzler.

„Krainer-Wahlen“ — Landesparteisekretär Wegart führte für die steirische VP als erster Landesparteiorganisation Österreichs diesen Typus des Persönlichkeitswahlkampfes ein — heißt die Erfolgsparole „Steirisch wählen — eigenständig wählen“, also ohne Überschneidung mit Bundeswahlterminen.

Hanns Korens Kulturpolitik

Der zurückgewonnene fünfte Regierungssitz wird bei ansonst unveränderter ÖVP-Regierungsmannschaft auf Vorschlag Krainers mit Universitätsprofessor Hanns Koren besetzt. Hanns Koren, der bereits seit 1953 im Nationalrat tätig war, kann in den folgenden Jahrzehnten seine bahnbrechende steirische Kulturpolitik der Liberalität, der Spannung von Tradition und Fortschritt, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit entwickeln. Josef Krainer schützt ihn gegen vielerlei Anfeindungen, so daß der „steirische Herbst“, „Trigon“, die Landesaus-

stellungen, das Freilichtmuseum Stübing und vieles andere mehr entstehen und blühen können. Vor allem trägt diese echte Liberalität wesentlich dazu bei, daß die Steirische Volkspartei offen für neue Strömungen der Zeit bleibt und diese etwa auch im Zusammenhang mit der 68er-Generation, also auch der Studentenbewegung, integrieren kann.

1960/61: Gorbach in höchster Verantwortung

Bundesweit gibt es bei der Nationalratswahl 1959 erneut eine große Niederlage. Die SPÖ wird wiederum stimmenstärkste Partei, nur die Wahlarithmetik sichert der Volkspartei die Mandatsmehrheit. Die Steirische Volkspartei steht mit ihrem Landeshauptmann Josef Krainer wieder an vorderster Front der Parteireformer. Dr. Alfons Gorbach wird daher 1960 als Bundesparteiobmann und 1961 als Bundes-



Landeshauptmann Krainer und Bundesminister Udo Illig bei einer Festveranstaltung im Schloß Eggenberg, um dessen Restaurierung sich Illig noch in seiner Zeit als Landesrat besonders angenommen hat.

kanzler der Nachfolger Julius Raabs. 1960 wird Josef Wallner auch gesamtösterreichischer Bauernbundpräsident.

Bei den Landtagswahlen 1961 kann Landeshauptmann Krainer neuerlich Stimmen dazugewinnen. Da Karl Brunner in das Landtagspräsidium wechselt, wird der erfolgreiche Wahlkampfleiter Franz Wegart neuer Landesrat. Mit Dr. Alfred Rainer wird ein neuer Landesparteisekretär bestellt.

Die Nationalratswahlen 1962 mit dem Spitzenkandidaten Gorbach bringen der Volkspartei bundesweit den Gewinn von drei Mandaten. Dennoch zieht sich Gorbach nach besonders schwierigen Verhandlungen um die Regierungsbildung 1963 vom Bundesparteivorsitz und 1964 vom Bundeskanzleramt zurück. In beiden folgt ihm Josef Klaus. Als krönenden Abschluß seiner politischen Laufbahn kann Gorbach 1965 seine Kandidatur zum Bundespräsidenten empfinden, für die er das beste Ergebnis eines ÖVP-Kandidaten der Zweiten Republik erreicht. Darauf wird er, dem in diesen Jahren höchster bundespolitischer Beanspruchung mit Dr. Theodor Piffl-Perčević ein geschäftsführender Landesparteobmann zur Unterstützung beigestellt war, Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei auf Lebenszeit und Josef Krainer 1965 Landesparteobmann.

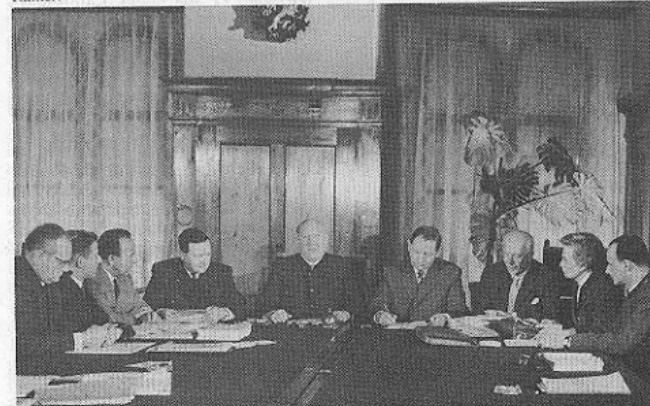
1963 scheidet Landeshauptmannstellvertreter Udier am 31. Mai aus der Landesregierung aus und Landesrat Universitätsprofessor Dr. Hanns Koren wird Landeshauptmannstellvertreter. Als neuer Landesrat zieht Anton Peltzmann in die Landesregierung ein.



Das Regierungsteam nach den Landtagswahlen 1961, von links nach rechts: Hanns Koren, Tobias Udier, Josef Krainer, Ferdinand Prisch, Franz Wegart und der neue Landtagspräsident Karl Brunner.



Landeshauptmann Josef Krainer nach einer erfolgreichen Landtagswahl am Karmeliterplatz mit geschäftsführendem Landesparteobmann Theodor Piffl und dem Landesparteisekretär Rainer.



Sitzung im ÖVP-Landtagsclub in den sechziger Jahren, von links nach rechts: Josef Stöffler, Matthias Krempel, Franz Wegart, Tobias Udier, Josef Krainer, Ferdinand Prisch, Landtagspräsident Richard Kaan, Edda Egger und Emmerich Assmann.

Im Jahre 1964 wird Dr. Piffl-Perčević Unterrichtsminister. Nach dem Tod Karl Brunners wird Dr. Richard Kaan am 14. April 1964 zum Landtagspräsidenten gewählt. Dr. Rainer macht sich mit neuen Methoden und einem jungen Team an die Vorbereitungen der Landtagswahl im kommenden Jahr. Der Erfolg bleibt nicht aus.

1965: Absolute Mehrheit im Landtag

Denn die Landtagswahlen 1965 bringen erstmals seit 1945 der Steirischen Volkspartei wieder die absolute Mandatsmehrheit. Landeshauptmann Krainer läßt sein erfolgreiches Regierungsteam unverändert, nachdem er wenige Wochen vor der Landtagswahl Landesrat Ferdinand Prirsch durch Tod verloren und für viele überraschenderweise den in der Partei bislang weithin unbekannten Bezirkshauptmann von Feldbach, Friedrich Niederl, in die Landesregierung berufen hat.

Am 6. März 1966 erringt die Volkspartei bei den Nationalratswahlen die absolute Mehrheit und bildet die erste Alleinregierung nach über zwei Jahrzehnten der großen Koalition. Dr. Theodor Piffl-Perčević gehört als Unterrichtsminister von 1964 bis 1969 der Bundesregierung unter Bundeskanzler Klaus an und gibt mit seinem Rücktritt wegen einer Niederlage in einer Sachfrage (13. Schuljahr) ein selten gewordenes Vorbild politischer Verantwortung.

Der Tod Dr. Alfred Rainers am 28. November 1966 trifft die steirische Partei schwer. Ihm folgt der junge Diplomingenieur Franz Hasiba als Landesparteisekretär, der im Geiste Rainers mit den Methoden eines modernen Managements die Arbeit fortfestzt.

Zu Beginn des Jahres 1969 fällt Landtagspräsident Dr. Kaan einem Unfall zum Opfer, und der Dritte Präsident des Landtages Franz Koller folgt ihm als Landtagspräsident.

1970: SPÖ-Mehrheit im Bund — erneuter Krainererfolg im Land

1970 zeichnete sich, dem internationalen Trend folgend — 1969 wurde Willy Brandt in der Bundesrepublik Deutschland Bundeskanzler — ein SPÖ-Erfolg auf Bundesebene ab. Unter Bruno Kreisky mit Parolen wie „Wir bauen mit Plänen von 1400 Experten das neue Österreich“ wurde die SPÖ 1970 erstmals die mandatsstärkste Partei. Er bildete



Stets an den Menschen und seine Sorgen denkt die Steirische Volkspartei auch in den sechziger Jahren. Veranstaltung mit Altbundeskanzler Gorbach, Landeshauptmann Krainer, Minister Piffl, Minister Stephan Koren, Staatssekretär Pisa.



Landeshauptmann Krainer und sein Landesparteisekretär Franz Hasiba in der Vorbereitung der erfolgreichen Landtagswahlen 1970.



Landeshauptmann Krainer mit dem „jungen“ Taus, damals Staatssekretär, auf dem Grazer Hauptbahnhof.

damals als Bundeskanzler eine Minderheitsregierung der SPÖ mit parlamentarischer Duldung der FPÖ, die dafür eine Wahlrechtsreform bekam, und konnte 1971 bei vorgezogenen Nationalratswahlen die absolute Mehrheit erringen.

Listenführer der Nationalratsriege der Steirischen Volkspartei ist Dr. Josef Krainer, Sohn des Landeshauptmannes, Bauernbunddirektor, der als intellektueller Vollblutpolitischer und starke Begabung bereits früh für höchste Positionen im Gespräch ist. 1969 hat er bereits die Berufung zum Unterrichtsminister und 1971 die Wahl zum Bundesparteiobmann abgelehnt, weil er meint, „zwei Krainer in führender politischer Verantwortung tun nicht gut“, und damit ein bemerkenswertes Beispiel politischer Disziplin und Loyalität gibt.

Sehr erfolgreich waren die Landtagswahlen, die am 15. März 1970, 14 Tage nach den Nationalratswahlen, bei denen die Sozialisten auch in der Steiermark die Stimmenmehrheit erlangten, stattfanden. Josef Krainer konnte das stimmenmäßig beste Resultat seiner Laufbahn erzielen. Ein weiterer Beweis der Richtigkeit von Kainers Theorie der eigenständigen steirischen Wahl.

16

In der Folge nimmt Landeshauptmann Krainer Weichenstellungen auch für seine Nachfolge vor.

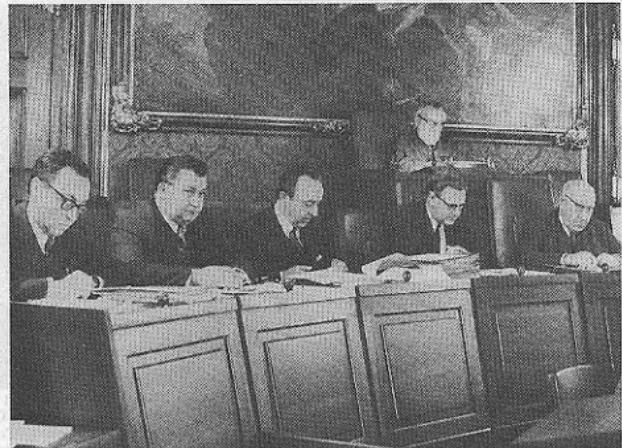
Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren legt sein Amt nieder und wird am 6. April zum Landtagspräsidenten gewählt. Landesrat Dr. Niederl wird Landeshauptmannstellvertreter. Neuer Kulturlandesrat wird Professor Kurt Jungwirth.

Der graue letzte Novembersonntag 1971 entzieht der steirischen ÖVP ihren rastlosen Motor, den in aller Welt geachteten und von seinen Landsleuten geliebten Landesvater Josef Krainer.

Die tiefe Betroffenheit über den Tod des steirischen Landeshauptmannes war allgemein und groß. Zu Recht wurde festgestellt: „Ein ganzes Volk trauert um Josef Krainer.“

Dr. Niederl wird Landeshauptmann

Aber dieser große Steirer und Staatsmann hat für die politische Zukunft seines Landes vorgesorgt. In seiner Brieftasche fand man einen handgeschriebenen Zettel, der neben vielerlei privaten Verfügungen auch den Satz enthielt: „Dr. Niederl soll Landeshauptmann werden. Er ist der verlässlichste und beste. Mit



Die 1970 gebildete letzte Regierungsmannschaft Josef Krainer I, von links nach rechts: Kurt Jungwirth, Anton Peltzmann, Franz Wegert, Landeshauptmannstellvertreter Niederl und Landeshauptmann Krainer, am Präsidentenstuhl des Landtages Hanns Koren.



Einen Tag vor seinem Tod überreichte Landeshauptmann Josef Krainer zwei wesentlichen Gestaltern der Steiermark nach 1945 — Altbundeskanzler Alfons Gorbach und Präsident Josef Wallner — den Ehrenring des Landes.

ihm kann man die Steiermark politisch halten.“

Bereits am 10. Dezember 1971 wird Landeshauptmannstellvertreter Dr. Friedrich Niederl zum neuen Landeshauptmann der Steiermark gewählt. Landesrat Franz Wegart wird

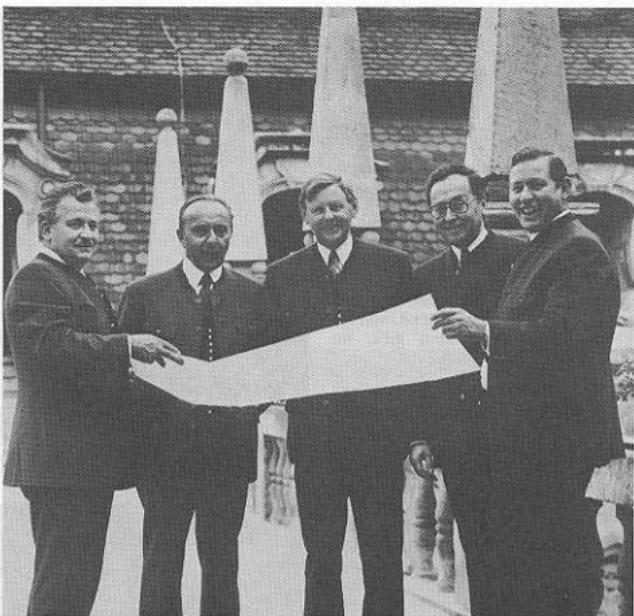
Landeshauptmannstellvertreter, Dr. Josef Krainer wird Landesrat.

Dr. Niederl hat die Übernahme von Regierungs- und Parteiführung in der Steiermark davon abhängig gemacht, daß Dr. Josef Krainer aus dem Nationalrat zurückkehrt und ihn als Landesrat und geschäftsführender Landesparteiobmann entlastet.

„Modell Steiermark“

Viele stellen sich die bange Frage, ob es nach dem Tod des großen Landesvaters Josef Krainer überhaupt gelingen werde, die „soziologisch-strukturell SPÖ-anfällige Steiermark politisch zu halten“. Die Angst vor einem sozialistischen Landeshauptmann führt zu einer gewaltigen Mobilisierungs- und Solidarisierungswelle. Die Parteiführung mit Landeshauptmann Friedrich Niederl als Landesparteiobmann, Josef Krainer als geschäftsführendem Landesparteiobmann und Karl Maitz als Landesparteisekretär entwickelt eine mitreißende Dynamik. Das als erstes landespolitisches Langzeitprogramm eines Bundeslandes in einer Gesinnung größtmöglicher Offenheit erarbeitete „Modell Steiermark“ entwickelt beachtliche Strahlkraft, vor allem im Bereich der Intellektuellen und der kritischen Wechselwähler. Bernd Schilcher ist einer der Hauptautoren des „Modell Steiermark“, ein anderer aus der 68er-Studentenbewegung Hervorgegangener, Helmut Strobl, ist einer der wesentlichsten Mitgestalter des Grazer Schwesternkonzeptes zum „Modell Steiermark“, dem Stadterneuerungskonzept.

Mit diesem Programm erzielt der neue Stadtparteiobmann Franz Haas, der frischen Wind in die Grazer Kommunalpolitik bringt, bei den Grazer Gemeinderatswahlen 1973 großen Erfolg. Graz erhält mit Dr. Alexander Götz erstmals seit 1945 einen nichtsozialistischen Bürgermeister, und der neue Grazer Weg der Bürgermitbestimmung auf programmatischer Basis des Stadterneuerungskonzeptes wird geprägt. Dies ist auch ein Signal für viele bürgerlich-liberale Wähler, Dr. Niederl bei den Landtagswahlen zu unterstützen.



Das Regierungsteam Landeshauptmann Niederl in den siebziger Jahren, von links nach rechts: Anton Peltzmann, Franz Wegart, Friedrich Niederl, Kurt Jungwirth, Josef Krainer.



Landesparteisekretär Karl Maitz war der Organisator der erfolgreichen Landtagswahlen 1974, 1978 und 1981.

Großer Wahlsieg 1974

Das große landespolitische Engagement führt am 20. Oktober 1974 zum größten Wahlerfolg für die Steirische Volkspartei seit 1945: Landeshauptmann Niederl erhält 53,3 Prozent der Stimmen und 31 Mandate.

Bildungszentrum Josef-Krainer-Haus

Am 21. Oktober 1972 wird das Josef-Krainer-Haus eröffnet. Die Initiative zur Errichtung dieses Bildungszentrums ging vom verstorbenen Landeshauptmann aus. Das Hauptverdienst seiner Realisierung

gehört dem damaligen Dritten Präsidenten des Steiermärkischen Landtags, Franz Feldgrill, und Dipl.-Ing. Franz Hasiba sowie später für seine Erweiterung Landesparteisekretär Dr. Maitz und Direktor Ludwig Kapfer.

Bundespolitisch gibt die Steirische Volkspartei 1974 die Parole aus, beim Linzer Bundesparteitag Herbert Kohlmaier nicht mehr als Generalsekretär zu wählen. Obwohl es viele „heimliche Steirer“ aus allen Bundesländern gibt, was sich in zahlreichen Streichungen manifestiert, bleibt er, nicht zuletzt, weil es keinen Gegenkandidaten gibt, im Amt.

Erst nach dem tragischen Unfalltod Karl Schleinzers in Bruck a. d. Mur im Juli 1975, also knapp vor Beginn des Nationalratswahlkampfes für den Oktober 1975, tritt Kohlmaier zurück. Der von der Steirischen Volkspartei als Nationalratslisteführer wieder in die Politik zurückgeholte Josef Taus wird Bundesparteiobermann und erwählt mit Erhard Busek auch einen neuen Generalsekretär.



LH Niederl und Dr. Schleinzer.

1978: Konsolidierung des Wahlerfolges von 1974

1978 bringt bei den Gemeinderatswahlen eine Bestätigung des Grazer Modells der Zusammenarbeit von ÖVP und FPÖ für und mit dem Bürger und bei den Landtagswahlen am 8. Oktober eine Konsolidierung des Rekordergebnisses von 1974, indem die Steirische Volkspartei erneut deutlich über 50 Prozent der Stimmen und 30 von 56 Mandaten erzielt, während die SPÖ gegenüber 1974 nochmals verloren hat.



Neue Wege für Graz: Stadtparteiobermann Franz Hasiba präsentiert 1972 in Anwesenheit von Landeshauptmann Niederl das Stadterneuerungskonzept.



Krainer-Haus-Eröffnung mit Präsident Feldgrill.



1979: Die steirische Parteispitze, Landesparteiobermann Landeshauptmann Niederl, geschäftsführender Landesparteiobermann Landesrat Dr. Josef Krainer, Landesparteisekretär Dr. Maitz, mit dem neuen Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock.

Bei den Nationalratswahlen am 6. Mai 1979 erringt Bundeskanzler Bruno Kreisky sein bestes Ergebnis, neuer ÖVP-Bundesparteiobermann wird Dr. Alois Mock.

Dr. Krainer — Landeshauptmann aller Steirer

Am 4. Juli 1980 wird Dr. Josef Krainer auf Vorschlag Dr. Friedrich Niederls vom Steiermärkischen Landtag einstimmig zum Landeshauptmann gewählt und gibt in seiner Antrittsrede sein Motto „Ich will ein Landeshauptmann aller Steirer sein“ aus.



Am 4. Juli 1980 erfolgt die Amtsübergabe von Dr. Friedrich Niederl an Dr. Josef Krainer.

Dr. Josef Krainer tritt sein Amt in einer schwierigen Zeit an, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in der notwendigen Bereinigung von Affären. Aber der neue Landeshauptmann geht mit beeindruckendem Elan und Tatkraft ans Werk. Und er hat auch ein klares Programm: Das „Modell Steiermark für die achtziger Jahre“, das wiederum in einer Gesinnung größtmöglicher Offenheit erarbeitet wurde und in einem Brückenschlag zahlreiche alternative Anstöße integriert. Geschäftsführer dieses „Modell Steiermark“ ist der unkonventionelle junge Denker Dr. Gerhard Hirschmann, der 1981 auch Krainers Landesparteisekretär wird.



Landeshauptmann Krainer und sein Landesparteisekretär Dr. Hirschmann.



Die 1980 neu gewählte Landesparteispitze: Landespartei-Finanzreferent Ernst Höller und die Landesparteiobermann-Stellvertreter Paul Burgstaller, Lindi Kalnoky, Hermann Lussmann und Erich Pöhl.



Das Führungsteam für die Landtagsarbeit 1980: Geschäftsführer Klubobmann Präsident Feldgrill, Klubgeschäftsführer Prof. Schilcher und Landeshauptmann Krainer.



Das Team von Landeshauptmann Dr. Krainer 1980, von links nach rechts: Landesrat Fuchs, 3. Landtagspräsident und geschäftsführender Klubobmann Franz Feldgrill, Präsident Koren, Landeshauptmann Krainer, Landeshauptmannstellvertreter Wegart und die Landesräte Koiner und Jungwirth.

Und Josef Krainer stellt sich nach dem Rücktritt von Landesrat Peltzman auch ein schlagkräftiges Regierungsteam zusammen: Zu den bewährten Regierungsgliedern

Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart und Landesrat Prof. Kurt Jungwirth beruft er Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs und Ing. Simon Koiner in die Landesregierung.

1981: Eindrucksvolle Bestätigung bei Landtagswahl

Um in schwierigen Zeiten die Kräfte, die zu einem gemeinsamen Einsatz für die Steiermark gebraucht werden, nicht durch einen Dauerwahlkampf zu verzetteln und vor allem um einen direkten Wählerauftrag durch die Steirerinnen

und Steirer zu erhalten (Spitzenkandidat der letzten Landtagswahl war bekanntlich noch Dr. Niederl), strebt Landeshauptmann Krainer für 4. Oktober 1981 vorzeitige Landtagswahlen an. Er erhält mit neuerlichen 30 von 56 Mandaten und der absoluten Stimmenmehrheit den gewünschten Vertrauensbeweis und kann sich nun mit voller Konzentration der Verwirklichung des „Modell Steiermark für die achtziger Jahre“ und der Fortsetzung des guten steirischen Weges einer eigenständigen Politik der Zusammenarbeit widmen.



Landeshauptmann Krainer beim Papst.



Landeshauptmann Krainer gratuliert an der Spitze der Landeshauptleute Bundespräsident Dr. Kirchschläger zu seinem 70. Geburtstag.



Franz Hasiba — Grazer Bürgermeister

Die Grazer Gemeinderatswahlen im Jänner 1983 bringen zwar eine schwere Niederlage für die FPÖ, aber die Volkspartei schneidet unter Franz Hasiba am besten von allen Stadtsenatsparteien ab. Der Lohn für den Ideenreichtum und die Konsequenz der Arbeit von Franz Hasiba: Er wird für zwei Jahre der erste freigewählte Bürgermeister,



Der Ehrenobmann der steirischen Volkspartei, Präsident Hanns Koren, ist väterlicher Freund und Ratgeber unseres Landeshauptmannes.

den die Volkspartei in der steirischen Landeshauptstadt stellt.

Bei den Nationalratswahlen am 24. April 1983 gelingt es erstmals seit 1970, eine Trendwende in der Bundespolitik einzuleiten. Mit einem beachtlichen Zugewinn an Mandaten und Stimmen stand die Volkspartei am Wahlabend als einziger Sieger fest. Die SPÖ verlor die absolute Mehrheit, die Ära Kreisky war beendet, und SPÖ und FPÖ gingen das Experiment einer „Klein-Koalition der Verlierer“ ein.

1983 bringt auch in der Landespolitik personelle Veränderungen. Helmut Heidinger löst Hans-Georg Fuchs als Wirtschaftslandesrat ab.



Die Anfang 1985 neuformierte Regierungsmannschaft, von links nach rechts: Landesrat Heidinger, Landesrat Riegler, Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth und Landesrat Hasiba.



Landeshauptmann Krainer und der neue Landtagspräsident Franz Wegert.

Dipl.-Ing. Josef Riegler, der sich als Agrarsprecher und gesamtösterreichischer Bauernbunddirektor profiliert hat, tritt in der Landesregierung die Nachfolge von Simon Koiner an. Da auch Hanns Koren das Amt des Landtagspräsidenten aus Gesundheitsgründen zurücklegen muß, wird Franz Feldgrill Landtagspräsident. Hanns Koren wird Ehrenobmann der Steirischen Volkspartei auf Lebenszeit.

Personell und inhaltlich neuformiert

Nachdem Franz Feldgrill, für dessen lange politische Laufbahn die Tätigkeit als Landtagspräsident die Krönung darstellt, Anfang 1985

seine Absicht, sich aus der aktiven Politik zurückzuziehen, realisiert und Franz Hasibas Bürgermeister-Periode abgelaufen ist, formiert Landeshauptmann Dr. Josef Kralner sein Regierungsteam neu: Franz Wiegart wird Landtagspräsident, Kurt Jangwirth wird Landeshauptmannstellvertreter, Franz Hasiba wird in die Landesregierung berufen, und bei Dipl.-Ing. Josef Riegler werden die Umweltkompetenzen des Landes konzentriert.

So ist die Steirische Volkspartei für die Herausforderungen der achtziger Jahre personell und inhaltlich mit dem Modell Steiermark hervorragend gerüstet.

Die ÖVP-Landesregierungsmitglieder seit 1945



Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleider,
1945 Landeshauptmannstellvertreter



Anton Pirchegger,
1945 Landesrat,
1945–1948 Landeshauptmann



Josef Schneeberger,
1945 Landesrat



Dipl.-Ing. Tobias Udier,
1945–1963 Landeshauptmann-
stellvertreter



Josef Hollersbacher,
1945–1948 Landesrat



DDDr. Udo Illig,
1945–1953 Landesrat,
1953–1956 Minister



Josef Kainer,
1945–1948 Landesrat,
1948–1971 Landeshauptmann



Ferdinand Prirsch,
1948–1965 Landesrat



Franz Thoma,
1948–1949 Landesrat,
1949–1952 Landtagspräsident,
1952–1959 Minister



Karl Brunner,
1953–1961 Landesrat,
1961–1964 Landtagspräsident



Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren,
1957–1963 Landesrat,
1963–1970 Landeshauptmannstellvertr.,
1970–1983 Landtagspräsident



Franz Wegart,
1961–1971 Landesrat,
1971–1985 Landeshauptmannstellvertr.,
seit 1985 Landtagspräsident



Anton Peltzmann,
1963–1980 Landesrat



Dr. Friedrich Niederl,
1965–1970 Landesrat,
1970–1971 Landeshauptmannstellvertr.,
1971–1980 Landeshauptmann



Prof. Kurt Jungwirth,
1970–1985 Landesrat,
seit 1985 Landeshauptmannstellvertr.



Dr. Josef Krainer,
1971–1980 Landesrat,
seit 1980 Landeshauptmann



Ing. Simon Koiner,
1980–1983 Landesrat



Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs,
1980–1983 Landesrat



Dr. Helmut Heidinger,
seit 1983 Landesrat



Dipl.-Ing. Josef Riegler,
seit 1983 Landesrat



Dipl.-Ing. Franz Hasiba,
seit 1985 Landesrat

ALFONS GORBACH: STAATSMANN DER VERSÖHNUNG

Österreich war wieder auferstanden. Ich hatte wieder ein Vaterland — ich war frei! Man möge es der alten Zeitspanne von 20 Jahren zugute halten, wenn dem Gedanken an diesen uns unvergesslichen Tag einige Reminiscenzen angefügt werden. Nachworte pflegen im allgemeinen das Vorangegangene zu schwächen, doch im vorliegenden Falle eignet ihnen das Gewicht einer Schlußfolgerung. Was es hier, Jahre im KZ zu verbringen, ist unvorstellbar für den, der das nicht erlebt hat. Wie hier sinnloser Haß wütete, das gehört nicht zuletzt vom pathologischen Standpunkt aus betrachtet. Indes, mögen die Jahre noch so gnadenlos und hart gewesen sein: das Erbe des Hasses haben wir nicht angetreten. Gläubig in dem Sinn, daß auch das Leid seine gesetzmäßig höhere Begründung findet, sind uns die Begriffe „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ fremd.

Es ist gut so, sollen Recht und Gesetz wieder zu Bürgern freier Menschengemeinschaft werden. Wenn irgend jemand, so haben wir aus dem KZ in der erlebten Odyssee des Leides das Dämonisch-Teufelsche im Prinzip des Hasses erkannt und nichts könnte uns bewegen, über das Verlangen nach Gerechtigkeit hinaus, uns in den Triebkräften der SS zu offenbaren. Die Sentenz des Volksschauspiels „Am Tage des Gerichts“ unseres Peter Rosegger — auch einem von den Nationalsozialisten völlig zu Unrecht Anneckten — gipfelt in den Worten: „Dem Haß bin ich gestanden — die Liebe wirft mich nieder!“ Dies ist die Formel für das Bestehen der Menschengemeinschaft. Es gibt keinen anderen Haß, als den gegen den Haß. Über seinen Niedergang hinweg wollen wir einander verstehen lernen.

Alfons Gorbach (1965)

*

Persönlich kennengelernt haben wir uns erst in Dachau selbst. Wir hatten die Ehre, unter ca. 150 Österreichern mit dem ersten Transport in das KZ zu kommen.

Die ersten Tage und Wochen zählten sicher für alle zu den härtesten. Alfons Gorbach, als Beschädigter des ersten Weltkrieges — er hatte bekanntlich ein Bein verloren und war Prothesenträger — war in einer noch schlechteren Lage als viele andere.



Gorbach mit Krainer.

Aber nie verlor er seinen Humor, und damit half er sehr oft auch seinen Mitgefangenen. Ich war eine Zeitlang mit Gorbach in einem Arbeitskommando, wir kamen zusammen auf den „Baum“ — das bedeutete eine Stunde mit hinten zusammengebundenen Händen auf einen Holzpflock aufgehängt zu werden. Wenn man Glück hatte, konnte man vielleicht mit der Spitze der großen Zehe den Boden „berühren“. „Berühren“ ist schon ein sehr idealisierter Ausdruck. Zusammen kamen wir auch für 45 Tage in den „Bunker“, so wurde der Kommandanturraum genannt!

Sechseinhalb Wochen Dunkelzelle, hartes Lager und nur jeden vierten Tag die warme Lagerkost. Dazwischen nur die übliche Ration Brot, drei Tage hindurch. Einzig die Prügelstrafe blieb Alfons Gorbach erspart, der Lagerarzt verweigerte die Zustimmung wegen der Amputation. Dann waren wir zusammen ein Jahr lang auf dem sogenannten Strafblock, das bedeutete Isolierhaft innerhalb des Lagers.

Er war immer ein liebenswürdiger, guter und tapferer Kamerad, der an Österreichs Wiedererstehung nie zweifelte. Unsere im KZ geschlossene Freundschaft überbrückte und überdauerte alle politischen Gegensätze und Krisen. Bis zu seinem Tode blieben wir Freunde. Ich werde ihm nicht vergessen, daß er in der für mich schwersten Zeit nach 1964 diese Freundschaft mir gegen-

über auch öffentlich unter Beweis stellte.

Damals war er der einzige, der unter den führenden Politikern den Mut dazu aufgebracht hat. Franz Olah

*

In der Wahlnacht im Oktober 1949 hatten wir es mit einem furchtbaren Wahlergebnis zu tun: Die ÖVP hatte bei der Nationalratswahl die absolute Mehrheit verloren, der VdU auf Anhieb 16 Mandate gewonnen. Bei der gleichzeitig abgehaltenen steirischen Landtagswahl hatten wir, die ÖVP, vier Mandate verloren, damit zugleich einen Sitz mit ihm die Mehrheit in der Landesregierung. Außerdem hatten wir einen Bundesrat und in der Stadt Graz zwei Stadträte eingebüßt. Das war wirklich furchtbar, man kann sich das kaum vorstellen.

Dr. Gorbach wurden in dieser Nacht bittere Vorwürfe gemacht: „Das hast du von deiner Versöhnungspolitik, die, für die du sie gemacht hast, haben sie jetzt damit belohnt, daß sie den VdU gewählt haben.“ Dr. Gorbach, obwohl den Tränen nahe, hat in voller Ruhe geantwortet: „Ich habe diese Politik nicht allein aus parteipolitischen Gründen gemacht, sondern aus meiner christlichen Grundeinstellung. Es mußte Schluß sein mit der Rache. Mit dem Haß konnten wir nichts anfangen. Wenn wir seit '45 wieder anfangen wollten, konnten wir nicht nur die materiellen Dinge

erledigen, sondern mußten gerade auch die immateriellen Dinge erledigen. Ich sage euch gleich, ich werde diese Politik forsetzen und beibehalten.“ Da haben manche gesagt: „Dem ist nicht zu helfen“, „Das ist ein Depp, ein Narr“ usw. Da gab es auch in der steirischen ÖVP keine einheitliche Meinung, es gab sehr starke Widerstände. Aber Gorbach blieb auf dem Kurs, und LH Krainer hat ihn voll gedeckt und mitgemacht. Franz Wegert

Franz Wegart

Alfons Gorbach, der Raab 1960 in der Parteiführung ablöste, konnte keineswegs als Gegengewicht zum Bundeskanzler verstanden werden. Die Reformer hatten also auf diesem Bundesparteitag nur einen halben Sieg davongetragen. Das bedeutet allerdings nicht, daß Gorbach von vornherein nur als Übergangslösung gedacht war. In seiner Person konnten sich Raab und die Reformergruppe auf halbem Weg finden. Raab hatte den besseren Blick für die politischen Realitäten, wenn er sich auf keinen Koadjutor in Gestalt eines geschäftsführenden Bundesparteibmannes einließ. Die Reformgruppe ihrerseits hatte Gorbach in der Debatte um die Opferung Kamitz als Finanzminister den Widerstand gegen Raab anführen gesehen, da er damals im Auftrag der steirischen Landesorganisation äußerst entschieden gegen Raabs Plan aufgetreten war. Seine Funktion als Obmann dieser Landesgruppe, aus der die meisten Vorstände in Richtung einer Reform der Volkspartei gekommen waren, trug ein übriges dazu bei, ihn dieser Gruppe als Nachfolger Raabs in der Parteiführung zu empfehlen.

Ludwig Reichhold

Die Ressortenteilung in der Kärntnerstraße, wie sie nach dem 8. Bundesparteitag festgelegt worden war, hat dem neuen Bundesparteiobermann nicht viel Spielraum gelassen. Gorbach wurde gewissermaßen von zwei Seiten in die Zange genommen: Von Seiten des neuen Generalsekretärs Withalm, der es von Anfang an verstanden hatte, den Apparat der Bundesparteileitung unter seinen Einfluß zu bringen, und von Seiten des Bundeskanzlers, der im Regierungsbereich auch weiterhin alle wesentlichen politischen Entscheidungen traf. Was Gorbach an echten Aufgaben verblieb, beschränkte sich auf die Vorsitzführung in verschiedenen Gremien, vor allem in der Bundesparteilicitung, die nun regelmäßig zu Sitzungen einberufen wurde, wogegen Raab sie

nur sporadisch zusammengetreten hatte lassen. Von den drei Entscheidungsgremien, die es in der österreichischen Koalitionsära gab, dem Koalitionsausschuß, der Ministerratsbesprechung sowie dem ÖVP-Bundesparteivorstand und der Bundesparteileitung, fiel Gorbach als Bundesparteiobmann zwar in allem der Vorsitz das, bedeutete aber keineswegs, daß er in ihnen eine echte Führungsfunktion ausgeübt hat. Wenn er die Partiegremien zu regelmäßigen Sitzungen einberief, so entsprach das nicht allein seinem kollegialen Führungsstil, der einsamen Entschlüssen nicht gewogen war, dahinter stand vielmehr auch Gorbachs anfängliches Bemühen, diese Gremien als Hebel seines politischen Einflusses zu benutzen. Das konnte jedoch nur unter der Voraussetzung eines entschiedenen Führungswillens und klarer Zielvorstellungen gelingen.

Ludwig Reichhold

mannes zu schaffen. Kainer fragte mich eines Tages, ob ich bereit sei, dieses Parteiamt zu übernehmen. Ich sei mit Gorbach bereits darüber gesprochen worden, er habe zustimmt. Ich machte meine Zustimmung von einem eigenen Gespräch mit Gorbach abhängig. Ich mußte wissen, ob er meine Nominierung nicht nur auf Zwang oder Hilfe betrachtete. Ich war doch vollkommen klar, ich auszugleichen haben würde. Die Loyalität zum Obmann wie zum Landeshauptmann stehen mir und daher beider Vertrauen bestätigte. Gorbach schien richtig erfreut, und mit großer Herzlichkeit erklärte mich, das neue Amt zu übernehmen. Eine nicht sehr stürmische Mehrheit des steirischen Parteivorstandes berief mich dann tatsächlich in die ehrenamtliche Funktion des geschäftsführenden Landesparteivorsitzenden.

Theodor Piffl-Per

Damals walzte in Regierung und Parlament die Große Koalition zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs. Julius Raab, der fünf Jahre zuvor den Staatsvertrag und damit die Freiheit Österreichs gemeinsam mit seinem Freunde Leopold Figl und unter der moralischen und politischen Mitwirkung des ganzen österreichischen Volkes errungen hatte, war Bundeskanzler. Ihm folgte in diesem Amt im April 1961 Alfons Gorbach, der Obmann der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark. Als sich Unruhe darüber bemerkbar machte, daß sich Gorbach wegen seines hohen Staatsamtes zuwenig seinen Parteiaufgaben widme, fanden es manche geboten, die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein neuer Landesparteiobermann hergehöre. Ich hielt mich, wie später auch, aus allen Personaldiskussionen, welche die Absetzung und Auswechslung von Parteifreunden betrafen, heraus und äußerte mich hierzu nur dann, wenn ich von einer ernsthaften, zuständigen Persönlichkeit befragt wurde. Nichts schien damals eindeutiger, als daß nur Landeshauptmann Josef Kainer als neuer Obmann in Betracht komme. So würden sich auch gewisse Verständigungsschwierigkeiten und unterschiedliche Beurteilungen, wie sie sich in den Beziehungen zwischen den zwei steirischen Spitzenpolitikern in Einzelfällen fast natürliche ergaben, vermeiden lassen. Aber Kainer wollte offenkundig die Obmannfunktion Gorbachs nicht übernehmen. Da fiel jemandem die Idee ein, die Stellung eines geschäftsführenden Landesparteiobermanns einzunehmen.

Im März 1961 wollte ich erstenmal in meinem Leben einen langen Schiurlaub in den Dolomiten verbringen. Am dritten Tag ich, nach mehreren Abfahrten mer noch unternehmungslustig zum Mittagessen ins Haus. Sogar wurde mir ausgerichtet, vom Präsidenten in Wien sei angerufen worden. Dr. Gorbach bitte dringend einen Rückruf. Besorgt um meine Urlaubsgenügsaft ging ich ans Telefon und hörte seine Stimme: „Du musst sofort nach Wien kommen, brauchst dich in meiner Regierung als Finanzminister!“ Mich traf wie ein Schlag, ich wehrte ab. Da sei ich nicht geeignet, und außerdem, meine Schiferien.... Gorbach blieb ernst und unerbittlich:



Gorbach mit Kennedy.

bist ein Eckstein in meinem Konzept! Wenn du ausfällst... das darfst du mir nicht antun!" Plötzlich ging es mir durch den Kopf, wie sehr ich Gorbach verbunden war, ihm, der als ehemaliger KZ-Häftling nicht nur für viele Nationale und für die Generation des Ersten Weltkriegs, sondern auch für uns Jüngere eine Hoffnung war. Und Gefühle wie Gefolgschaftspflicht, Treue, Teamgeist meldeten sich — vielleicht auch Freude. Ich holte tief Luft und versprach, am übernächsten Tag in Wien zu sein.

Josef Klaus

*
Der Finanzminister muß seinen besten Bundesgenossen im Regierungschef haben; wenn dieser ihn nicht ermuntert und unterstützt, ist er verloren. Gorbach wurde Großzügigkeit und Konzilianz nachgerühmt, mir wurden übermäßige Empfindlichkeit und alpenländische Sturheit nachgesagt. War da eine — leider bald offensichtlich werdende — Entfremdung vermeidbar?

Meine erste Aufgabe war die Konsolidierung des Budgets 1961, das — erst wenige Monate vorher beschlossen — korrigiert werden mußte. Budgetverhandlungen in der Koalitionsregierung waren immer eine Art Freistilringen.

Ich stand mit dem Rücken zur Wand der Einheitsfront wütender Minister gegenüber, die Dutzende, wenn nicht Hunderte Millionen ihrer mühsam im Herbst erkämpften Ressortmittel davonschwimmen sahen. Das führte zu einem Freundschafts- und Vertrauensbruch auch mit Ministern der Volkspartei. Mir tat das menschlich weh. Noch dazu besaß ich nicht die diplomatisch-großstädtische Art eines Kamitz, des Virtuosen im konzilianten Neinsagen. Wahrscheinlich war ich auch zu pedantisch, wenn ich nachgeben mußte. Dr. Drimmel formulierte einmal in der Ministerratsvorbe-

sprechung, es ginge einfach nicht an, daß sich ein Minister auf Kosten des Prestiges der anderen einen Glorienschein aufsetze.

In der entscheidenden Sitzung des Ministerrates kamen mir paradoxerweise nicht die Parteifreunde, sondern die Gewerkschafter zu Hilfe. Wieder einmal waren Gehaltsverhandlungen im Gange. Gorbach war offenbar mit ihnen schon einig geworden, es fehlte nur noch die Zustimmung des Ministerrates und vor allem des Finanzministers. Im Ministerrat war jeder für die Gehaltsregulierung, im Grunde auch ich; aber ich machte meine Zustimmung hartnäckig davon abhängig, daß vorher meinem Budgetsanierungsplan und damit den Kürzungen im Ausmaß von fast einer Milliarde zugestimmt werde. Entrüstung, Vorwürfe, Ablehnung von allen Seiten. Mein Vorbehalt war logisch, „wirtschaftlich richtig“, aber er war auch ein Tort für alle Ressorts, er wurde als Provokation, ja als Erpressung empfunden. Gorbach war schon aufgestanden, obwohl ich meine Zustimmung noch immer nicht gegeben hatte. Er lud mich ein, ihm zu folgen. Ich blieb sitzen. Was blieb ihm übrig, als wieder für einen Moment seinen Vorsitz einzunehmen und zu fragen, wer gegen meinen Antrag sei. Niemand. In Sekundenschnelle hatte ich meinen ersten großen Sieg in der Tasche, aber menschlich und politisch geschen war es ein Pyrrhusieg.

Josef Klaus

*
Als ich mich von Bundeskanzler Gorbach verabschiedete, meinte ich von einem ungeschriebenen Recht Gebrauch machen und einen Dreievorschlag für meine Nachfolge im Finanzministerium vorlegen zu dürfen. Ich nannte der Reihe nach Dr. Ernst Kolb, Dr. Wolfgang Schmitz, der mir unter den „jungen Marschierern“ im Finanzministerium durch sein kompetentes Mittun aufgefallen war; und schließlich nannte ich — halbblau nur, wegen seiner noch nicht dreißig Jahre — meinen Ghostwriter Dr. Josef Taus. Gorbach hielt sich in solchen Dingen gern an Raab, und dieser meinte, daß Schmitz — mein eigentlicher Favorit — doch nur zu den hinteren Beamten seiner Bundeswirtschaftskammer gehöre; wenn schon von dort ein Finanzminister geholt werden müsse, dann käme nur Generalsekretär Dr. Korinek in Frage — den Dr. Gorbach dann auch zum Finanzminister seines Kabinetts II machte. Ich schied von Gorbach, den ich nach wie vor verehrte, ohne Groll, aber mit einem leisen Vorwurf. Er hatte sich für seinen Finanzminister stets zu wenig

Zeit genommen und sich in seiner Konzilianz zu oft auf die Seite derer gestellt, die gegen den sturen Geldverwalter Klage geführt hatten.

Josef Klaus

*

In jenen turbulenten Wochen (des Frühjahrs 1963) war zudem noch ein verzweifelter Präsidentschaftswahlkampf durchzustehen. Wir taten auch in Salzburg unser Bestes. Wenn wir aber Raab, der im Gehen und Sprechen sehr gebrechlich wirkte, als den sicheren nächsten Bundespräsidenten propagierten, glaubten wir selbst nicht recht daran. Und Raab selbst? In Salzburg sagte er jedenfalls zu mir: „Ich werde den Schärf besiegen.“ Die Wahlturnee endete mit einer Niederlage, die nicht nur den Kandidaten der Volkspartei, sondern die ganze Partei und Gorbach an ihrer Spitze traf. Von Zeitungsleuten über meine nunmehrige Einstellung zu Gorbach befragt, sagte ich stereotyp: Wir alle haben und machen Fehler, ich wolle keinen Stein werfen.

Josef Klaus

*

1965: Seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten war, wenn das Ziel auch verfehlt wurde, der Höhepunkt seiner politischen Karriere. Er kam voll Zuversicht und glücklich über das Vertrauen, das ihm offenkundig und überzeugend in allen Ländern und aus allen Bevölkerungskreisen entgegengeströmt war, in der sicheren Erwartung, den Kampf zu gewinnen, von der letzten Wahlreise zurück.

Das Ergebnis — wenn er seinem Gegenkandidaten auch nur knapp unterlegen war — enttäuschte ihn tief. Es wurde still um ihn. Er zog sich in sein inneres Exil zurück und verfolgte mit scharfem Blick und mildem Urteil, was die anderen, die nun in seinen Ämtern walten wollten.

Hanns Koren

*

In St. Pölten wurde als Höhepunkt und Abschluß der Wahlwerbung Kurt Waldheims für die Bundespräsidentenwahl eine mächtige Kundgebung auf dem großen Platz vor dem Dom abgehalten. Alle Bundesländer sollten vertreten sein, alle Volksschichten sollten zu Wort kommen. Dr. Gorbach, der ehemalige glücklose Kandidat für das höchste Staatsamt, wollte mitkommen und seinem Nachfolger die besten Wünsche für den kommenden Wahlsonntag aussprechen. Wir waren über Mariazell und Lilienfeld am Nachmittag nach St. Pölten gekommen. Es war eine jubelnde Kundgebung, bei der junge Burschen und Mädchen, Bauern, Bürger und Arbeiter begeistert und hoffnungsfrisch dem freundlich lä-

chelnden Präsidentschaftskandidaten im Namen ihrer Gemeinschaft die volle letzte Unterstützung versprachen. Doktor Gorbach hat man nicht zu Wort gebeten. Das hat ihn verstimmt, ich glaube fast, ein bisschen geschmerzt. Er hatte geglaubt, aus der Erfahrung seines Lebens ein gutes Wort an diesem Abend sagen zu können, und er hätte es vor vielen Tausenden gerne getan.

Hanns Koren

*
Gorbach hatte nicht nur mit der Habsburg-Frage alle Hände voll zu tun; er, der sprichwörtlich Aufrechte und Gesprächsbereite, mußte erleben, wie hinter seinem Rücken zuerst Olah, der Innenminister in der Regierung, dann Pittermann einen „Koalitionsputsch“ vorbereiteten und die Freiheitlichen auf ihre Seite brachten. Das Unbehagen in der Partei wuchs; in den Ländern, und da am stärksten in der steirischen Heimat Gorbachs, wurde neben heftiger Kritik der Wunsch nach einer Veränderung an der Regierungsspitze immer lauter. Nichts konnte Gorbach so treffen wie Zeitungsnachrichten, in denen seine Position angezweifelt wurde. Fast täglich lesen zu müssen, daß ein Wechsel um seine Person bevorstehe, daß der und jener schon auf die Nachfolge lauere, daß er sich schon damit abgefunden habe, ausrangiert zu werden — das alles machte ihn gegenüber dem in der Kärntner Straße unverzagt arbeitenden Duo Klaus—Withalm mißtrauisch, übelnäugig, manchmal aggressiv. Bei den Ministerratsvorbesprechungen und in den Sitzungen der Bundesparteileitung gerieten Withalm und ich notgedrungen in die Rolle von Einpeitschern des Regierungsteams, Gorbach und seine Minister in eine Art Opposition gegen die Parteiführung. Das konnte nicht lange so weitergehen.

Ende Februar 1964 war ich ein paar Tage in Obertauern zum Schifffahren. Auch die Schiurlaube haben bei mir anscheinend ihre schicksalhaften politischen Folgen. Da kam die Nachricht, Gorbach bitte mich dringend ans Telefon. Aus der Gemeindekanzlei rief ich zurück. Welch bitterer Parallelismus zu meinem Anruf vor genau drei Jahren aus Südtirol: Gorbach beklagte sich über Vorgänge, die seine Ablösung beweckten und hinter denen ich stünde! Er verlangte die sofortige Einberufung der Bundesparteileitung; dort wolle er die Vertrauensfrage stellen. Ich warnte ihn vor diesem Schritt und versicherte ihm, daß von meiner Seite keinerlei Anlaß dazu bestünde; ein solch spektakuläres Vorgehen könnte die Situation nur verschlechtern.



Gorbach bei der Eröffnung der Grazer Messe mit Präsident Roth und Handelsminister Bock.

Er beharrte auf seinem Wunsch, der von allen ÖVP-Regierungsmitgliedern geteilt wurde. Noch am Abend fuhr ich nach Wien. Der vom Ballhausplatz auf die Parteispitze abgefeuerte Schuß ging nach hinten los, das Kabinett Gorbach demissionierte.

Josef Klaus

*
Was heißt das, er sei ein Mann der Versöhnung und des Ausgleichs gewesen? Ist das die Umschreibung für Schwäche und Nachgiebigkeit? Wir wissen, daß Gorbach an der Schwelle des Todes ein Mann geblieben ist. Da fallen alle Masken. Da ist man nur noch ein Mensch, der besteht oder zerbricht. Gorbach hat bestanden. Er wurde nicht gebrochen in der täglichen Todesbedrohung. Aber die Leidenszeit hat ihm jede persönliche Schärfe genommen und ihn geläutert zu einem Manne, Bürger und Christen, der die weltpolitischen Irrtümer nicht unschuldigen Mitbürgern entgelten lassen wollte, sondern der das Tor der Hoffnung aufstieß mit dem leidenschaftlichen Appell zum Zusammenrücken und Zusammenstehen. Seine Devise war: alles zurückstellen, was uns trennen — alles wagen, was uns einigen konnte. Das ist Stärke.

Gorbach hat das Wort geprägt, daß auch der Friede tapfere Soldaten braucht. Keiner durfte zurückgestellt werden in den Mühen um den Wiederaufbau unseres Landes. Gorb-

bach kannte keine Österreicher erster und zweiter Klasse. Ist nach einem klugen Wort die Erste Republik daran zugrunde gegangen, daß die Patrioten keine Demokraten und die Demokraten keine Patrioten waren, sollte die Zweite Republik alle Lebenskräfte dieses schwergeprägten Landes sammeln für die brüderliche Einheit aller Österreicher.

Gorbachs Versöhnungspolitik hat vielen Tausenden Menschen wieder den staatsbürgerlichen Mut zurückgegeben, den Glauben an dieses Land. Niemand, der sauber und anständig geblieben ist, durfte für seinen Einsatz aus guter Gesinnung heraus zurückgestellt werden. Niemand aber auch durfte vergessen sein von jenen, die ihr „Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!“ auch wirklich bis zum Opfertod für Österreich bekann haben. Vorzug hatte nur der, dessen Liebe zu Österreich, dessen Einsatz für Österreich, dessen Glaube an Österreich und dessen Opfer größer war.

Gorbachs Führungsstil wäre verkannt, wollte man diesen interpretieren als die Ideologisierung und Dogmatisierung des politischen Kompromisses. Aber er wußte, daß der Kompromiß oft und oft die einzige Möglichkeit der Kommunikation war. Und diese hat in einer gesitteten Gesellschaft immer noch den Vorrang vor jeder Isolierung mit der folgewirksamen Desolation.

Adolf Harwalik

ANTON PIRCHEGGER: EIN BAUER ALS LANDESHAUPTMANN

In wenigen Wochen werden hundert Jahre vergangen sein, seit Anton Pirchegger am 5. Juni 1885 im Bauernhof vlg. Rosenthaler in Leopersdorf in der Gemeinde und Pfarre Allerheiligen im Mürztal das Licht der Welt erblickte.

Er war der erste Bauer, der zur Würde eines Landeshauptmannes gelangte. Aufgrund der Wahlergebnisse vom 25. November 1945 betraute ihn der Steiermärkische Landtag in seiner Sitzung vom 28. Dezember desselben Jahres mit diesem Amt, das zu dieser Zeit gleichzeitig eine schwere Bürde bedeutete.

Pirchegger trat es jedoch nicht unvorbereitet an. Schon bisher war sein Leben eine Kette ununterbrochener Arbeit für die Heimat gewesen. Seine politische Laufbahn begann er nach dem Ersten Weltkrieg als Vertreter der obersteirischen Bauernschaft im Nationalrat, wo er eine äußerst rege und fruchtbare agrarpolitische Tätigkeit entfaltete. 1934 übernahm er das Präsidium des Steiermärkischen Landtages und die Stellen eines Obmannes der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft sowie der Bezirksvertretung Kindberg. Im Genossenschaftswesen hat sich Ökonomierat Pirchegger durch die Gründung der Raiffeisenkasse sowie der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft seiner Heimatgemeinde Allerheiligen im Mürztal einen Namen gemacht. Von 1935 bis 1938 lag die Führung des steirischen Landwirteverbandes in seinen Händen.

Die Jahre ab 1938 brachten ihm manches Leid: Pirchegger selbst mußte ins Gefängnis wandern und nach seiner Freilassung vielfache Schikanen und Bespitzelungen erdulden. Bei Kriegsausbruch mußten seine drei kräftigsten Söhne zum Militärdienst einrücken, von dem der zum Hoferben bestimmte und dafür ausgebildete nicht mehr zurückkehrte.

Am 17. Mai 1945 holte man Pirchegger vom Acker weg nach Graz. Es erging ihm so wie im 5. Jahrhundert vor Christi Geburt dem römischen Staatsmann Lucius Quinctius Cincinnatus, den der Sage nach die vom Senat ausgesprochene Ernennung zum Diktator erreichte,

als er eben sein Feld pflügte. Nur wurde Pirchegger nicht gebraucht, um Diktator zu werden, sondern um die verantwortungsvolle Aufgabe der Interessenvertretung der Bauernschaft und die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung zu übernehmen. Eines war dem altrömischen und dem steirischen Bauern aber gemeinsam: Nach Erfüllung ihrer Aufgaben kehrten sie auf ihr Landgut zurück.

Am Ende desselben Jahres trat, wie schon erwähnt, Pirchegger an die Spitze der Landesregierung und hat bis zu seinem Rücktritt in einer politisch bewegten Zeit mit seltener Ruhe und eiserner Entschlußkraft die Geschichte unserer Heimat fest und sicher geleitet.

Er nahm die Demokratie und den Dienst an ihr ernst. „Landeshauptmann Pirchegger besitzt“ — so schrieb eine Zeitung, nachdem er ein Jahr im Dienste war — „die vornehmste Eigenschaft für jeden, der dazu berufen wird, für die Allgemeinheit zu wirken: die Demut des Dienens. Sie kann nur aus einem Herzen voll Mitempfinden für den Nächsten kommen, sie spricht nur aus Augen, die nicht die blendende Oberfläche sehen, sondern die Tiefe des Elends, das jeder Tag für viele von uns neu heraufbringt.“

Schelten ihn nicht, wenn er zu wenig derb die Trommel schlägt und nicht jede Gelegenheit zum Gegenheib nützte. Aber versteht ihn, liebe Freunde, die ihr ein Jahr mit ihm gegangen seid, wenn er meinte, daß die Menschen in unserem Lande, die seit Jahren im Kriege lebten, des Streitens müde und des Friedens bedürftig sind.

Arbeitet weiter mit ihm und erfüllt ein Wort, das er schon 1927 einmal gesagt hat: Jeder fange bei sich an, kehre in sich, ehe er von anderen Arbeit fordert und die getane kritisiert. Weg mit der krankhaften Selbstsucht, weg mit hochnasigen Gebärden, die der Bauer so schlecht verträgt, weg mit Verzagtheit und Lauheit! Lernen wir uns selbst kennen, halten wir gute Freundschaft durch den Geist des Pflichtbewußtseins und der Pflichterfüllung!“

Am 28. Juni 1948 war eine Tagung des Steirischen Landesbauernrates

nötig geworden, weil Pirchegger ebenso wie Hollersbacher ihre Ämter in der Landesregierung niederzulegen wünschten. Die Tagung beschloß einmütig die Nominierung des bisherigen Landesrates Josef Krainer zum Landeshauptmann und der Bauernbundmitglieder Franz Thoma und Abgeordneter zum Nationalrat Ferdinand Prisch zu Landesräten.

Allzu kurz war die Zeit, die er aus seinem freiwilligen Ausscheiden nach seinem politischen Leben noch seiner Familie und der Führung des Steirischen Bauernbundes widmen durfte. Am Dienstag, dem 1. März 1949, vormittag — es war der Faschingsdienstag, und wenige Stunden vorher war, damals noch in den Redoutensälen, der 1. Bauernbundball zu Ende gegangen — ist Anton Pirchegger auf seinem Hof plötzlich verschieden. Eine heftige Lungenentzündung, der sein angegriffenes Herz nicht mehr gewachsen war, hat seinem Leben allzu früh ein jähes Ende bereitet. Die offizielle Todesnachricht wurde von Landeshauptmann Krainer, der übrigens auch in einem Ort namens Allerheiligen, aber bei Wildon, plötzlich verstarb, in einer Regierungssitzung bekanntgegeben.

Die Beisetzung zwei Tage später wurde zu einer imposanten Trauerkundgebung, bei der namhafte Grabedner die Glaubensstärke (Fürstbischof Dr. Pawlikowski), die kernergrade Ursprünglichkeit (Bundesminister Krauland), das hohe Pflichtbewußtsein (Landeshauptmann Krainer) und die kraftvolle Organisationsfähigkeit (Kammerpräsident Wallner) des Verewigten würdigten.

Niemals haben ihn in seiner Tätigkeit Ehrgeiz und Streben nach Macht oder Ruhm geleitet, sondern lediglich das Pflichtbewußtsein und die Liebe zur Heimat. Und in den letzten Jahren hat er klar erkannt, daß der Wiederaufbau unserer zertrümmerten Wirtschaft beim wichtigsten Fundament des Staates, bei der Landwirtschaft, beginnen muß. Daß sich aber nach dem Zusammenbruch eine freie Bauernschaft behaupten und ihre Organisation wiedererlangen konnte, ist wesentlich mit sein Verdienst.

FRANZ THOMA: DER BAUERNEINIGER

„Dem großen Bauerneiniger“ — war auf der Schleife des Kranzes zu lesen, den der Österreichische Bauernbund an der Bahre des kurz vor Vollendung des 80. Lebensjahres am 10. Juli 1966 verstorbenen ehemaligen Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (23. Jänner 1952 bis 16. Juli 1959) niedergelegt hat. Der Sohn des Bauern und Seilers Franz Thoma wurde am 30. Juli 1886 in Gröbming geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Bürgerschule erlernte er das Seilerhandwerk und besuchte eine höhere Fachschule. Später übernahm er die väterliche Wirtschaft, die seit 1600 im Besitz der Familie ist.

Von seinem 16. Lebensjahr an stand Franz Thoma der genossenschaftlichen Idee in Theorie und Praxis besonders nahe. Er zählte zu den Gründern der Ennstaler Käsegenossenschaft, wurde Obmann der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Braunviehzüchter sowie des Molkereiverbandes für Steiermark und Kärnten und trat dann auch an die Spitze des Österreichischen Milchwirtschaftsfonds.

Auf der politischen Bühne erschien er erstmals 1919 und wurde als einer der markantesten Vertreter des Landbundes, an dessen Wiege er Pate gestanden war, in den Steiermärkischen Landtag entsendet. 1927 wurde er Dritter Präsident des Landtages, 1930 Abgeordneter zum Nationalrat. Sein Mandat erlosch, als der Landbund aus der Regierung ausschied.

1945 schloß sich Franz Thoma mit der Mehrheit der Landbundführer dem Bauernbund an, wurde zum Vizepräsidenten der Landwirtschaftskammer bestellt und nahm auch seine Tätigkeit im Landtag wieder auf, dessen Erster Präsident er 1949 wurde. In beiden Funktionen hatte Thoma Außerordentliches geleistet, als er im Jänner 1952 an die Spitze des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft berufen wurde.

In den siebeneinhalb Jahren seiner Tätigkeit als Minister verbesserte er die Produktivität der Landwirtschaft und unternahm entscheidende Schritte zur Sicherung des Absatzes der Agrarprodukte. Elektrifizierung, Mechanisierung und Stützung der Bergbauern waren seine besonderen Anliegen.

Schon in den ersten Monaten seiner Ministertätigkeit hat er seinem Res-



sort den Auftrag zur Ausarbeitung eines umfassenden Landwirtschaftsgesetzes gegeben. Das Bundesgesetz über die „Grundsätze für die Berufsausbildung der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft“ wertete die Land- und Forstarbeit zur Facharbeit auf. Von Bedeutung waren weiters das landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz (1957) und die Wasserrechtsnordnung (1959). Neben anderen großen Erfolgen in der Agrarpolitik hat Thoma auch die Voraussetzungen für den land- und forstwirtschaftlichen Export geschaffen. Das größte Verdienst des gewieften Diplomaten und versierten Wirtschaftsfachmannes bestand aber wohl darin, daß er, einer der prominentesten ehemaligen Landbundführer, im Jahr 1945, als das Ennstal mit der übrigen Steiermark wieder in Verbindung kam, beim Präsidium des Bauernbundes erschien und mitteilte, daß er und seine ehemaligen Gesinnungsgenossen rückhaltlos zur Idee einer einheitlichen bauerlichen Standesorganisation stehen.

Dadurch wurde der durch die Zeit längst überholte Gegensatz zwischen dem Katholischen Bauernverein und dem Landbund, der der Bauernschaft nie genutzt hatte, begraben. Und damit wurde das große Ziel, das sich die steirische Bauernbundsführung seit Jahrzehnten gesetzt hatte, nämlich die Bauerneinigung und Bauerneinigkeit auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und mit dem Recht der freien Meinungsausübung zustande zu bringen, erreicht.

Die Entscheidung des Jahres 1945

mag Thoma nicht leichtgefallen sein. Er war einer der ersten, die die Notwendigkeit einer Bauerneinigung erkannten und sich mit der Mehrheit der Landbundführer (unter ihnen Vizekanzler a. D. Ing. Schumy) dem Bauernbund anschloß. Es war die Tat eines klar und nüchtern denkenden Realpolitikers, in dessen Plänen zerfleischende und erfolglosem Zwietschke keinen Platz hatte.

All sein Denken und Handeln war nach großen Linien ausgerichtet, bestimmt von Festigkeit gegen andere und gegen sich selbst, Freude am Diensten und Verantwortungsbereitschaft. Sein Wahlspruch „Vorwärts und aufwärts!“, den er für sich und für alle, die mit ihm zu gehen sich entschlossen hatten, anwendete, duldette keinen Leerlauf und ließ ihn weiter sehen als für den bloßen Tag. Franz Thoma lebt weiter in den Werken, die er in seinem an Arbeit und Erfolgen überreichen Leben vollbracht hat. Seine selbstgebauten Denkmale stehen und erinnern die Nachwelt lebendig an den Mann, der die Gebäude der Genossenschaftselbsthilfe und der bauerneinigenden Agrarpolitik so gebaut hat wie als Bauer die seines Hofs — Stein auf Stein, ohne Zierat, dem Zweck bestimmt, die Grundmauern für lange Zukunft, die Einrichtung aber zu ständiger Erneuerung bereit. Das schönste aller Denkmale, die den Namen Franz Thoma tragen, ist aber die Erinnerung an den Menschen, dessen Schale doch nicht rauh genug war, den Kern einer herzenswarmen und gütig-gerechten Menschenfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft zu verhüllen.

JOSEF KRAINER I. LANDESVATER UND STAATSMANN

In unserer bestürzend-hektischen Zeit geraten selbst führende Persönlichkeiten schon wenige Wochen oder Monate nach ihrem Tod in Vergessenheit. Besonders dann, wenn sie ein hohes Alter erreichen, längere Zeit zurückgezogen leben und ohne dramatische Begleitumstände sterben.

Anders verhält es sich mit Josef Kainer. Da war sein plötzlicher Tod bei der Jagd, der ihn im 69. Lebensjahr hinweggraffte, da war das Herausgerissenwerden aus dem höchsten Amt, das die Steiermark zu vergeben hat, da war eine Landestrauer, die dem Landeshauptmann und Landesvater galt und seine große Familie miteinschloß. Und es war und es ist ein Lebenswerk, das in seiner Vorbildhaftigkeit in die Zukunft weist.

Als am Abend des 29. November 1971 die Medien über den unerwarteten Heimgang des bedeutenden Steiers berichteten, gab es wohl kaum einen Österreicher, der nicht betroffen gewesen wäre, hatte sich doch Kainer wiederholt zu innen- und außenpolitischen Fragen gemeldet, Grundsätze proklamiert, Reformen in Gang gesetzt und so eine Art „österreichisches Gewissen“ verkörpert.

In der Steiermark aber brach an jenem Mittag des ersten Adventsonntags 1971 — ohne amtliche Anordnung — „Landestrauer“ aus, und sogar gestandene Männer schämten sich der Tränen nicht: „Josef Kainer, der fast 24 Jahre lang regiert und das Land aus den Ruinen zu neuer Blüte geführt hat, ist nicht mehr.“ Der graue Schleier, der beim Verlust geliebter Menschen unser Gemüth verdunkelt, traf nicht nur seine Freunde, und dieses schmerzliche Gefühl hieß über das „steirische Staatsbegräbnis“ hinaus noch lange an.

In jenen Adventtagen gingen die Gedanken vieler Landsleute auch zurück zum Ursprung des menschlichen und politischen Phänomens — zur Geburt des ledigen Kindes Josef Kainer, das die Bauernmagd Theresia Kainer am 16. Februar 1903 in der „Schanzlkeusche“ im obersteirischen St. Lorenzen bei Scheifling zur Welt gebracht hatte. Dem Buben, der dann 1910 von Mariahof aus mit Mutter und Großmutter zu



Kainer I mit der Queen.



Kainer I mit Tito.

seinem Stiefvater auf den Feldbaumerhof in Forst bei Seckau weiterzog, waren Aufstieg und Karriere wahrlich nicht in die Wiege gelegt. Daß sein Weg trotz „ungünstiger Startbedingungen“ vom Forstarbeiter zum Landeshauptmann führte, ist ein Paradebeispiel dafür, was ein Mann durch Initiative, Weitblick, Selbstbildung und durch eine unbändige Liebe zur Heimat erreichen kann.

Seit dem Tod Kainers ist viel darüber gesprochen, geschrieben und gerätselt worden, welche Eigenchaften diesen Menschen befähigten,

derart Großes zu leisten. Eine Entwicklung kam ihm als Landeshauptmann sicherlich sehr zugute: Von 1948 bis 1971 ging es, von kleinen Stockungen abgesehen, ununterbrochen aufwärts. Talfahrten und Krisen kamen erst später...

Auf die Einfachheit und Volksverbundenheit wies Chefredakteur Dr. Fritz Csoklich hin, der in seinem Leitartikel nach dem Begräbnis vom 1. Dezember 1971 folgende Sätze schrieb: Der gestrige Tag war wohl ein Zeichen dafür, welches Echo ein Politiker zu finden vermag, der es versteht, das Herz der Menschen

anzurühren, ihr Vertrauen zu gewinnen, sich um ihre Probleme zu kümmern. Das Volk, aus dem Josef Krainer hervorgegangen war, nahm Abschied von dem Mann, den es als Vater empfand. Ältere Leute raunten einander zu: „So etwas hat es seit dem Begräbnis von Kaiser Franz Joseph nicht mehr gegeben.“

Von seinem Streben nach Weitblick und großer Orientierung hatte Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren in seiner Trauerrede in der Landstube gesprochen: „Ein Stück Fleisch und Blut gewordene Steiermark ist dahin. Siebenmal wurde Josef Krainer zum Landeshauptmann der Steiermark gewählt, ein Vorgang, den die Geschichte dieses Landes vorher nicht kannte. Der Waldbauernbub, dessen Schulbildung wegen der Not der Zeit und der Umstände auf eine nieder organisierte Volksschule beschränkt bleiben mußte, hat sich in seinem unstillbaren Lesedrang und Wissensdurst schon als Kind, später durch den Besuch von Vorträgen und Lehrgängen und immer wieder durch die Lektüre fachlicher, politischer und historischer Werke jene geistige Orientiertheit in der Zeit und in der Welt erworben, die es ihm ermöglichte, so wie mit den einfachen Menschen seiner Heimat ohne Hemmung als ebenbürtiger Partner auf Kongressen und Konferenzen auch mit den Gelehrten und Diplomaten zu sprechen. Von seiner Großmutter lernte er die Gewissenhaftigkeit, das eiserne Pflichtbewußtsein und jene Foresicht, die ohne jede Frömmelie zu den Kennzeichen seiner gereiften Persönlichkeit in einem bedrängten Weltleben gehörte. Auch die Klarheit des Charakters und den herzhaften Humor hat er aus der Einsicht seiner Heimat mitgebracht.“

Über die Tugend der Väterlichkeit meditierte Krainer nicht nur einmal, wie hätte er sonst in seiner berühmt gewordenen „Rede über das Wesen der Politik“ (Wien, 22. April 1959) die folgenden Aussagen treffen können:

„Das Urbild des Familienvaters entspricht dem Urbild des väterlichen Staatsmannes, der nicht nur mit der strengen Ratio regiert, sondern wie der gute Hausvater seine Kinder liebt, an ihren Sorgen mitleidend teilnimmt und sein ganzes Herz an eine Sache, an das Wohl des Staates und der Bürger hängt.“ — An Führungsstellen könnten nur „Männer mit einem großen Herzen, mit menschlichem Gefühl und Verständnis segensreich tätig sein“, sagte Krainer. „Kalte Verstandesmenschen“ müßten im Hintergrund bleiben in der modernen Massendemokratie, für sie sei der angemesse-



Krainer mit Nikita Chruschtschow.



ne Platz der Gehirntrust, zitiert Dr. Kurt Wimmer in seinem Krainerbuch-Kapitel „Vom Wald in die Burg“. Kurt Wimmer antwortet darin auch auf die Kritik von Zeitgenossen, die Krainer gelegentlich zu groÙe Härte vorgeworfen haben: „Krainer war ein untadeliger Demokrat, aber sein Autoritätsverständnis war von ausgeprägter Robustheit. Opposition innerhalb der Partei, die ein gewisses MaÙ überschritt, das Krainer selbst festlegte, duldet er nicht, und auch im Landtagsklub konnte er recht rüde gegenüber Abgeordneten werden, die ihre Pflichten nicht ernst genug nahmen, die den Sitzungen fernblieben oder sich unentschuldigt verspäteten.“ Den Familiensinn Krainers hob sein Schulkollege aus der Volksschulzeit,

der Abgeordnete zum Nationalrat Regierungsrat Hans Vollmann, immer wieder hervor. Vollmann betont, er habe in seinem langen Leben nur wenige derart glückliche Ehen wie die von Josef und Josefa Krainer kennengelernt. Die Kinder Anni, Josef, Fritz, Heinz und Dorli erklärten, der Vater habe mit seiner positiven Grundeinstellung viel Freude in das schlichte Haus am Grazer Fritz-Pregl-Weg gebracht. Auch wenn der Landeshauptmann viel unterwegs war, die Gattin und die Kinder spürten stets seine Sorge um ihr Wohl und Wehe. Dr. Josef Krainer, der heutige Landeshauptmann, über die Rolle der Mutter: „Sie hat sich in aller Stille um die Familie gekümmert. Sie war jedoch gegenüber dem politischen Wirken unseres Vaters sehr kritisch und hat

sich nicht gescheut, klar zu sagen, daß sie mit bestimmten Entscheidungen nicht einverstanden ist.“

Die Sparsamkeit war eine frühe Begleiterin Krainers. Sein Leitspruch lautete, daß man weder in der Familie, noch in der Gemeinde, im Land oder Staat mehr ausgeben dürfe, als man erwirtschaften könne. So stand er denn auch dem Luxus der Neureichen, die auf Kosten anderer Leute oder künftiger Generationen nur genießen wollen, mit Ablehnung und Skepsis gegenüber. Und es packte ihn der Zorn, wenn er von Korruption erfuhr, wußte er doch, daß sie zu den Totengräbern jedes geordneten Staatswesens gehört. Als sich ein südsteirischer Abgeordneter eine Verfehlung zuschulden kommen ließ, bei der allerdings das Motiv der persönlichen Bereicherung fehlte, brief Krainer blitzartig den Parteivorstand ein, der Mandatar mußte sofort zurücktreten.

Sein Gespür für das Notwendige und Zukunftswesende, die sprichwörtliche „politische Nase“, läßt sich aus Landtagsprotokollen, Reden und Medienkommentaren sowie aus dem Buchkapitel von Herwig Hösle „Josef Krainer und seine Zeit“ leicht herausfiltern. Krainer war — wie ein Löwe — zu Stelle, wenn steirischen Anliegen Gefahr drohte (Alpine-Montan, Erzberg, Montanistische Hochschule Leoben, Landesarchiv, Kastenreith), er meldete sich aber auch kräftig, als ihn die Angst befiel, Österreich könnte in der Neutralität verhungern. Wie Erzherzog Johann und Peter Rosegger erahnte er das Kommando mit einem geradezu prophetischen Sinn, auch die schwere Beeinträchtigung unserer Umwelt. Krainer bestellte den ersten Landeshygieniker Österreichs, er knüpfte wirtschaftliche Kontakte über Grenzen hinweg, er besuchte die USA und die Sowjetunion, er war gerne Gastgeber bei Staatsbesuchern und ein Brückenbauer zu den Ländern im Osten und Südosten. Seine Nachbarschaftspolitik mit Slowenien und Kroatien besitzt eine europäische Dimension, wie es ihm überhaupt darum ging, den alten Kontinent gegenüber den neuen Machtblöcken aufzuwerten.

Der Sinn für die Realität war bei ihm besonders ausgeprägt. Krainer besaß nicht nur eine kräftige Portion Mißtrauen gegen jedwede Ideologie, die so oft das Leben vergewaltigt, weil es in „das Korsett“ passen muß, er ließ sich auch Neuerungen — am liebsten in der Praxis — zeigen. Ein typisches Beispiel: Als der erste Weinbauplan zur Existenzsicherung im Grenzland in Diskussion stand, rief er den ÖVP-Landtagsklub auf



Der „Landesvater“

dem Hof von Ök.-Rat Fritz König in Kittenberg bei Leibnitz zusammen — zwischen Rebhängen und Obstplantagen wurde beraten.

Den Willen zur Zusammenarbeit aller staatstragenden Kräfte hatte Josef Krainer von den forst- und agrartechnischen Kursen in der Schweiz mitgebracht. Bei den Eidegnossen erlebte er mit wachen Sinnen die unmittelbare Demokratie der Urabstimmung und auch die Konkordanzregierung nach dem Kräfteverhältnis der Parteien, zwei Elemente, die unseren Nachbarn seit Jahrhunderten Lebendigkeit und Stabilität sichern. Er spürte aber auch die Sachlichkeit einer Politik, die zuallererst das Wohl des Vaterlandes anstrebt und in der Personenkult und Starallüren keine Chance haben. Wie schrieb kürzlich Chefredakteur Hermann Polz in den „Oberösterreichischen Nachrichten“: Die Schweizer wissen oft nicht ganz genau, von wem sie regiert werden, Hauptsache, die Schweiz wird gut regiert...

Die Solidarität aller Gruppen und mit allen Gruppen — sie war ein Herzensanliegen Krainers. Er hatte leidvoll genug das Auseinanderleben unseres Volkes in der Ersten Republik zu spüren bekommen: Zwietracht, Haß, Gewalt, Not und Tod. Damit sich diese Tragödie nie wiederholen möge, baute er Brücken zwischen Arbeitern und Bauern, Handelstreibern und Handwerkern, zwischen Gelehrten und Künstlern. Er führte mit Josef Wallner und Franz Thoma die einst getrennten Bauern zusammen, er ermahnte die Bürgermeister immer wieder zum Gespräch mit allen Gruppen. Seine eigenen Sprechtagte im Haus neben der Ziegelfabrik in Gasseldorf sind noch heute ein Symbol: Für alle da sein, um alle annehmen, jedoch die Standpunkte Andersdenkender ernst nehmen. Der Grazer Bürgermeister DDR Alexander Götz sagte in einer Gedenksendung: „Josef Krainer hatte ein sicheres Gefühl dafür, was

zumutbar und nicht zumutbar ist. Es gibt für jede politische Gruppierung eine entscheidende Grenze der Zumutbarkeit.“ Auch führende Sozialisten haben dies bescheinigt. Toleranz gegenüber anderen Meinungen bei gleichzeitiger Wahrung des eigenen Wertsystems macht den eigentlich liberalen Menschen aus. Ich habe Krainer erlebt, wie er gegen „Auswüchse“ im „steirischen herbst“ polterte und der Kunst dennoch lange Zügel ließ, und ich sah ihn an vielen Sonntagen — nach zahlreichen politischen Veranstaltungen — beim Spätabendgottesdienst in der Franziskanerkirche. Aber er sprach niemals große Worte vom „christlichen Abendland“, wie sie zu seiner Zeit in gewissen Reden nicht fehlten durften.

Im heurigen November jährt sich Krainers Todestag schon zum vierzehnten Mal. Verwandte und Freunde werden wiederum beim schlichten Grab auf dem Grazer Steinfeldhof des Landesvaters und Staatsmannes gedenken.

Was mich an seinem Vermächtnis so besonders fasziniert, ist die Tatsache, daß die Grundsätze und die großen Perspektiven dieses politischen Urtalents von Jahr zu Jahr mehr Gewicht erlangen und daß in den Herzen vieler Österreicher der Wunsch zunimmt, Menschen dieses Schlages mögen eine bessere Zukunft gestalten.

PS der Redaktion des „politicum“: Wer sich näher mit dem Werk des unvergleichlichen Steirers befassen möchte, das *Styria-Buch Josef Krainer* — ein Leben für die Steiermark — gewährt einen umfassenden Einblick. Die Beiträge des reich illustrierten Bandes stammen von Hanns Koren, Max Mayr, Kurt Wimmer und Herwig Hösle. Der lexikalische Schluffteil bringt steirische Zeitgeschichte auf dem Hintergrund der Ereignisse in Österreich, in Europa und der ganzen Welt: Wichtige Daten und Fakten auf einen Blick.

DER BAUERNFÜHRER JOSEF WALLNER

Unter den bedeutenden Führungspersönlichkeiten, welche die steirische Bauernschaft in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hervorgebracht hat — und es sind deren nicht wenige und seien als solche genannt: der Reichstagsabgeordnete und Gründer des Katholischen Bauernvereines Franz Hagenhofer, Vizekanzler Karl Hartleb, Landwirtschaftsminister Franz Thoma, Landeshauptmann Anton Pirchegger, Landeshauptmannstellvertreter Josef Hollersbacher, Landesrat Ferdinand Prirsch und Staatssekretär August Kraft —, ragt im besonderen Maße Josef Wallner hervor. Er hat durch mehr als zwei Jahrzehnte als Obmann des Steirischen Bauernbundes, als zeitweiliger Landtagspräsident, als Präsident der Landwirtschaftskammer, als Präsident des Österreichischen Bauernbundes und als Dritter Präsident des Nationalrates die Geschickte des Landes mitgeprägt und darüber hinaus der österreichischen Bauernschaft ein ihr zahlenmäßige Bedeutung weit übersteigendes Gewicht gegeben.

34

Josef Wallner, Bauer in Kirchbach und langjähriger Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, trat in der Zwischenkriegszeit als Landesobmann des Reichsbundes Katholischer Jugend in das Rampenlicht der Öffentlichkeit, wo er dank seiner urwüchsigen und fesselnden Rednergabe auf sich aufmerksam machte. Nach Kriegsende begann seine steil aufwärts führende politische Laufbahn, auf deren einzelne Stationen hier nicht näher eingegangen werden soll. Wichtiger scheint es, seine großen Verdienste um die Steiermark, um Österreich und um die österreichische Bauernschaft einer kurzen Würdigung zu unterziehen.

Er war der wohl einflußreichste Freund und Weggefährte des Landeshauptmannes Josef Krainer, der dem Steirischen Bauernbund als dessen Vorstandsmitglied sehr nahe stand. Es gab daher kaum eine große, das Wohl und Wehe des Landes betreffende Entscheidung, die nicht vorher zwischen ihnen erörtert und abgesprochen worden wäre. Das galt insbesondere auch für die Auswahl der Kandidaten zu den gesetzgebenden Körperschaften und für die Bestellung zu Mitgliedern der Landesregierung. Hiezu ein besonders eindrucksvolles Beispiel: Als nach dem Ableben des Agrar-



Wallner bei Feierstunde mit Kainer, Holzinger, Buchberger.



Kainer, Holzinger, Wallner.

landesrates Ferdinand Prirsch diese Position neu zu besetzen war, wurde zwischen ihnen die Berufung des damaligen Bezirkshauptmannes von Feldbach, Dr. Friedrich Niederl, vereinbart, der sodann schließlich auch die Nachfolge als Landeshauptmann antrat. Und der heutige Landeshauptmann Dr. Josef Krainer hat über Vorschlag Wallners und im Einverständnis mit seinem Vater als Direktor des Steirischen Bauernbundes die politische Arena betreten. Wallner war also sozusagen der „Königsmacher“ für zwei Landeshauptmänner.

Als Präsident der Landwirtschaftskammer war er direkt oder indirekt dafür verantwortlich, daß deren Vizepräsident Franz Thoma zum Landwirtschaftsminister, deren Kammeramtsdirektorstellvertreter Dr. Piffl-Perčević zum Unterrichtsminister berufen wurden, und die Leiterin der Hauswirtschaftlichen Abteilung, Frau Dr. Johanna Baier, in den Nationalrat als eine der wenigen Frauen entsandt wurde. Als Bauernbundpräsident und als dritter Präsident des Nationalrates gehörte er zu jenem kleinen Kreis von Spitzpolitikern der beiden

großen Koalitionsparteien, die entscheidend den *Wiederaufbau Österreichs* und in der Sozialpartnerschaft dessen *Stabilität* vorantrieben bzw. festigten.

Seine größten Verdienste und Erfolge aber hatte er in der Mitgestaltung der *Agrarpolitik* und in der *Interessenvertretung* der Bauernschaft zu verzeichnen. Er war es vor allem, der unter dem Landwirtschaftsminister Ing. Eduard Hartmann nach fast 10jährigem Ringen das *Landwirtschaftsgesetz* mit seinem Grünen Bericht und Grünen Plan durchsetzte, das ganz entscheidend geholfen hat, den ungeheuren Strukturwandel in der Produktionstechnik und den damit verbundenen hohen Investitionskosten zu verkraften. Er zählte auch zu jenen Agrarpolitikern, die nach der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und dem Wegfall der Zwangsbewirtschaftung ein *Marktordnungsgesetz* für die wichtigsten Agrarprodukte, Getreide, Milch und Vieh, durchsetzten, das nicht nur einseitig dem Schutz der Konsumenten bei Mängelsituationen, sondern in Zeiten der Überproduktion auch dem Schutze der Produzenten dienen sollte. Ohne dieses Gesetz wären die immer schwieriger werdenden Absatz- und Preisprobleme schon längst nicht mehr zu bewältigen gewesen und Zustände eingetreten, wie wir sie in der Ersten Republik zu verzeichnen hatten.

Schließlich ist ihm auch entscheidend mitzuverdanken, daß die Bauernschaft schrittweise in das *Netz der sozialen Sicherheit* einbezogen wurde, angefangen von der Kinderbeihilfe, über die gesetzliche Krankenversicherung bis hin zur Bauernpension.

Im eigenen Land aber wurde unter seiner mehr als 20 Jahre währenden Präsidentschaft die Landwirtschaftskammer zu einem leistungsfähigen Instrument zur Förderung der Landwirtschaft ausgebaut. Der *Bildungs- und Beratungsarbeit* wurde Priorität zuerkannt, der *Raiffeisen-*

hof als zentrale Bildungsstätte geschaffen, der *Bund Steirischer Landjugend* gegründet, der ihm den Ehrentitel „Vater der Landjugend“ verliehen hat und dessen ehemalige Mitglieder nach 35jährigem Bestand heute die Bauernschaft in den Gemeindestuben, in den gesetzgebenden Körperschaften, in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und in der Kammer selbst repräsentieren. Bereits in den fünfziger Jahren wurde mit der Organisation der bergbäuerlichen *Umwstellungsgebiete* begonnen und damit rechtzeitig der Entsiedelung des Berglandes vorgebeugt. Im Flach- und Hügelland und insbesondere im Grenzland wurden zahlreiche *Spezialkulturen* gefördert und dadurch Tausenden von Kleinbetrieben ihre Existenz gesichert. Der Ausbau des *ländlichen Wegenetzes* wurde stark forciert, der *Forstwirtschaft* und insbesondere dem *Bauernwald* und seiner Betreuung große Aufmerksamkeit geschenkt und mit der *Waldbauernschule Pichl* im Mürztal eine Ausbildungsstätte für Forstarbeiter und Bauernsöhne geschaffen. Josef Wallner war und bieb zeitlebens aber auch selbst ein Bauer mit Leib und Seele und widmete seine karge „Freizeit“ mit großer Umseht dem eigenen Betrieb. Er war Fleckviehzüchter und Obmann des Steirischen Fleckviehzuchtverbundes. Dem Genossenschaftswesen gehörte seine besondere Obsorge. So war er denn auch der Gründer der Steirischen Viehverwertungsgenossenschaft, die heute in der „*Agroservita*“ aufgegangen ist und damit ein wesentlicher Bestandteil dieser großen Verwertungsgenossenschaft für Molkereiprodukte, Fleisch und Obst ist. Schließlich war er auch der Obmann des *Steirischen Raiffeisenverbandes*, dem die gesetzliche Revision aller Genossenschaften des Geld- und des Warensektors anvertraut ist.

Er hat also sehr viele Funktionen bekleidet und es mag daher schon sein, daß kritische Zeitgenossen ihn

auch als „Ämterkumulierer“ angesehen haben. Doch muß dazu gesagt werden, daß er alle seine Funktionen — gewiß auch dank der glücklichen Hand, die er in der Wahl seiner engeren Mitarbeiter hatte — voll ausgefüllt hat. Davon abgesehen, hat die Vereinigung von Schlüsselpositionen in einer Hand neben all dem durchaus möglichen Nachteilen aber den einen großen Vorteil, daß Rivalitätskämpfe zwischen den einzelnen Institutionen mit ihren Apparaten schon im Keime ersticken werden können und dafür eine koordinierte und fruchtbare Zusammenarbeit Platz greifen kann. Das war nun bei Josef Wallner der Fall und in so manche Funktion wurde er ohne sein besonderes Zutun hineingewählt, weil er eben das uneingeschränkte Vertrauen der Bauernschaft zu seinen Fähigkeiten und seiner integren Persönlichkeit besaß.

Was nun diese seine Persönlichkeit selbst anlangt, so ist sie gekennzeichnet durch eine tiefe, unbeirrbarre Religiosität, durch ein vorbildliches Familienleben, durch einen scharfen, das Wesentliche rasch erfassenden Verstand, durch Charakterfestigkeit, durch unermüdlichen Fleiß und eine unglaubliche Zähigkeit in der Verfolgung gesteckter Ziele, über deren Verwirklichung er buchstäblich oft Tag und Nacht nachdachte. Er war nicht der Typ des jovialen, um die Wählergunst buhlenden Politikers, sondern hinterließ den Eindruck eines verschlosenen und ernsten Wesens, war feuchtfrohlicher Gesellschaft abhold und bei seinen Parteifreunden mehr geachtet, denn beliebt. Wer aber sein Herz einmal gewonnen hatte, dem öffnete er sich und im engeren Freundes- und Familienkreis konnte man mit ihm auch fröhliche und unbeschwerde Stunden verbringen.

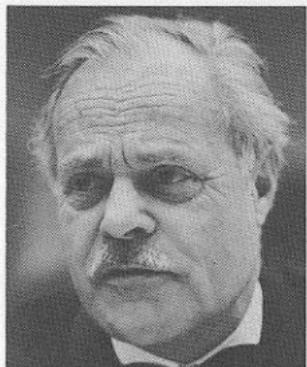
Sein Name ist mit goldenen Lettern in die Geschichte der steirischen und österreichischen Bauernschaft eingegangen.

MOSAIKE EINES LEBENS

Dr. Theodor Piffl-Perčević, geboren 1911, war eine der eindrucksvollsten Ministerpersönlichkeiten der Zweiten Republik. Der gebürtige Südtiroler — langjähriger Unterrichtsminister, geschäftsführender Landesparteiobermann und Landesparteifinanzreferenz der steirischen Volkspartei — stellte einen unveröffentlichten Text „In Zorn und Schmerz“ zur Verfügung, in dem er über seine von der Gestapo geahndeten Aktivitäten gegen den Hitler-Mussolini-Pakt über die Aussiedlung der Südtiroler berichtet. Piffl formulierte damals auch eine Denkschrift mit nachgerade in bezug auf das Schicksal vieler Deutscher, die 1945 nach dem Zusammenbruch des „Reiches“ flüchten mußten, prophetischen Sätzen. In der Folge ein Auszug aus der Denk- und Erinnerungsschrift aus dem Jahr 1939:

„Hitler argumentiert im „Kampf bei der Behandlung der Südtiroler Frage, daß das Schicksal der ganzen Nation wichtiger sei als das Schicksal eines so kleinen Teiles. Wir stellen fest: Das Schicksal der deutschen Nation ist durch die Vertreibung der Südtiroler weder gesichert (nicht einmal gebessert), noch durch ihre Belassung auf der Scholle gefährdet. Das Schicksal der deutschen Nation ist höchstens durch jene Politik gefährdet, die glaubt, zu solchen Katastrophenmaßnahmen greifen zu müssen, wie es die Zwangsaußiedlung eines alteingesessenen Volksteiles ist, um sich damit den letzten noch nicht verscherzten Bundesgenossen bei Laune zu erhalten. Allein schon die Konsequenzen einer solchen Maßnahme für die deutsche Zukunft sind unabsehbar. Ein etwa einmal siegreiches Frankreich wird das, was zwischen Bundesgenossen recht ist, dem Unterlegenen gegenüber für billig halten und das linke Rheinufer oder Ostpreußen einfach aussiedeln und ähnliches mehr. Denn wenn einmal im Herzen Europas solche Wege beschritten werden, dann wird es keine Rolle mehr spielen, ob es sich um 6- oder 7stellige Bevölkerungszahlen handelt, die zwangswise verschoben werden.“

Wir sind gerne für die Gesamtheit der Nation zu Opfern bereit, selbst dann, wenn wir den Sinn des von uns geforderten Opfers nicht ganz erkennen sollten. Diese Opferbereitschaft haben wir immer wieder unter Beweis gestellt. Aber wenn wir die ausgesprochene Sinnlosigkeit und



Verfehltheit des verlangten Opfers so deutlich erkennen wie in diesem Falle, ist es geradezu unsere nationale Pflicht, eine solche ungeheuerliche Zumutung zurückzuweisen!“ Es war mir natürlich vollkommen klar, daß dieses Schriftstück, würde ich als sein Autor bekannt werden, schlimmste Folgen für mich haben müßte. Aber es schien mir nötig, in diesen Tagen wenigstens das Wenige zu wagen, dessen man in solcher Lage fähig war. So versandte ich die Schrift an die Mitglieder der Reichsregierung, an Gauleitungen, vor allem an jene von Tirol, auf einen Rest von Ehrgefühl hoffend, an mehrere andere Persönlichkeiten und auch an ganz bestimmte Bekannte, die ich für klug genug hielt, das Papier zu vernichten, ehe es bei ihnen zu ihrem eigenen Nachteil gefunden werden konnte. Einigen gab ich es auch von Hand zu Hand. Das war im Juli und August 1939.

Am 1. September brach sodann der Zweite Weltkrieg über uns herein, dessen unsagbar entsetzliche Vorkommnisse und Folgen alle Ahnungen und Befürchtungen übertrafen. Was ich von einem „etwa einmal siegreichen Frankreich“ als möglich angenommen hatte, trat dank der Klugheit seiner Staatsführung nicht ein, und ich habe für die Zumutung Abbitte zu leisten. Aber das deutsche Reich selbst zwang Millionen von Deutschen und Nichtdeutschen zur Umsiedlung, fort aus ihren Dörfern, fort aus ihren Städten, und die slawischen Siegermächte folgten diesem Vorbild und Beispiel. So verloren europäische Bevölkerungsmassen, nicht in 7stelliger, nein, in 8stelliger Größenordnung Heimat, Hab und Gut, ganz abgesehen von

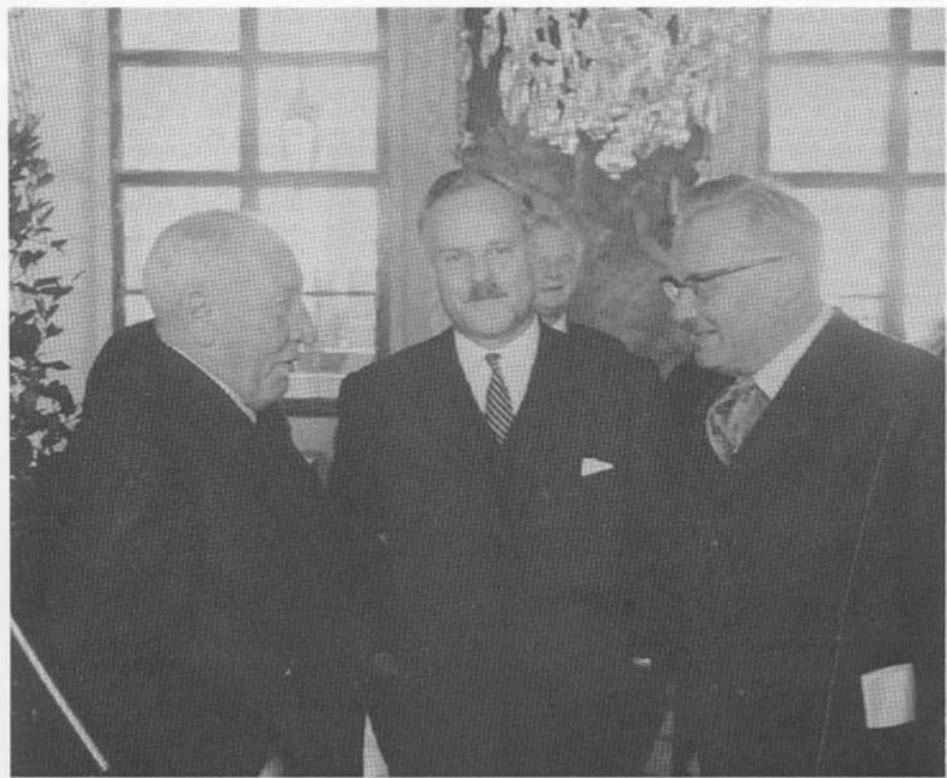
den hohen Millionenzahlen der in den Konzentrationslagern und auf den Bomben- und Schlachtfeldern oder durch Hunger und Kälte Erlegenen.

Am 1. Dezember 1939 sollte ich das Sekretariat einer Schraubenfabrik im südlichen Polen, die seit den Zeiten Kaiser Franz Josephs einer österreichischen Firma gehörte, übernehmen und daher am 30. November von Wien abreisen. Am 29. nahm ich von meinen Eltern in Graz Abschied und kehrte, die Fahrkarte Wien—Krakau bereits in der Tasche, mittags in mein Junggesellenzimmer auf dem Suttnerplatz im 4. Wiener Gemeindebezirk zurück. Auf dem Schreibtisch erwartete mich eine Vorladung zur Geheimen Staatspolizei. Ich habe mich ehestens in ihrem Hauptquartier auf dem Morzinplatz einzufinden. Die Zimmerfrau berichtete von einer Durchsuchung meines Zimmers, der beizuhören sie verhalten worden wäre. Man habe nichts gefunden, was mitnehmewert erschien sei. Über die im Sportabzeichennachweis vermerkten knappen Ergebnisse sei gelächelt worden.

Kann es jemanden gegeben haben, der als Vorgeladener gemütlös und ohne Herzklöpfen zur Gestapo schritt? Auf dem Wege durch die Innere Stadt kehrte ich im Stephansdom zu. Eine flackernde Kerze vor der Dienstbotenmadonna sollte meinen Anruf unterstützen.

Der Gestapobeamte hielt mir geradewegs ein Exemplar meines Schriftstückes entgegen. „Haben Sie das geschrieben?“ „Wie können Sie so etwas annehmen?“ „Wieso soll das von mir sein?“ Mit einigen solchen Redensarten suchte ich zu entkommen. Habe ich schließlich die Grenze zur Lüge überschritten? Als ich so tat, als wollte ich gleichsam zur Prüfung des mir zugemuteten Textes das Schriftstück durchlesen, während doch nur meine Augen zur Täuschung über den fast auswendig bekannten Text glitten und mein Gehirn in beklemmender Angst um einen Ausweg rang, überwältigte mich plötzlich der vorwurfsvolle Gedanke, wo denn nun die Ideale, Bewunderungen und Vorsätze der jungen Jahre blieben: Um Tirol darf man nicht lügen!

Nun konnte der Beamte das Protokollpapier in seine Maschine spannen. Er war von Anfang an nicht unnötig mit mir gewesen und blieb auch so, als er mich durch die

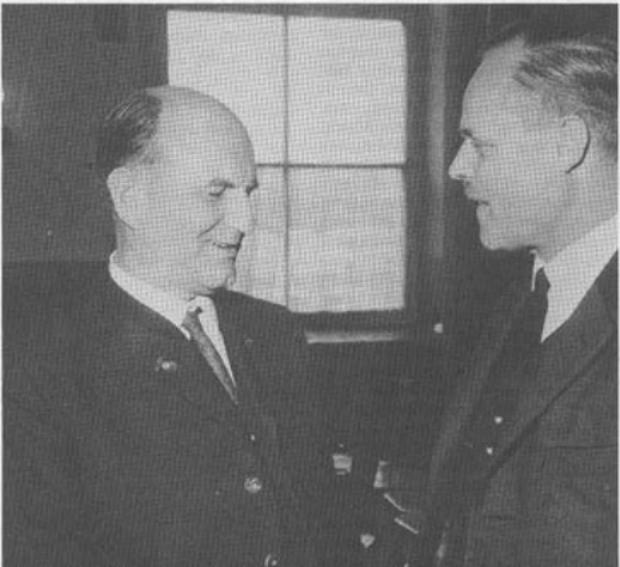


Minister Piffl-Perčević mit Josef Krainer und Hanns Koren.

inzwischen hereingebrochene Dunkelheit den Donaukanal aufwärts zum Polizeigefangenengehau auf der Rossauer Lände führte, mir versprechend, Eltern und Firma verständigen zu wollen. Auch das Sportabzeichen kam zur Sprache. Bei der Augartenbrücke sagte er mir einige bedauernde Worte über das notwendige Los Südtirols.

Wer von uns Älteren kennt nicht aus eigener Erfahrung oder doch aus einer reichlichen Literatur — ich meine nicht das Libretto der „Fledermaus“ — die Sitten einer polizeilichen Aufnahmskanzlei? Nur soviel sei hier vermerkt, daß sie mir gegenüber ohne Rauheit angewandt wurden. Die Härte des „Sachzwanges“, aber ist gleichfalls genügend bekannt. Als ich, mit einem Strohsack ausgestattet, in eine dichtbelegte Zelle eingewiesen war und einen schmalen Platz auf dem Fußboden gefunden hatte, löste sich die Spannung und wich einem bestärkenden, fast glücklich stimmenden Trotz. So schließt sich ein. Um diese Zeit mochte auch meine Kerze erloschen sein.

Nach 10 Monaten wurde ich, abgeurteilt und wehrunwürdig aus



Piffl-Perčević mit Bundeskanzler Klaus.

dem Wiener Landesgericht entlassen. Inzwischen war die „freiwillige Rückoption“ durchgeführt worden, zahlreiche „Rücksiedler“ hatten bereits den Brenner überschritten. Daß die volle Katastrophe des gänzlichen Verlustes der alten Heimat, die viele Millionen Deutscher als Ergebnis der Wahnideen und Wahnsinnstaten Hitlers traf, jenen, denen er solchen Verlust als erste zugemutet hatte, nicht zur Neige auferlegt war, verdanken sie nicht zuletzt und von allen Männern am meisten dem unerschütterlichen Turm in der Verwirrung und Not, dem unerschrockenen Verfechter der Rechte der Südtiroler Volksgruppe: Kanonikus Michael Gamper. Sein Leben und Werk muß die Zeitgeschichte erhöhtes Augenmerk zuwenden!

Schließlich seien noch zwei Passagen aus dem 1977 im Styria-Verlag erschienenen „Erinnerungsbuch Piffls „Zuspruch und Widerspruch“ zitiert, die mit seinem Rücktritt als Minister 1969, einem in der heutigen Politik seltenen Beispiel von Konsequenz und Pflichtbewußtsein, in Verbindung stehen:

„Am Morgen des 29. Mai, an jenem Tag, an welchem die Bundesparteileitung einberufen war und den „Rückzugsbeschuß“ fassen sollte, bat mich der Kanzler noch einmal zu sich. Präsident Wallner und später auch Hermann Withalm waren anwesend und versuchten, mich noch umzustimmen. Schließlich war Klaus davon überzeugt, daß er mich nicht mehr zurückhalten könnte. Mit steinerner Miene meinte er nun, daß zur Beratung der Nachfolgefrage geschritten werden müsse... Nun nannte er drei Namen: Dr. Josef Krainer, Universitätsprofessor Dr. Hans Tuppy, seinen Kabinettschef Dr. Alois Mock. Der „junge Krainer“, Sohn des steirischen Landeshauptmannes, Direktor des Steirischen Bauernbundes, Doktor der Rechtswissenschaften, ehemals Assistent des Professors für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Grazer Universität Dr. Anton Tautscher, beglückend jung, dynamisch, geschickt und fleißig, ein homo politicus von hohen intellektuellen Graden, Steirer und Bauernbündler: das schien die Traumlösung. Er mußte passen. Aber Wallner war erschrocken. Er brauchte Krainer beim Bauernbund angesichts der eigenen langen Abwesenheiten von der Steiermark... Nur einen Brief möchte ich noch erwähnen und sogar, mit Bedenken, wörtlich wiedergeben, einen Brief Josef Krainers. Das Bedenken betrifft mich selbst, weil die Veröffentlichung des Briefes durch mich selbst peinlich

nach eigener Überbewertung deutbar ist, für welche Deutung freilich jeder autobiographische Bericht, alle „Erinnerungen“ und Memoiren kaum vermeidbare Ansatzpunkte bieten... Ich glaube aber, und das scheint mir die Veröffentlichung des Briefes zu rechtfertigen, daß er für das Charakterbild Josef Krainers, das zu zeichnen wohl schon Zeitgenossen am Werk sein sollten, von Bedeutung ist, auch wenn die Historiographen feststellen werden,

daß seine Deutungen, Wertungen und Aussagen in diesem Brief subjektiv ausgefallen sind. Der mir am letzten Tag des Jahres zugekommene Brief trägt das Datum 29. Dezember 1969 und anstatt der sonst meistens gewählten unausdeutbaren Unterschriftshieroglyphe den vollen Namenszug:...“

Minister Piffl stellte uns erstmals diesen Brief in Faksimile zur Verfügung.



LANDESHÄUPTMANN
JOSEF KRAINER

Graz, am 29.12.1969

Verehrter Herr Minister,
lieber Freund !

Du hast mir am 9.6.1969 einen eigenhändigen Brief geschrieben. Ich habe Dir keine Antwort darauf gegeben. Ich bitte um Vergebung. Der Grund war, daß ich einfach resigniert habe, nicht zuletzt auch wegen des eigenen Unvermögens und der vernachlässigen Kontaktnahme, die nicht etwa aus Absicht, sondern einfach aus dem Trubel des Geschehens entstanden ist.

Ich habe es als den größten Mißerfolg meiner politischen Tätigkeit für die Steiermark empfunden, daß Du als Minister ausgeschieden bist. Nicht etwa nur deshalb, weil die Steiermark nun keinen Herrn im Ministerrat sitzen hat, sondern weil wir weit und breit einen Mangel an Persönlichkeiten haben, und auf einmal ist wieder einer abgetreten. Damit haben wir um eine große Verantwortung für Österreich weniger.

Du hast mir gedankt. Ich habe Dich viel zu wenig unterstützt. Daher verdiene ich den Dank nicht. Wohl aber bin ich Dir im Namen der Heimat und auch persönlich viel und großen Dank schuldig, den ich hiermit gerne mit einem Vergelt's Gott abstatte möchte.

Darf ich Dich auch noch fragen, welche Überlegungen Du Dir aus unserem letzten Gespräch zurechtgelegt hast.

Mit dem nochmaligen aufrichtigen Dank und der freundschaftlichen Verbundenheit wünsche ich Dir für das kommende Jahr Gottes Segen für Dich und Deine Familie!

Sein
Josef Krainer

NEUER ANFANG NACH DEM KRIEG*

Mitte Juni 1945 kam ich aus der Kriegsgefangenschaft zurück und trat am nächsten Tag wieder bei der Bezirkshauptmannschaft Liezen ein, wo ich beim Einrücken am 1. August 1940 weggegangen war. Von der Verteidigung der sogenannten Alpenfestung und dann aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft kam ich zurück zur Bezirkshauptmannschaft, und habe mich natürlich sofort begeistert für die Demokratie interessiert. Ich habe ja die Demokratie nicht gekannt. Als sie unterging, war ich ja erst vierzehn Jahre alt. In meiner Heimatgemeinde Lassing, wo mein Schwiegervater Parteiobmann der ÖVP war, wurde ich Organisationsreferent und Kassier und habe die ersten Mitglieder geworben. Damals war die ÖVP nur im russischen Teil erlaubt, also in Lassing konnte man eine ÖVP gründen, in Liezen noch nicht. Die Enns war die Demarkationslinie. Wir trafen aber bereits Vorbereitungen für eine Parteigründung in Liezen und ich wurde später Stadtparteiobmann. Als wir die ersten vierzig Mitglieder beisammen hatten, waren wir glücklich und haben vor lauter Freude ein Fest gefeiert, denn es war in manchen Fällen schwierig, Mitglieder zu werben, da viele Menschen von jeder politischen Tätigkeit genug hatten, nach allem, was sie in der Kriegszeit erfahren hatten.

Damals habe ich etwas über 200 Schilling verdient; ich war Stadtparteiobmann, auch Obmann des Gewerkschaftsbundes, mit sozialistischer Mehrheit, also die Sozialisten haben mich damals gewählt. Bei einer Tagung in Graz habe ich gegen die Begrüßung „Genossinnen und Genossen!“ protestiert. Ich habe gesagt, das ist eine Gewerkschaftsveranstaltung, keine Parteiveranstaltung.

Ich war also Stadtparteiobmann, Bezirksobmann des AAB, Gemeinderat der Stadt Liezen und einer der ersten in der ÖVP überhaupt. 1947 oder 1948 entdeckte man, daß ich, der ich soviel Mitglieder geworben hatte, selber nicht Mitglied der ÖVP war! Keiner hatte mir je eine Beitrittskündigung hingelegt und gesagt, unterschreibe, und selber hatte ich nicht daran gedacht. So hatte ich alle Funktionen ausgeübt, ohne Parteimitglied gewesen zu sein. Dann habe ich natürlich unterschrieben. An ein zweites Ereignis



erinnere ich mich: an eine Betriebsversammlung, die im Protokollzimmer der Bezirkshauptmannschaft in Liezen stattfand und an der ich gemeinsam mit dem nachmaligen Stadtamtsdirektor Rudolf Polzer teilnahm. Ein Ingenieur spielte damals eine große Rolle, gab Direktiven aus, erklärte, er habe über Personalaufnahmen zu entscheiden aus politischer Sicht und nannte dann Namen, wer da nicht alles entlassen werden sollte. Das waren Beamte in Liezen, die mir sehr gut bekannt waren, mit ihren Familien. Polzer und ich besprachen uns zuerst miteinander, dann meldeten wir uns zu Wort und fragten nach dem Grund der Entlassungen. Allgemeines lähmendes Entsetzen. Es hieß, sie seien politisch unzuverlässig, sie seien Nazi gewesen. Sage ich, nein, das waren keine Nazi, das waren höchstens Mitläufer. Warum bestimmten Sie das? Alles war mucksmäuschenstill. Es kam dann zu einer Abstimmung, bei der Polzer und ich ungefähr 99 Prozent gerettet haben. Jetzt waren wir die Personalvertreter der Bezirkshauptmannschaft und haben natürlich sofort alle Entlassungen rückgängig gemacht. Es hat mir zweimalige Verhaftungen durch die FSS eingebracht, das war der englische Geheimdienst. Es ist viel denunziert worden in dieser Zeit, ich wurde beschuldigt, daß alle Ehemaligen bei der Bezirkshauptmannschaft bleiben könnten oder angestellt würden, was natürlich nicht gestimmt hat, nur sind diese Leute, die absolut nichts angestellt hatten, dadurch geblieben oder wiedereingestellt worden. Das hat uns begeisterte ÖVPler eingebracht, mit ihren Fa-

milien, die sind natürlich mit ihrem ganzen Anhang zur ÖVP gegangen. Damals war es auch, daß aus Graz die Anfrage kam, man höre, daß Polzer und ich Personalvertreter seien, dies sei aber nur möglich, wenn man Mitglied einer politischen Partei sei. Wir hatten uns da nie gekümmert, ob das jetzt ÖVP oder SPÖ war bei der Bezirkshauptmannschaft. Jetzt sind wir dagesessen und haben uns gefragt: Was machen wir? Ja, sage ich, ich tendiere zur ÖVP und der Polzer hat gesagt, er tendiere zur SPÖ. So war das damals.

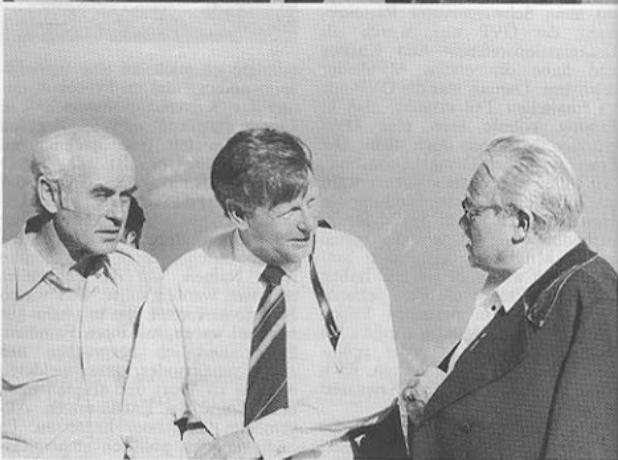
1947 war es, glaube ich, da ist ein junger Jurist nach Liezen gekommen, das war der Dr. Rainer. Mit dem haben wir sehr scharf diskutiert über die ÖVP, ihre Ziele usw. Er hat sehr nachdenklich überlegt, ob das das Richtige ist, was man da tut, und dann ist er eines Tages beigetreten. Und noch einer ist mir aufgefallen, der Karl Lackner aus Donnersbach. Der hat damals eine Mehrheit von ungefähr 70 Prozent oder noch mehr gehabt, als parteiloser Bürgermeister. Das hat mich natürlich interessiert. Ich habe viele Gespräche mit ihm geführt, auch das war nicht einfach, und bei einem Fußmarsch von Donnersbach auf die Planneralm, der hat immerhin vier Stunden gedauert, hat er dann nachher die Beitrittskündigung zur ÖVP unterschrieben. Der dritte, den ich werben wollte, war der Karl Wimmer, der vor kurzem noch FPÖ-Abgeordneter gewesen war, der ist mir immer ausgewichen. Daraufhin habe ich in meiner Wohnung ein Schloß machen lassen, er war ja Schlossermeister. Da hat er nicht mehr davon können, es ist ihm nicht gelungen! Natürlich hat es damals auch wüste Auseinandersetzungen gegeben. Da gab es gewisse Wege, die niemand gerne gegangen ist. In einem Barackenlager im Reitthal waren sehr Radikale. Da haben wir den Pirker beauftragt, weil er der Jüngste war, dem haben wir allerhand versprochen und er mußte in den Autobus einsteigen, hat Stimmzettel verteilt und sich das alles bieten lassen, was die ihm gesagt haben. Vor den Wahlen haben wir auch Lautsprecher aufgestellt, die Sozialisten beim Arbeitsamt, wir beim Café Brauner. Da haben wir uns gegenseitig immer alles gesagt, die Wahläusserungen waren viel härter als heute, bei den Wählerversammlungen sind wir zu den sozialistischen

und den freiheitlichen hinmarschiert. Einmal war ich bei einer Wählerversammlung der Sozialisten mit Waldbrunner, wir haben uns als ÖVPler in die letzte Reihe gesetzt. Da bittet mich der Minister Waldbrunner, daß ich als ÖVP-Obmann in der ersten Reihe Platz nehme. Er hat mich begrüßt und gefragt: Was sind Sie von Beruf? Ich: Beamter. Er: Das habe ich mir schon gedacht, weil Sie so viel Zeit haben, zu uns zu kommen! Andererseits sind auch die Sozialisten zu unseren Versammlungen gekommen. Ich bin dann nach Graz versetzt worden, weil ich ja Jus studierte, dann kam ich zur Landesregierung...

Die Sache mit dem Landeshauptmannstvertreter: Während der diesbezüglichen Verhandlungen hat man mich interviewt und meinte, ich sei der nächste Landeshauptmann. Da sagte ich, nein, der nächste Landeshauptmann bin ich nicht, denn ich bin heute 51 Jahre alt. Bei der Vitalität von Landeshauptmann Krainer macht er noch mindestens zwei Perioden, dann bin ich 60 und mit 60 gehe ich. Das habe ich immer gesagt und auch eingehalten. Ziesel hat weitergebohrt: „Wie so?“ Da habe ich gesagt: „Schaun Sie, der Landeshauptmann Krainer ist ein lächerlicher Stipfl.“ Da hat er gezuckt und gefragt, was ein lächerlicher Stipfl ist. Ich habe ihm das erläutert und das ist dann durch ganz Österreich gegangen.

Ich habe natürlich nie damit gerechnet, Landeshauptmann zu werden und habe Krainer immer dringlicher ersucht, doch Bezirkshauptmann von Liezen werden zu dürfen, ich wollte zurück, das sollte die Krönung meines Lebens sein. Er hat zuerst immer gelächelt, hat das abgetan. Dann kam das Jahr 1971 und der plötzliche Tod, er hat mich am Samstag vormittag um halb elf noch zu sich gebeten, weil das nachstjährige Budget dran war und ich war viel in der Ausschußarbeit drinnen. Er kam gerade vom Landestag der Jungen ÖVP. Es war die Ehrenringverleihung an den Präsidenten Wallner und da hat er mich gefragt, was ich so mache. Ich habe gesagt, ich gehe morgen „Gams jagen“ nach Hall bei Admont und er hat gesagt, er geht auch jagen. Ich habe dann auf der Jagd die Nachricht bekommen, daß er gestorben ist. Es war damals so, daß jeder sich gesagt hat, jetzt ist alles vorbei, Landeshauptmann Krainer war eine Persönlichkeit, das war unbestritten. Man mußte mir damals wirklich sehr zureden, und dann habe ich halt gesagt, dann mache ich es.

* Dieser Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Gesprächs, für das sich Dr. Niederl dankenswerterweise zur Verfügung stellte.



Zu den Bildern: Oben: Niederl mit ÖVP-Obmann Mock, Dr. Josef Krainer und Dipl.-Ing. Franz Hasiba. Mitte: Niederl mit Franz Feldgrill und Hanns Koren. Unten: Der LH mit seinen Nachbarlandeshauptleuten Ratzenböck und Haslauer.

Franz Feldgrill

NEUES FÖRDERN UND SCHÜTZEN*

Als mein verehrter Freund, Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, im Herbst 1983 für uns alle überraschend sein Präsidentenamt zurücklegte, ist eine Ära zu Ende gegangen. Sie, meine Damen und Herren, und ich waren uns dessen bewußt, haben die Unterschiede in der Ausformung des Charakters wohl gekannt, als Sie mich zu seinem Nachfolger gewählt haben.

Deshalb darf ich ein sehr persönliches Wort gleich vorausschicken: Ich bin aus tiefster Überzeugung und großem Vertrauen in die Demokratie wirklich glücklich darüber, daß mit dem heutigen Tag keine Ära zu Ende geht.

Zu Ende, meine Damen und Herren, geht ein Abschnitt in meinem Leben — sicher der ehrenvollste, sicher jener Abschnitt, der mir die meiste Verantwortung abverlangt hat, auch einer, in den ich die vielfältigen Erfahrungen eines doch recht langen Lebens einbringen konnte.

Es waren Kindheitserinnerungen an den Ersten Weltkrieg, die Erfahrungen des jungen Mannes in wirtschaftlich und politisch äußerst schwierigen Zeiten, im Zweiten Weltkrieg, im Wiederaufbau.

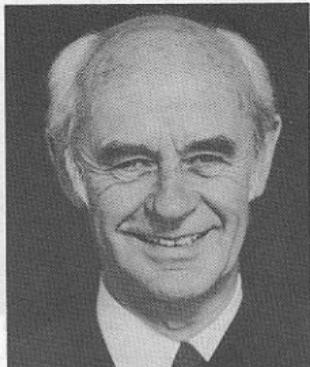
Es waren Erfahrungen, die ich darüber hinaus in einer bodenverbundenen, ursprünglich bäuerlichen Großfamilie, im Sport, in der Wirtschaft gesammelt habe. Und aus denen ich gewußt habe, daß man selber natürlich sein Bestmögliches geben, daß man Führungsrollen auch ausfüllen muß; daß dasselbe aber auch für den anderen gilt, daß eine Meinung nur durch Überzeugung schwerer wiegt und jedenfalls das gemeinsame Ganze wichtiger ist als die Teilinteressen.

Ich darf die erste Sitzung dieses Jahres, zu der ich Sie eingeladen habe, benützen, um mein Amt zurückzulegen. Ich zähle auf Ihr Verständnis für diesen wohl überlegten und gerne gesetzten Schritt, wenn ich ins Treffen führe:

Ich bin in wenigen Wochen 68 Jahre alt; ich habe 30 Jahre lang den Menschen dieses unseres Landes treu, redlich und mit allen meinen Kräften gedient;

ich habe 22 Jahre diesem Hohen Haus angehört und davon über 13 Jahre lang das Amt des Dritten und nunmehr 15 Monate das ehrenvolle Amt des Präsidenten des Landtages ausgeübt.

Ich habe es mit dem Respekt getan, den diese Aufgabe verlangt. Ich



hoffe, daß ich ihr und dem Vertrauen gerecht geworden bin, das Sie mir mit Ihrer einstimmigen Wahl bekundet haben.

Ich habe darüber nie vergessen, daß die Person, daß der Mensch, der dieses ehrende Amt trägt, immer derselbe bleibt. Ich bin dankbar dafür, daß es mir in dieser Gesinnung trotz des hohen Einsatzes gegeben war, mir daneben meine große Familie zu bewahren, meine Freude an der Geselligkeit, meine Liebe zum Wald, zur körperlichen Arbeit, zum Sport, zur Jagd, zur Natur. Ich freue mich darauf, wieder mehr Zeit für sie zu haben. Genauso wie der Mensch derselbe bleibt, ob er nun Bauer oder Präsident ist, genauso bleibt die Funktion gleich, ob sie nun von

einem umfassenden Kulturmensch, einem vielleicht nüchternen Wirtschafter oder einem Mann ausgefüllt wird, der sie als Höhepunkt einer in den allerersten Nachkriegsjahren wurzelnden politischen Laufbahn erlebt. Jeder Träger wird sie mit anderen Facetten versehen, aber den gleichen Schwerpunkt wahren: das zutiefst demokratische Element, den Respekt vor der Meinung des anderen, die ehrliche Auseinandersetzung, die in einen ebenso ehrlichen Ausgleich mündet.

Ich bin überzeugt davon, daß jener Mann, den Sie heute zu meinem Nachfolger wählen werden, diesen Schwerpunkt ebenso zum Tragen bringen wird — und ich wünsche es ihm und dem Land Steiermark aufrichtig.

Meine Damen und Herren! Mir bleibt nur noch der Dank, den ich aus ehrlichem und bewegtem Herzen auszusprechen habe: an Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, für Ihre Unterstützung in dieser Gesinnung; an meine beiden Präsidentinnen, die mir die Last des Amtes wesentlich erleichtert haben; an die Regierung, die große Koooperationsbereitschaft mit der gesetzgebenden Körperschaft bewiesen hat. Ich danke allen Freunden und darf hier mit großem Respekt drei Landeshauptleute nennen, unter denen und mit denen ich meinen Dienst an der Öffentlichkeit geleistet habe:



Landeshauptmann Josef Krainer,
Landeshauptmann Dr. Friedrich
Niederl und
Landeshauptmann Dr. Josef Krai-
ner.

Ich darf gleichzeitig alle anderen
Freunde mit einbeziehen, auf wel-
cher Seite immer sie stehen, aus
welchem Bereich immer sie kommen
mögen.

Ich danke den Beamten, denen ich
ihr Leben nicht immer leicht ge-
macht habe und

auch meinem Büro, das mir zum
erstenmal in meiner 30jährigen Tä-
tigkeit in der Öffentlichkeit in diesen
letzten beiden Jahren zur Verfügung
gestanden ist und mir ein völlig
neues Arbeits-Gefühl vermittelt hat.
Ein abschließender Wunsch sei mir
noch gestattet:

Es hat im vergangenen Jahr heftige
Diskussionen gegeben um ein Denk-
mal, dessen Inschrift lautet:

„Wir haben gelernt, miteinander zu
leben.“

Ich bin immer für die Diskussion
gewesen; ich bin aber noch viel mehr
vom Inhalt und vom Anspruch
dieses Satzes überzeugt. Hören wir
nie auf, in diesem Sinne zu lernen;
versuchen wir immer aufs neue,
miteinander zu leben. Auch in
diesem Hause.

Halten Sie, meine Damen und
Herren, die hier weiter arbeiten, Ihre
schützende Hand auch über Unkon-
ventionelles, über Neues, über
manchmal vielleicht Unbequemes.

* Die vorliegende Rede wurde von Präsident
Feldgrill am Anfang seiner Verabschiedung aus
dem Steiermärkischen Landtag am 11. 1. 1985
gehalten.



Franz Feldgrill plante als Obmann gemeinsam mit Dr. Karl Maitz und Ludwig Kapfer das neue Josef-Krainer-Haus.

Auch das gehört zu unserem Land,
gehört zu seinem Menschen, die nie
jenen Untertanengeist in den Vor-
dergrund gestellt haben, der heute
weniger angebracht ist denn je.
Sie alle sind Ihnen anvertraut.

Ich habe mir dies — und die damit
einhergehende Bescheidenheit —
zur Richtschnur meines Handelns
gemacht;
ich bin damit gut gefahren.
Viele Lehren habe ich aus der Natur
gezogen. Eine davon lautet:

Junge Bäume brauchen zunächst
den Schutz, den ihnen ältere bieten
können.

Aber wenn sie größer werden,
brauchen sie Platz, brauchen sie
Luft, brauchen sie die Sonne.
Diesem beispielhaften Werden und
nachhaltigen Wachsen in der Natur
will ich gerne folgen und Rechnung
tragen und als der Älteste heute
Platz machen.

Ich danke Ihnen.

NEUE METHODEN DER ARBEIT*

Ich war vor 1938 im Rahmen des Reichsbundes tätig, und zwar als Führer des Jungreichsbundes im Bezirk Radkersburg. Das war im Rahmen der Katholischen Jugend damals im Unterschied zu heute zweifellos eine militante, auch politische Jugendorganisation. Das darf man nicht überschauen, obwohl der österreichische Episkopat schon 1933, nicht erst 1945, beschlossen hatte, alle Geistlichen aus der Politik zurückzuziehen.

Der Jungreichsbund trug, wie damals üblich, sogar eine Uniform: ein grünes Hemd mit einem Reichsbundabzeichen auf der Brusttasche links und eine schwarze Krawatte, ebenfalls mit Reichsbundabzeichen, und ein Käppchen mit dem Spielhahnshu nach vorn. Ich war damals bemüht, wenigstens in den wichtigsten Orten des Bezirks Ortsgruppen aufzubauen, in Klöch, Mureck, Straden, Mettersdorf, Sankt Peter a. O. usw. Wenn ich mich frage, warum ich zu dieser Aktivität gekommen bin, ist es am einfachsten formuliert, wenn man sagt: Das ist vorgezeichnet gewesen, wenn man aus einem katholischen Bauernhaus gekommen ist.

Natürgemäß habe ich mich, als ich im Juli 1945 aus der Gefangenschaft heimgekommen bin, wieder dort gemeldet, wo ich meiner politischen Einstellung entsprechend aufgehört hatte. Die persönlichen Verbindungen waren ja auch während des Krieges nicht abgerissen. Zuerst bin ich zu Dr. Quanditsch gegangen, der bis 1938 Rechtsanwalt in Mureck gewesen war und nach dem Anschluß bei der Bischöflichen Finanzkammer unterkam. Er sagte, es sei gut, daß ich wieder da wäre, er werde mich gleich mit den beiden Bauernfunktionären von vor 1938, Franz Kummer und Leopold Prassl, zusammenführen.

Dr. Quanditsch hat mich auch im August 1945 am Karmeliterplatz in Graz dem damaligen geschäftsführenden Parteibmann Josef Krainer vorgestellt. Krainer hat gesagt: „Wunderbar, daß Sie da sind, wir brauchen dringend einen Sekretär im Bezirk, Sie können morgen in der Früh gleich anfangen.“ Ich antwortete, ich müsse mir das sehr gut überlegen. „Wissen Sie, wir haben im Krieg viel politisiert und uns dabei geschworen, daß wir alles tun werden, aber nur nicht mehr mit der Politik etwas anfangen.“ Darauf sagte er: „Naja, wenn ihr Heimkeh-



rer schon so redet, dann brauchen wir gar nichts anzufangen.“ Ich kann mich lebhaft erinnern, das war spontan Krainers Reaktion. Ich habe mir dennoch ein paar Tage Überlegungszeit vorbehalten, mich dann aber entschieden, wenigstens für kurze Zeit anzunehmen, besonders, weil Kummer und Prassl mich bestürmt haben: Sie täten sich leichter mit mir Jungem, ich würde viele Leute kennen, ich hätte organisatorisches Geschick usw. usf.

Damals standen die ersten Wahlen am 25. November 1945 bevor. Wir bemühten uns, in jeder der 78 Gemeinden des Bezirks einen bevollmächtigten Vertreter der ÖVP zu finden. Mit der Laternen ist man die Leute damals suchen gegangen. Erstens, weil sehr viele, die man gebraucht hätte, in Gefangenschaft oder gefallen waren. Und dann zweitens mußte man mit dem einen oder anderen, den man gefunden hatte, wieder Schluß machen, weil der sich, wahrscheinlich weil er etwas zu verbergen hatte, an die Volkspartei geradezu heranzumachen versuchte.

Am 1. September 1945 trat ich den Dienst im Bezirk an, zuerst in Mureck. Damals konzentrierte sich alles weiter oben im Bezirk, Radkersburg selbst war faktisch acht Wochen Frontgebiet gewesen. Für meine Arbeit gab es kein Auto, nicht einmal ein Fahrrad, praktisch kein Geld, fast kein Papier. Es war sehr schwer, das Propagandamaterial für die Wahlen in die Gemeinden zu bringen, darunter am wichtigsten die Stimmzettel der ÖVP. Amtliche Stimmzettel gab es noch lange nicht. Ein Lkw der britischen Besatzungsmacht mit zwei Soldaten half mir.

Ich habe den beiden Wein „organisiert“, und sie sind glatt bei mir geblieben — was sie nicht hätten tun dürfen — und haben mir eineinhalb Tage lang das gesamte Material in jede Gemeinde geführt. Dabei sind wir mit dem Lkw nachts sogar im Schlamm stecken geblieben.

Die Wahlen sind für uns im Bezirk großartig ausgegangen, ca. 85% der Stimmen haben wir bekommen, für den Nationalrat wie gleichzeitig für den Landtag. Warum? Uns ist es gelungen, den Stimmzettel überall hinzu bringen, was den Sozialisten nicht gelungen ist. Und die Kommunisten, die haben ja da unten überhaupt keine Rolle gespielt. Außerdem haben wir Versammlungen organisiert. Ich kann mich erinnern, daß damals Krainer und Prof. Dienstleider hinuntergekommen sind, alles andere haben wir selber bestritten. Die Wählerversammlung hat damals eine enorm große Rolle gespielt.

Dadurch bin ich den Leuten in Graz aufgefallen. Bei den Besprechungen der Parteisekretäre, wo ich mich zu Wort meldete, war es nicht anders. Dazu kam, daß ich mit meinen damals 27 Jahren ein junger Mann im Kreis der Sekretäre war, aber dennoch in sechs Jahren Krieg viele Erfahrungen gesammelt hatte. Wahrscheinlich deshalb bat mich im Frühjahr 1946 der damalige Bauernbunddirektor Dipl.-Ing. Babitsch zu einem Gespräch nach Graz, und er fragte mich, ob ich bereit wäre, nach Graz zu gehen. Inzwischen hat es mir im Bezirk zu gefallen begonnen, es lief gut, ich war auf meine Arbeit eingeschossen, in der Stadt Radkersburg war ich zum Vizebürgermeister nominiert worden. (Die Gemeinderäte wurden 1945 bis 1950 nicht extra gewählt, sondern nach dem Ergebnis der Landtagswahlen auf die Parteien verteilt.) Ich antwortete also, ich wolle eigentlich nicht nach Graz. Babitsch schlug vor, die Sache offen zu lassen, nicht abzuschließen. Etwas später hat mir auch Chefredakteur Dr. Schuster zugeredet, Leute aus der Heimkehrerregeneration müßten, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen hätten, den Aktionsradius ihres Tätigkeitsfeldes erweitern.

Dann kam der erste Landesparteitag, und ohne daß mir noch einmal jemand geredet hätte, bin ich dort zum Landesorganisationsreferenten gewählt worden. Acht oder zehn Tage später sind wir Referen-

ten vom neuen Landesparteiobermann Dr. Gorbach zusammengerufen worden. Wir wurden nach unseren Vorstellungen befragt, und damals erst machte ich mir klar, daß ich mich nun zwischen Radkersburg und Graz voll entscheiden müsse. Gorbach sagte, „also dann kommen Sie bitte nach Graz“. Es war ein wirklicher Entscheidungsmoment, aber ich habe in ihm mich ohne langes Herumüberlegen für Graz entschieden.

Die Arbeit in Graz begann ich damit, zuerst einmal eine Bestandsaufnahme zu machen und in alle Bezirke zu fahren. Über jeden verfaßte ich ein Protokoll mit Vorschlägen, was in ihm zu tun wäre. Das erste war dann, daß ich sagte, wir müßten in jedem Bezirk ein Sekretariat errichten und überall einen hauptamtlichen Sekretär einstellen, damit einmal die Geschäftsführung der Partei normal läuft. Dann haben wir ein Statut und eine Geschäftsordnung der Partei ausgearbeitet, also der Partei eine Verfassung gegeben. Bis dahin war alles ziemlich provisorisch. Schließlich gingen wir daran, Orts- und Hauptbezirksgruppen zu konstituieren. Wir haben uns für den Begriff Hauptbezirksgruppe entschieden, so daß jeder Bezirk, d. h. der Bereich einer Bezirkshauptmannschaft, eine Hauptbezirksgruppe bildete. Der Bauernbund hatte sich nach Gerichtsbezirken organisiert. In dieser Phase, provisorisch ab Frühjahr definitiv ab September 1947, war ich übrigens schon als Landesparteisekretär und somit für die Geschäftsführung umso mehr verantwortlich, als Dr. Gorbach zumeist in Wien wirkte.

Dadurch, daß ich selber Soldat bzw. Heimkehrer war, lag es nahe, daß ich begann, den Apparat zugleich mit seinem endgültigen Aufbau zu verjüngen. Ich habe Gleichaltrige gesucht, solche mit derselben „Wellenlänge“; dabei hat das, was man aus dem 2. Weltkrieg mit heimgebrachte hatte, eine enorme Rolle gespielt. Auf wen aber konnte ich zurückgreifen? Unter den ca. 25 Sekretären, die wir damals hatten, waren vielleicht 20 formell ehemalige Nazi. Gerade sehr aktive junge Leute waren in den Jahren 1938 bis 1945 häufig irgendwie zur NSDAP oder zu einer ihrer Gliederungen gekommen. Ihnen gegenüber handelten wir genauso, wie Dr. Gorbach es allgemein hieß: „Jetzt ist endlich Schluß mit dem gegenseitigen Einsperren. Wer sich nicht mit Blutschuld beladen hat, dem reichen wir die Hand zur Versöhnung. Wer sich aber mit Blutschuld beladen hat, der soll dafür zur Rechenschaft gezogen werden und soll dafür



Landtagspräsident Wegart mit hohen ÖAAF-Funktionären, 1965.

persönlich geradestehen.“ So haben wir viele Leute mit großer organisatorischer Begabung direkt in die Partei gebracht (und gleichzeitig damit unsere Glaubwürdigkeit bei Wählern gestärkt, die erst heimkehrten, noch skeptisch abseits standen usw.).

Alles in allem ist so die schlagkräftigste Landesorganisation der ÖVP entstanden. Ich habe sogar eine Reihe von „auswärtigen“ Landesparteisekretären „eingeschult“, z. B. Glatzl aus Wien, Wenzl aus Oberösterreich, Berger aus Salzburg und viele andere, die jeweils ein paar Wochen in Graz waren. Sogar die bündische Bewegung hat in Wahrheit entscheidende Impulse von der Partei erhalten, natürlich, mit Ausnahme einiger Ortsgruppen, nicht die des Bauernbundes. Aber den ÖAAF und den Wirtschaftsbund haben wir zu einem guten Teil von der Partei aus mobilisiert, dann auch die Frauenbewegung. Schließlich habe ich auch die Österreichische Jugendbewegung, der Nachkriegszeit in den fünfziger Jahren unorientiert von einer Organisation, die sich mit Zehn- bis Vierzehnjährigen befaßte, zu einer, die sich auf Jugendliche konzentriert, die ins Wahlalter kommen. Sogar über den neuen Namen der Organisation habe ich mir den Kopf zerbrochen, in Anlehnung an unsere militärische Vergangenheit kamen wir sogar auf „Edelweißkorps“. Aber das haben wir doch verworfen, und heraus kam schließlich, nach manchen Umwegen, die „Junge Volkspartei“.

Inzwischen gab es die Nationalrats- und Landtagswahlen 1949 und 1953, beide Wahlen jeweils am selben Tag. 1949 kandidierte erstmals der VdU und nahm uns einen

Sitz in der Landesregierung ab; Gorbachs Versöhnungspolitik wurde damals in der Partei zum Teil heftig kritisiert. 1953 hatten die Sozialisten auch in der Steiermark mehr Stimmen als die ÖVP, aber nicht mehr Mandate. Es war Zeit, neue Lehren zu ziehen. Mir war es darum zu tun — und LH Krainer hat mich dabei immer ermuntert —, jede Möglichkeit zu nutzen, um uns in der Welt umzuschauen, zu sehen, wie es die anderen machen. Krainer sagte: „Weißt du, man muß immer das Fenster aufmachen.“

So bin ich in Italien gewesen, in Frankreich, in England, in der Bundesrepublik und habe unsere Schwesterparteien besucht und mit ihnen Kontakte geknüpft. Als ich zum erstenmal ein Vierteljahr in den USA war, habe ich in New York Gallup besucht und mir erzählen lassen, wie Meinungsforschung vor sich geht. Das war für uns so, als hätten wir Amerika entdeckt, als wäre man ein Kolumbus. Heimgekommen, dachte ich, daß wir das bei uns auch machen müßten. Und ein Jahr später war Gallup auch in Wien. 1956 machten wir die erste Meinungsbefragung, sie kostete 250.000 Schilling, damals ein ungeheuerer Betrag. Da waren in der Partei unglaubliche Widerstände zu überwinden, was einige Bauern mir sagten, als ich im Landtagsklub darüber berichtete, daß Vichzahlungen in den USA durch Gallup genauere Resultate brachten als durch die händische Zählung, ist gar nicht wiederzugeben.

Bei dieser ersten Meinungsbefragung kam heraus, daß wir erstens als Partei gut lagen, zweitens aber, daß Krainer persönlich als Landeshauptmann noch viel besser abschnitt. Meine Erfahrungen und die



Bei einem Baueraufmarsch im Jahre 1957.

Gespräche, die ich in den USA geführt hatte, führten mich zu der Schlußfolgerung, jetzt die Wahlaußenanderersetzung mehr zu personalisieren. Zuerst entschieden wir, Landtag und Nationalrat nicht mehr gleichzeitig wählen zu lassen, die Legislaturperiode des Landtages — damals noch vier Jahre — bis 1957 auslaufen zu lassen, während der Nationalrat schon 1956 neu gewählt wurde.

Damals hatte ich ein langes Nachgespräch bei LH Krainer in der Grazer Burg. Ich sagte, ich würde einen Personenwahlkampf führen wollen. Er meinte, ich müßte das sehr gut überlegen: Ob ich Landeshauptmann bin oder nicht, ist ganz egal. Aber du mußt das für die gesamte Partei sehen.“ Darauf ich: „Herr Landeshauptmann, die Mei-

nungsbefragung besagt so deutlich, daß du weit vor der Partei führst, daß du anerkannt bist. Es wäre geradezu unverantwortlich von mir, wenn ich diesen Versuch beiseite schieben und ihn nicht wagen würde. Ich glaube, wir müssen das tun.“ Er war noch nicht überzeugt, schließlich sagte ich: „Ich stehe vor einer Entscheidung, wie es sie in der alten Armee gab. Hau es hin, habe ich den Maria-Theresien-Orden, hau es nicht hin, habe ich das Standgericht.“ So kam es zur ersten „Krainer-Wahl“.

Als ich in England war, habe ich gesehen, daß der Mcmillan vor die Fabrikstore gegangen ist, und ich dachte mir, das müssen wir mit LH Krainer auch machen. Da fragte Krainer, eben in dieser Nacht: „Was machen wir denn, wenn mich da

unter Umständen irgendjemand niederschlägt?“ Darauf ich: „Mehr kann ich mir gar nicht wünschen, als daß der Landeshauptmann niedergeschlagen wird vor einer Wahl.“ Sagt er: „Du hast leicht reden“. Ich: „Entschuldige, mehr kann ich mir ja wirklich nicht wünschen. Abgesehen davon, die Leute kennen dich ja, sie wissen ja, wer du bist, und das wäre mir völlig neu, daß ein Alpine-Arbeiter oder Böhler-Arbeiter dich niederschlagen würde. Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.“ Krainer war ja allem Neuen immer aufgeschlossen, wenn auch mit der notwendigen Reserve. Bis zum letzten Atemzug hatte er immer eine unglaubliche geistige Beweglichkeit.

Nach meinem Dafürhalten glaube ich auch, die Grundlagen für das Geheimnis der Organisationskraft der steirischen ÖVP wurden in den vierziger und fünfziger Jahren geschaffen, und die damalige Tradition hat sich fortgesetzt. Wir waren immer mutig, wir haben immer Neuland beschritten, wir haben uns nie auf irgendwelche konventionelle Dinge verlassen. Wenn ich heute ein Rundschreiben der Partei lese, fällt mir auf, daß sich Wichtiges nicht geändert hat: das gleiche Rundschreiben, der gleiche Stil, die gleiche Einteilung. Alles, weil es sich bewährt hat. Später ist vieles von dem, was wir zuerst neu gemacht haben, selbstverständlich geworden, auch für die anderen Parteien. Aber ausgegangen ist es vom Grazer Karmeliterplatz.

* Dieser Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Gespräches, für das sich Landtagspräsident Franz Wegart dankenswerterweise zur Verfügung stellte.

Wie kam ich zur, warum engagierte ich mich für die Volkspartei?

INTERESSE FÜR MENSCHLICHE SCHICKSALE

Mit der Politik in Gestalt von parteipolitischem Engagement für die ÖVP kam ich erst relativ spät in Berührung, nämlich 1950. Damals war ich schon 35 Jahre alt. Voraussetzungen dafür aber brachte ich wohl schon aus Herkunft und Erziehung mit. Damit meine ich, was man „bürgerliche Einstellung“ nennt: Leistungsdenken, Interesse für Wirtschaft und Wirtschaftserfolge als Grundlagen für soziale Verbesserungen, besonders bei den Familien. Im Hintergrund dieser halbkonkreten Anschauungen Interesse für menschliche Schicksale und starkes Engagement, helfen zu wollen. Wenig hat mir vor und nach 1950 mehr Freude gemacht, als persönliche Kontakte zu pflegen, unzählige Male für Menschen zu intervenieren, zum Glück großteils erfolgreich.

Als Tochter eines österreichischen Offiziers in Berlin 1915 geboren, aber schon seit der Volksschule in Mödling, gehörte zu meinen Familien- und Jugenderfahrungen, wie zu denen vieler Zeitgenossen, eine Neigung zum „Volksstümlichen“; das bedeutet damals besonders auch eine Neigung zum Bäuerlichen. Darum studierte ich wohl auch an der Hochschule für Bodenkultur in Wien und machte ich zwischen 1933 und 1937 Diplomingenieur und Doktorat. Dann kam erstmals der Beruf: 1938 bis 1942 Abteilungsvorstand für „Landfrauen“ in der



„Landesbauernschaft Südmark“ in Graz. Dann mit der Ehe die Geburt von drei Söhnen. Dann wieder, jetzt neben der Familie, der Beruf: 1948/49 Referentin im Landesaufbringungsamt der Landesregierung, 1949 bis 1977 Referentin bzw. Abteilungsleiterin bei der Landwirtschaftskammer.

1950 also wurde ich von der Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Frieda Mikola darauf angesprochen, das Referat „Landfrauen“ der ÖFB zu übernehmen. Was ich gewissermaßen immer schon gemacht hatte, führte ich jetzt auch im parteipolitischen Rahmen fort: persönliche Kontakte, Interventionen, zahlreiche Vorträge, Ver-

sammlungen. Mir ging es besonders um Wiederaufbau in bäuerlichen Haushalten, Hebung des Ansehens der Bäuerinnen, Stützung ihres Selbstbewußtseins; Vertretung der Interessen der Frauen, die noch sehr wenig engagiert waren und dazu noch berufen werden mußten; Wecken von Begeisterung, Wecken von Mitarbeit zum Wohle aller. Dabei hatte ich, wo es notwendig war, stets die beste Unterstützung von Dr. Gorbach, LH Krainer und allen Landesräten. Bei den Nationalratswahlen 1953 brachte mich Frieda Mikola auf die Liste der ÖVP. Ich erhielt auch das Reststimmenmandat, mußte es aber, obwohl es der Steiermark „gehörte“, an das Burgenland abtreten und in Wien einer der berühmt-berüchtigten Verzichtserklärungen unterschreiben. Doch kam ich im Juni 1953 in den Bundesrat und wurde dann auch ein halbes Jahr dessen Vorsitzende. 1957 zog ich, wieder nach allerlei unvermeidlichem Tazieren in der Partei, in den Nationalrat ein. Bis 1973 blieb ich Abgeordnete und arbeitete im Sozial-, Unterrichts-, Wissenschafts- und Justizausschuß — nicht zu reden von den Unterausschüssen — an zahlreichen Gesetzesvorlagen mit. Ich empfand das als sehr schöne und sehr interessante Aufgabe; leider ging und geht sie in der Öffentlichkeit unter.

Erich Edegger

ORIENTIERUNG AM MENSCHEN

Vor genau einem Vierteljahrhundert wurde ich nach dem unerwartet frühen Tod meines Vaters an seiner Stelle in die Bezirksparteileitung Graz-Innere Stadt kooptiert. Damit kam ich eher unbewußt in Kontakt mit der Steirischen Volkspartei, wobei von allem Anfang an für mich die Kommunalpolitik prägend wirkte. Einerseits indem mich die Art und Weise, wie sie in den sechziger Jahren betrieben wurde geradezu abstieß, andererseits indem ich fasziniert war vom Geist, den ein Franz Hasiba, eine Ruth Feldgrill, ein Helmut Strobl u. a. Anfang der siebziger Jahre verkör-

perten. Stark angezogen wurde ich auch von der Offenheit, mit der eine völlig neue Parteilinie erarbeitet und formuliert wurde.

Als ich 1972 als Landesobmann der Jungen Wirtschaft eingeladen wurde beim Stadterneuerungskonzept mitzumachen, begann mein bewußtes Engagement in der Steirischen Volkspartei. Ich registrierte mit Begeisterung, daß Politik als gestaltende Kraft verstanden wurde, und erkannte eine reale Chance zur Veränderung der herrschenden Zustände. Die amtierende Stadtverwaltung war im Bürokratismus erstarrt, viele Amtsträger in wirtschaftliche

Interessen verstrickt. Ein dicker Filz isolierte Entscheidungsträger von Bürgern. Fehlentwicklungen wurden sich selbst überlassen, ja manchmal sogar noch gefördert. Maßstablosigkeit im Bauen zerstörte organisch gewachsene Strukturen; wertvolle Altstadtdensemble wurden, ebenso wie Alleen und Grünflächen, der anschwellenden Blechlawine geopfert; Fußgänger und Radfahrer von den Straßen vertrieben, die öffentlichen Verkehrsmittel demonstriert. Die damaligen Verantwortungsträger fühlten sich dem Zeitgeist verpflichtet und sahen offensichtlich ihre Aufgabe darin, „Sach-

zwängen", die von irgendwelchen unsichtbaren Kräften geschaffen wurden, zum Durchbruch zu verhelfen.

Plötzlich aber stellte sich alles anders dar. Man begann Graz als Ganzes zu sehen, als einen lebendigen Organismus, der mehr ist als die Summe seiner einzelnen Teile. Das begeisterte mich, weil diese neue Sicht der Stadt voll und ganz meinem Menschenbild entsprach. Dazu kam, daß ich mich damals mit Fragen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz beschäftigte und ich viele meiner Denkansätze bei einem Grundanliegen Franz Hasibas wiederfand: In der bewußtesten Orientierung der Kommunalpolitik am Menschen, in dem Versuch, dem Bürger klarzumachen, daß die Stadt ihm gehört und daß Politik und Verwaltung ausschließlich dienende Funktion haben.

Über die Arbeit am Stadterneuerungskonzept für Graz und das auf



einer höheren Ebene ansetzende „Modell Steiermark“ habe ich die Offenheit der Steirischen Volkspartei gegenüber neuen, an der herkömmlichen Praxis gemessen, teilweise sogar revolutionären Ideen

erlebt, dieselbe Liberalität aber auch im persönlichen Bereich erfahren. Wenn eine Partei so kritischen Menschen wie mir die Chance gibt, in nicht ganz unbedeutenden Funktionen zu arbeiten, dann ist sie wirklich mutig und offen. Es wäre für mich unvorstellbar, aus sogenannter Parteidisziplin in wesentlichen Fragen gegen meine Überzeugung handeln zu müssen.

Das entscheidende Wesensmerkmal der Steirischen Volkspartei sehe ich im Spannungsverhältnis zwischen kraftvoller Führung und persönlichen Freiheitsräumen, zwischen klarer weltanschaulicher Orientierung und glaubwürdiger Offenheit. Solange sich daran nichts ändert, wird es der Steirischen Volkspartei immer wieder gelingen, auch unkonventionelle und kritische Menschen anzusprechen und gute Politik für diese Stadt und dieses Land zu machen.

Edda Egger

INTERESSEN DER FRAU

Herbst 1945: Unsere Wohnung war schwer bombenzerstört, alle Fenster zerbrochen, die Türrahmen aus den Mauern gerissen, ein Drittel der Wohnzimmerdecke heruntergebrochen, vieles vom Wohnungsinventar den Weg der „Befreier“ gegangen und das Einkommen meines Mannes als Dozent so knapp, daß große Reparaturen und sogar kleinere Anschaffungen kaum möglich waren. Wir dachten an eine neue Existenz irgendwo in einer „heileren“ Welt. Da schrieb eine mütterliche Freundin aus der Schweiz: „Wir hören von vielen Österreichern, die auswandern wollen. Haben sie in ihrem Land nicht genug aufzubauen?“ Ja, das war es. Als Nächstliegendes benützte ich meine Fachkenntnisse und schrieb ein notwendiges Schulbuch, das — überarbeitet — noch heute in verschiedenen berufsbildenden Schulen verwendet wird. Politische Arbeit lag völlig außerhalb meines Denkens. Da kam eines Tages eine ältere Dame zu mir in den 4. Stock gestiegen, Frau Frieda Mikola, Abgeordnete der Steirischen Volkspartei zum Nationalrat. Sie wollte meine Mitarbeit in der Frauenorganisation der ÖVP. Ich: Ja, ich weiß, man sollte mittun, aber ich weiß nicht, ob bei „Schwarz“ oder „Rot“. Nach drei Monaten meines Schweigens kam sie wieder, um mich zu Fachvorträgen zu holen. Es



war sinnvoll, den Frauen und Familien zu helfen, das so knapp Vorhandene bestmöglich zu verwenden. Durch den jahrelangen Kriegseinsatz fehlten vor allem den Jüngeren solche Kenntnisse. Bald sah ich, daß Ratschläge nicht genügten, wenn das Vorhandene von den männlich dominierten Stellen falsch verteilt wurde. Also war dort anzusetzen. Dabei traf ich erstmals den damaligen Landesrat Josef Kainer. Die Landtagsabgeordnete Sophie Wolf beantragte auf unseren Wunsch hin einen Hauswirtschaftlichen Beirat beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, in

dem Frauen, nominiert von den politischen Parteien, im Namen der in der Hauswirtschaft Tätigen zu Gesetzesentwürfen etc. Stellung nehmen und eigene Forderungen stellen konnten. Zur Vorsitzenden wurde ich gewählt. Erste Arbeitsthemen waren u. a. eine Stellungnahme zum Entwurf einer Steirischen Bauordnung, Forderungen für das berufsbildende Schulwesen und für Fragen der Ernährung. Noch heute ist dieser Beirat die einzige Stelle in Österreich, wo Hausfrauen als Berufsstand direkt und offiziell ihre Interessen vertreten können. Mitarbeit in familienpolitischen Gremien ergänzten meine Tätigkeit im Beirat. Auch entsandte mich unsere Landesleiterin Frieda Mikola nach Wien, um als Vertreterin der Hausfrauen am Entwurf des neuen Haushaltfinngesetzes mitzuarbeiten.

1953 wurde ich in den Gemeinderat der Stadt Graz gewählt. Hier zeigten sich die Auswirkungen der verscheidartigen Grundsätze der politischen Parteien deutlicher, je nachdem es kollektive, zentralistische waren oder ob die öffentliche Hand Hilfe zur Selbsthilfe leistete und nur dort selbst Aufgaben übernehmen sollte, wo der einzelne oder die kleine Gemeinschaft zu schwach war. Ein Beispiel: Die von uns beantragte Anstellung von Heimhilfen zeigte sich bald als bessere Hilfe

für die Familien und war für die Gemeinde billiger als der von der SPÖ forcierte Bau von mehr Kinderheimen etc., um die Kinder für die Zeit der Erkrankung einer Mutter aufzunehmen zu können. So wurde mir in dieser Zeit bewußt, daß tatsächlich die Österreichische Volkspartei mir durch ihre Grundsätze, die ich bejahen konnte, den Rahmen zu einer Mitarbeit bot. Weil aber vieles in der praktischen Durchführung noch zu tun notwendig schien, an das von männlichen Politikern nicht gedacht wurde, war ich bereit, meine Kräfte dafür einzusetzen.

1957 fand ich eines Morgens in der Zeitung meinen Namen auf sicherem Platz in der Kandidatenliste der ÖVP für den kommenden Landtag. Meine erste Rede im Landtag galt dem zu beschließenden Jugendschutzgesetz, mein erster Antrag war, eine Heilpädagogische Beobachtungsstation des Landes zu errichten, um geschädigten oder kranken Kindern zu helfen. Durch den Vorsitz im Volksbildungsausschuß des Landtages ergab sich für mich

eine intensive Befassung mit den künftigen Schulgesetzen im Rahmen der großen Schulgesetzreform 1962. Alsstellvertretende Vorsitzende im Sozialausschuß hatte ich die Forderungen der ÖVP u. a. bei dem neuen großen Werk eines Steirischen Behindertengesetzes zu vertreten. Meine Anträge zur Hebung und Förderung der in Krankenpflege- und Fürsorgeberufenen Tätigkeiten wurden realisiert, ebenso konnte ich im Gesundheitswesen einige Initiativen einbringen und bei dem Entwurf der Bauordnung intensiv mitarbeiten. Der Vorsitz im Jugendwohlfahrtsbeirat, die Mitarbeit im Filmbeirat und im Theaterausschuß sowie in Sozial- und Jugendeinrichtungen ergänzten meine Arbeit als Abgeordnete.

1964 wurde ich zur Landesleiterin der Steirischen Frauenbewegung der ÖVP gewählt.

1970 entsandte mich der Steiermärkische Landtag in den Bundesrat. Diese Tätigkeit in Wien gab Anlaß und Möglichkeit für die Österreichische Frauenbewegung der ÖVP, mich zur Bundesleiterin zu wählen.

Gleichzeitig wurde ich Bundespartei-Obmannstellvertreter. 1976 und 1977 gab ich diese Funktionen an jüngere Politikerinnen ab.

Seit etwa 1955 arbeitete ich auch international in politischen Gremien mit, die die gleiche Grundeinstellung wie die Volkspartei hatten, und zwar in der Europäischen Frauen-Union und in der Frauengruppe der Union Europäischer Christdemokraten. In beiden Organisationen wurde ich mehrfach zur Vizepräsidentin gewählt. Schließlich war ich in den letzten Jahren als Repräsentantin der „Internationalen Föderation berufstätiger Frauen“ beratend bei der UNO in Wien tätig.

Wenige Frauen werden wie ich diese außerordentliche Möglichkeit einer so kontinuierlichen Erweiterung und Verwendung ihrer Kenntnisse und Erfahrungen in immer größeren öffentlichen Institutionen haben, es war oft eine sehr schwierige Aufgabe, vielfach eine Pionierarbeit, die aber letztlich auch für mich selbst eine ungewöhnliche Chance bedeutete.

Hermann Geißler

WEITSICHTIGE VERSÖHNUNGSPOLITIK

Nach sechs Jahren Kriegsdienst in Jugoslawien, Griechenland, Kreta, Rußland, Frankreich und in Italien (in der Nähe von Marzobotto) und nach sechzehnmonatiger Gefangenschaft bei den Amerikanern in Neapel und Pisa kehrte ich im Juli 1946 in die Heimat zurück.

Da ich keiner NS-Organisation angehört habe und daher „unbelastet“ war, konnte ich sofort mit meinem Studium der Staatswissenschaften in Graz beginnen und arbeitete gleichzeitig im väterlichen Holzbearbeitungsbetrieb in Mixnitz mit.

Meine ersten sehr bescheidenen Kontakte mit der ÖVP hatte ich auf der Universität Graz anlässlich der ersten Hochschulwahlen, als die Kandidaten der ÖVP, der SPÖ und der KPÖ in einer gemeinsamen Veranstaltung ihre Programme und Standpunkte vorlegten. Ich erinnere mich noch gut, daß der Vertreter der ÖVP, Dr. Stampfer (später Grazer Kommunalpolitiker), den besten Eindruck machte, während Dr. Gmoser als SPÖ-Vertreter und der KPÖ-Redner, dessen Name mir nicht mehr geläufig ist, eindeutig abfielen. Sicher habe ich bei diesen Wahlen an der Universität ÖVP



gewählt, weil mir einfach der ÖVP-Kandidat am besten gefiel.

In Mixnitz sind in meinem Büro in den Jahren '48 und '49 des österreichen Bezirks- und Landesfunktionäre des VdU erschienen und haben mich als liberalen Unternehmer zu einem Beitritt zu dieser neuen Partei zu überreden versucht. Da ich aber der Überzeugung war und auch heute noch bin, daß in der politischen Konstellation der Zweiten Republik nur eine große, möglichst geschlossene bürgerliche Integrationspartei

das notwendige Gegengewicht gegen die doch sehr starke marxistisch-sozialistische Front schaffen konnte, habe ich mich in meiner Gemeinde besonders im Wahlkampf 1949 für die ÖVP exponiert und in der Ortsleitung der ÖVP als einfaches Mitglied mitgearbeitet. Diese zweite Nationalratswahl brachte bekanntlich dem VdU einen beachtlichen Wahlerfolg zugunsten der ÖVP und der SPÖ, die sich damals durch die Spaltung des nichtmarxistischen Lagers die Mehrheit erwartet hatte.

Da durch die weitsichtige und tolerante Versöhnungspolitik der Steirischen Volkspartei, unter Führung von Gorbach, Krainer und Wegart, und durch den Raab-Kamitz-Kurs auf Bundesebene auch nationale und liberale Kreise immer mehr in der ÖVP ihre politische Heimat fanden, habe ich mich nach meiner Promotion zum Dr. rer. pol. im November 1949 in den Jahren 1950 bis 1954 immer stärker für die ÖVP engagiert.

Ich wurde zum Ortsobmann des Wirtschaftsbundes in Pernegg gewählt, und ich erinnere mich noch gerne an die erste Wirtschaftsbundversammlung der Pernegger Gewerbetreibenden im Gasthof Schlager,

wo ich als Referenten damals KR Kußmann und Wirtschaftsbundlandessekretär Stöffler begrüßen konnte. Es gelang in der Folgezeit, in der sozialistischen Mehrheitsgemeinde Pernegg einen großen Teil der Gewerbetreibenden und Unternehmer als Mitglieder für den Wirtschaftsbund zu gewinnen. Nach der Gemeinderatswahl 1955 wurde ich Fraktionsobmann und Gemeindekassier in Pernegg. Nach 30jähriger

Tätigkeit im Pernegger Gemeinderat kann ich rückblickend feststellen, daß es durch vernünftige und sachliche Arbeit gelungen ist, in unserer Gemeinde zahlreiche wichtige politische Programmfpunkte der ÖVP (Eigenheimbau, Umweltschutz, Kanalisation) durchzusetzen und ein gutes politisches Klima herzustellen.

Anläßlich der Nationalratswahl 1956 kandidierte ich erstmalig im

Wahlkreis Obersteiermark. Zugleich mit mir kam damals Dr. Johanna Bayer in den Nationalrat — wir beide als evangelische Abgeordnete. Schon in der ersten Clubssitzung im Parlament, an der ich teilnahm, beauftragte mich Bundeskanzler Raab, an den damals laufenden Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Protestantengesetzes mitzuwirken.

Adolf Harwalik

ZUKUNFT AUS DEM GEISTE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER GRUNDSÄTZE

In den ersten Augusttagen 1945 „kehrte ich heim“, wenige Tage darauf war ich Mitglied der Steirischen ÖVP. Welche Motivation soll ich nun für diese Entscheidung als Begründung anführen? Nachfolgepartei der Christlichsozialen Partei, der ich als Gründer der ersten christlichen Junglehrerorganisation in Steiermark im Jahre 1926 angehörte? Ja und nein! Es mußte eine neue Bewegung sein, in der ich mich engagieren wollte. Eine Zukunftsverheißung aus dem Geiste christlich-demokratischer Grundsätze. Keine Isolierzelle der staatlichen Gemeinschaft. Keine Partei der dogmatischen Abgrenzung. Sicher war es vorerst mein Instinkt, der mich in diese große Gemeinschaft führte. Noch konnte ich ja das Parteiprogramm in seiner Ausgliederung nicht kennen, noch die ersten Träger dieser Partei in Bund und Land. Aber die Fundamente waren mir bereits einsichtig geworden. Sie waren für mich die tragende Brücke. Und dann bestätigte sich meine Entscheidung in den ehemaligen Persönlichkeiten dieser Partei: Figl, Raab, Gorbach, Krainer,



Brunner, Udier, Koren, Wegart u. v. a. Hier war meine politische Heimstätte. Und aus dieser Gewißheit heraus entfaltete ich meine Mitarbeit in der steirischen ÖVP. Sie führte von vielen steirischen Aufgabengebieten in die übergreifende Arbeit eines Abgeordneten zum Nationalrat, der seinen Heimataufrag einzubinden versuchte in die umfassenden Erfordernisse

der staatlichen Gemeinschaft. Aber der steirische Heimatboden war für mich die verpflichtende Arbeitsbasis, ohne in die Sünde föderalistischer Grundbesangenheit zu fallen. Der Föderalismus ist ja kein Rechtsmindest der Republik, sondern ein souveränes Ausgleichselement ihrer Verfassung. Demokratie ist nie Diktatur, sondern immer föderalistische Gesamtkonzeption. Das sah ich in den Grundsätzen der Volkspartei verwirklicht. Was mich aber in die steirische Linie der ÖVP führte, war der Versöhnungsgrundsatz ihrer ersten Träger: Gorbach, Krainer, Brunner. Das war menschliche Größe in einer überzeugenden Eindringlichkeit, die auch den durch die NSDAP politisch Geschädigten, der nach § 6 zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenstums 1939 seiner Stelle für verlustig erklärt wurde, ebenso überzeugend ansprach. Wer den Weg zur Erneuerung Österreichs gläubig begehen wollte, der fand in der Steirischen ÖVP eine ermunternde Gesinnungskraft der Gemeinschaftsgestaltung.

Franz Hasiba

EINE ANDERE ART VON POLITIK

Es war schon damals — in den frühen sechziger Jahren — eine Frage der Persönlichkeiten, die einem ein politisches Engagement eher zielführend erscheinen ließen als die Lust an und die Freiheit zur Kritik. Für mich persönlich war es Landeshauptmann Josef Krainer,

dessen politischer und menschlicher Stil mich so anzog, daß ich mitmachen wollte; und es war der damalige Landesparteisekretär Dr. Alfred Rainer, der auch die Kritik zu einem wesentlichen Element der Mitarbeit machte und sie damit konstruktiv werden ließ. In der Erinnerung —

auch jener, mit denen ich damals viel zusammen war — sah ich mich als einen eher überkritischen Menschen, der das große Glück hatte, damit ernst genommen, nicht zurückgewiesen oder gar verfemt zu werden. Ich habe mir aus dieser Zeit mitgenommen und über all diese

Jahre erhalten

— eine hohe Wertschätzung für kreative, unkonventionelle, kritische Mitarbeiter

— eine womöglich noch größere Wertschätzung für all diejenigen, welche die Zivilcourage aufbringen, ihre Ideen auch vorbehaltlos zu artikulieren (auch der Umkehrschluß ist durchaus zulässig)

— und das Bedürfnis, gerade in der Politik ein Klima herzustellen und zu gewährleisten, in dem diese Werte möglichst breit zum Tragen kommen.

Kritik ist aber nicht Selbstzweck; wer kritisiert, will in der Regel eine Änderung erreichen. Zur Steirischen Volkspartei gehörten, seit ich sie kenne, sowohl die Offenheit für neue Ideen als auch die Kraft und die Bereitschaft, sie umzusetzen. Wenn auch die persönliche Faszination, die Landeshauptmann Krainer ausgestrahlt hat, sicher vieles überdeckte, so hatte seine Politik damals schon eine starke programmatische Komponente — und er hat es Leuten wie mir in den folgenden Jahren ermöglicht, sie sehr stark auszubauen. In diese Zeit fielen die Anfänge des „Modell Steiermark“, das sich seither zu einem Dauerbrenner der steirischen Politik entwickelt hat — sowohl was die Breite und die Kontinuität der Diskussion mit allen zur Diskussion Bereiten als auch die Fülle der Aktionen betrifft, mit denen seit damals eine andere



Art von Politik umgesetzt wird. In eine etwas spätere Zeit fiel das Stadterneuerungskonzept, das aber vom selben Prinzip getragen war und das ich zur Leitlinie meiner Kommunalpolitik gemacht habe. Die Steirische Volkspartei hat uns immer die Freiheit gesichert, eine starke programmatische Linie trotzdem flexibel zu gestalten und gleichzeitig die Durchschlagskraft gewährleistet, ein politisch mögliches Maximum davon umzusetzen. Ein Detail davon möchte ich herausgreifen:

Es gibt kaum jemanden in der ÖVP, oder auch in anderen Parteien, der sich in demokratischen Belangen sowohl in der Theorie als auch in der

Praxis so weit vorgewagt hätte wie die Steirische Volkspartei. Nicht alle Versuche mögen sich auf die Dauer als tragfähig erweisen. Abgesehen davon aber, daß diese Tragfähigkeit eben erst in der Praxis erprobt werden kann und in jedem Fall wertvolle Erfahrungen gewonnen werden konnten, haben sie jedenfalls zu einer Aufwertung, einer konkreten stärkeren Einbeziehung und einer ungleich größeren Berücksichtigung des Bürgers geführt und damit die politische Realität der verfassungsmäßigen Rangordnung des Souveräns „Volk“ angenähert. Es war die programmatische und persönliche Konstellation der Steirischen Volkspartei, dies zu ermöglichen.

Ich möchte das weniger als rückblickendes Lob für jene Partei verstehen wissen, die später zu meiner eigenen geworden ist — sondern vielmehr

— als Auftrag für die Zukunft — als Ermutigung für all jene in dieser Partei, die auch heute wieder gute Tradition mit einem guten G'spür für Neues verbinden, und vor allem

— als eine aus der praktischen Erfahrung belegte Ermunterung für all jene, die kritisch sind, ändern wollen, den nötigen Freiraum und die Kraft zur Umsetzung dafür suchen.

Helmut Heidinger

VERSÖHNUNG UND INTEGRATION

Der Krieg war zu Ende, der Entlassungsschein durch die Franzosen (ich lag zu Kriegsende verwundet im Reservelazarett Hall/Tirol) ausgestellt, und es gelang mir zunächst, unbehelligt durch die Engländer, die Kärnten und später auch die Steiermark als Besatzungszone verwalteten, in die Heimat zurückzukehren. Später hatte ich allerdings nochmals den „Vorzug“, Gast Ihrer britischen Majestät zu sein.

Langsam traf auch der eine oder andere Schulkollege, Freund aus der Jugendbewegung oder Sportkamerad wieder in der Heimat ein. Wir sahen uns wieder, berichteten, wie wir jeweils den Krieg überstanden hatten, aber wir sprachen auch über die Zukunft und über die Einstellung zur Politik.

Ich selbst kam aus einer politisch interessierten Familie. Wir hatten uns in der Schule sehr intensiv mit



Philosophie beschäftigt: Kant und Hegel, Schopenhauer und Nietzsche, Chamberlain und Oswald Spengler, aber auch Marx und Lenin hatten wir gelesen, diskutiert

und wohl nur zum Teil verstanden. Ich war immerhin alt genug, mich der letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik 1930 zu erinnern, an die Vielzahl von Plakaten und an die Fülle von Papier und Stimmzetteln. Denn damals mußte jede Partei ihre Stimmzettel unter die Wähler bringen, amtliche Stimmzettel gab es nicht.

Dann kamen die Jahre der Einheit von Staat und Partei — von 1934 bis 1938 der Ständestaat Österreich, von 1938 bis 1945 das nationalsozialistische Großdeutsche Reich. Mit der Mehrparteidemokratie wußten wir so recht nichts anfangen. Und dann kam es zum Beschuß, in Österreich Wahlen abzuhalten. Das ließ aber, daß wir uns nun um die Programme der Parteien bemühten. Wir studierten diese, wir besuchten Versammlungen, um uns ein Bild vom Willen der Parteien und ihrer Kandidaten zu machen. An zwei

Versammlungen erinnere ich mich heute noch deutlich. Die eine fand im damaligen Reservelazarett Grabenstraße (Bischöfliches Knabenseminar) statt. Ein dort liegender Freund hatte uns zu einer Versammlung der Kommunisten eingeladen. Und der kommunistische Redner, Herr Scholz, bemühte sich, die Russen als die Befreier Österreichs und das kommunistische System als vorbildlich für Österreich darzustellen. Dabei hatte ja gerade die Oststeiermark die Rote Armee nicht nur als Besatzungsmacht, sondern noch als Eroberer kennengelernt. Es gab wilde Pfeifkonzerte und Zwischenrufe, und schließlich mußte der kommunistische Redner abziehen. Für uns war aber klar: Diese Partei strebt wieder eine Diktatur an und kommt für uns nicht in Frage.

Der Gegenpol war eine Versammlung der Österreichischen Volkspartei mit dem ehemaligen Landbund-Vizekanzler Schumny aus Kärnten. Er, der aus dem sogenannten „nationalen Lager“ kam, sprach uns als Frontsoldaten ganz anders an. Er sprach davon, daß die Soldaten ja nur ihre Pflicht getan hätten, nahm sie gegen den damals nicht seltenen Vorwurf, Kriegsverbrecher und Kriegsverlängerer gewesen zu sein, in Schutz. Ich weiß heute nicht mehr, was er sonst noch sprach. Aber diese Einstellung zu uns, die wir im Krieg meinten, unsere Pflicht getan zu haben und keine Verbrecher zu sein, tat wohl. Und in der steirischen Volkspartei wurden Dr. Gorbach und der spätere Landeshauptmann Josef Krainer zu den Vorkämpfern dieser Versöhnung

und Integration der Generation, die den Partiestreit der dreißiger Jahre nur noch sehr unbewußt miterlebte, und die durch das Kriegsgeschehen gezeichnet war. Ich leugne nicht, daß wir durch unsere Erziehung in der Jugend auch ein starkes Engagement für soziale Anliegen zeigten. Daher sprach schon der Name Sozialistische Partei Österreichs manche der Freunde an. Ich habe in den Diskussionen immer wieder erklärt, daß mich der Marxismus als Wurzel der Sozialisten stört. Dies umso mehr, als ja die Kommunisten in Diskussionen erklärt, daß das Wirtschaftssystem Rußlands noch nicht die Idealvorstellung des Kommunismus erreicht habe, sondern daß es ein sozialistisches Wirtschaftssystem sei. Den Ausschlag, nicht für die Sozialisten zu votieren, gab die plakative Aussage: „Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel“, die von uns dahingehend ausgelegt wurde, daß die sozialistische Wirtschaft eingeführt werden sollte. Hinzu kamen die eigentumsfeindlichen Erklärungen mancher sozialistischer Funktionäre und Versammlungsredner.

Das zweite Plakat, „Tausende Kriegsgefangene befinden sich in Sibirien, während viele Nationalsozialisten in Österreich weilen“, von dem die Forderung, „Nazis nach Sibirien“, abgeleitet werden konnte, war nicht nur eine verbale Drohung. Nach der russischen Besetzung der Steiermark bei Kriegsende wurden manche Zivilisten — oft genügte eine Denunziation aus sehr persönlichen Motiven — nach Rußland

abtransportiert, die meisten sind nicht zurückgekehrt.

So wuchs nach eingehender Beschäftigung mit theoretischen Grundlagen und den praktischen Erklärungen der Parteien in den meisten von uns die Meinung, man könne nur die ÖVP wählen. Und wenn man dies aufgrund der Verbotsgesetze nicht durfte, so waren doch meistens Frauen in den Familien wahlberechtigt, und so war denn auch der Wahlsieg der ÖVP von 1945 ein Sieg der Frauen.

Ich persönlich habe die ÖVP als Bollwerk gegen eine allfällige kommunistische Durchdringung Österreichs gesehen und bin 1946 nach meiner endgültigen Rückkehr aus englischer Kriegsgefangenschaft in meinem Heimatort Kaindorf/Leibnitz nach kurzer Beratung mit meinem Vater dem Steirischen Bauernbund beigetreten. Über die Arbeit als Genossenschaftsfunktionär im Weinbaubereich, Obmann einer Wogenossenschaft, kam ich schließlich als Sparkassenleiter zur Funktion eines Hauptbezirkspartei-Finanzreferenten in Leibnitz, bis ich 1965 von Landeshauptmann Josef Krainer im Wahlkreis Mittel- und Untersteiermark auf die Landtags-Kandidatenliste gesetzt wurde, um 1966 im Weg eines Revirements Landtagsabgeordneter zu werden.

An den Grundlagen, die mich seinerzeit zur ÖVP brachten, hat sich nichts geändert: Eintreten für die persönliche Freiheit, für die freie Marktwirtschaft bei starkem sozialem Engagement. Eine Partei des Maßes und der Mitte, eine Partei für die Menschen!

Walter Heinzinger

GEPRÄGT VON DER GRÜNEN STEIERMARK

Ich habe einmal ausgerechnet, daß über mich bereits weit über hundertmal innerparteilich abgestimmt wurde. Bei all diesen Stationen mußte ich für meine Freunde wie für mich die Frage beantworten: Warum engagiere ich mich für die steirische ÖVP?

Die Antworten waren an den verschiedenen Stationen meines politischen Lebensweges durchaus unterschiedlich. Eine Antwort zieht sich aber durch: Ich bin fasziniert von neuen Problemstellungen. Ob es Fragen der modernen Technologie sind oder Fragen des Umweltschutzes, die Fragen der Informationsgesellschaft oder die der Arbeitszeitprobleme. Ich bin „süchtig“ nach neuen Informationen und



suche und sinniere so lange, bis ich zumindest die Richtung gefunden habe, in welcher man diese neuen Probleme lösen könnte.

Die steirische ÖVP steht neuen Problemen sehr offen gegenüber und läßt eine sehr breite Palette von Personen am Willensbildungsprozeß dieser Partei teilhaben. Diese personelle Breite nütze ich heute mehr als ich sie in den Anfangsjahren meiner politischen Tätigkeit beachtet hatte. Einige unserer Bürger wünschen sich ein eingeschränktes politisches Engagement. Manche sympathisieren mit einer Partei, stellen ihr Wissen zur Verfügung, wollen aber nicht vereinnahmt werden. Es gibt Bürger, die ihre politische Aufgabe

in der Gesellschaft unabhängig von Parteien erfüllen wollen und trotzdem bereit sind, unserer Partei bei der Suche ihrer Wege zu helfen.

Seit den Jugendtagen meiner politischen Tätigkeit habe ich immer mit großem Eifer an den Grundsatzdiskussionen der ÖVP mitgewirkt. Die Glaubwürdigkeit einer politischen Bewegung hängt in ganz hohem Maße von folgenden Fragen ab: Wie stark sind die Grundsätze, die Wertpyramide, im praktischen Verhalten ihrer Funktionäre erkennbar? Sind unsere Werte, unsere moralischen Grundregeln Sonntagspredigten oder sind sie verbindliche Anleitungen für unser Tun? Was bedeutet der Anspruch der Solidarität und der Partnerschaft im beruflichen Alltag in der Familie? Was bedeutet dieser großartige Grundsatz der Selbstständigkeit? Wieviel Maß an Selbstständigkeit kommt dem einzelnen zu? Wieviel Selbstständigkeit gönnen wir unseren Mitarbeitern dort, wo wir Verantwortung tragen? Wie stark ist das Prinzip des Föderalismus?

Als Generalsekretär des ÖAAB und als steirischer ÖAAB-Landesobmannstellvertreter steht natürlich die Sicherheit der Arbeitsplätze im Zentrum meiner Bemühungen. Als

steirischer Abgeordneter verfolge ich mit großer Aufmerksamkeit und Sorge die Arbeitsmarktentwicklung in meiner steirischen Heimat. Und es regt mich wirklich sehr auf, wenn der Sozialminister mit generellen statistischen Ziffern über das Schicksal einzelner Betroffener hinwegdiskutiert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist für uns Politiker eine außergewöhnliche Herausforderung, der wir mit immer neuen Anstrengungen begegnen müssen. Die Frage der Arbeitsplatzsicherheit ist nicht nur eine materielle Frage. Arbeitsplatzsicherheit ist auch eine moralische und eine kulturelle Herausforderung. Der Mensch kann sich selbst, seine Umwelt, seine Gemeinschaft, seine Mitbürger nur richtig erfahren, wenn er in dieser und für diese Gemeinschaft arbeiten kann. Ein erfülltes menschliches Dasein ohne Arbeit ist nicht vorstellbar.

Sicherlich bin ich als Umweltsprecher der ÖVP durch die grüne Steiermark geprägt. Die landschaftliche Schönheit und die Vielgestaltigkeit unserer Heimat als Lebensraum für uns Steirer, aber auch als Fremdenverkehrsräum mit großen Zukunftschancen ist ein großartiges Vermächtnis.

Die Steiermark ist im Umweltschutz durch die „Schaffung“ eines Umweltschutz-Landesrates mit wirksamen Kompetenzen vorbildlich. LR Dipl.-Ing. Josef Riegler, der Umweltkoordinator Hofrat Dr. Manfred Rupprecht, der Hygienebeauftragte Univ.-Prof. Dr. Josef Möse und der Energiebeauftragte Dr. Wilhelm Altziebler ermöglichen es mir, in Wien nicht nur theoretische Modelle vorzustellen, sondern darf hinzuweisen, daß wir dort, wo wir Verantwortung tragen, mit Landeshauptmann Dr. Josef Kraner in der Steiermark auch tatsächlich wirksam zu handeln vermögen.

In den zweieinhalb Jahrzehnten, in denen ich in politischen Funktionen tätig war und bin, lernte ich viele Mitbürger und Parteimitglieder kennen und durfte Freunde gewinnen.

Ich freue mich immer wieder, in allen Teilen des Landes Funktionäre, Freunde und Mitstreiter aus den verschiedenen Zeiten meiner politischen Tätigkeit zu treffen. Hier zeigt sich, daß die Steirische ÖVP über Grundsätze, Programme und politische Handlungen hinaus eine starke Gesinnungsgemeinschaft ist, die sich ihrer Gesamtverantwortung außergewöhnlich bewußt ist.

Gerhard Hirschmann

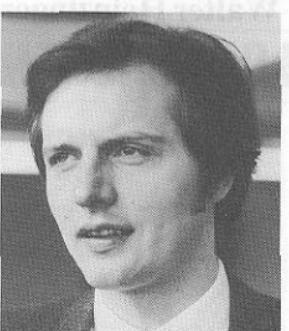
PARTEI DER NACHDENKLICHKEIT – PARTEI DES WANDELS

Wollte ich es — angepaßt an den plakativen Stil moderner Massenkommunikation — kurz machen: Mein Grund in einem Namen: Josef Kraner.

Dieser Name steht für so ziemlich alles, was die Steirische Volkspartei in eine Sonderstellung innerhalb der österreichischen Parteienlandschaft hebt.

Und dieser Josef Kraner hat mich eingeladen, mir eine Chance geboten, an die ich niemals auch im entferntesten gedacht habe. Eine unverdierstliche Einladung.

Obwohl ich gerade zu jener Zeit mit großem Eifer bei einer gar nicht kleinen Zeitung tätig war, ja der Journalismus hätte mir auch gut gefallen. Und obwohl ich zwar politisch höchst interessiert, im weiteren Sinn des Wortes auch sehr engagiert war, aber das, was man so unter einem „Politiprofil“ versteht, nein, damit konnte ich nicht dienen. Aus höchst bescheidenen oststeir-



schen Verhältnissen kommend, mit guten Erinnerungen an acht Jahre in einem Grazer Ordensinternat, seit jener Zeit GAK-Anhänger in guten wie in den häufiger schlechten Tagen, kam ich erst relativ spät, nämlich auf Hochschulboden, mit

der Politik in nähere Berührung. Ich hoffe, es war das einzige Mal, daß ich dem damaligen Hochschulseelsorger Egon Kapellari ein wenig Kummer bereitete, als ich als Vorsitzender der Katholischen Jugend mich heftig für eine Vietnam-Demonstration engagierte.

Egon Kapellari hat mich dann nach Abschluß meines Studiums mit der Leitung des Afro-Asiatischen Instituts betraut. Vieles, fast alles, was ich mir an sozialen und politischen Überzeugungen erarbeiten konnte, verdanke ich jener guten Zeit. Mein politisches Selbstvermögen wurde geschärft für die niederschmetternde Ungleichheit an Lebenschancen zwischen den Nationen und Menschen dieser Erde sowie für den völlig irrationalen Wahnsinn der Vergeudung eben dieser Lebenschancen durch den internationalen Rüstungswettlauf. Ja, ich wollte mich schon politisch engagieren, sehr sogar.

Aber an eine politische Partei hätte ich zunächst, ehrlich gesagt, nicht zu denken gewagt, obwohl mich gerade zwei ambitionierte junge Herren der Volkspartei namens Schützenhöfer und Hösle gebeten hatten, an der Ausarbeitung eines entwicklungs-politischen Grundsatzpapiers für die Jung-Schwarzen mitzuwirken, was ich gerne tat.

Ich war höchst verwundert, was wir da alles formulieren konnten, auf Bundesebene wäre solches wohl nicht möglich gewesen.

Erich Kitzmüller und Peter Pritz, sicher die zwei überzeugendsten und profiliertesten Köpfe der gerade aufkommenden Alternativszene, zählten zu meinen guten Bekannten, Peter Pritz war mir sogar persönlich als Freund verbunden.

Ich engagierte mich aus tiefer, auch heute noch aufrecht bestehender Überzeugung gegen das Zwentendorf-Kraftwerk, jenes Mahnmal auf der (möglichen) Wegkreuzung zu einer Energie- und Wirtschaftspolitik neuer Prioritäten.

Die Entwicklungspolitik bekam für mich immer mehr im Sinne eines „vernetzten Systems“ eine stark innenpolitische Dimension — und gerade in dieser Phase betraute mich unser jetziger Landeshauptmann mit der Geschäftsführung des „Modell Steiermark“.

Ich weiß zwar bis heute wirklich nicht, warum gerade mich, aber es gibt offenbar im Leben eines jeden Menschen starke Zufälle.

Ich hatte also plötzlich die Chance, in jener Steirischen Volkspartei, die für mich eigentlich niemals „Partei“ im engeren Sinne des Wortes war, die für mich immer „anders“ als die anderen — ja zunehmend auch anders als ihre „Mutter“ in Wien — war, ein wenig von meinen Gedanken und Ideen einzubringen.

Von dieser Steirischen Volkspartei hatten sich bei mir im Laufe der Jahre einige „Bilder“ verfestigt, Bilder einer konkreten Beobachtung und Empfindung, die aber zugleich immer wieder auch Wunschnäpfe für alle Zukunft sind, zu deren Realisierung ich gerne einen kleinen Beitrag leisten wollte:

Erstes Bild:

Ich habe die Steirische Volkspartei als Partei der *Nachdenklichkeit* kennengelernt, und dies in einer Phase, in der man oft zu Recht politischen Parteien den Vorwurf macht, lediglich recht lustig auf den nächsten Wahltermin zu schließen.

Die Volkspartei hierzulande war die erste Landesorganisation in Österreich, die im „Modell Steiermark“ ein umfassendes politisches Lang-

zeitprogramm erarbeitete, was den bekannten Grazer Politologen Wolfgang Mantl vor nicht allzu langer Zeit in einem Vortrag zur Feststellung bewog, er kenne keine andere Landesorganisation — gleich welcher Partei — in Mitteleuropa, die eine so intensive und breitgefächerte Programmarbeit leiste wie die Steirische Volkspartei. Den besonderen Reiz dieses einzigartigen politischen Denk-, Diskussions- und Zielsetzungsprozesses macht auch die bunte, parteiübergreifende Zusammensetzung der „Nach-, Mit- und Vordenker“ aus. So gelang es dieser Volkspartei immer wieder, insbesondere gegenüber jungen, kritischen Menschen ständige Erneuerungsbereitschaft und Regenerationsfähigkeit zu signalisieren, und diese Partei hat stets aufs neue die Kraft, Bilder einer neuen Zukunft zu entwerfen. Die geistige Schubkraft hinter diesem „Modell Steiermark“ ermöglicht zu jeder Zeit zu den zentralen Lebensfragen der Menschen eine thematische Offensive, wie sie vergleichbar sonst nirgends zu finden ist.

Pfadfinder der Zukunft

Gerade dadurch wurde die Steirische Volkspartei in ihrem Land auch zum einzigen Ansprechpartner liberaler Bürger. Ich meine aber nicht jene Fassadenliberalen, die unter Kreisky zu umstrittenen Ehren gekommenen Nullgruppen. Dieses echt liberale Element hat auch jene notwendige kritische Rationalität eingebracht in eine Partei, die mit der für die jeweiligen Zeiterfordernisse ständig neu interpretierten christlichen Soziallehre ein festes Fundament unter ihren Füßen weiß.

Die schon legendäre Offenheit der Steirischen Volkspartei war niemals eine kosmetische und erfordert auch immer ihren Preis, zeitweise sogar einen sehr hohen.

Zweites Bild:

Ich habe die Steirische Volkspartei kennengelernt als Partei des *Wandels*. Sie hat sich nie der leeren Gestik und der polternden Rhetorik revolutionärer Gesellschaftsentwürfe hingegeben, sondern seit jeher die mühsame Arbeit des notwendigen „Wandels“ zum Besseren zäh und unbeirrt auf sich genommen. Der Steirer-Volkspartei kommt dabei zugute, daß sich mit ihrer inhaltlichen Offenheit eine konsequente organisatorische Entschlossenheit paart, wobei diese starke Organisation immer auch so viel menschliche Wärme ausstrahlt, daß sie niemals zu einem kalten Apparat

moderner Machttechniken degenerieren kann.

Aus dem Ideen des „Modell Steiermark“ wächst die Wirklichkeit des behutsamen Weges der Veränderung in die steirische Zukunft. Wenn ich einige wenige konkrete Beispiele erwähnen darf, fällt mir nicht zufällig als erstes der „Steirische Herbst“ ein. In welchem anderen Land Österreichs gibt es diese kulturelle Vielfalt und Dynamik? Ich denke dann aus aktuellen Gründen an die für ganz Österreich beispielhafte Umweltpolitik, deren erste Marksteine schon der Vater des jetzigen Landeshauptmannes — weit vorausgehend — setzte. Die Steirer werden in Sachen Umweltschutz heute nicht zufällig „die Japaner Österreichs“ genannt. Die Steirische Volkspartei hat beispielhaft in den letzten Jahren mit ihrem Landeshauptmann an der Spitze gezeigt, daß sie ihren Wählerauftrag nicht für administrative Buchhalterei missbraucht, sondern daß sie auch in schwierigen Zeiten zu verändern, zu gestalten — zu wandeln — imstande ist.

Die Installierung des ersten Landesrechnungshofes in Österreich, der neue Entwurf für eine Landesverfassung, die energiepolitische Offensive, die Teilzeitregelung im öffentlichen Dienst, die Spitälerreform, die Wohnbaupolitik, die Neuorientierung in der Sozialpolitik — durchwegs markante Erstlingswerke österreichischer Reformpolitik, die mit der These aufräumen, daß alles so kompliziert sei, daß man nur noch verdammt ist, wunschloses Unglück zu verwalten.

Das dritte und für mich zugleich eindrucksvollste Bild der Steirischen Volkspartei ist das der Partei der sogenannten „kleinen Leute“.

Ja, auch im Bereich der personellen Bandbreite gibt es in Österreichs Parteienschaft kaum Vergleichbares. In keiner anderen Landesorganisation ist auch personell so manch schwer Verträgliches, oft auch Widersprüchliches, im Erfolg gebündelt.

Integration war immer das Motto, niemals Ausgrenzung, zum Vorteil nicht nur der Partei, sondern bestimmt des ganzen Landes.

Die Steirer-Partei ist eine bunte Volkspartei, kritische Jugendliche, Künstler, auch „Flippies“ aller Art sind in ihr beheimatet — allen voran aber habe ich sie als Partei der „kleinen Leute“ in diesem Land kennengelernt.

Vom Landeshauptmann angefangen bis zu den Bürgermeistern und Gemeindevertreterlichen gibt es Hundertschaften, die ihre Sprechäuge halten, Betriebs- und Hausbesuch machen, die sich mit „ihren“

Steirern auf Festen freuen, mit den Besorgten leiden, gerade für die vielen „Kleinste“, oft Wehrlosen und Ohnmächtigen Partei ergreifen — ja, diese Partei ist wirklich im Leben der Menschen dieses Landes verwurzelt, und das ist die eigentliche Kraftquelle dieser Gemeinschaft. Volksverbunden nennt man sie, und das bestimmt nicht nur, weil sie bei ihren großen gemeinsamen Auftritten fast geschlossen im Steireranzug antreten.

Ich erinnere mich an eine Szene in meiner jungen Studentenzeit, die dieses Phänomen mehr unterstreicht als alle noch so großen programmatischen Erklärungen:

Es war bei einer „Steirischen Akademie“ zu Beginn der siebziger Jahre. Mitten aus der zur Eröffnung schreitenden Politprominenz, zu der auch Nadelstreif-Sozialistisches angekommen war, löste sich der damalige Landesrat Josef Krainer — wie sich der legendäre Bayern-München-Bomber Gerd Müller in seinen besten Augenblicken vom gegnerischen Verteidiger löste — aus dem Pulk der Ehrengäste und steuerte auf eine von allen anderen völlig unbeachtet am Rande stehende Gruppe von vier Arbeitern zu, die gerade mit Reparaturarbeiten im

Foyer dieses Universitätsgebäudes beschäftigt war, und begann ein freundlich-angeregtes Gespräch, alleingelassen von den weiterschreitenden „Arbeiterführern“ und sonstigen Eröffnern und abseits einiger hundert Studenten und Professoren, die zur Eröffnungsveranstaltung strömten. Diese Szene ist so typisch für das Wesen dieses Mannes und der Steirischen Volkspartei.

Eine Partei, die weiß, daß Politik nicht alles kann und daß auch nicht alles für die Menschen in Ordnung ist, selbst wenn die Politik in Ordnung ist.

Eine Partei, die sich aber tagtäglich um diese „Ordnung“ ihrer Politik bemüht und die Spannweite von den nachdenklichen Intellektuellen bis zum „einfachen“, bodenständigen, einer langen Tradition verhafteten Menschen nicht nur erträgt, sondern lebt.

Dies ist auch der eigentliche Grund, warum dieses Land — ich möchte behaupten entgegen den soziologischen Rahmenbedingungen — seit 40 Jahren einem Landeshauptmann der Volkspartei hat.

Diese „Bilder“ wären nicht vollständig, würde man nicht auch sagen, daß diese Partei von steirischen Menschen getragen und gestaltet

wird, die natürlich auch ihre Schwächen, ihre Fehler haben, Spannungen ertragen, Konflikte immer wieder bereinigen müssen und die sich natürlich auch immer wieder die Frage stellen müssen, wie es weitergeht.

Die Steirische Volkspartei ist fähig zur Selbstkritik, und dies ist ein Zeichen von Stärke.

Die Steirische Volkspartei hat in diesem Land niemals eine „Mir-sa-mir-Mentalität“ einreißen lassen, ist niemals zu einer Parteibüchgemeinschaft degeneriert und hat es sich nie so einfach gemacht, durch die Berausung an ideologischen Worthülsen vor der Auseinandersetzung mit einer komplexen Wirklichkeit zu flüchten.

Die tiefe Verbundenheit dieser Partei mit dem Volk, ihre geistige Vitalität und ihr unbeugsamer Integrationswille haben unser steirisches Heimatland in den letzten 40 Jahren entscheidend geprägt.

Diese „Bilder“ waren so anziehend, daß ich gerne die Einladung gefolgt bin. Und ich will gerne einen kleinen Beitrag leisten, daß auf diese Bilder auch in Hinkunft keine Schatten fallen.

Otto Hofmann-Wellenhof

POLITISCH LIED – KEIN GARSTIG LIED

Es klingt gewiß arrogant und „patzig“, es entspricht aber den „historischen“ Tatsachen: Ich fand nicht zur ÖVP, sondern sie zu mir.

Ende 1952, ein paar Monate vor den Landtagswahlen, besuchte mich im Grazer Funkhaus der sehr verdiente und rührige Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Steiermark, Dr. Emil Prexl. In den letzten Jahren waren wir schon oft zusammengekommen. Meist handelte es sich um die Sendereihe für die Heimatvertriebenen, deren Titel ein Grillparzer-Wort bildete: „Sei mir begrüßt, mein Österreich!“ Die Sendergruppe Alpenland, deren Programmleiter in Graz ich damals war, hatte als erster Sender in dieser Weise den Heimatvertriebenen eine Stimme gegeben. So verband mich mit den einzelnen Landsmannschaften seit Jahren gute Freundschaft — nicht nur mit den erwähnten Sudetendeutschen, sondern vor allem mit den Deutsch-Untersteirern, die, wenn auch Heimatvertriebene, doch eigentlich Heimkehrer waren, mit



den Donauschwaben, Gottscheern und Buchenlanddeutschen.

Nun berichtete mir Dr. Prexl, daß die Volksdeutschen, wie man sie damals nannte, und das war zu einem Ehrennamen geworden, gleichbedeutend mit Redlichkeit, Fleiß und Treue, großen Wert darauf legten, im kommenden

Landtag vertreten zu sein, daß man aber innerhalb und zwischen den Landsmannschaften sich auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen könnte.

Halb im Spaß meinte ich: „Nehmen S' mich, Herr Doktor. Ich gehöre als Eingeborener zu keiner Landsmannschaft, stehe also über allen.“

„Und das würden Sie wirklich tun?“ Ich stellte zwei Bedingungen: Erstens möchte ich nicht der Partei beitreten — daß nur eine große in Betracht käme und nur eine rechte, war für uns beide ohne Worte klar — und zweitens: nur an einer sicheren Stelle kandidieren.

Noch heute, längst im Ruhestand, nach rund 28 Abgeordnetenjahren, kommt mich das Gruseln ob meiner naiven Kühnheit an. Ich will die beiden Bedingungen erklären: Ich war seinerzeit weder Mitglied bei der Vaterländischen Front noch später bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Ich schreibe absichtlich nicht einfach „Nazi“, weil in dieser Abkürzung

ihre vollständige Bezeichnung nicht klar wird: sozialistisch und Arbeitspartei. Und ausgerechnet nun, in der Demokratie, sollte ich mich parteipolitisch vereinnahmen lassen!

Die zweite Bedingung entsprang nicht dem Drang nach der Krippe. Seit über sechs Jahren beim Rundfunk und in — wie es heißt — „gehobener Stellung“ war das kein Motiv für mich, und ich betonte es später gern, nicht durch die Politik in dem Rundfunk, sondern durch den Rundfunk in die Politik gekommen zu sein.

Die zweite Bedingung trug aber wohl meiner an Gewiheit grenzenden Vermutung Rechnung, daß ich bei einem Fehlenschlagen meiner Kandidatur dem gewissen demokratischen Betriebs- und sonstigen linken Terror ausgesetzt sein würde. Diese Vermutung trog mich nicht, wie mich schon die Wochen meiner Bewerbung lehrten, aber das dann erlangte Mandat schuf einen diesbezüglichen „Freiraum“.

Dr. Prexl besprach sich mit Landeshauptmann Krainer und Dr. Gorbach. Beide waren einverstanden. Ich kam als Bündnis- und Parteiloser an die sichere vierte Stelle auf die Landtagsliste im Grazer Wahlkreis. Nicht nur als Bündnis- und Parteiloser, sondern vor allem als Ahnungsloser. Heute kann ich erst einigermaßen abschätzen, was das damals

an Abneigung gegen meine Wenigkeit bewirkt haben mag und nicht nur bei jenen, die sich auf diesen vierten Platz Hoffnung gemacht hatten oder auf einen, der durch mich nun um eine Position weiter hinuntertrutschte.

Im Februar 1953 wurde ich, vierundvierzigjährig, der ich niemals ein Plakat geklebt oder einen Flugzettel verteilt hatte, in den Steiermärkischen Landtag gewählt. Wohl war ich als Wahlredner sehr viel in der ganzen Steiermark aufgeboten worden und hatte zumeist freundliche und fröhliche Zuhörer. Aber als der Landeshauptmann später einmal bei irgendeiner parteiinternen Veranstaltung mir in besonderer Weise dankte, rührte sich keine einzige Beifallshand. Ohne „Lobby“ bist ein armer Hund, dachte ich mir, obgleich das Wort „Lobby“ damals bei uns noch gar nicht in Mode war. Im Landtag saß ich, obwohl parteiloser Vertreter der Heimatvertriebenen, in den Reihen der ÖVP, unmittelbar hinter Landeshauptmann Krainer, was einige hämische linke Kommentare hervorrief.

1957 wurde ich in den Bundesrat entsandt, und irgendwann in den sechziger Jahren trat ich dann schließlich dem Wirtschaftsbund und damit der ÖVP bei. Dem Wirtschaftsbund, weil mein ursprünglicher Beruf, durch den ich zum Rundfunk kam, der eines freien

Schriftstellers, also eines selbständigen Unternehmers, war. Und auch weil ich einer herzlichen Einladung des damaligen Stadtrates, heutigen Präsidenten Franz Kaufmann, gerne Folge leistete.

Inzwischen erübrigte sich ja ein eigener Vertreter der Heimatvertriebenen, da sie — auch formell — längst die Unseren geworden waren — ein großer Trost für Volk und Vaterland nach der Katastrophe des Krieges. 1985 sollte man nicht nur an das Ende des Krieges denken, sondern auch an das Unheil, das nach Kriegsende über diese Menschen kam. Es gibt auch Nachkriegsverbrechen.

Als Wirtschaftsbundmitglied hätte ich nun eine „Lobby“ gehabt, aber ich mußte glücklicherweise keinen Gebrauch von ihr machen. In den Jahren meiner Abgeordnetentätigkeit gewann ich mir über alle „bündischen Grenzen“ viele Freunde. Wenn ich boshafte sein wollte, müßte ich jetzt schreiben: Parteifreunde und wirkliche Freunde. Aber nein, unter den Parteifreunden waren so viele wirkliche Freunde, daß ich als nunmehr sehr betagter Seniorenbund-Landesobmann, dahinter mit statutengemäßer Altersweise ausgestattet, doch das unweise Wagnis unternehme, Goethe zu korrigieren: Politisch Lied ist nicht immer ein garstig Lied.

Otto Holzinger

ZUKUNFT DURCH BESINNUNG AUF GRUNDWERTE

Ein Vater war während des Ersten Weltkrieges und in der ersten Nachkriegszeit Postamtsdirektor in Mauerkirchen, nahe bei Braunau am Inn. Wie so viele Beamte und alteingesessene, Handel und Gewerbe treibende Bürger dieser Märkte und kleineren Städte des Landes, in denen die vom *deutsch-nationalen* und *liberalen* Gedankengut beherrschten deutschen *Turnvereine* und *Liedertafeln* den gesellschaftlichen Mittelpunkt bildeten, gehörte auch er diesen Vereinen an und war Anhänger der *Großdeutschen Partei*.

Mein eigener Lebensweg führte mich aber bald aus diesem engen Bannkreis heraus. Zunächst kam ich als *Sängerknabe* in das Stift Kremsmünster, wo ich das Gymnasium besuchte. Dadurch kam ich mit der



großen christlichen und kulturellen Tradition und Mission der Benedik-

tiner in innige Berührung, und mein christliches *Weltbild* formte sich. Entscheidend aber waren schließlich die *Universitätsjahre* in Wien. Ich trat der CV-Verbindung *Austria-Wien* bei und wurde in den Jahren von 1927 bis 1931 Zeuge jener Auseinandersetzungen, die sich auf Hochschulboden abspielten und die spätere unheilvolle Entwicklung, die mit den Jahren 1934 und 1938 ihre tragischen Höhepunkte erreichte, signalisierten.

Dem CV wird nachgesagt, daß er eine Vereinigung zur gegenseitigen *Protektion* sei und dies für viele der entscheidende Grund sei, ihm anzugehören. Dieser gehässige Vorwurf stimmt keineswegs. Im Gegenteil, für die damalige Zeit bedeutete die Zugehörigkeit zum CV — eine kleine Minderheit der in den viel

älteren Burschenschaften und Corps organisierten Akademikerschaft — ein nicht zu unterschätzendes *Handicap* für eine spätere berufliche Beamtenlaufbahn und erforderte überdies Mut und Zivilcourage im privaten und öffentlichen Leben. Im übrigen halte ich es für selbstverständlich und legitim, daß Angehörige einer Gesinnungsgemeinschaft sich gegenseitig unterstützen und bei gleicher Qualifikation einem der Ihnen den Vorzug geben. Daß der CV schließlich in den letzten Jahren der Ersten Republik und während der ersten 25 Jahre der Zweiten Republik tatsächlich einen sehr großen Einfluß besaß, verdankt er einerseits der allgemeinen politischen Entwicklung, andererseits

aber den vielen großen Persönlichkeiten, die seinen Reihen entstammten. Ich nenne hier die Bundeskanzler Dr. Dollfuß, Dr. Schuschnigg, Ing. Figl, Ing. Raab, Dr. Görg, Dr. Klaus und den Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Gleissner, die die Geschichte und die Geschicke Österreichs mitprägten und die auch ich als CVer kennen und schätzen zu lernen, Gelegenheit hatte.

Demnach war es für mich in meinem späteren beruflichen Leben selbstverständlich, daß ich stets zu dem *harten Kern* der Stammwähler zunächst der Christlich-Sozialen Partei und später der Österreichischen Volkspartei gehöre und meinerseits im eigenen Wirkungsbe-

reich versucht habe, dieser Partei zu nützen und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Das schließt aber nicht aus, daß ich mich fallweise und in den letzten Jahren in zunehmendem Maße über meine eigene Partei und meine Parteifreunde ärgere, wenn ich das begründete Gefühl habe, daß das *Parteiwohl* bzw. das ihrer Funktionäre, über das *Staatswohl* gestellt wird. Die ÖVP wird ebenso wie die beiden anderen *Traditionsparteien* nur dann *Zukunft* haben, wenn sie sich gegenüber einer sehr kritisch gewordenen Jugend und der Intelligenzschicht auf ihre Grundwerte besinnt und sie in der Praxis auch tatsächlich vorlebt.

Kurt Jungwirth

FÜR VITALE DEMOKRATIE



Ich gehöre einer Zwischengeneration an, die den Nationalsozialismus und den Krieg schon sehr bewußt erlebte, aber eine Chance hatte zu überleben, weil wir 1945 gerade noch als halbe Kinder dem Wahnsinn des letzten Aufgebotes entrinnen konnten. „Nur keine Politik“, sagten uns im geschlagenen, im befreiten Österreich alle Erwachsenen, die es gut mit uns meinten. Mich hatte allerdings Politik von klein auf interessiert. Noch eine Woche vor dem Einmarsch der Roten Armee las ich als Bub voll Neugierde Hitlers „Mein Kampf“, bevor ich das Buch den Flammen übergab. Ich erinnere mich, daß diese Politibibel keinen Eindruck auf mich machte. Als sehr junger Mensch empfand ich damals, 1945, diffus, aber intensiv, daß ein kollektiver Wahnwitz zu Ende ging, der ein schönes, liebenswertes Land, ein Land voll Seele, Deutschland, eigenhändig ausradiert hatte. Ich ahnte dabei noch nichts von den Schrecken in den besetzten Ländern und in den KZ. Und ich hatte noch keine Ahnung vom neuen Österreich. Die junge österreichische Demokratie beobachtete ich aus Distanz. Heute weiß ich, daß Politiker der zwei großen Parteien damals Übermenschliches leisteten, als es ihnen gelang, zusammen mit dem Volk das Land aus Not und Zerstörung zu neuem Leben und schließlich zur Freiheit zu führen. Ich selber ackerte als Maturant und Student alle politischen Theorien durch, die mir erreichbar waren, und wurde ein kritischer Wähler. Durch mein Sprachstudium lernte ich früh

Theorien waren voll von Visionen vom freien Menschen, die gut klangen. Aber wo sie Macht hatten, herrschte das genaue Gegenteil: harter Druck von oben, Intoleranz, totale Abhängigkeit der kleinen Leute von ein paar Mächtigen. Eines Tages begegnete ich dem alten Kainer. Seine Volkspartei war für mich theoretisch — das fand ich nicht gut —, aber die Praxis seiner Regierungsarbeit und seiner Mannschaft war beeindruckend. Ich fand ihn bestimmt und menschlich zugeleich, heimtiefend und weltoffen, für alle ansprechbar, Kämpfer und Menschenfreund. Er versuchte ehrlich, für alle da zu sein. Das allein war ein gewaltiges Programm. Ich war nicht Parteimitglied, als er mich 1970 unverstehens in das Ideeteam seines Wahlkampfes holte und nach gewonnen Landtagswahl fragte, ob ich bereit wäre, in die Landesregierung einzusteigen. Ich wußte, eine solche Frage würde mir nur einmal in meinem Leben gestellt. Ich sagte ja.

Ich habe es nicht bereut. Politik ist Höchstleistungssport. Wenn sie nicht dem Geld zuliebe betrieben, ist er ein Trottel. Meine Erfolgsergebnisse liegen dort, wo Menschen wachsen, sich entfalten, bewußt leben, sich freispielen, ohne in kleinkarierten Egoismus zu verfallen. Sie liegen in Ereignissen, die Gemeinschaft schaffen, aber keinen äußeren Feind brauchen, die Menschen anregen, aktiv zu leben, anstatt hirnlose Konsumtanten zu sein. Der kopflose Konsum von Freiheit, von Freizeit, von Gesundheit, von erarbeitetem Wohlstand, von ererbter Umwelt

hat in Österreich in letzter Zeit zugenommen. Seine Wurzel ist ein raukatzenhafter Egoismus, das genaue Gegenteil von erfülltem Menschsein. Schuld daran ist eine gewisse Politik in Wien, die in Österreich am liebsten ein Volk von Daumenlutschern hätte.

Die Volkspartei ist keine klerikale Partei, aber sie stützt sich im Hintergrund auch auf die Weisheiten des Christentums. Daher hat man in ihr Platz, wenn man jeden einzelnen Menschen ernst nimmt,

ihn als Geschöpf sieht und ermuntert, selber schöpferisch zu leben, wenn man unschärflicher an gute Kräfte in den Menschen glaubt und ihnen begreiflich macht, daß sie viel mehr können, als sie ahnen, wenn sie auf sich selbst vertrauen. Man muß immer wiederum in der Politik Perfection anstreben, sich aber durch das christliche Menschenbild korrigieren lassen. Wenn man weiß, daß jeder und jede hinfallig ist und versagen können, ist man bereit, Nachsicht zu üben und bei allen

hohen Ansprüchen menschenfreundliche Politik zu machen. Für Praxis und Theorie, Modell Steiermark und praktische Alltagspolitik, war und ist in unserem Land unter Josef Krainer, Friedrich Niederl und Josef Krainer viel Raum. Wenn unsere Volkspartei großzügig und weitblickend, dynamisch und menschenfreundlich bleibt, dann geht es in der Steiermark gut weiter, und die Steiermark gibt ein gutes Beispiel für Österreich.

Lindi Kalnoky

AUFGESCHLOSSEN FÜR DAS NEUE

Bevor ich in die Politik gekommen bin, habe ich schon sehr unterschiedliche Phasen in meinem Leben mitgemacht und aus dieser Lebenserfahrung heraus glaube ich vieles nachempfinden zu können, was die Menschen betrifft, die oft keine Chance haben, ihr Problem an geeigneter Stelle sagen zu können, oder oft nicht einmal die Fähigkeit haben, dieses Unbehagen zu formulieren.

Nach meinem Studium habe ich geheiratet und innerhalb von sieben Jahren fünf Töchter geboren. Diese Zeit war sehr schön, aber auch gar nicht einfach für mich. Natürlich war es mir angenehm, wenn man meine Orgelpfeifen bewunderte, aber dahinter steckte unendlich viel tägliche Arbeit und ein großer Aufwand an Nervenkraft, um diese Jahre physisch und psychisch zu überstehen.

Nach zwölf Jahren, in denen ich mich ganz meiner Familie gewidmet hatte, kam dann aber eine unverhoffte Chance, mein Studium, für das ich so lange gearbeitet hatte, auch praktisch umzusetzen. Ich begann in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Fa. AVL. Aus dieser Zeit heraus weiß ich, wie schwer es ist, nach Jahren der Zurückgezogenheit in einen Arbeitsrhythmus eingebunden zu werden und dort mit denen Schritt zu halten, die diese Unterbrechung nicht gehabt haben. Ein sechstes



Kind hat dann meine Berufstätigkeit eigentlich nicht mehr unterbrochen, außer daß ich einen neuen Aufgabenbereich übernommen habe. Seit dem Herbst 1975 arbeite ich für die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz, deren Geschäftsführerin ich seit 1979 bin. Wenn ich auf mein bisheriges Leben zurückschau, so gibt es so viele unterschiedliche Lebensphasen, daß ich mich in sehr viele Menschen und ihre Probleme hineindenken kann. Vor allem verstehe ich viele Probleme der Frauen, sowohl, wenn sie zu Hause sind als auch wenn sie ins Berufsleben zurückkehren wollen, aber auch, wie wichtig es ist, ihnen die Möglichkeit zu bieten, durch die

Familie nicht den Anschluß an das Berufsleben zu verlieren und im Berufsleben doch genug Zeit für ihre Familie zu haben. Diese Aufgabe ist von höchster gesellschaftspolitischer Brisanz. Hinzu kommt die Erkenntnis durch meine berufliche Tätigkeit, daß wir dem heutigen Menschen eine neue Lebensstellung vermitteln müssen. Die sozialistische Ideologie versucht den Menschen zu entmündigen und ihm eine Lebensabsicherung zu versprechen, die gar nicht möglich ist. Vorsorgen kann man aber immer nur dann, wenn man von späteren Auswirkungen auch die Ursachen kennt. Es ist mir ein Bedürfnis, den Menschen und vor allem den jungen Menschen zu sagen, wie sie sich verhalten müssen, um länger gesund und aktiv zu bleiben. Daher war für mich die Chance, in die Politik zu gehen, eine gute Möglichkeit, meine Anliegen besser verbreiten zu können.

Die steirische ÖVP schien mir und scheint mir heute noch eine Partei zu sein, die nicht erstarrt, sondern für neue Ideen aufgeschlossen ist und versucht, diese Gesichtspunkte einer praktischen Politik zuzuführen.

Demokratie ist eine ständige Auseinandersetzung mit neuen Problemen. Ich hoffe, in dieser Auseinandersetzung das Element Verständnis, Neugierde und Wissen einbringen zu können.

MITARBEIT UND MITENTSCHEIDUNG DER FRAUEN

Jegliche Tätigkeit in einer menschlichen Gemeinschaft erfordert vom einzelnen, Verantwortung für sich und andere mitzutragen. Dies bedeutet für ihn aber auch, die ruhende, passive Haltung des „Geschehen-Lassens“ aufzugeben, zugunsten eines aktiven Mitwirkens und Mitgestaltens.

Einige dieser menschlichen Gemeinschaft sind politische Parteien, deren Aufgabe es ist, eine gewisse Anzahl von Menschen nach den Grundzügen einer bestimmten Idee zu vertreten.

Bis in unser Jahrhundert hinein verstand es sich von selbst, daß solcherlei Vertretungen ausschließlich von Männern übernommen wurden, während die zu Vertretenden zu ungefähr gleichen Teilen aus Frauen und Männern bestanden. Erst das Wahlrecht für Frauen brachte 1919 in Österreich für weibliche Anliegen entscheidende Verbesserungen, und es ist üblich geworden, daß Frauen sich in ihren eigenen Belangen vertreten dürfen. Dennoch erscheinen mir noch immer die Lebenssituation der Frau, ihre berufliche Stellung und ihre gesellschaftlichen Identifikationsmöglichkeiten weniger geklärt als die des Mannes.

Hier eine befriedigendere Lösung zu finden, sollte eines meiner Anliegen sein, um in weiterer Folge eine Gleichheit und Partnerschaft zu erreichen, da es nicht nur darum gehen kann, weibliche und männliche Probleme voneinander getrennt – vielleicht sogar im Widerspruch zueinander – zu lösen, wenn es um allgemein Menschliches geht. Schließlich gilt es für die Zukunft zu planen, die wir uns ja alle gemeinsam vorstellen, und dazu gehört wohl auch die Mitbestimmung der Frau in allen Bereichen politischer Entscheidung.

Ich glaube, daß daran beispielsweise in der ÖVP-Frauenbewegung gearbeitet wird, und ich für mich eine Möglichkeit sehe, auch meinen Teil beitragen zu können.“

Diese Antwort gab mir eine junge Mitarbeiterin, Frau Mag. Barbara Hollomey, auf die ihr von mir gestellte Frage. Beim Nachdenken, warum „ich“ vor vielen Jahren mich der Gesinnungsgemeinschaft Volks-Partei angeschlossen habe, haben



sich folgende Gedanken verstärkt. Sie passen, glaube ich, auch zur Anschauung der jungen Frau von heute und zum Ziel der Österreichischen Volkspartei für Frau, Mann und Kind.

Für mich ist z. B. eine Voraussetzung, Bedingungen zu schaffen, daß Berufstätigkeit und Familie miteinander vereinbar sind: Den Frauen, die sich bewußt dafür entscheiden, sich voll der Familie zu widmen, eine spürbare gesellschaftliche Anerkennung und Förderung ihrer Belange zu sichern. Sich dafür einzusetzen, daß Frauen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt für Familie und Kinder entschieden haben, nicht für den Rest ihres Lebens auf diese Aufgabe festgelegt sind, sondern daß ihnen Hilfen zum Wiedereinstieg in den Beruf gegeben werden, wenn sie es wünschen.

Denn: der Alltagsmensch, und vor allem der Hausfrauendlag, sind zu wenig zugänglich, als daß sie Forschergeist, Bildungsengagement und politische Energien auf sich zögen. Und doch bestimmt dieser Alltag im hohen Maße das Lebensglück einer Gesellschaft und ihrer Kinder.

Nicht zu Unrecht ist der Zustand der Familie in einer Gesellschaft als Seismograph für die Lage der Gesamtgesellschaft bezeichnet worden. Da es sich bei der Familie um eine vorstaatliche, für den Zustand der Gesellschaft und des Staates elementar notwendige Gemeinschaft handelt, ist Politik für die Familie Politik für die Gesellschaft und für die Gesamtgesellschaft.

Zum anderen muß ich sagen, daß die Leistungen der Frau als Trägerin der Kultur, als aktive Mitgestalterin und Initiatorin kulturellen Lebens sicherlich noch weitgehend untersucht sind. Ihr Beitrag, vor allem auch ihre Leistung im familiären Bereich, ist für die Entwicklung der menschlichen Kultur gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Kein Mensch kann heute wirklich wissen, wie die Welt in fünf, zehn oder gar zwanzig Jahren aussieht.

Die Einführung neuer Technologien bringt Chancen, aber auch Risiken für die Arbeitswelt mit sich. Die Chancen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen genutzt, die Risiken ausgeschaltet werden:

1. Abbau der Technikfeindlichkeit.
2. Die politischen Weichenstellungen müssen so erfolgen, daß neue Technologien auch neue Chancen für Frauen beinhalten.
3. Die neuen Technologien müssen genutzt werden, um eine menschlichere Gesellschaft zu gestalten.

Trotz des feministischen Klanges unseres Namens „Frauenbewegung“ bemühen wir uns, klarzumachen, daß wir eine Bewegung sind, in der Männer auch eine wichtige Rolle spielen. Absoluten Vorrang in meiner Arbeit hat der Dienst am und für den Menschen. Durch die Unterstützung unseres Landeshauptmannes, Dr. Josef Krainer, und das Modell Steiermark konnte viel praktische Nächstenhilfe umgesetzt werden, doch gibt es noch viele Ziele, die es gilt, stetig und zwar durch den Mut zu kleinen Schritten, zu verfolgen. Unsere Politik können wir nur schrittweise verwirklichen. Wir brauchen dieses Engagement. Es gibt z. B. einen neuen Graben zwischen berufstätigen Frauen und Haushälften, zu wenig Gespräch zwischen Bäuerinnen und Geschäftsfrauen, oft auch keinen Kontakt zwischen älteren und jüngeren Frauen. Immer mehr Menschen fühlen, daß die nur von Männern gestaltete Politik in einer Sackgasse enden würde. Darum ist die Mitarbeit und Mitentscheidung der Frauen notwendig. Nutzen wir alle Chancen in dieser Zeit der Partnerschaft mit einem mutigen Schritt zu den Problemen der Zukunft hin, um uns eine neue Hoffnung zu geben.

VERÄNDERUNG DER POLITISCHEN LANDSCHAFT*

Ich bin in der Ramsau geboren, meine Eltern waren Besitzer der Schladminger Lodenfabrik. Mein Vater ist aus der Gefangenschaft nach dem Ersten Weltkrieg schwer krank zurückgekommen und konnte seinen Beruf als Lodenwalker nicht mehr ausüben. Da haben meine Eltern im 28er Jahr in Donnersbach den Bauernhof gekauft, damit mein Vater mehr an der frischen Luft sein konnte. Dort haben für uns eigentlich die Probleme angefangen, denn Donnersbach ist eine rein katholische Gemeinde und es war eigentlich schon eine Gnade, daß wir dorthin kommen durften. Der Vater war katholisch, die Mutter evangelisch, eine Mischung war damals noch ein Problem, aber unsere Familie war eine sehr harmonische Familie. Mein Vater war überzeugter praktizierender Katholik, ist jeden Sonntag in die Kirche gegangen. Da war ich oft mit, es hat ja keinen evangelischen Gottesdienst gegeben. Aber wir Kinder waren evangelisch getauft und sind auch dabei geblieben. Wir haben es dafür sehr schwer gehabt, so daß wir das 38er Jahr als eine Erlösung von der Demütigung empfunden haben. Überzeugt war ich bis zum 44er Jahr. Als dann der Putsch war und das Attentat, habe ich gedacht, jetzt ist es aus, wir haben uns geirrt. Ich habe mir dann gesagt: nie wieder Politik. Aber dann ist halt doch wieder der Gedanke gekommen: Wenn jeder so denkt, dann sind die großen Opfer, die gebracht wurden, wirklich umsonst gewesen. Wir müssen also an den Wiederaufbau denken und daran, wie es weitergehen soll. Ich bin dann in den Ortsbauerat gekommen, aber politisch war von der Zeit davor noch ein Nachgeschmack vorhanden, ich habe mich aus der



Politik völlig herausgehalten. 1950 waren dann Gemeinderatswahlen. Es war nicht nur meine Initiative, eine Liste für die Heimkehrergeneration zu machen, ich bin auch ein bißchen gedrängt worden. So kam es, daß ich der Listeführer der politischen Wählergruppe Donnersbach wurde. Da hatte ich wieder die Anfeindungen von früher zu überstehen, aber die Gemeinderatswahl wurde ein voller Erfolg. Wir erreichten 6 Mandate von 15, die ÖVP ebenfalls 6, die Sozialisten 3. Ich wurde Vizebürgermeister, durch Todesfall ein Jahr später (mit den Stimmen der Sozialisten) Bürgermeister. Ich hatte geglaubt, aufgrund meiner Unabhängigkeit, eher vor allem materielle Unterstützung für die Gemeinde zu finden, aber das war natürlich nicht der Fall. Als der ehemalige Verteidigungsminister Rösler in Donnersbach eine Wählersammlung abhielt, ging ich als Bürgermeister zu ihm und ersuchte um finanzielle Zuschüsse. Seine Antwort: Ja, da müssen Sie sich zuerst zur Sozialistischen Partei

bekennen! Der Landeshauptmann Krainer aber war derjenige, von dem ich nie mit leeren Händen heimgefahren bin. Er hat immer etwas übrig gehabt. Da habe ich dann schon gespürt, wo ich eigentlich politisch hingehöre und daß ich dort bleiben kann. Überredet hat mich dann der spätere Landeshauptmann Niederl auf einem Fußmarsch zur Plannerhütte. 1955, in der zweiten Gemeinderatswahl machte ich dann neun Mandate und 1956 trat ich dem Bauernbund bei. Im 57er Jahr war ich dann Abgeordneter und gleichzeitig unabhängiger Bürgermeister. Außer der Gemeindarbeit, war meine erste Tätigkeit die Gründung der Landjugend. Für mich war es völlig klar, daß die Zukunft nur mit der Jugend gestaltet werden konnte, ich war dann auch der erste Bezirkobmann im Bezirk Lienz. Die Aufbauzeit war eine gute Zeit. Funktionärsprobleme hat es damals für uns nicht gegeben. Wirklich auseinandergelobt haben sich die Parteien erst Ende der fünfziger Jahre, dabei hat auch die wirtschaftliche Situation eine große Rolle gespielt. Nach meiner fünften Gemeinderatswahl hielt ich bei 13 Mandaten, ein Erfolg, der mich sehr gefreut hat. Ich habe mitgeholfen, die politische Landschaft im Bezirk total zu verändern. Das Mandatsverhältnis zu den Sozialisten haben wir immerhin fast genau umgekehrt. Ich bin mir aber bewußt, daß das nie einer allein bewerkstelligen hätte können; was wirklich zählt, sind die Mitarbeiter, auf die ich immer habe bauen können.

* Dieser Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Gespräches, für das sich Ökonomierat Karl Lackner dankenswerterweise zur Verfügung stellte.

OFFENES KLIMA

Als Landesschulsprecher lernte ich 1976 den damaligen Unterrichtsminister Fred Sinowatz und seine Ansichten von „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ kennen. Grund genug für mich, der SPÖ den Rücken zu kehren.

Ich war zu dieser Zeit einer der wenigen, der nicht nur *ein* Schuljahr im Bundesschülerbeirat saß. Unsere Bedeutung überschätzten wir maßlos. Dementsprechend groß war aber auch unser Einsatz. So wurde von uns eine Vielzahl von Resolutionen und Stellungnahmen zu schulpolitischen Fragen erarbeitet. Als ich das zweite Jahr in dem Bundesschülerbeirat gewählt wurde, mußte ich feststellen, daß die Mitbestimmung Sinowatz'scher Prägung eine reine Augenauswischerei und Frotzelei war. Das Ministerium legte uns genau die Unterlagen wieder vor, die wir ein Jahr zuvor schon ausführlich bearbeitet hatten. Wir versuchten uns gegen diese Bechäftigungstherapie zur Wehr zu setzen, zumal das Ministerium unsere Vorschläge in keiner Weise berücksichtigte. So trat die Mehrheit der Landesschulsprecher der Union Höherer Schüler bei. Das Tor zur Jungen ÖVP und somit zur ÖVP wurde für uns geöffnet. Ich wurde nach kurzer Zeit dann zum Stellvertreter des Bundesobmannes der Union Höherer Schüler, Othmar Karas, gewählt, dessen Stellvertreter ich heute — 7 Jahre später — auch bin; jetzt allerdings in der Jungen ÖVP.

Warum ich mich in der Steirischen Volkspartei weiter engagiert habe, hat zwei Gründe. Ich war und bin fest davon überzeugt, daß ich am ehesten als Mitarbeiter der Steirischen Volkspartei meine Anliegen auch umsetzen kann. Für mein Selbstverständnis von Politik ist neben der inhaltlich-konzeptiven Arbeit die Chance auf Umsetzung



entscheidend. Diese ist in der Steirischen Volkspartei gegeben, was meine Anliegen betrifft. Als zweiten Grund möchte ich das „Salzburger Programm“ anführen, dessen Grundsätze, werden sie umgesetzt, voll dem neuen Lebensgefühl der Jugend entsprechen.

Schließlich kennt auch nur die ÖVP — nicht jedoch die SPÖ und FPÖ — das Instrument der Urabstimmung. Bei entsprechendem Einsatz ist es möglich, daß alle Parteimitglieder zu jedem Thema, sei es der Parteiführung auch unangenehm, Stellung nehmen können. Daß die Parteispitze das Ergebnis beachtet, hat die von den Jungen ÖVP initiierte Urabstimmung bewiesen. Für unsere Forderungen, die sich mit meinen voll decken, bekamen wir von der Parteibasis klare Mehrheiten. Mehr Frauen und mehr Junge sind in der Politik erwünscht. Mehr als 90 Prozent der Parteimitglieder wünschen, daß „Politiker neben ihrem Beruf und ihrem Mandat aufgrund dieser keine weiteren bezahlten Funktionen haben sollen. Wenn sie schon weitere bezahlte Ämter übernehmen, dann sollten sie das Geld

einem sozialen Zweck zuführen“. Allein schon die Umsetzung dieses Punktes der Urabstimmung reizt mich, in der Steirischen Volkspartei mitzuarbeiten. Ich bin fest davon überzeugt, so durch viele kleine Einzelaktionen zu mehr Gerechtigkeit in- und außerhalb der Partei beizutragen.

Mir kommt das offene Klima der Steirischen Volkspartei dabei zugute. Als ich gegen die Ämtermultis aufgestanden bin, wurde ich nicht abgeschoben, sondern in die Verantwortung miteinbezogen und in den Landeskontrollausschuß gewählt. In der Auseinandersetzung um die Rettung der Hainburger Auen wurden wir nie behindert. Schließlich waren wir — die Jungen ÖVP Steiermark — die erste Organisation, die ein Volksbegehren forderte, um ein Zubetonieren von Hainburg zu verhindern. Bereits am 18. April 1984 verlangten wir, alles zu unternehmen, um rasch ein Volksbegehren einzuleiten und so das Monsternprojekt zu verhindern.

Daß die Steirische Volkspartei auch ein Ohr für Entwicklungspolitik und Friedensarbeit hat, stellt österreichweit innerhalb der Landesparteorganisation sicher eine Rarität dar. Diese Haltung machte es mir wie vielen anderen Jungen leicht, im Modell Steiermark oder in der Partei selbst mitzuarbeiten. Die Toleranz innerhalb der Steirischen Volkspartei ist weit größer als zum Beispiel bei den Alternativen, die eine Meinungsvielfalt in ihren Reihen nicht dulden, wie ich es mehrmals bei AL-Veranstaltungen miterlebt habe.

Daß diese Gesinnung in der Steirischen Volkspartei erhalten bleibt, ist eine Aufgabe gerade für die „Jungen in der Partei“, zu denen ich nicht nur „physisch Junge“, sondern alle „geistig Junge“ zähle.

Herbert Marussig

EIN VORURTEIL WURDE WIDERLEGT

Vorurteile haben etwas ganz Besonderes an sich: Niemand kann sie einem glaubhaft widerlegen; man muß den inneren Widerstreit mit sich selbst aufnehmen, man muß sich selbst widerlegen. Mein Vorurteil hieß: Partei. Und das kam so: Am 24. Juni 1954 in ein liebendes und verständnisvolles Zuhause hineingeboren, stürzten die ersten politischen Wirrnisse bald über mich herein. Ich erinnere mich noch gut an die Begegnung, als mein Großvater (was er insgesamt von Politik hielt, ist nicht niederschreibenswürdig) eines Tages aus voller Brust erklärte: „Diesmal wähl’ ich den Scherbaum.“ Heller Aufruhr in der Familie. Meine Großmutter hatte schnell eine Alternative zur Hand: „Wähl’ doch den Götz.“ Mich fragte keiner. Mir war nur klar, daß in der familieninternen politischen Landschaft einiges in Bewegung geraten war, denn bisher stand fest: auf Bundesebene: Schwarz oder Blau; in der Steiermark: den Seppi; in Graz: Schwarz oder Blau; Bунdespräsidentenwahl: Schwarz oder Rot. Mein Großvater sprangte, auch für mich, diese klaren Gegebenheiten. Schönes Dilemma, für einen 12jährigen.

Meinen geistigen Vater lernte ich mit 16 kennen. Ein entscheidender Einschnitt in meinem Leben. Mit dichtem schwarzen Bart, langer dunkler Mähne, die Pfeife im Mundwinkel hängend, im ausgewaschenen Schnürsamtanzug. Falsch geraten: kein Alternativer. Im Gegenenteil. Nie mehr bin ich einem so unabdingbaren Freigeist und scharfsinnigen Intellektuellen begegnet. In seinem — vielen Protestantenten eigenen — kämpferisch provozierenden, gleichzeitig aber besonnenen Stil, öffnete mir Dieter Kelp für vieles die Augen: Jeder Mensch ist gleichberechtigter Partner; besondere Rücksicht auf den Schwächeren; zuhören können; alles und jedes kritisch hinterfragen; nicht in der Zuscherolle bleiben, sondern Partei ergreifen; Verständnis für Andersdenkende und Andershandelnde; daß unsere Gesellschaft Frauen benachteiligt; Sensibilität für die dritte Welt; ein Faible für Gerechtigkeit; mit beiden Füßen am Boden bleiben, aber nie die Visionen verlieren...



In vielen, vielen Gesprächen und gemeinsamen Auslandsaufenthalten begann ich zu verstehen, worauf es in meinem Leben würde ankommen müssen. Kelp brachte mir bei, politisch zu denken. Das hatte mit Parteipolitik nichts zu tun. In diese Zeit fällt auch mein Entschluß, mich nie an eine Partei binden zu wollen; zu groß war die Angst vor geistiger Vereinnahmung, die Befürchtung, meine Freiheit zu verlieren.

Nach einjährigem Aufenthalt aus den USA zurückkommend, versuchte ich mich im Jusstudium. Die ersten vier Semester ging das ganz gut (1. und 2. Staatsprüfung). Dann lernte ich den Candi und den Pumpi kennen. Mein Leben wurde wieder spannender. 5 Jahre Hochschulpolitik waren die Folge. Details darüber werden nur mündlich veröffentlicht. Durch meine Tätigkeit in ÖH und ÖSU geriet ich erstmals direkt in die Parteienlandschaft. Faszinierende politische Persönlichkeit zu diesem Zeitpunkt war für mich Bruno Kreisky. Ihn, ad personam, habe ich damals auch gewählt. Es war kein leichter Entschluß, denn seine Partei mußte ich ja mitwählen, und Institutionen, die in mir den Eindruck erwecken, daß sie den Menschen beherrschen wollen, waren und sind mir ungeheuer. So blieb es auch bei dem einen Mal.

In der Steiermark entwickelten sich Kontakte zu beiden Großparteien. Möglichkeiten zur Mitarbeit ergaben sich hüben wie drüben. Ich begann Gefallen zu finden an „politischen Arbeitskreisen“. Es war spannend.

Ich schaute mir das alles sehr genau an. Nach relativ kurzer Zeit stand fest: hüben!, nicht drüben. Was mich an dieser Steirischen VP überzeugte: da war was los, da gerieten Dinge in Bewegung; ich konnte mich einbringen, gestalten und mitverändern. An meine Freiheit (d. h. an dem, was ich darunter verstehe) wurde nicht getastet. Nie wurde die Frage nach Mitgliedschaft oder Parteibuch gestellt; auch ohne Unterschrift begann ich, „dazu zu gehören“. Das Vorurteil war widerlegt. Es kam zum Urteil. Was selbst dickste Freunde nur mehr höflichkeitshalber nach außen hin vertraten, wurde auch noch wahr: 11 Semester nach Ablegung der zweiten Staatsprüfung folgte die dritte und letzte. Große Erleichterung rundum.

Von dem für mich schönsten Schritt meines Lebens waren die Freunde schon sehr früh überzeugt: „Sigrun und du werden zusammenbleiben.“ Sie behielten und behalten recht. Unserem 3jährigen Sohn Bernhard versuchten wir ein ebenso liebevolles Zuhause zu geben, wie wir es hatten. Ohne Käseglockenkennung.

Nach Absolvierung des Gerichtsjahrs hatte ich dann das Glück, daß aus einer hobbymäßigen Mitarbeit (Erstellung des Grazer Programms „Fantasie an die Macht“) in der Volkspartei eine hauptberufliche wurde. Das war 1981. Nach einem Jahr als Beiwagerl von Gerhard Hirschmann bekam ich die faszinierende Aufgabe übertragen, das MODELL STEIERMARK zu betreuen.

Heute weiß ich, daß ich kaum je mehr so frei werde arbeiten können und mit so vielen interessanten Menschen aus allen nur denkmöglichen Bereichen zusammenkommen werde. Meine Tätigkeit im MODELL STEIERMARK hat nichts zu tun mit Jobben, sondern ist ein lustvolles, erfüllendes Arbeiten. Die Definition von Politik, die ich in unserer Partei erlebe, heißt schlicht: „Liebe zu den Menschen!“

Ich selbst fühle mich als ergänzender Farbstoff in einer harmonischen Komposition verschiedenster Menschen, die alle das gemeinsame Ziel haben, Gegenwart und Zukunft für die Steiermark ständig zu verbessern.

Josef Riegler

PRÄGUNGEN*

Welche waren die für Sie prägendsten Meilensteine auf dem Weg in die Politik?

Wenn ich mich zurückinnere, ist doch bei mir schon ein politisches Interesse in der Kindheit vorhanden gewesen, obwohl das ja bei meiner Herkunft als Bergbauernkind, eigentlich von der weiten Welt abgeschieden, nicht unbedingt selbstverständlich wäre. Das ist wahrscheinlich auch irgendeine Veranlagung, am öffentlichen Geschehen Interesse zu haben. Für mich war der damalige „Bauernbündler“, das heutige „Neue Land“, die erste Informationsbrücke, bevor ich als Schulkind schon gewisse Personen und Namen mitverfolgt habe, die mir aufgefallen sind. Ich denke z. B. an Landeshauptmann Ök.-Rat Krainer oder Landesrat Prirsch. Das waren Persönlichkeiten, die, was die Geistigkeit betrifft, eine gewisse Orientierung gegeben haben. Ich kann sagen, von der Herkunft her war sicher das Christlich-Soziale in meiner Familie ein prägendes Element. Geboren am 1. November 1938, habe ich 1944 mit der ersten Klasse Volksschule begonnen, habe also das Kriegsende als Erstklässler miterlebt. Im Jahre 1944 ist auch mein Vater gefallen, insofern bin ich schon sehr früh mit der Politik sehr hart konfrontiert worden.

64

Ich bin in St. Peter ob Judenburg geboren, auf einem Bergbauernhof, der ziemlich weit abgelegen ist und von wo ich eineinhalb Stunden in die Schule marschiert bin. Ich habe von der Entwicklung her damals acht Jahre Volksschule gemacht, bin einige Jahre daheim auf dem Hof gewesen, habe dort mitgearbeitet. Nachdem die ältere Schwester übernommen hat, habe ich mich dann irgendwie auch beruflich neu orientieren müssen und bin dann in die Landwirtschaftsschule gekommen und von dort in die Höhere Bundeslehranstalt in Raumberg und habe 1960 mit dem Studium an der Universität für Bodenkultur in Wien begonnen.

Die wirkliche aktive Berührung mit der Politik war dann im Jahre 1960. Das war das Zusammentreffen mit einigen Persönlichkeiten. Ich bin damals sehr früh in der Österreichischen Hochschülerschaft aktiv geworden, war dann einige Zeit lang Fachschaftsleiter für die Studiengruppe „Landwirtschaft“ und habe mich dort im Rahmen des „Wahl-



blocks“, wo eben die verschiedenen der ÖVP nahestehenden Organisationen zusammengesetzt waren, engagiert.

Gleichzeitig bin ich auch durch persönliche Berührungspunkte innerhalb der Katholischen Hochschuljugend aktiv geworden, und es hat damals sicher auch Prälat Strobl, der sehr bekannt war, für die Prägung der damaligen Studentengeneration auch einen großen Einfluß gehabt. Sehr prägend waren für mich dort jene Überlegungen, die geheißen haben: Tüchtigkeit als Legitimation!

Das heißt, wir wollten bewußt auch eine Entwicklung mit fördern, wo es nicht um irgendwelche Protektion ging, sondern wo einfach die Leistung als Grundlage der persönlichen Entwicklung im Vordergrund stehen sollte. Zum anderen war es sicher auch der wissenschaftliche Hintergrund der Katholischen Hochschuljugend, der einen geprägt hat. Ich habe in der Zeit relativ viele internationale Kontakte gehabt, weil ich Österreich auch in der „Internationalen Vereinigung für Agrarstudenten“ einige Zeit lang vertreten habe und war damals in Frankreich, England, Belgien, Deutschland. Es waren relativ viele und ziemlich aufschlußreiche Erlebnisse. Dann bin ich 1965 als Landwirtschaftslehrer in die Steiermark gekommen und habe durch die Tätigkeit in der Katholischen Hochschuljugend hier sehr rasch dann auch den Bezug zur Erwachsenenbildung und zur Jugendarbeit gehabt. Dann war ich einige Jahre, teilweise nebenberuflich, teilweise auch hauptberuflich, hief tätig als Diözesanführer der „Katholischen

Jugend“ und Generalsekretär der „Katholischen Aktion“. Gleichzeitig habe ich dann eben, vor allem in der beruflichen Tätigkeit als Landwirtschaftslehrer, auch sehr starke Bezüge zur Agrarwirtschaft und damit auch zur Agrarpolitik gehabt. Ich darf da noch einflechten: Sehr prägend war für mich damals in der Studentenzeit der direkte Kontakt mit dem Landwirtschaftsminister Hartmann und Leopold Figl.

Vor allem Hartmann war für mich eine ungeheure starke Persönlichkeit, der eben in seiner Ausstrahlung ein positives Bild eines Politikers für mich abgegeben hat.

Ich habe dann begonnen, dem damaligen Agrarreferenten der Stmk. Landesregierung, Dr. Friedrich Niederl, da und dort auch gewisse Vorarbeiten zu liefern, und das hat dann gemündet in die Arbeit im Rahmen des „Modell Steiermark“, wo ich dann den landwirtschaftlichen Teil als Geschäftsführer bearbeitet habe. Dadurch ist eigentlich ein sehr starker und direkter Kontakt zur Agrarpolitik entstanden. Ja, und dann ist es relativ überraschend gekommen. Nach dem Tod von Landeshauptmann Krainer ist der damalige Bauernbundobmann Dr. Josef Krainer in die Landesparteileitung, Dr. Karl Maitz in die Landesparteileitung gekommen, und so bin ich, für mich wirklich sehr überraschend und kurzfristig, im Oktober 1972, Direktor des Steirischen Bauernbundes geworden. Damit war eigentlich die „Verbandelung“ mit der Tagespolitik da und dann ist das Schrift um Schritt dann gegangen. Ich bin dann 1975 in den Nationalrat gewählt worden. Im Jahre 1976 ist dann Dr. Sixtus Lanner Generalsekretär der ÖVP geworden. Damit als Agrarsprecher der ÖVP ausgeschieden, bin ich damals mit dieser Aufgabe betraut worden, die ich bis jetzt noch inne habe. 1980 wurde ich zum Direktor des Österreichischen Bauernbundes bestellt. Das war dann die Zeit 1980 bis Ende 1983, wo ich vor allem die Bundesagrarpolitik wirklich sehr stark habe mitprägen können — für mich wirklich eine faszinierende Zeit! Und dann, Ende 1983, die Berufung in die Landesregierung, und da ist es auch recht munter weitergegangen. Vor allem jetzt die dazugekommene Aufgabe der Umweltpolitik, die auf der einen Seite etwas sehr Mühsames ist, auf der einen Seite aber auch

ungeheuer faszinierend. Gerade in der jetzigen Phase, in der einerseits die Probleme sehr groß sind und eine gewisse Politisierung natürlich auch gegeben ist, aber in der man gerade dadurch doch einiges positiv in Bewegung bringen kann.

Herr Landesrat, in den sechziger Jahren war der Eindruck der, daß Katholische Aktion und ÖVP in einem nicht ganz konfliktfreien Verhältnis zueinander standen. Trotz personaler Verlechtungen zwischen beiden — ich denke dabei an Dr. Krainer, Dipl.-Ing. Hermann Schaller, Dr. Hafner und an Sie —, gab es da nicht ein Mißtrauen von Seiten der Partei, daß viele bedeutende Exponenten aus dem kirchlichen Bereich kamen?

Grundsätzlich glaube ich, daß es in dem Sinne ja eine Äquidistanz Kirche—Parteien nicht gibt, sondern die Distanz ist natürlich unterschiedlich, je nachdem, um welche Probleme es sich handelt und wie die Position der Kirche auf der einen Seite ist und die Positionen der Parteien. Insofern ist also eine jeweils auf den Millimeter ausgereckte Äquidistanz nicht möglich, und das wäre auch unsinnig.

Entscheidend ist, daß die Kirche nicht im Parteipolitischen eingebunden ist und sich hier auch heraushält, das war ja die Entscheidung nach 1945, aber klarerweise ist in vielen Fragen die Position der ÖVP jener der Kirche näher als beispielsweise die Position der SPÖ — man könnte Beispiele anführen.

Und was die Personen betrifft, war es einerseits natürlich insofern ein gewisser Zufall, als eben der Dr. Josef Krainer als Generalsekretär der Katholischen Aktion schon damals eine sehr dynamische Persönlichkeit war, der eben diese Funktion, wie alle seine Funktionen, in einem ganz besonderen Maße wahrgenommen hat und daß dann verschiedene Leute hier nachgefolgt sind. Sicher ist dafür in der weiteren Entwicklung mitentscheidend, daß es eben Leute waren, die alle gesellschafts-politisch sensibilisiert und engagiert waren. Dann ist die Entwicklung in eine etwas andere Phase gekommen, wo dann dieser Bezug mit dem Politischen, jetzt im allgemeinen gesehen, nicht mehr so stark war. Sicher hängt das auch damit zusammen, daß ja die Katholische Aktion in ihrer starker Phase der fünfziger und sechziger Jahre sich auch als ein Engagement verstanden hat, das in die gesellschaftliche Entwicklung aktiv eingreift. Ich kann mich erinnern, wir haben viele Veranstaltungen gemacht, die sich durchaus ordnungspolitischer Fragen angenommen haben, die also nicht im engeren Sinn mit Theologie oder mit

Kirche zu tun gehabt haben, sondern sich einfach um eine Gesamtgestaltung bemüht haben. Das war ja immer auch der offizielle Standpunkt der Kirche, also dar, daß die Kirche nicht selbst Parteipolitik macht, aber daß Christen sich im politischen Leben engagieren sollen. Jeder macht das dann ja im Grunde aus seiner Sicht heraus und aus seinem persönlichen Hintergrund. Wobei ich auch festhalten muß, daß es einmal eine gewisse Phase gegeben hat, wo es ein bisschen eine gespannte Situation auch innerhalb der ÖVP gegeben hat, wo man also ein bisschen mit Mißtrauen gesagt hat: da kommen also Leute aus dem kirchlichen Bereich heraus. Das hat sich aber dann eigentlich sehr rasch abgebaut, indem man einfach gesehen hat, daß es letztlich Leute waren, die in ihrer jeweiligen Aufgabenstellung gezeigt haben, daß sie eben mit viel Einsatz an die Dinge herangehen.

Es hat ja eine Art Doktrin in der Kirche gegeben, daß man gesagt hat, daß Leute, die in dieser Funktion tätig sind, später auch besser nicht in einer Partei eine situierte Rolle spielen sollen.

Diese Doktrin hat es ja in anderen Diözesen gegeben und hat auch dazu geführt, daß gute Leute, die politische Begabungen haben, eigentlich leider nicht in diesem Bereich zum Tragen gekommen sind. Das ist eigentlich schade, von der Politik her gesehen, aber auch von der Kirche her, denn wenn ich Gesellschaftsentwicklung nach einer christlichen Vorstellung mitprägen möchte, dann muß ich auch Leute haben, die sich hier engagieren und einsetzen. Für mich persönlich muß ich sagen, daß hier eine völlig harmonische Entwicklung, eigentlich von Anfang an, möglich war. Ich habe auch hier immer den Weg einer liberalen Offenheit gewählt, daß man nicht fragt, woher jemand kommt, sondern daß man einfach vorgeht nach dem Gefühl, wie sich Leute einsetzen, was sie einbringen, und daß man da auch unvoreingenommen zusammenarbeite. Geraume im Steirischen Bauernbund war das optimal, einfach, weil für mich insbesondere das Vertrauensverhältnis mit dem damaligen Landesobmann, dem Präsidenten Simon Koiner, von ganz großer Bedeutung war.

Herr Landesrat, sehen Sie beispielsweise zwischen dem Reformwillen der Steirischen Volkspartei und jenen Exponenten, die aus der KA kommen die Partei befürchten, einen Zusammenhang? Es ist ja nicht uninteressant, daß z. B. Krainer und Busek eben aus diesem grundsatz-

orientierten, aber dennoch Offenheit praktizierenden Denkkreis herauskommen.

Das ist gar keine Frage, daß ein geistiger Hintergrund, der eine Grundprägung von Menschen mit sich bringt, auch das aktuelle Handeln beeinflußt.

Mit anderen Worten: Das Bemühen um eine Grundsatzorientierung, das Bemühen um eine gewisse Sauberkeit im politischen Geschehen, um eine persönliche Bescheidenheit und auch das Bemühen um eine Offenheit, eine Dialogbereitschaft in verschiedene Richtungen hin. Da ist ja gerade in den sechziger Jahren die Katholische Aktion sehr stark von diesem Grundsatz des Dialogs ausgegangen, das ist sicher mit ausschlaggebend, daß diese Offenheit sowohl unter Erhard Busek in Wien als auch unter Landeshauptmann Krainer jetzt diese Tradition besonders stark fortgesetzt wird.

Um auf persönliche Erlebnisse zurückzukommen: Viele Erlebnisse verbinden mich sicher mit dem Prälat Strobl, der ja eine ungeheuer gebildete Persönlichkeit war, der aber vor allem auch sehr viel mit Provokation gearbeitet hat, der gerade die Studenten immer wieder auch durch Provokation geholt hat. Ich kann mich noch erinnern, daß er sich einmal in dieser Weise eben über den damaligen Landeshauptmann Krainer sen. und Landesrat Prisch geäußert hat in einer Form, wo er gesagt hat, das sind ja „Diktatoren“ da unten! Das hat eine ziemliche Bestürzung bei einem Teil unserer steirischen Studenten im Rahmen dieser Runde hervorgerufen, wo eben dieser Ausdruck gefallen ist. In Wirklichkeit hat sich herausgestellt, daß er gerade diese Leute ungeheuer geschätzt hat und auch einen sehr starken persönlichen Bezug gehabt hat.

Ich habe schon erwähnt, Figl haben wir einmal als Studenten eingeladen, und in der Vorbereitung haben wir gesagt, es ist bekannt, daß der Figl gerne Wein trinkt, und dann haben wir uns bemüht, einen besonders guten Wein aufzutreiben, und haben also eine $\frac{1}{10}$ -l-Flasche mit Halskrause usw... und der Figl hat dann die Flasche nur angesehen, hat sich kaum geäußert dazu, hat nur gesagt, das ist kein Wein und hat nichts getrunken davon.

Eine andere Person, die mich persönlich eigentlich sehr berührt hat, war Präsident Wallner. Er war ja an sich eher ein verschlossener Mann, sehr ernst, und irgendwie war es für mich beeindruckend, daß ich bei dem ersten Gespräch eigentlich das Gefühl gehabt habe, daß er mir persönlich ein ungeheueres Vertrauen entgegenbringt, und er hat also

dann gesagt: Ja, wir reden per du miteinander, und er hat mir dann seine echten inneren Sorgen geschildert. Es war gerade der Beginn der Oppositionsära der ÖVP.

Es war ja die Zeit, wo Bundeskanzler Kreisky ganz massiv versucht hat, Teile der ÖVP, unter anderem die Bauern, auseinanderzulösen.

Ja, das war die erste Zeit, wo wir so mit der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ behandelt worden sind, wie es die Sozialisten in den

dreißen Jahren in Schweden praktiziert haben. Und das war damals sicher eine ganz wichtige Phase für die innenpolitische Entwicklung dieser Zeit seit 1970, daß damals die Bauernschaft und der Bauernbund von vornherein gesagt haben: diesen Weg gehen wir nicht. Wir wissen, wo wir hingehören und wir sind nicht käuflich.

Was dann kam, war die ganz harte Konfrontation, wo aus der Enttäuschung heraus Kreisky gesagt hat,

mit denen rede ich überhaupt nicht mehr. Auch diese Konfrontationsphase ist so durchgestanden worden, daß letztlich auch eine sozialistische Regierung zur Kenntnis nehmen mußte: der Bauernbund ist der Repräsentant der Bauernschaft, und mit dem muß man diese Fragen auch behandeln.

* Dieser Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Gesprächs, für das sich Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler dankenswerterweise zur Verfügung stellte.

Bernd Schilcher

PERSONEN SIND AUCH PROGRAMME



ling namens Dieter Cwiens geleitet wurde (wir mußten an diesem Nachmittag unter Cwiens Leitung ungefähr jede Stunde ein steirisches Volkslied singen).

Vorgestellt wurden wir als Hochschul-Revoluzzer: Erwin Zankel, der Drahtzieher im Hintergrund (seine Lebensrolle), Gerfried Sperl, Spitzensportler und Ideologe mit germanistischem Ehrgeiz und Hans Preiner, der Mann der Kultur und Verbinder zu Handke, Bauer, John Lennon, Teddy Podgorsky und Günther Waldorf.

Die Kultur spielte überhaupt eine gewaltige Rolle. Wir waren viel im Forum Stadtspark, bei den Mimikries von Bauer, bei den Lesungen von Gunther Falk, „Goofy“ Schmidt, von Hergouth und Kolleitsch, von Breisach und Roth. Wir fuhren aber auch zu den Kapfenberger Kulturtagen, bei denen uns Hans Preiner Begegnungen mit Ingeborg Bachmann, „Antoine“ und dem Hauptplatz-Kurtl vermittelte. Mehrere Jahre hindurch pilgerten wir zu Monsignore Mauers Kulturtreffs in Wien und Niederösterreich; wir hörten ihn über die

„eschatologische Kategorie der Kunst“ sprechen und bestaunten die Holleins und Prachenskys, die Mickls und Rainers, die Oberhubers und Holleghas.

Kultur war in der Steiermark in diesen Jahren vor allem mit dem Namen eines Mannes verbunden: Hanns Koren. Seine Einführungen in die Steirische Akademie (damals noch im Schloß Eggenberg), bei Eröffnungen des „Steirischen Herbstes“ oder anlässlich einer Landesausstellung galten uns als kulturelles und politisches Programm der Offenheit. Von ihm lernten wir, daß modern nichts mit Traditionlosigkeit zu tun hat, daß konservativ kein Schimpfwort ist. Im Gegenteil. Wer, wie der echte Konservative, die Qualität im Alten und im Neuen sucht, der läuft weder jeder neuen Modeströmung nach, noch verharrt er in der Position des bloßen Bewahrens.

Das Ergebnis der Retzhofer Aussprache mit dem steirischen „VP-Establishment“ war eine ehrenvolle Berufung auf den Karmeliterplatz. Erwin Zankel wurde Pressereferent und ich eine Art freischaffender Programm- und Redeschreiber. Als Dritter im Bunde, der aber schon sehr bald zur Nummer eins im sogenannten „Rainer-Kindergarten“ — benannt nach dem damaligen Landesparteisekretär Alfred Rainer — werden sollte, kam Franz Hasiba, verantwortlich für die „Werbung in der kleinen Gemeinschaft“. Dort warb Franz Hasiba erfolgreich, daß er nach dem allzu frühen Tod Alfred Rainers, meinem väterlichen Freund, bei dem ich so manches Vorurteil gegenüber den sogenannten Nationalen abzulegen lernte, als Landesparteisekretär nachfolgte. Die Werbung in der kleinen Gemeinschaft, nunmehr bekannt unter 066, übernahm der immens begabte Hochschüler

schaftsvorsitzende Gerd Lau; Pressereferent wurde der so früh vollendete Winfried Zankel, später der nicht-nur-charmanter Thörl-Import Ruth Feldgrill.

Mit Franz Hasiba begann die Arbeit am „Modell Steiermark“. Sie zwang mich erstmals, in fast allen Bereichen der Politik Farbe zu bekennen. Zunächst in den einzelnen Arbeitskreisen, später vor allem in der Phase der Endredaktion, die eine pikante Fügung in die Hände von Alfons Tropper und mir gelegt hatte: Nach stundenlangen Sitzungen, in denen wir uns wechselseitig immer wieder „entdeckten“, konnten wir Kompromisse finden, welche die lebendige Integrationskraft der steirischen Volkspartei unter Beweis stellten. Ich glaube, daß mich diese mehrjährige Arbeit am „Modell Steiermark“ nachhaltig geprägt hat. Zum einen sah sie mich nach und nach inhaltlich an einer Partei, deren Spektrum von Tropper/Peltzmann bis Sperl/Preiner reichte.

Aber noch stärker wirkte vielleicht die Erfahrung der seriösen Arbeit. Wer politisch ernst genommen werden will, muß ernste politische Arbeit leisten. Bei allem Hang zur Lockerkeit: Programme kann man nicht aus dem Handgelenk schütteln oder einfach ein paar Wochen vor einem Parteitag irgendjemandem „in Auftrag geben“. Das ist weniger locker als unseriös. Vor allem aber muß sich die politische Führung mit dem Programm identifizieren: 1972 saßen Niederl, Krainer, Koiner und andere viele Stunden und Tage beisammen, um das „Modell Steiermark“ Kapitel für Kapitel, Zeile für Zeile zu prüfen und zu korrigieren. Dasselbe geschah im übrigen beim steirischen Vorwahlmodell, dem ersten in Österreich. Es wurde sehr ernsthaft, ja geradezu wissenschaftlich vorbereitet, ausgiebig diskutiert und daher letztlich auch von allen entscheidenden Personen getragen. Den Beweis für die Richtigkeit der „Seriositätstheorie“ lieferten schließlich Franz Hasiba, Ruth Feldgrill, Erich Edgegger und Helmut Strobl in der Stadt Graz. Ihr Städterneuerungskonzept 1973 war mindestens so gründlich vorbereitet, so umfassend diskutiert worden wie das „Modell Steiermark“ und daher auch mindestens so erfolgreich. Zumal Helmut Strobl, den ich schon aus den gemeinsamen Basketball-Zeiten der Jahre 1955 bis 1958 kannte, ein besonders konzeptiver und grundsätzlich denkender Kopf ist, der als alter „68er“ um seinen

eigenen weltanschaulichen Standpunkt immer sehr ernst und sehr nachhaltig gerungen hat. Irgendwie sind die 68er-Jahre freilich auch an uns nicht spurlos vorübergegangen. Das Denken in Grundsätzen und in Systemen jedenfalls ist haften geblieben. Prägend waren hier die Auseinandersetzungen um das Wertfreiheitsprinzip bei Max Weber in den Vorlesungen von Anton Tautscher und Dobretsberger, der spezifisch juristische Streit zwischen Positivisten und Naturrechtlern (Walter/Wielinger auf der einen Seite, Steininger auf der anderen), die Systemdiskussion unter den Anhängern der kritischen Theorie der Frankfurter Schule und den Popperianern. Vor allem mit Franz Hasiba haben wir uns oft über Freiheit und Planung, über Eigentum und Raumordnung unterhalten. Seine „Schwäche“ galt allerdings den kleinen Leuten. Sie waren und sind das primäre Ziel seiner politischen Arbeit. Auch und gerade als er 1973 nach einem grandiosen Wahlsieg in die Stadt Graz übersiedelte. Sein Nachfolger an der Karmeliterplatz wurde Karl Maitz, der schon als Bauernbunddirektor und Chef des „Modell Steiermark“ starkes organisatorisches Talent bewiesen hatte. Ein Jahr später wurde ich per Vorwahl in den Steiermärkischen Landtag berufen. Kurz vor meinem Einzug entdeckte jemand, daß ich nicht Mitglied der ÖVP war — es hatte uns tatsächlich all die Jahre hindurch niemand danach gefragt. Joschi Krainer, nach einem kurzen parlamentarischen Intermezzo im Nationalrat seit 1971 Landesrat, folgte 1980 Friedrich Niederl als Landeshauptmann. Er holte sich Gerhard Hirschmann zunächst in das „Modell Steiermark“ und dann nach als Landesparteisekretär auf den Karmeliterplatz. Karl Maitz übernahm die „Südost-Tagespost“. Ihr neuer Chefredakteur Gerfried Sperl bemüht sich seither, daraus ein „ÖVP-nahe“ Blatt zu machen. Auch in die Regierung kam Bewegung. Auf Anton Peltzmann folgte Hans-Georg Fuchs, Simon Koiner wurde Agrar-Landesrat. Beide blieben leider nur kurze Zeit. Helmut Heidinger und Josef Riegler kamen. Im Landtag verließ Hanns Koren seinen „Hochsitz“ als Präsident — ein Amt, das viele Steirer bereits mit seiner Person gleichgesetzt haben. Franz Feldgrill, der ewig junge Vermittler und Verbinde zwischen den Generationen und Flügeln der

Faktion, trat die Nachfolge an. Eindrucksvoll, weil ohne Spur von Kopie, unverwechselbar und sympathisch.

Ich wurde geschäftsführender Klubobmann. Wenn man fast ein Vierteljahrhundert in der steirischen Volkspartei gearbeitet hat, kennt man ihre Vorzüge und Schwächen recht gut. Ich weiß heute, daß es zu den absoluten Vorteilen der steirischen ÖVP gehört, offen und anpassungsfähig zu sein. Und das heißt nichts anderes als: Es gelingt immer wieder, interessante Menschen zu finden und sie mehr oder weniger zu binden. Das gilt für Waltraud Klasnic und Lindi Kalnoky, für Hermann Schützenhöfer, Gilbert Frizberg und Cordula Frieser, für Ludwig Kapfer, Herwig Hösle, für Michael Steiner und Manfred Prisching, für Igo Huber und Peter Bermann. Das große Werk der steirischen Verfassungsreform wäre ohne die Professoren Brünner, Mantl, Rack und Pauger nicht denkbar.

Aber schon gibt es da wieder vielversprechende 20jährige in der Hochschülerschaft und rund um die Grün-Bewegung des Hainburg-Volksbegehrens. Junge Menschen, die sich engagieren wollen und denen das „Modell Steiermark“ und das neue Krainer-Haus interessante Ankerstellen bieten.

Personen sind auch Programme. Sie 67 melden Haltungen und Einstellungen. Daher ist es so wichtig, die richtigen Personen zu finden und ihnen die richtigen Aufgaben zu geben.

Und es ist wichtig, ihnen Haltungen und Einstellungen vorzuleben. Dazu gehören meines Erachtens Vorurteilsfreiheit, Mut und Menschenliebe. Ein Politiker muß Menschen mögen, sie müssen ihn interessieren. Und ein Politiker muß Farbe erkennen, Positionen beziehen. Dazu gehören Vorurteilsfreiheit und Mut: Das eine, weil ich aus Erfahrung weiß, daß man von jedermann lernen kann; das andere, weil die Unbeirrbarkeit ein wesentlicher Teil der Glaubwürdigkeit ist. Sie von der ideologischen Sturheit und Blindheit zu unterscheiden, gehört zum Kapitel „Kunst“ in der Politik, ohne die es nicht geht, die man freilich auch kaum „steuern“ kann. Personen als Programme, viele interessante, pralle, farbige Personen — vielleicht ist es das, das die steirische Volkspartei schon seit 40 Jahren von anderen Parteien unterscheidet.

GESPRÄCH ZWISCHEN GRUPPEN

Als ich sein Zimmer verließ, sagte Franz Hasiba, damals Landesparteisekretär: „Aber bevor Sie bei den Kommunisten beitreten, reden Sie noch einmal!“ Vorher hatten wir uns geeinigt, daß ich im Modell Steiermark Nummer 1 im Arbeitskreis „Freizeit, Erholung und Sport“ mitarbeiten sollte. Für mich hieß das, aus England nach Graz zurückzukehren, und als Freizeitkonsulent nicht britische Erholungseinrichtungen zu planen, sondern in der Steiermark politische Bildung zu betreiben. Bedingung: keine Vereinnahmung in die Partei. Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit scheinen mir wichtig. Soweit 1972. An die Kommunisten habe ich seither wenig gedacht (vorher übrigens auch nicht).

Heute — 1985 — führe ich nach wie vor allerhand Kunststücke auf, um meine Sicherheit nicht allzu groß werden zu lassen. „Über-Sicherheit“ macht den Geist faß, wie ein zu gleichmäßiges Klima das Obst. Ein bisschen Unsicherheit als Lebenselixier: Dazu gehört auch, sich nicht nur in einem, dem vertrauten Kreis der Gleichgesinnten zu bewegen; und es sich nicht zu leicht zu machen, breiter- und weiterzuden-



ken statt einmal Erreichtes zu verteidigen.

Für solche Wünsche (oder sind es Instinkte?) ist die Steirische Volkspartei ein guter Verein.

Keine Monokultur wie die der „Bewegungen“: Nicht auf die Verfolgung nur eines Ziels ausgerichtet, und sei es noch so gescheit. Statt einer tödlichen Einfalt. Unterschiedlichste Interessen sind irgendwie miteinander vernetzt. Junge und Ältere,

Frauen und Männer, Hungrige und Satte, Freigebige und Selbstbezogene, und was es sonst noch an solchen gibt.

Aber hier bei uns pflegen sie ein gewisses Klima der Offenheit (einzelne tiefliegende Hackeln machen noch keinen Winter, ja man empfindet sie eher als Würze und Abwechslung).

Es gibt das Gespräch zwischen den verschiedenen Gruppen, und nicht immer ist es nur „parteifreundlich“. Man erfährt und erfäßt, daß es noch andere Realitäten gibt, außer der eigenen. Man kann durch eigene Ideen oder Informationen anderen helfen. Die Möglichkeit gemeinsamen Handelns ist da; kann man sie nützen, dann hat das nicht nur leichte Zusammenleben Sinn gezeigt.

So ist mir mein Engagement in der Steirischen Volkspartei nicht leid. Weil mein Horizont dadurch beträchtlich erweitert wurde. Weil ich Ausdauer im Denken und Verhandeln gelernt habe. Weil die Zahl meiner persönlichen Betätigungen, der sich erhöht hat. Und weil ich sehe, daß durch meinen Einsatz etwas weitergeht.

Hermann Schützenhöfer

CHANCEN IM BEGRIFF VOLKSPARTEI

Für viele junge Menschen ist es zwar heute schon eher ungewöhnlich, aber auf mich hatte das Elternhaus doch entscheidenden Einfluß darauf, daß ich überzeugter ÖVPler bin. Als ich mit 17 Jahren Mitarbeiter des „Horizont“ (Zeitung der Jungen ÖVP) wurde, und 1969 erstmals an einer Redaktionssitzung teilnahm, begegnete ich zwei Studenten, die kurz zuvor die erste Schülervertretung Österreichs gegründet und unter schwersten Behinderungen der „Obrigkeit“ aufgebaut haben: Herwig Hösle und Alfred Grinschgl, die Motoren des Steirischen Schülerparlaments (SSP). Diese beiden Freunde sowie Walter Heinzinger und Bernd Ressler waren dann für meine weitere berufliche und politische Tätigkeit nicht nur Partner und Kritiker, sondern für eine gute Strecke des



Weges auch sehr bestimmt. Ausflüsse unserer gemeinsamen Arbeit waren eine kritische und recht

kecke Jugendzeitung, die Gründung des ideologischen Forums „Reinalter Keis“ und Jugendmodelle zur „Demokratie“, „Jugendbeschäftigung“ — und zur „Entwicklungs politik“. Verfasser dieses letztgenannten Konzepts war der damalige Leiter des afro-asiatischen Institutes, Dr. Gerhard Hirschmann, der damit erstmals Kontakt zur ÖVP hatte.

Der wichtigste Aspekt für meine Zugehörigkeit zur Österreichischen Volkspartei ist die feste Überzeugung der Richtigkeit ihrer Grundsätze, wie sie durch die christliche Soziallehre (Arbeit als Sinnfüllung des Lebens/soziale Gerechtigkeit für alle) verdeutlicht werden — wenngleich zwischen Theorie und Praxis manchmal gewisse Unterschiede festzustellen sind. Und natürlich gibt es auch

Persönlichkeiten, an denen man sich orientiert, wenn ich insbesondere an unseren Landeshauptmann Dr. Josef Krainer — auch in seiner früheren Tätigkeit als geschäftsführender Parteibmann — und an meinen Landesobmann im ÖAAB, Landtagspräsident Franz Wegart, denke.

1970 hat die ÖVP mit der ersten schweren Wahlniederlage auf Bundesebene dafür bezahlt, daß sie die Arbeitnehmerinteressen zuwenig vertreten hat.

Daß ihr die existentiellen Anliegen der Arbeitnehmerschaft ein entscheidendes inneres Anliegen wären, konnte sie jedenfalls nicht glaubhaft machen.

Seit der Nationalratswahl 1983 und dem historischen Erfolg bei den Arbeiterkammerwahlen 1984 sind wir mit Alois Mock wieder in Richtung Mehrheit unterwegs.

Ich glaube fest daran, daß unsere Chance darin liegt, im besten Wortsinn eine Volkspartei zu sein und noch mehr zu werden; alle Gruppen vertreten zu wollen, darf aber nicht heißen, ständig in und mit sich Kompromisse bis zur Standpunktlosigkeit zu schließen. Da sind wir

anfällig.

Was den ÖAAB anlangt, für den ich mich zuständig fühle und der in seinem Wiener Programm vom April 1945 Grundsätze — den Sinn des Lebens und des Rechts auf Arbeit betreffend — formuliert hat, wie sie heute nicht besser niedergeschrieben werden könnten, werde ich stets dafür kämpfen, daß die Anliegen und Sorgen des einzelnen Arbeitnehmers in der Rangliste der Wertigkeit immer vor der eigenen Partei stehen. Damit unser Sein nicht Schein ist. Stets muß darum gerungen werden, daß das, was die Volkspartei in der Realität tut, sich von dem, was sie sagt und festgeschrieben hat, nicht zu sehr unterscheidet.

Es ist viel vom Wertewandel in Rede. Dieser findet auch in der Arbeitswelt statt. Neu ist, daß große Blöcke zugunsten vieler kleiner Gruppen zerbröckeln — und das ist gut so. Denn manche Funktionärtypen der vereinigten Sozialpartnerschaft wollen noch immer nicht erkennen, daß sich nicht mehr alle alles verordnen lassen. Und sie wollen auch nicht wahrhaben, daß sie sich immer weiter von den

eigentlichen Anliegen derer, die sie zu vertreten hätten, wegentwickeln — weil die Zukunft mehr von uns verlangt, als mit Denkmodellen der Vergangenheit die Gegenwart zu verlängern.

Wichtig ist die rasche Erkenntnis, daß das Arbeitsvolumen nicht größer wird: Durch die Mikroelektronik und die technische Revolution werden zwar neue, andere Arbeitsplätze geschaffen, aber die Endsumme wird nicht sehr viel anders als heute aussehen. Leidenschaftlich und mit großem Ernst muß daher die Frage der Neuverteilung der Arbeit diskutiert werden; da wird sich zeigen, ob wir zur Solidarität fähig sind. Gleich wichtig für die Zukunft aber ist, ob wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen können. Wenn nämlich die Einkommensschere weiter auseinandergeht und die ohnehin sozial Schwachen weiter geschwächt werden und wenn zig Tausende Menschen zu unwürdigen Bedingungen ihre Arbeit tun müssen, ist jener Konflikt programmiert, der das Zusammenleben der einzelnen Berufs- und Gesellschaftsgruppen fast unmöglich machen würde.

Hubert Schwab

DIE GROSSE GEMEINSAME LINIE

Warum ich mich für die ÖVP engagiere?

Mein Vater ist im Alter von 31 Jahren an einem Nierenleiden gestorben, als ich vier Jahre alt war. Das war 1955. Zugleich mit mir hinterließ er noch meine zwei Geschwister, beide jünger als ich, und meine Mutter. Die Mutter mußte mit einer kleinen Witwenrente das Auslängen finden und die vierköpfige Familie versorgen. Deshalb lernte ich bereits in sehr jungen Jahren, auf eigenen Füßen zu stehen und eigene Ideen zu entwickeln.

Zu Hause wurde ich christlich erzogen. Daneben besuchte ich fünf Jahre die Volksschule in Haus im Ennstal — dort lebe ich durchgehend seit meiner Geburt — und anschließend vier Jahre die Hauptschule in Schladming. Es folgte die Landwirtschaftliche Berufs- und Fachschule am Grabnerhof bei Admont.

Offenheit für die Menschen, konsequente Haltung und Festigkeit im Wesen waren wohl auch die Hauptgründe für meine Mitarbeit in der Steirischen Volkspartei. Die Vorbildwirkung und das persönliche



Bekanntwerden mit faszinierenden Persönlichkeiten wie zum Beispiel dem damaligen Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl, Landesrat Dr. Josef Krainer und Präsident Simon Koiner haben mir die Entscheidung zum „Mittun“ sehr erleichtert. Jeder ist auf seine Art etwas ganz Bestimmtes und etwas ganz Besonderes; ich fühlte, daß das in der Volkspartei anerkannt wurde.

Entscheidend war vor allem auch das Vertrauen, welches mir entgegengebracht wurde und das spürbar war. Es war der Freiraum, den ich ausnutzen konnte und auch heute noch kann.

Das ist eine der Schlüsselfragen unserer Volkspartei auch für die Zukunft: Vertrauen geben, durch dieses Vertrauen Menschen wachsen lassen, eigene Ideen entwickeln, nach ihnen eigenverantwortlich handeln und eigene Grenzen im gemeinsamen Miteinander erkennen lassen. Dabei trotzdem die große gemeinsame Linie halten.

Mit „Leib und Seele“ Bauer — selbstständig führte ich seit 1974 den 16 ha großen Betrieb, den ich von der Großtante übernahm —, habe ich mich schon seinerzeit in der Jugendarbeit im Bund Steirischer Landjugend dagegen gewehrt, daß man uns ein Korsett anlegt; ich hätte mich auch nie dazu hergegeben, nur „Lakaiendienste“ zu verrichten.

Eine Partei aus solchen Menschen hat es nicht immer leicht. Aber sie muß diese große Herausforderung auch für die Zukunft annehmen.

WACHSAME POLITISCHE KRAFT

1945 war nicht nur ein Staat zusammengebrochen und Ruinen waren zugleich Symbol einer ausgelöschten Ideologie, die wenige Jahre zuvor eine neue Welt zu formen imstande schien.

Der Wiederaufbau eines zerstörten Landes mußte also von Anfang begleitet sein von einer Neugestaltung der geistigen und politischen Kräfte; dabei standen zwei Dinge außer Frage:

Nur der Glaube an ein selbständiges Österreich konnte die Bevölkerung zu einem neuen Beginn ermutigen, und zweitens, nur eine demokratische Staatsform konnte die Möglichkeit bieten, den wieder entstehenden Staat in der freien Welt zu verankern.

Die Zusammenfassung aller Menschen gleicher Gesinnung war also das Gebot der Stunde. „Gleiche Gesinnung“, das ist heute schon ein schaumiger Begriff, wie erst damals, da Frontsoldaten, Widerständler, „ehemalige“ begeisterte Anhänger des abgetretenen Regimes, außerdem kampfbereite Systemgegner, Funktionäre des gegen den Nationalsozialismus kämpfenden Ständestaates und auch noch in der unglücklichen Ersten Republik wirkende Politiker eine gemeinsame Basis finden sollten und mußten. Dabei war die Erstellung eines Programms weniger schwierig. Eine Partei, die vor allem die persönliche Freiheit garantieren will, konnte fast allen der oben genannten Bevölkerungsgruppen die Hoffnung geben, daß sie ihre persönlichen und beruflichen Anliegen vertreten konnte.

Das Problem war damals wohl in erster Linie der Abbau der persönlichen Gegensätze — Voreingenommenheiten, Verdächtigungen, ja Feindschaften mußten soweit als möglich überwunden werden.

Besonders schwierig war dieses Bemühen bei den Akademikern und Intellektuellen, waren doch hier naturgemäß die politischen Gegensätze besonders ausgeprägt gewesen. So galt es vorerst, die Hochschulenschaft neu zu formieren. In vielen Besprechungen, vor allem auch im Unterrichtsministerium in Wien, gelang es, ein Statut zu erarbeiten, das eine demokratische Vertretung der Studenten ermöglichte. Dabei waren die Fahrten in die russische Zone nicht immer ungefährlich, umso bedeutender war es, wie



unerschrocken, kühn eine freie Entwicklung anstrebende Ministerialbeamte trotz vieler Entbehrungen und begründeter und unbegründeter Angst arbeiten.

Noch wesentlicher war freilich der Wiederaufbau der politisch als „belastet“ bezeichneten Akademiker in ihren Beruf. So hatte ein großer Teil der Ärzte Berufsverbot; vor allem die Besitzungsmaßnahmen verlangte eine Verfolgung der „Schuldigen“ des NS-Regimes. Wer waren diese? Wo ist der Unterschied zwischen Idealismus und Irrtum, zwischen Glaube und Irrglaube, zwischen freiheitlich-tolerantem Handeln und Gefolgschaftstreue?

Senate, bestehend aus Vertretern der zuständigen Kammern und der drei damals zugelassenen Parteien — ÖVP, SPÖ und Kommunisten —, hatten zu entscheiden.

Bei den Ärzten dauerte dieses Verfahren monatlang. Es war eindeutig die tolerante Haltung der ÖVP-Vertreter, die sich in den meisten Fällen durchsetzen konnten, daß in der Steiermark relativ bald fast alle Ärzte ihre Tätigkeit wiederaufnehmen konnten. Diese von Männern wie Gorbach und Brunner vorgelebte Haltung war Voraussetzung für die Schaffung einer breiten Basis, die gerade in der steirischen Volkspartei noch heute wirksam ist. Es ist jedenfalls gelungen, viele politisch Enttäuschte und heimatisches Gewordene wieder in die Berufssarbeit und auch in die Politik einzugliedern.

Dies geschah freilich bei klarer Anerkennung der Ziele der neuen demokratischen Partei und ohne Konzession an die Ideologie des vergangenen Systems.

Von Beginn an schwierig war es für die ÖVP, in den Betrieben Fuß zu fassen. Vielerorts glaubten die Sozialisten, daß ihnen hier das Feld kampflos zu überlassen sei, und die verhältnismäßig geringe Zahl von der ÖVP angehörenden Arbeitervertretern konnte wirklich nur mit voller Anstrengung Schritt für Schritt vorwärtskommen.

Mit Bewunderung müssen die Erfolge jener Arbeitnehmer, die vor allem in den Staatsbetrieben zu agieren hatten, anerkannt werden. Ihnen ist es zu danken, daß sich die ÖVP auch in der Realität zu einer Vertreterin aller Gruppen des Volkes entwickelte und imstande war, Gegensätze bei Anerkennung eines gemeinsamen Ziels auszugleichen.

Auch in den Krankenhäusern hatten sich Sozialisten in den Betriebsräten festgesetzt und suchten mit Mitteln, die an die radikalen Zeiten der Zwischenkriegszeit erinnerten, ihre Stellung zu halten. In jahrelanger zäher Arbeit gelang es, in allen steirischen Krankenanstalten eine ÖVP-Mehrheit zu erreichen. Nicht einfach war die Vertretung der Spitalsärzte: Eine Überzahl junger Ärzte kam aus dem Krieg zurück; sie und Neupromovierte mußten jahrelang als Verkäufer, Vertreter oder in ähnlichen Berufen arbeiten, wobei sie eine schlecht oder auch gar nicht bezahlte Ausbildungssituation bekamen. So bestand die Entlohnung für einen Nachtdienst aus einem Stück Brot und einem Apfel. Erst nach einem aufsehenerregenden Spitalsärztestreik gelang es 1947, die Situation zu bessern. Damals fand diese Aktion die Sympathie praktisch der ganzen Bevölkerung, und zur Erreichung des Ziels trug maßgeblich die Tatsache bei, daß viele Betriebe durch Sympathieaktionen die Forderungen der Ärzte unterstützen.

Vieles hat sich in den vergangenen 40 Jahren geändert. Kaum kann sich die Jugend unserer Tage in die damalige Zeit hineindenken. Aber niemand kann garantieren, daß uns die Zeit eines friedlichen Fortschritts erhalten bleibt; immer wird man eine wachssame politische Kraft brauchen, die die Sorgen des ganzen Volkes kennt und bereit ist, die Gemeinschaft so zu gestalten, daß sie Freiheit überall dort sichert, wo sie möglich sind, und Sicherheit überall dort gewährt, wo es nötig ist.

Helmut Strobl

EIN OFFENES WERTESYSTEM

Da gab's zuerst einmal Menschen.

Hanns Koren zum Beispiel, dem Neuen nicht bloß aufgeschlossen, sondern von Herzen verpflichtet. Als Vater des „steirischen herbstes“ dafür aus dem eigenen politischen Lager angegriffen — damals.

Dann Josef Krainer Vater, an der offenen Auseinandersetzung mit anderen, vor allem jungen, ungeduldigen Ansichten interessiert — sichtlich mit Spaß dabei, väterlich fördernd und fordernd.

Schließlich Franz Hasiba, eines jener seltenen Exemplare von Politikern, die anderen besser zuhören können als sich selbst darstellen. Ein Demokrat, einer der zuläßt, statt verordnet.

Die vielen Bürgermeister und Gemeinderäte aus der ganzen Steiermark: Ein bunter Haufen, was die unterschiedlichen Personen und Ansichten angeht. Alle voll von überzeugender Redlichkeit im Engagement für ihre Gemeinden und mit großem Interesse allem Neuen gegenüber.

Später erst lernte ich Joschi Krainer kennen. Vom Wesen her eher Gestalter als Verwalter, „stark steirisch“ von Beginn. Daher für manche mitunter überwältigend.

Rückgrat, aufrechten Gang und eigene Meinung aber wünscht er, so ist gut „Haklzieh'n“ mit ihm. Es



stärkt zudem die Kondition.

Viele kommen hinzu, alle am Dialog der Überzeugungen interessiert und engagiert beteiligt. Offen und dankbar für neue Anregungen und Ideen, farbig-bunt und breit die Palette der Charaktere und Ansichten.

Die Menschen sind es, die es mir angetan haben, nicht „die Partei“, der Apparat.

Dann gibt es den reichen Fundus an mit der Zeit angesammeltem, ideologischem „Bodensatz“ im besten Sinne, den die ÖVP aufzuweisen hat.

Bewußt *ohne* perfektes, „in sich stimmiges“ Welt- und Menschenbild; das erfordert ideologiekriti-

sches, ständiges Suchen nach Veränderungen der Gesellschaft.

Ein hoher Anspruch, der nach ständiger Überarbeitung einer umfassenden Programmatik verlangt, mit partnerschaftlichem Dialog aller Beteiligten als Motor und Ideenbringer — nicht klassenkämpferische Auseinandersetzung mit Siegern und Besiegten.

Ein offenes Wertesystem also, nicht geschlossen; ständig in Bewegung; zur Mitarbeit, zum Mitgestalten einladend — auch mich — Modell Steiermark, Grazer Stadterneuerungskonzept usw. usf.

Ich habe Platz gefunden in der Österreichischen Volkspartei, was — so meine ich — deren Bandbreite und Offenheit dokumentiert, denn ich bin ja mit allen meinen Eigenheiten akzeptiert worden.

Ich konnte/durfte Karriere machen — da sieht man sicher einiges rosiger als andere. Natürlich — weil allzu menschlich — gibt's auch hier Neid, Intrige, Unfähigkeit, Sesselkleben... allerdings in einem, zumindest mir, erträglichen Ausmaß — und ich stelle da durchaus hohe Ansprüche.

Die liebenswerten Menschen, das offene Wertesystem, mein Wunsch, verändernd gestalten zu können — das sind die Gründe, mich weiterhin in der ÖVP zu engagieren.

Hans Vollmann

GARANTIE FÜR DIE NEUGESTALTUNG ÖSTERREICHS

Meine Eltern waren gläubige Christen, und ich bin in diesem Sinne erzogen worden. Als ich als Schlosserlehrling 1925 in die Bundesbahnwerke Knittelfeld kam, machte ich meine erste Bekanntschaft mit politisch Andersdenkenden. Man wollte mich zum Beitritt zur „Sozialistischen Arbeiterjugend“ veranlassen. Ich lehnte ab, und damit begann für mich der politische Kampf. Um irgendwo Hilfe zu finden, trat ich der katholischen Jugendbewegung Reichsbund bei. Bald, 1926, wurde ich zum

Obmann meiner Gruppe gewählt und kam damit auch mit anderen, der Christlichsozialen Partei nahestehenden Organisationen (Katholischer Arbeiterverein, Christliche Gewerkschaften, Christlich-deutsche Turner) in Verbindung. Ich wurde Christlicher Gewerkschafter und habe mich dort entsprechend betätigt. Nach Auflösung der Partei 1934 wurde ich Mitglied der Vaterländischen Front und arbeitete im Rahmen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft mit. Als die Nationalsozialisten 1938 die Führung übernahmen, verlor ich meinen Posten, konnte aber bald wieder Arbeit finden. In den Jahren 1938 bis 1945 hatte ich ständig Verbindung mit dem späteren Landeshauptmann Krainer sen. und verschiedenen anderen Gleichgesinnten. Wir überlegten auch immer wieder, was wir tun würden, wenn der Krieg einmal zu Ende ging. Dabei war es für uns schwierig zu entscheiden, was wir uns wünschen sollten. Gewann Deutschland den Krieg, mußten wir damit rechnen, in die besetzten Gebiete umgesiedelt zu werden.

Verlor Deutschland den Krieg, hätten wir als Mitbeteiligte sicher auch nichts Gutes zu erwarten. Unser Planen war aber immer auf die Wiedererrichtung eines selbständigen österreichischen Staates gerichtet. Krainer hatte auch Kontakt mit Wiener Kreisen, die ihrerseits wieder mit Widerstandsguppen in Deutschland in Verbindung standen. Als ich 1942 zur Wehrmacht einrücken mußte, wurde die persönliche Verbindung lockerer und beschränkte sich auf die wenigen Urlaube und einen sehr vorsichtigen Briefwechsel.

Nach meiner Rückkehr aus dem Krieg war es für mich selbstverständlich, mich wieder an Krainer zu halten, und so kam ich zur ÖVP und zum ÖAAB. Die ÖVP schien mir nach ihrem mir zum großen Teil aus der Zeit vor 1938 bekannten führenden Männern wie Figl, Hurdes, Raab, Weinberger usw. in Wien und Dr. Dienstleider, Krainer, Pircher und Leskovar in Graz die Garantie dafür zu sein, daß die künftige Gestaltung Österreichs durch die ÖVP im Sinne meiner Weltanschauung erfolgt. Das war



auch der Grund dafür, daß ich mich sofort nach meiner Heimkehr dieser Partei zur Mitarbeit zur Verfügung stellte.

Zunächst sah es traurig genug aus. Meine Heimatstadt Knittelfeld war arg zerbombar, und auch Graz hatte schwerste Schäden erlitten. Ich war damals überzeugt, daß wir die restliche Zeit unseres Lebens dazu benötigen werden, um die Trümmer

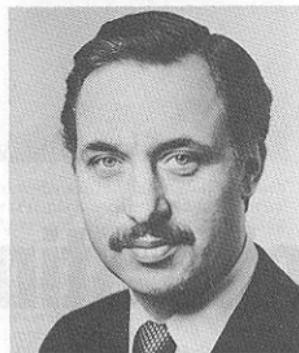
wegzuräumen, den Wiederaufbau müßten unsere Kinder besorgen. In der Freude, wieder ein selbständiges Österreich zu haben, waren wir aber zu allen Opfern bereit. Der Zusammenschluß von Bauern, Arbeitnehmern und Wirtschaftstreibenden zu einer großen politischen Partei schien mir auch am ehesten die Gewähr dafür zu bieten, daß das Wiederaufbauwerk zielstrebig in Angriff genommen werden konnte. Anfangs war es freilich so, daß niemand sagen konnte, wie das politische Kräfteverhältnis tatsächlich sein wird. Über Einfluß der Besatzungsmächte waren in den politischen Gremien ÖVP, SPÖ und KPÖ in gleicher Stärke vertreten. In den westlichen Bundesländern war man zwar überzeugt, daß die KPÖ keinesfalls eine Mehrheit in der Bevölkerung finden werde, doch im russisch besetzten östlichen Teil des Bundesgebietes herrschte diesbezüglich eine große Unsicherheit. Erst die Wahlen im November 1945 schafften Klarheit, und zu unserer Freude erhielt die ÖVP in Bund und Land die Mehrheit.

Kritische Stimmen

STEIRISCHE BREITE – KEINE HOHLE PHRASE

Steirische Volkspartei. Das beginnt für mich mit der Erinnerung an einen jungen, äußerst wissbegierigen Abgeordneten zum Nationalrat, dessen Einzug in das Hohe Haus an der Wiener Ringstraße in den frühen siebziger Jahren für einige politische Aufregung sorgte; war er doch der Sohn des damaligen Landeshauptmannes der Steiermark. Und ich erinnere mich auch noch, mit welch wachem Sinn für politische Talente auch in den Reihen anderer Parteien der damalige Bundes- und heutige Altkanzler Dr. Bruno Kreisky die Reden des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Josef Krainer verfolgte; des öfteren auch sehr ausführlich von der Regierungsbank antwortete. Als hätte er damals schon geahnt, daß dieser Mann wenige Jahre später als Nachfolger seines Vaters ihm politischer Partner und Widerpart zugleich sein werde.

Ich erinnere mich auch an den Tag, an dem die steirische ÖVP nach dem Tod des legendären, großen, alten Krainer ihr Haus neu bestellte; mit großem Ernst, aber auch ebenso großer Zuversicht Dr. Fritz Niederl an die Spitze von Landesregierung und Partei berief, ihm zugleich Dr. Josef Krainer als geschäftsführenden Obmann die Seestelle. In einer Situation, in der die SPÖ mit großer Hoffnung angetreten war, endlich die Mehrheit in einem Land zu übernehmen, das nach Wirtschaftsstruktur und gängiger sozialistischer



Lehre ihr hätte längst zufallen müssen. Die SPÖ hat dieses Ziel nicht erreicht; im Gegenteil, die Steirische Volkspartei hat ihre Position im Lande in einer Art und Weise ausgebaut, wie das niemals zuvor der Fall gewesen ist. Eine Leistung, zu der man nur gratulieren kann; erklärbar wohl nur dadurch, daß das Wort von der „steirischen Breite“ keine hohle Phrase, sondern Kürzel für eine Integrationskraft ist, die die steirische ÖVP als Volkspartei im besten Sinne ausweist. Als steirische Partei schlechthin, in der nahezu alle Steirer Platz haben: die unbedeckten, kritischen Geister, die auf Veränderung drängen, ebenso, wie ein starkes konservatives Element,

dessen Grundanliegen Bewahrung heißt. Diese Steirische Volkspartei hat mir die Steiermark nahegebracht, mich Land und Leute schätzen gelehrt.

Diese Partei weiß auch ihre Erfolg zu feiern, ihre Stärke zu demonstrieren. Gelegentlich mit einem Zug zum Triumphalismus, der Freunde nicht stört, aber sicher nicht jedermanns Sache ist. Die Steirische Volkspartei ist jedenfalls eine sehr kräftige Partei. Sie müßte daher auch die Kraft aufbringen können, sich mehr ihrer bundespolitischen Verantwortung zu stellen. Natürlich: da geschieht schon was. Beispielsweise wird der jeweilige Spitzenkandidat der Bundespartei im Wahlkampf im Triumph durchs Land geführt. Gelegentlich wird auch in Sachen Bundespolitik mehr oder minder lautstark über den Semmering herüber gepoltert. Unter Freunden gut und schön. Aber kann das genug sein? Ersetzt das wirklich den Schulterschluß mit der Bundespartei; das stille und geduldige Bemühen, gemeinsam die Mehrheit auf Bundesebene wieder zu erringen? Ich bin nicht sicher.

Aber ich darf den Glückwunsch zum vierzigsten Geburtstag in der sicheren Überzeugung schließen, daß das Geburtstagskind sowohl seine Stärken, als auch seine Schwächen im Grunde viel besser kennt, als jeder seiner Freunde.

Hans Werner Scheidl

LEGITIME ERBIN DES STEIRISCHEN PRINZEN?

„Jetzt hab' ich den Wienern wieder einen Knochen hinge-
schmissen, daran können s' wieder eine Weile kiefeln.“ Es war im Jahr 1970, als mir dieses der große alte Krainer im Steigenhaus des Palais Todesco in Wien lachend anvertraute. Der Neuling im politischen Geschäft war einigermaßen beeindruckt über die muntere Spra-

che des alten steirischen Fuchses. So also gehen Steirer mit ihrer Parteispitze jenseits der Berge um! Es sollte die letzte Begegnung mit dem berühmten Mann aus der grünen Mark werden. Aber sie genügte, sich eingehender, als das einem Wiener vielleicht zusteht, mit der Steirischen Volkspartei zu beschäftigen. Sie agiert wie die legitime Erbin des

„steirischen Prinzen“ (sein Porträt über dem Schreibtisch des Landeshauptmannes legt davon ein beeindruckendes Zeugnis ab). Auch der soll ja seine Probleme mit den Zentralbehörden in der Reichshaupt- und Residenzstadt gehabt haben. Überdies reiste er nur höchst ungern zu Sitzungen nach Wien, obwohl es damals noch gar keine

Parteivorstandsgungen gab. Nein, in seinem Lande wollte er wirken, helfen und Vorbild sein, auf öffentliche Funktionen im Staate legte er keinen Wert. Ist's eine Erbanlage dieses großartigen Mannes, die sich entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse in seinen Nachfolgern über Generationen hinweg erhielt?

Gewiß, von einem politischen Chronisten der Bundeshauptstadt erwartet man sich anderes als Reminiscenzen, die mit dem geliebten Steireranzug beginnen und über Friedrich Niederl zu Krainer II. reichen. Aber der Steirischen Volkspartei ist nicht anders beizukommen als übers Gefühl. Hier wurzelt beinhaltet politisches Kalkül in gewachsener Tradition. Und hier — nur hier — gibt es einen Wahlkampf, der einen so ganz nebenbei auf den Klappenegger-Hof führt, wo man voller Scheu die Wohnstube betritt, in der einer der ganz Großen dieses Landes zur Welt gekommen ist. Der Hubschrauberflug über die weiten grünen Wellen steirischen Waldes, nein, zurück zur Politik. So lautet doch die Aufgabenstellung.

Sie sind Föderalisten, wir wissen es. Mehr als das: Sie sind von der heilsamen Reinigungskraft ihrer Ansichten voll und ganz überzeugt. Barockes Lebensgefühl mengt sich mit Aufgeschlossenheit allem tech-



nischen und gesellschaftlichen Fortschritt gegenüber. Daß der „steirische herbst“ in dem so volksverbundenen Hanns Koren seinen größten Förderer gefunden hat, gehört ebenso in dieses Kapitel wie die gelungene Versöhnung zweier politischer Lager. Wo sonst hat sich eine Landespartei gegenüber den Nationalen derart glücklich geöffnet, daß einander die besten Köpfe aus dem nichtsozialistischen Lager ergänzen? Das begann mit Gorbachs geschickter Versöhnungspolitik und endet mit der Grazer Ara Götz, die nicht der schlechteste Zeitabschnitt für

die zweitgrößte Stadt Österreichs war. Männer vom Typ Franz Hasibas ermöglichen die Erfolge, auch wenn sie oftmals unbedankt blieben. Sie sind Egoisten, auch das wissen wir. In die Bundespolitik schicken sie nur höchst ungern politische Talente. Derzeit arbeitet ein einziger Steirer an führender Stelle in einer Bundes-Teilorganisation der Volkspartei. Der Rest blieb im Land oder war zur Abrundung des politischen Schliffs als „Leihgabe“ nach Wien verschickt worden. Und als der Herr und Meister in Graz rief, war auch die Stabsstelle in Wien lange nicht mehr so attraktiv wie der Sitz in der steirischen Landesregierung.

Der Lohn des Landes-Egoismus: Eine repräsentable Landesregierung. Ihre Zusammensetzung mag in manchem Kollegen in anderen Bundesländern den blanken Neid erwecken. Aber so sind sie, die von uns Wieneren respektierten, gefürchteten, geliebten Steirer.

„Steirische Wege“ nannte sich eines der besten Darstellungen des Innenlebens steirischer Politik. „Ja, es sind gute Wege.“ So schließt dieses Buch. Warum sollte sich ein Wiener partout einen besseren Schluß einfallen lassen?

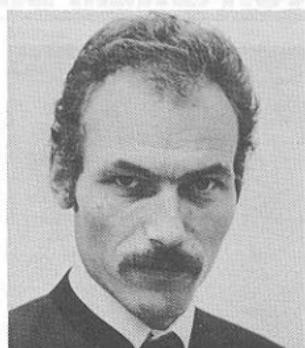
Herwig Schmidl

VOLKSPARTEI = ERFOLGSPARTEI

Wenn für diese ruhige Zweite Republik auf irgendwen das Wort rebellisch zutrifft, dann am ehesten auf die steirische ÖVP. Das ist sonderbar aus mehreren Gründen.

Zum einen, weil man mit Fug und Recht annehmen müßte, daß sie die gamsähnigste aller ÖVP-Landesgruppen wäre. Und das ist sie in einem Sinne ja auch — jeder Anzug, den ein Steirer trägt, ist ein Steireranzug. In diesem Fall machen nicht Kleider Leute, sondern Leute Kleider.

Die Symbolfigur des alten Krainer — für uns, die Nichtsteirer, war er die personifizierte Steiermark. Für die Steirer war er so etwas wie ein Vater, ein Landesvater auf alle Fälle. Für die ÖVP-Zentrale in Wien aber war er oft und oft ein Schreckgespenst, das, wenn es hinter dem Semmering hervorlugte, zu hören und sichtbarem Knieschlittern führte. Es seien schon Obleut' g'storben vor Angst.



Das liegt anscheinend in der Familie — oder am Land. Denn auch heute, längst ist der junge Krainer inthronisiert, schlottert man in Wien leicht, wenn Grossen aus dem Süden zu vernehmen ist.

Was macht die Kraft dieser steirischen ÖVP?

Zunächst einmal hat sie sich lebendig erhalten, was nicht für die ÖVP jedes Bundesland gilt: Sie hat den Mut zu unkonventionellen Leuten — ich denke da an den guten Hanns Koren, an den frechen Bernd Schilcher, den lässigen Gerhard Hirschmann, die führerische Lindi Kalnoky, den grüblicher-ernsthaften Joschi Rieger und als Fährmann darüber Josef II. Krainer. Wo sonst laufen bunte Hunde in solcher Masse auf gleicher Bahn in die gleiche Richtung?

Dann hat sie sich lebendig erhalten, indem sie über vieles nachdenkt: Modell Steiermark. Sie haben Kraftwerkfilter angeschafft, als man anderswo in Österreich noch bestreit, daß es überhaupt solche gebe. Sie haben ein alternatives Energiekonzept ausgearbeitet, als andere noch das Kreuz schlugen, wenn sie das Wort alternativ hörten. Dort haben sie über Brauchtum und Dorfbildpflege nicht nur geredet, sondern betrieben.

Sie haben nicht den Rosegger weggeleugnet und doch den Hermann Nitsch zum „steirischen herbst“ geholt. Sie leisten sich einen Landeshauptmannstellvertreter, der ein exzenter Schachspieler ist. Schließlich hat sie sich lebendig erhalten, indem sie nicht in schamvoller Klösterlichkeit all das Ihre ausgebrütet hat. Krainer hält schon

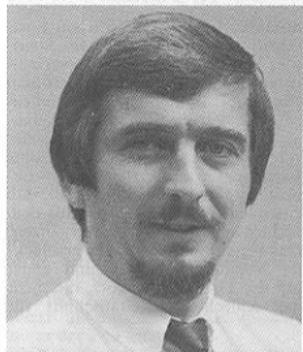
Hof mit kräftigem Selbstvertrauen — und dieses springt über auf seine Umgebung, seine Partei. Barocke Vielschichtigkeit ist es, nicht Arroganz der Mächtigkeit. Vielschichtigkeit: Die Krainer-ÖVP hat ein ungebrochenes Verhältnis zu allen. Zu geschichtsreichen Adeligen, zu neureichen Unternehmern, kleinen wie großen Bauern, den

Hoteliers im Ennstal ebenso wie zu den Arbeitern im Murtal. Die steirische Volkspartei heißt nicht nur so, sondern ist es auch. Deshalb ist sie auch eine Erfolgspartei. So einfach ist das in der Demokratie: Diene dem Volk, dann wählt es dich auch.

Markus Ruthardt

DAS ERBE DER STUNDE NULL

Machold, Dienstleder, Pirchegger, Horvatek, Matzner, Illig, Krainer I — sie waren die steirischen Männer der „Stunde Null“ nach dem Zweiten Weltkrieg, die gemeinsam dazu beigetragen haben, aus dem Scherbenhaufen Steiermark ein freies Land zu machen. Meist ohne Unterschied ihrer Couleurs, ihrer eigenen Interessen. Persönlichkeiten, die uns den Weg unter tristen Verhältnissen mit wenigen Versprechungen und viel Tatkraft geebnet haben. Sie waren die Vorboten einer politischen Generation, die mit wechselndem Erfolg versucht, dieses Erbe hochzuhalten. Es bleibt den Parteispitzen — nicht zuletzt jenen der VP, die seit



Jahrzehnten die steirischen Geschickte entscheidend mitbestimmt — vorbehalten, die Politik in Zeiten von Zwettendorf, AKH, TKV, Sekanina, Reder, Frischenschlager und Hainburg wieder zu dem zu machen, was sie sein soll: Die Bewahrung der Staatsmacht, Souveränität, der Sicherheit, des Friedens, der Arbeitsplätze und einer gesunden Umwelt.

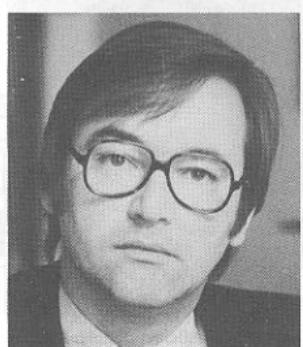
Gerfried Sperl

WARNUNG VOR EINEM BIEDERMEIER

Die steirischen Schwarzen spielen wieder einmal wild. Sie denken über Österreich nach. So sehr, daß nicht der Wein, sondern der Politiker Schilcher in einer angesehenen Schweizer Wochenzeitung zitiert wurde. Den Eidgenossen ist aufgefallen, daß man ihnen in Österreich nacheifern möchte. Wieder einmal.

Denn Schilchers Schweiz-Sympathie ist nichts Neues. Vater Josef Krainer hat schon dieses Konsensmodell propagiert. Aber offenbar reicht es heutzutage, bloß die Tradition zu vertreten, um in Wiener Zeitungen ausführlich vorzukommen. Die können natürlich auch nicht immer nur den Busek zitieren.

Freilich klebt Schilcher nicht am Schweizer Vorbild. Er hat in sein Modell einer Dritten Republik sogar amerikanische Elemente eingebracht, und fügt das Ganze zu einer Art Präsidialdemokratie, deren



wichtigste Einrichtung die sein müßte: Der Nationalrat braucht ein neues Selbstbewußtsein.

Denn es geht nicht nur um die Besten für ein „all Austrian Government“ (Josef Krainer), sondern

auch um ein „effective Parliament“. Und da hilft ein Persönlichkeitswahlrecht wenig, wenn die Volksvertretung zu einer reinen Abstimmungsmaschine verkommt, wenn nur rhetorische Scheingefechte geliefert werden können.

Das alles betrifft die Ringstraße. Im 40. Jahr der Steirischen Volkspartei möchte sie die Erneuerung der Landesverfassung durchbringen. So entgeht sie dem Vorwurf, den Staat reformieren zu wollen, das Land aber so zu lassen, wie es ist. Trotzdem bleibt eines: Wenn wir auch hier an die Stellung des Parlaments, des Landtags, denken, dann tut genauso Abhilfe not. Denn die Budgetdebatten am Ende des Jahres sind über weite Strecken ein rhetorisches Theater, das an den vorgefaßten Beschlüssen nichts mehr ändert.

Was mich aber jenseits des Parlamentarischen interessiert, ist die

Erneuerung. Diskussionen, die um sie herum geführt werden, geraten in letzter Zeit angesichts des knappen Geldes und der Grazer Stadtromantik in die gefährliche Nähe der Schizophrenie: Der Erzherzog Johann wird beschworen, der Kaiser Franz aber gemacht. Oder anders: Man redet von der Aufklärung und meint das Biedermeier.

Dieser Herausforderung hat sich die Steirische Volkspartei zu stellen. Die grüne Mur ist wichtig, die kühne Architektur noch mehr. Ein Forschungspark ist up to date, Ideen für eine internationale Uni kommen hoffentlich not too late. Denn das ist der Schlüssel: Die Besten wird es nicht geben, wenn die Guten in einer „Halle für alle“ untergehen.

In das lärchene Tal, in den buchenen Hain fügt sich sicher das Silikon. Die Steirische Volkspartei hat, von oben herab, genug kluge Köpfe, die sich hüten vor dem Leukoplast, genug entscheidungsfreudige Herzen, die kein Kabel für einen Nabel halten. Die den Geist wehen lassen. Indes: Man muß es aussprechen, damit's dabei bleibt.

Alexander Vodopivec

DIE ZUKUNFT HAT NOCH NICHT BEGONNEN

Die Steirische Volkspartei hat in den vergangenen vier Jahrzehnten stets eine besondere Stellung in der ÖVP eingenommen. Dazu einige Grundaspekte: Während sich die niederösterreichische ÖVP durch Jahrzehnte mit der Bundespartei identifizierte, war die steirische Partei die ausgeprägteste Vertreterin des Föderalismus mit dem zugleich größten Einfluß aller westlichen und südlichen Landesparteien in Wien. Die steirische Partei war im Gegensatz zu den meisten anderen Landesparteiorganisationen zumindest seit Anfang der fünfziger Jahre nie ein Gruppenkonglomerat wechselnder politischer Bündnisinteressen, sondern immer in erster Linie Gesamtpartei. Dies hieß und heißt aber zugleich, daß sie seit dreieinhalb Jahrzehnten über eine der — wenn nicht die — schlagkräftigsten Parteiorganisationen in der ÖVP verfügt. Die steirische ÖVP ist ferner nie in den Ruf des antiintellektuellen künstlerfeindlichen und spießig-mußigen Anscheins verfallen, der konservativen Parteien sonst meist zugeordnet wird. Faßt man dies in einem Satz zusammen, so könnte man, wenn auch in anderen Proportionen, doch die steirische Partei als die CSU Österreichs bezeichnen.

Diese historische Bewertung ändert allerdings nichts daran, daß die Steirische Volkspartei sowohl im Wirtschaftspolitischen als auch im Politisch-Organisatorischen eines Umdenkens und wahrscheinlich auch geistigen und organisatorischen Strukturwandels bedarf. Auch dazu nur einige Schwerpunkte: Im Wirtschaftlichen bedeutet die Ankündigung Generaldirektor Apfalters, daß der Standort Donawitz mit einem chronischen Jahresverlust von mindestens 800 Millionen Schilling belastet ist, daß damit die Diskussion um Donawitz als Hütt-



tenstandpunkt überhaupt begonnen hat. Dies bedeutet aber, daß damit nicht nur Donawitz selbst, sondern auch die meisten anderen ehemaligen Alpine-Werke zur Diskussion stehen werden. Kapfenberg und die VEW würden damit der einzige Stahlenschwerpunkt in der Steiermark bleiben.

Die Reorganisation bei Steyr wird nicht nur die Frage einer Dezentralisierung des Steyr-Konzerns, sondern auch einer Reorganisation der Grazer Allradfertigung mit dem Ziel einer 20- bis 25prozentigen Kostenenkung durch Rationalisierungen, Personaleinsparungen, sowie Senkung der Lohnnebenkosten erfordern.

Das für das kommende Jahrzehnt voraussehbare Ende der Errichtung von Großkraftwerken in Österreich stellt die Frage nach der Zukunft der ELIN. Sie verschärft aber gleichzeitig auch die Finanz- und Strukturkrise um Andritz.

Dies sind nur in ein paar Stichworten die wirtschaftlichen Großprobleme, auf die in den nächsten Jahren eine Antwort gefunden werden muß. Im Politischen haben die

Grazer Gemeinderatswahlen und der dortige erstmalige Erfolg der Grünen einen, in der Zwischenzeit auch abgeschwächte in Vorarlberg, in Gang befindlichen Strukturwandel gezeigt. Der Abstieg der FPÖ kann zwar zu ihrem Verschwinden aus Landtagen, nicht jedoch — mit Jörg Haider als politischem Überlebenspatron — zu ihrem Verschwinden aus dem Nationalrat führen.

Für die Steirische Volkspartei stellt sich daher die Frage, was an ihr selbst weniger reform- als vielmehr verbessерungsbedürftig ist. In den großen wirtschaftspolitischen Fragen des Landes kann sie Vordenker, aber nur zum Teil Problemlöser sein. Die Grünen werden strukturell in erster Linie ein Grazer Problem bleiben, wenn es gelingt, die Jugend im allgemeinen noch stärker als bisher anzusprechen. Der organisatorische Weg dazu scheint etwa mit dem bayrischen Beispiel der CSU vorgezeichnet. Das heißt, eine noch straffere bündelübergreifende Organisation auf Bezirksebene, zur Umsetzung landesweit rasch greifender Aktionen. Dazu ergeben sich zwei Fragen: Erstens, sind die bisherigen Hauptbezirksparteileitungen als Zwischenglied zur Landespartei nicht ein überholtes Relikt der Vergangenheit und sollte man zweitens nicht der neuen organisatorischen Struktur dadurch Rechnung tragen, daß man den etwas abwertenden Begriff des Sekretärs durch den neuen Begriff eines Bezirks- und Landesgeschäftsführers ersetzt, der organisatorisch und politisch, von der Mandatarbetreuung auf jeder Ebene bis zur Umsetzung der Gesamtstrategie verantwortlich zeichnet, gleichzeitig jedoch zur Parteispitze möglichst früh kritische Ansätze erkennen und reflektieren kann?

DER STEIRISCHE HEIMATVEREIN

Es gibt Zufälle, die einen an jeglicher Zufälligkeit zweifeln lassen: Ich hatte gerade einen Kommentar über den beklagenswerten Zustand der ÖVP geschrieben, einigermaßen zufrieden redigiert und gab mich dem angenehmen Gefühl des Redaktionsschlusses nach getaner Pflicht hin, als das Telefon läutete. Am Apparat Herwig Hösele, der nach freundlichster Einleitung zur bitteren Sache kam: Er bat mich, ein paar Gedanken oder Zeilen, ganz wie es mir beliebe, zur steirischen ÖVP zu schreiben. Anmerkungen, Feststellungen, Assoziationen zum 40. Geburtstag.

In dem Kommentar hatte ich die simple These gewagt, daß es nicht eine ÖVP gäbe, sondern viele Volksparteien. Darunter auch „der steirische Heimatverein des Josef Krainer“.

Ich meinte damit, die strukturellen Probleme der Volkspartei auf einen einfachen und einprägsamen Nenner gebracht zu haben. Hier das schon 15 Jahre währende Elend der machtlosen Opposition, dort der Glanz der regierenden Landesorganisationen mit ihren Eigengesetzlichkeiten.

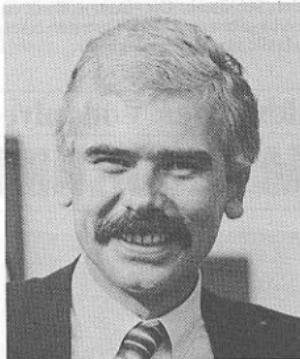
Eigentlich wollte ich es dabei belassen und das Thema abschließen.

Der Anruf kam mir dazwischen.

Jetzt muß ich wohl die These begründen — und weiter ausführen. Jawohl, die steirische Volkspartei ist ein Heimatverein. Die durchaus gelungene (und erfolgreiche) Verbindung einer politischen Bewegung mit historisch gewachsener Eigenständigkeit: Lokalpatriotismus, Stolz auf die Heimat, steirische Breite und so.

Die steirische ÖVP ist die Fortschreibung von Erzherzog Johann in Gegenwart und Zukunft.

Das ist die eine Seite der steirischen ÖVP, die näher auszuführen lohnte, die aber ohnehin jeder kennt, der die steirische ÖVP nur ein wenig kennt.



In der Steiermark ist der selbständige Mensch — ein ÖVPler. Wenn er keiner ist, dann hat er zwei Optionen: Sich überzeugen zu lassen oder sich damit abzufinden, daß er kein selbständiger Mensch ist. Das ist das angewandte Personalitätsprinzip, das auch sehr viel mit Kraft und Macht einer Partei zu tun hat, die seit 40 Jahren die Geschicke des Landes lenkt und leitet.

Zimmerlich ist die Steirische Volkspartei noch nie gewesen. Weder gegenüber Freund noch politischem Gegner. Auch nicht gegenüber sich, was die Sache einigermaßen sympathisch macht.

Auch das ist eine Seite der Steirischen Volkspartei. Eine andere ist die Kreativität und Sensibilität. Vielleicht kann man es auch einfacher und verständlicher ausdrücken: Das *Erkennen von Veränderungen*, das *Verändern der Politik* und — ganz wesentlich — das *Verändern durch die Politik*.

Ich halte die Steirische Volkspartei für eine politische Bewegung im eigentlichen Sinn des Wortes: Sie bringt und hält die Dinge in Bewegung.

Das ist der vielzitierte Reformmo-

tor, der sich seit jeher in der Geschichte der Gesamtpartei niederschlägt. Das ist nicht immer gut gegangen, aber vielleicht wäre es ohne die Steirer noch schlechter gegangen.

Um zu reformieren, muß man intellektuell offen sein. Die steirische ÖVP ist eine intellektuell offene Partei. Eine Landespartei, die nachdenkt — oder zumindest nachdenken läßt. Und letztlich die Verbindung wolkiger Gedanken mit konkreter politischer Arbeit und Organisation schafft. Auch da ist in den 40 Jahren einiges schiefegegangen, aber nur der, der überhaupt keine Reise wagt, sitzt nie im falschen Dampfer.

Die Steirische Volkspartei ist also beweglich und macht Politik: Sie gestaltet die Gesellschaft. Und sie tut das auf Basis von klaren Wertvorstellungen und erreichbaren Zielvorgaben. Politische Macht ist ihr ein legitimes Mittel, eine Änderung der Zustände zu erreichen. (Auch dabei ist die Steirische Volkspartei nie zimperlich gewesen.)

Daß sich die Landespartei bei aller Wertfundierung immer genug Spielraum für einen Pragmatismus im Regierungsaltag bewahrt hat, läßt Puristen bedächtig den Kopf wippen. Die Steirer selbst interpretieren das wohl als Schläue — und gewähren der ÖVP mit schöner Regelmäßigkeit die Mehrheit. Zumindest bei den Landtagswahlen. Bei Bundeswahlen sieht es ja nicht immer so aus. Und das wird wohl auch etwas zu bedeuten haben.

PS: Der Anruf von Herwig Hösele ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da ich die ÖVP und ihre unglückliche Oppositionsstrategie — etwas härtlich, wie Betroffene mir vorgeworfen haben — kommentiert habe, läßt mir keine Ruhe. Ich interpretiere ihn als Ausdruck steirischer Sensibilität: Die Steirer merken, wenn sich im fernen Wien etwas tut.

DER ERFOLGREICHE RÜCKZUG AUF DIE LANDESPARTEI

Bei sonst keiner Landesorganisation einer Partei, egal ob schwarz, rot, blau oder grün, fügt der Journalist so selbstverständlich ein prägendes Beiwort hinzu wie bei der ÖVP Steiermark. Sie ist die Landespartei schlechthin: Mit der sprichwörtlichen steirischen Breite ihres Landeshauptmannes umfaßt sie alles, was „steirisch“ ist.

Obwohl der weiß-grüne Separatismus weit zurückreichende Wurzeln hat, entwickelte sich die steirische ÖVP keineswegs automatisch zur Landespartei. Das eigenständige Image ist vielmehr das Ergebnis einer bewußten und ausdauernden Politik.

1956 war ein Schicksalsjahr für die steirische ÖVP. Staatsvertragskanzler Julius Raab führte vorverlegte Wahlen herbei. Landeshauptmann Josef Krainer, der davon während einer Reise durch Amerika erfuhr, eilte nach Graz zurück, um zu verhindern, daß die Landtagswahlen wieder gleichzeitig mit den Nationalratswahlen stattfinden.

Bis dahin fanden alle Wahlen am selben Tag statt. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Wähler gab für den Nationalrat einen anderen Stimmzettel ab als für den Landtag. Bei den ersten Wahlen 1945 unterschied sich das Nationalratsergebnis der ÖVP lediglich um 300 Stimmen vom Landtagsresultat. Auch bei den nächsten beiden Wahlen waren die Differenzen mit 1300 bzw. 1100 Stimmen minimal. Bedeutungsvoller war hingegen der Umstand, daß die SPÖ 1953 sowohl im Bund als auch im Land mehr Stimmen erhalten hatte als die ÖVP, die nur dank der Wahlarithmetik einen hauchdünnen Vorsprung an Mandaten retten konnte.

Der Entschluß Krainers, sich vom Bundestrend abzukoppeln, entsprang also nicht nur hehren föderalistischen Motiven, sondern mehr noch handfesten partizipatorischen Ängsten: Wenn Österreich eines Tages einen sozialistischen Bundeskanzler erhalten sollte, dann mögelnigstens der Landeshauptmann der Steiermark in den Händen der ÖVP bleiben.

Der Alleingang der Steirer, die sich als erstes Bundesland vom allgemeinen Wahltermin lossagten, schien zunächst ein Irrtum gewesen zu sein. Wäre nämlich bei den Nationalrats-



wahlen 1956 auch der Landtag mitgewählt worden, hätte die ÖVP zwei Mandate gewonnen. Ein Jahr später stellte sich jedoch die Richtigkeit der Entscheidung heraus. Die steirische ÖVP gewann bei den Landtagswahlen 1957 drei Mandate und eroberte damit erstmals nach 1945 auch die Mehrheit in der Landesregierung.

Seither hält die steirische ÖVP an der Trennung der Wahltermine wie an einem Dogma fest. Es bewährte sich auch im Umbruchsjahr 1970. Landeshauptmann Krainer glaubte nicht mehr an den Weiterbestand der ÖVP-Alleinregierung Klaus, die er seinerzeit selbst mit den „Reformen“ herbeiführen geholfen hatte. 1970 wurden jedoch sowohl Nationalrats- als auch Landtagswahlen fällig, weil durch die Verlängerung der Landtagsperiode von vier auf fünf Jahre das Land den Bund wieder „eingeholt“ hatte. Krainer sah keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse, als das Abenteuer zu wagen, zwei Wochen nach dem Nationalrat den Landtag wählen zu lassen. Es wurde eine verlustreiche, letztlich aber erfolgreiche Abwehrschlacht. 19.000 Wähler, die am 1. März zu Kreiskrys SPÖ übergegangen waren, kehrten am 15. März zu Krainers ÖVP zurück. Das reichte aus, um die Mehrheit im Land zu verteidigen.

Aus der Not wurde in der Folge eine Tugend. Die um ihren Einfluß in der Bundespolitik gebrachte und durch den Tod des Landeshauptmannes Krainer geschockte steirische ÖVP profilierte sich nach und nach zur

ausschließlichen Landespartei. Die Symbole wurden von einer nicht mehr zu überbietenden Direktheit. Landeshauptmann Friedrich Niederl lachte aus einer Landkarte den Steirern entgegen oder hob plakativ das ganze Land mit beiden Händen hoch. Das Landesprogramm „Modell Steiermark“ wurde als „Das Buch der Steiermark“ vorgestellt — gleichsam das Buch der Bücher: die Bibel der Steirer.

Die propagandistische und programmatische Einheit von Bund und Land bescherte der steirischen ÖVP ihre größten Erfolge. Sie konnte dabei auch die Sehnsucht mancher Wähler nach einem politischen Gleichgewicht ausnützen, die dem roten Bundeskanzler einen schwarzen Landeshauptmann entgeggestellten. Während die ÖVP bei allen Nationalratswahlen seit 1970 weit hinter die SPÖ zurückfiel (die Prozentsätze in der Steiermark deckten sich meist mit dem gesamten Bundesergebnis), schlug bei allen Landtagswahlen das Pendel ebenso deutlich zugunsten der ÖVP aus. Bei Kanzlerwahlen schwankte die ÖVP in der Steiermark zwischen 317.000 und 332.000 Stimmen, bei Landeshauptmannwahlen festigte sie sich hingegen bei 384.000 bis 388.000 Stimmen.

Unterschieden vor 40 Jahren bloß 300 Wähler zwischen Nationalrat und Landtag, so waren es in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 60.000 Steirer, die bei Nationalratswahlen für die SPÖ oder auch für die FPÖ stimmten, bei Landtagswahlen aber regelmäßig ÖVP wählten. 60.000 Stimmen ergeben vier bis fünf Mandate. Sie sicherten der Partei des Landeshauptmannes jeweils die klare absolute Mehrheit.

Diese Mehrheit wurde der steirischen ÖVP nicht geschenkt. Sie mußte hart und geduldig darum kämpfen. Um mehrheitsfähig zu werden bzw. zu bleiben, waren spezielle Eigenschaften erforderlich, die sowohl Voraussetzungen als auch Folgen der Mehrheit sind. Zu diesen Eigenheiten der steirischen ÖVP zählt, daß sie keine Weltanschauungspartei ist. Die Absolutheit, mit der der gegenwärtige Landeshauptmann seine Personalentscheidungen trifft, unterscheidet sich auffällig von seiner Zurückhal-

tung in ideologischen Auseinandersetzungen, obwohl über seinen persönlichen Standpunkt kein Zweifel besteht. Eine geistig offene Partei braucht freilich einen langen Atem. Wer hastig alles hinunterschluckt, bekommt Verdauungsbeschwerden. Das widerfuhr der steirischen ÖVP, als sie Anfang der siebziger Jahre die letzten Reste des nationalen Lagers inhalierten wollte, obwohl sie die ihr zugängliche nationale Wählerschaft bereits 1945 durch die Versöhnungspolitik eines Alfons Gorbach aufgesogen hatte. Erfolgreicher, weil längerfristig konzipiert, waren hingegen seit Mitte der sechziger Jahre die Bemühungen um die nachwachsende kritische Intelligenz des Landes.

Als Ideologieersatz dient die Bindung an Person und Land. Sieht man von der kurzen Amtszeit Anton

Pircheggers ab, so hatte die Steiermark in den letzten vier Jahrzehnten nur drei Landeshauptmänner: Josef Krainer I, Friedrich Niederl und Josef Krainer II. Die Kontinuität wird fast wie ein Naturgesetz empfunden. Die Partei verstärkte noch diesen Eindruck, indem sie in der Öffentlichkeit hinter den „Landeshauptmann aller Steirer“ zurücktrat. Der Alleinvertretungsanspruch bedingt eine Konzentration auf die eigentliche Aufgabe im Lande selbst. Ein Landeshauptmann kann nicht auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen. Es schmeichelt zwar dem Stolz der Steirer, wenn ihr Landeshauptmann auch in Wien gehört wird (wenn er beispielsweise dem Unbehagen über die Zustände unserer Parteidemokratie durch die Forderung nach einer Verfassungs-

reform Ausdruck gibt), doch wird es gefährlich, wenn er sich unmittelbar ins bundespolitische Tagesgeschehen einsmischt.

Insfern wird es kein historischer Zufall gewesen sein, daß die steirische ÖVP dann am erfolgreichsten war, als sie keinen Minister mehr stellte und keinen Bundeskanzler mehr stürzen konnte. Im Augenblick scheint es zwar nicht sehr wahrscheinlich, daß das Oppositionsdasein der Bundes-ÖVP bald endet, aber sollte sie eines Tages doch wieder Regierungspartei werden, dann wird die steirische ÖVP ihre Rolle als Landespartei neu beschreiben und erneut behaupten müssen.

Eben weil steirische Politik nicht allein auf die Steiermark beschränkt ist, sondern immer auch im Spannungsverhältnis zu Wien lebt.

Harald Baloch

ZWEI JAHRE ÄLTER ALS DIE ÖVP

Zu Geburtstagen und Jubiläen möchte und soll man etwas Freudliches sagen. Zunächst war der Blick auf die ÖVP, die ich seit meiner Studentenzeit in Graz zu kennen glaube, sehr distanziert. Meine italienische Großmutter hatte vor Nationalratswahlen immer „Was soll ich wählen ÖVP, ich hab ja kein Geld“ gesagt, und der Religionslehrer in der Klagenfurter Mittelschule hatte alle Argumente mit „Das haben sie aus der Arbeiterzeitung“ weggewischt, was die Arbeiterzeitung umso leserwerten machte. Politischer Gesprächspartner in dieser Zeit (Mitte der 60er Jahre) war daher eher der damalige VSSTÖ-Vorsitzende Peter Bachmaier, die SPÖ schien ideologisch wesentlich interessanter zu sein, hatte den utopischen Touch, der mich auch an der Studentenfraktion „Aktion“ faszinierte, in der viele Freunde, darunter gegenwärtige ÖVP-Politiker, aktiv waren. „Damals“ war auch das noch nicht vorauszusehen. Ich erwähne das nicht, um der aktuellen Subjektivitätswelle Tribut zu zollen, sondern weil ich und wohl auch andere irgendwie als Konvertiten und damit besonders Begeisterter erscheinen mögen, denen die kritische Distanz verloren ging.

Es ist anders. Was die steirische ÖVP — manchmal mehr, manchmal weniger ausgeprägt — kennzeichnet, ist, daß sie mit potentiellen Gegnern nie primitiv umsprang. Weder wurde man primitiv be-



kämpft, noch wurde man primitiv vereinnahmt. Die Kritik war immer mit eingespielt, manchmal fast masochistisch, ohne zum bloßen Ritual oder zur Clownrolle am Fürstenhof zu denaturieren. Ein Fürstenhof war die Partei natürlich immer, eine Machtgruppe, von der man jedoch wußte und auch weiter hoffen darf, daß mit Schlagworten wie „Steirisches Klima“ oder „Konzentrationsregierung“ nie nur eine neue Strategie der Machtbehaltung und -ausweitung gemeint war. Auch, aber nicht nur. Natürlich würde das — wenn man so will — für besonderes politisches Raffinement sprechen. Meine Erfahrung ist eher gegenteilig. Es gibt in der steirischen ÖVP einige Prinzipien, die — wenn man nicht einen

Totalverdacht gegen Großinstitutionen hat oder unter Hinterfragungen zwängt steht — sichtbar geworden sind. Ich möchte zwei davon nennen: Viele führende Persönlichkeiten der Partei denken und handeln nicht konjunkturell, d. h. sie lassen Themen nicht fallen, wenn diese inopportunit geworden sind. Das Beispiel dazu: In der pragmatischen Grundstimmung der 70er Jahre hat die ÖVP Zukunftsgeist am Leben erhalten, mit dem Grazer Stadterneuerungskonzept und mit dem Modell Steiermark. Zweites Beispiel: In die überparteilichen Gespräche und Initiativen gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf und in das Konrad-Lorenz-Volksbegehr sind nicht periphere Personen und Kreise der ÖVP eingetreten, sondern namhafte Funktionäre, die sich damit auch den Unmut anderer namhafter ÖVP-Funktionäre zugezogen haben. Immerhin: die wichtigen neuen Themen der Politik — Friede, Umwelt, Frauen — werden in der steirischen ÖVP jedenfalls nicht als Spielwiese für Jungpolitiker betrachtet oder als Fangnetze für parteifreie Intellektuelle. Zwei Personen muß ich als Vertreter solcher Orientierung an Prinzipien nennen (ohne andere damit auszuschließen): LAbg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller und Vizebürgermeister Erich Edeger.

Wenn nach den kulturellen Rahmenbedingungen der Weite und Breite der ÖVP in der Steiermark gefragt wird, wäre als erster Faktor

wohl der von Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren geprägte Kulturbegriff zu nennen, der die Volkskultur, die Bräuche, die Strukturen des sozialen Zusammenlebens, den politischen Stil und die künstlerische Avantgarde umfaßt. Die Steiermark ist — so beeinflußt — davor bewahrt geblieben, ein Ring für politische Kraftlacken zu werden. Hier werden die Nachdenklichen unter den Politikern bevorzugt, man kann sich eine ironische Distanz zum alltäglichen Machen bewahren, wobei solche Distanz bezeichnenderweise zugleich im Rückblick (Tradition) und im weiten Vorausschauen (Utopien) begründet ist. Vieles, das sonst in der Politik todernst gehandhabt wird, kann in der Steiermark spielerisch diskutiert werden. Die List ist da allemal wichtiger als die Hinterlist, so daß sich auch parteipolitische Kontrahenten noch herzlich miteinander unterhalten können, wenn anderswo schon die Messer gezogen

sind. Man kann Freunde und Bekannte in der „anderen“ Partei haben, ohne wegen politischen Ehebrücks an den Pranger gestellt zu werden. Daß die eigene Buntheit auch auf die SPÖ abfärbt, scheint sogar gewollt zu sein. Die große Koalition darf da noch gedacht werden; der braune Peter, den die ÖVP zwei Grazer Gemeinderatswahlperioden im Blatt hatte, ist jetzt in Händen der kleinen Regierungskoalition.

Ein Aspekt der Sorge sei abschließend erwähnt: Das Verhältnis zu den steirischen Alternativgruppen bzw. „Grünen“ (den echten) scheint noch zu stark von einem Enttäuschungserlebnis geprägt zu sein. Die ÖVP hatte einer beträchtlichen Zahl der jetzt in der Alternativbewegung Engagierten im Rahmen der Vorbereitung des Modells Steiermark und im Zuge neuer Konzepte für die Grazer Stadtplanung bedeutende konzeptive und politische Möglich-

keiten eingeräumt. Während jedoch die „roten“ Grünen überwiegend rot, d. h. in der Partei, geblieben sind, haben manche zunächst ÖVP-nahe Grüne neue Listen und eine Partei gegründet. Das tat natürlich politisch weh, bringt aber auch objektiv Komplikationen. Die eigene, durchaus pointierte Grünpolitik der steirischen ÖVP könnte von sophistischen Fragen überlagert werden, wie man selbst Umweltpolitik propagiert und macht, ohne daß diese außerhalb der ÖVP zu Buche schlägt. Das wäre der Beginn eines argumentativen Zickzackkurses, der meiner Ansicht nach nur in den Hafen langjähriger Opposition führen würde (Stichwort: Trockendock).

Lieber Ludwig Kapfer, das ist vielleicht die Glosse, um die Du gebeten hast. Ganz zum Schluß komme ich drauf, daß ich zwei Jahre älter bin als die ÖVP! Bleibt jung.

Wolfgang Mantl

DIE ZUKUNFT DER PARTEIEN

I. Die Herausforderung der Großparteien

Wenn von einer Krise der Parteien gesprochen und ihnen keine schöne Zukunft prophezeit wird, so sind damit letztlich nicht die Parteien überhaupt gemeint — Parteien und Gruppierungen hat es immer gegeben, wird es immer geben —, sondern die *Großparteien* vom *Volksparteitypus* einer *sozialen Integrationspartei*, also meist die sozialdemokratischen und die christlichdemokratischen Parteien. Sie galten nach dem Zweiten Weltkrieg als die „modernen“ Parteien schlechthin, zuerst mit einem deutlichen Vorsprung der Christlichen Demokratie, die ja die eigentliche „Erfinderin“ dieses Parteitypus war. Die Politikwissenschaft nahm teil an der Modernität dieser Parteien und besang ihre guten *Eigenschaften*, die sich vorteilhaft von den Zuständen der Zwischenkriegszeit abhoben: Sicherung der Stabilität des Gemeinwesens und der Kontinuität des politischen Handelns, solide Verantwortungsethik, Leistungsstärke durch arbeitsteilige Komplexität der Organisation, Integration der Pluralität von Meinungen, Ideen, Werten und Interessen, Fähigkeit zum Kompromiß.

Heute wagen es nicht einmal apologizeische Selbstdarstellungen der Parteien, solch positive Bilder zu



zeichnen. Die Veränderungen wuzeln zum Teil in *Schwächen* bei der Erfüllung der obengenannten Funktionen, zum Teil in *Neuakzentuierungen* wie vor allem der Aktivierungsfunktion der Parteien, also ihrer Aufgabe, die verfassungsrechtlich individualisierten politischen Rechte der Bürger durch Zusammenfassung erst real zu machen, ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Leistungsschwächen, Glaubwürdigkeitsverluste und Demokratiedefizite treffen soziale Integrationsparteien deswegen so stark, weil in ihnen wegen ihrer Größe wirklich auch viel *Negatives*, „passieren“ kann und

weil über all dem unbarmherzig das *Vergrößerungsglas* früherer Idealisierungen und Überzeichnungen hängt.

Die Herausforderung der parteienstaatlichen Demokratie tritt in einer *passiven* und einer *aktiven* Variante auf: als Verdrossenheits- und Entfremdungshaltung einmal mit der Konsequenz politischer *Apathie*, dann wieder in Gestalt politischer *Aktivität* in neuen Formen für neue Inhalte der Demokratie.

Die Parteien geraten unter *Reformdruck*, sei es von „unten“ durch einfallsreiche Manifestationen des *Bürgerunmuts*, sei es von „der Seite“ durch *Konkurrenzgründungen* in Gestalt neuer Parteiformierungen.

II. Die moderne Demokratie als Parteistaat

Gegen ältere, die Einheit des Staates und ein vorgegebenes Gemeinwohl betonende Vorstellungen setzen sich allmählich die Parteien als *Hauptträger* des politischen Prozesses durch. Der liberale Schweizer Staatsrechtsschreiber Johann Caspar Bluntschli begann sein 1869 veröffentlichtes Buch über „Charakter und Geist der politischen Parteien“ mit der knappen Behauptung: „Wo irgend in einem Staat sich politisches Leben mit Freiheit bewegt, da zeigen sich politische Parteien.“

Dieses damals noch provozierende Wort wurde nach dem Zweiten Weltkrieg schier zur Selbstverständlichkeit, bis in den letzten Jahren wieder kritische Zweifel an der Berechtigung einer solchen Formel auftauchten.

Typisierend läßt sich die Entwicklung der letzten 200 Jahre als ein *doppelter* Vorgang beschreiben:

1. Der Kreis der *Aktivbürger* wird durch Ausdehnung der politischen Rechte auf immer größere Bevölkerungsteile immer weiter, wodurch direkte Demokratie als Permanenzerscheinung praktisch unmöglich wird. Die Bürger brauchen *Repräsentanten*, die im *Parlament* zusammentreten und die generelle Rechtsverzeugung besorgen. Demokratie bedeutet dann parlamentarische Staatswissensbildung.

2. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß neue *Instrumente* notwendig werden, welche die zahlreichen Einzelmeldungen, Einzelwillen und Einzelinteressen bündeln. Das besorgen nun die *Parteien*, die sich von anderen Gruppierungen durch die Aufstellung von Personen und Programmen für die Parlamentswahlen unterscheiden, womit sie ihre Bereitschaft, qualifizierte Verantwortung zu übernehmen, bezeugen.

Die skizzierten Entwicklungslinien produzierten einen *Kumulationseffekt*: Demokratisierung und Parlamentarisierung der Rechtserzeugung fördern einerseits den Aufstieg der Parteien, andererseits wirken die Parteien auch selbst fordernd und drängend auf diesen Demokratisierungs- und Parlamentarisierungsprozeß ein.

In Österreich traten die Parteien 1918 und 1945 historisch-politisch geradezu als *Staatsgründer* auf. Der politische Prozeß in der Gesetzgebung und in den obersten Verwaltungsorganen ist seither von den politischen *Parteien* dominiert, die mit den *Verbänden* der wirtschaftlichen Interessenvertretung — verstärkt durch enge Verflechtung (Personalunionen) von Partei- und Verbandssystem — und dem von ihnen durch Ämterpatronage in seiner Rekrutierung und durch Weisungen in seiner Tätigkeit stark beeinflußten *Verwaltungsapparat* zum *Motor* des Staates in Bund, Ländern und Gemeinden geworden sind. Unsicher läßt sich erkennen, daß dieses Einflußmodell in der Hauptzusammenhang nur für die beiden Großparteien zutrifft.

In diesem Zusammenhang wird gern ein Zitat Hans Kelsens gebracht, das freilich zum Zeitpunkt seiner Entstehung in den zwanziger Jahren nicht „triumphalistisch“, sondern defensiv gemeint war, darin der heutigen Gestimmtheit nicht unähn-

lich: „Nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann vermeinen, daß Demokratie ohne politische Parteien möglich sei. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein *Parteienstaat*.“

In der Zeit des *Wiederaufbaus* nach 1945 wurden von den sozialen Integrationsparteien Sicherheiten, Leistungen und Großprojekte geboten, die sich auf breite Zustimmung stützten. Konsens und Konkordanz waren Zentralwerte. Nach einer Übergangsphase betont *technokratischer Reformimpulse* wurde die Nachkriegscharmonie erschüttert durch — hierzulande freilich manigfach abgeschwächte und modifizierte — *Proteste* von Studenten und Intellektuellen, die eine stärkere Betonung der Werte der Aufklärung mit der zentralen Fortschrittsgarantie Wissenschaft forderten. Konflikt, Emanzipation und der Ruf nach umfassender Demokratisierung weit über den staatlichen Bereich hinaus traten in den Vordergrund. All dies hatte keinen völligen politischen Szenenwechsel zur Folge, „nur“ eine Machtverlagerung von der ÖVP zur SPÖ.

Die siebziger Jahre leiteten eine *Umorientierung* ein und brachten eine Erschütterung der „Unerstüttlichkeit“ der modernen durch Wissenschaft, Medizin und Technik geprägten Welt und ihrer wichtigsten Kategorien wie Leistung, Bildung, Wettbewerb, Wachstum von Produktion und Konsum. Unbehagen, Ängste und Krisengefühle wuchsen angesichts von Energie- und Rohstoffverknappung, Wachstumsverlangsamung, Arbeitsplatzunsicherheit und Umweltgefährdung.

Gerade die sozialen Integrationsparteien, die Hauptträger der Zweiten Republik, erfuhrn immer heftigere *Kritik*. Auch die ÖVP, die ja „Staatspartei“ geblieben war — nicht zuletzt durch ihre Führungsrolle in sechs von neun Bundesländern.

Man warf und wirft den „Großen“ Arroganz der Macht, Vorherrschen einer Funktionselite, die schöpferische, eigenwillige Persönlichkeiten von der Politik fernhält, vor. Man spricht von einer „Repräsentationslücke“ (Uwe Thaysen) und bezweifelt ihr Wert- und Interessenberücksichtigungspotential und ihre Problemlösungskapazität, damit die Axt an das legend, was ganz besonders das Selbstbewußtsein der Großparteien in der Zweiten Republik begründete.

III. Das „österreichische Modell“

Je näher man Demokratie und Parteienstaatlichkeit aneinander-

reicht, desto mehr verknüpft man die Qualität der Demokratie mit der Qualität ihrer Parteien. Die Anerkennung ihrer herausragenden Rolle bedeutet, daß sich die politischen Parteien besonders strenge *Kritik* gefallen lassen müssen. Dieser Kritik können sich die Parteien auch nicht mit dem Hinweis entziehen, daß die Erosion des (Groß-)Parteiensystems wohl keiner praktikablen demokratischen Alternative, sondern nur einer Oligarchie von *Verbänden* und *Bürokratie* — allenfalls mit einer verstärkten *präsidialen* Spalte — Platz machen würde. Das Sich-Verschanzen hinter einer realpolitischen Unersetbarkeit ist keine inhaltstreiche Antwort auf Problemdruck.

Das „deutsche Modell“ der Reformen hält an dem fest, was ich die *Fraenkel-Formel* nenne: Der Berliner Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel forderte die Einbindung der Mitwirkungswünsche der Bürger in die Parteien und nicht in die Staatswissensbildung, die repräsentativ bleiben solle: „Der Bestand der Demokratie im Staat hängt ab von der Pflege der Demokratie in den Parteien. Nur wenn den plebisitären Kräften innerhalb der Verbände und Parteien ausreichend Spielraum gewährt wird, kann eine Repräsentativverfassung sich entfalten.“ Neben der innerparteilichen Demokratie konnten sich direktdemokratische Konzepte als breiter Diskussionsstoff für Reformen nicht behaupten, die rätedemokratischen Vorstellungen der Neuen Linken und die basisdemokratischen Ideen der Grünen unterstreichen diesen Befund nur polarisierend.

Das „Schweizer Modell“ von Reformerwägungen läuft in aller Regel darauf hinaus, die Balance von Regierung und Volk zu verfeinern und das eher schwache *Vielparteiensystem* durch Stärkung der Parteien und der Konkurrenz zwischen ihnen aufzuwerten.

Wenn hier unter Zukunfts- und Reformaspekten von einem „österreichischen Modell“ gesprochen wird, so ist damit ganz ohne patriotisches Pathos die Tatsache gemeint, daß hierzulande — anders als in der Bundesrepublik — Verfassung und politische Kultur eine weit größere Offenheit gegenüber dem Gedanken- und Institutionskomplex der *direkten Demokratie* aufweisen, daß aber auch in Hinkunft — anders als in der Schweiz — mit dem Übergewicht der beiden Großparteien zu rechnen ist, auch wenn sie Stimmen und Mandate an Neuparteien verlieren sollten. Bei uns muß es also immer um Parteireform und Reform der politischen Meinungs- und Willensbildung ge-

hen. Bürgerbeteiligung, Subsidiarität und Dezentralisierung zu forcieren sollte der ÖVP leichter fallen als der SPÖ.

Heute dürfte in Österreich die Auffassung vorherrschen, daß sich die Grenzen der *Politik* nicht mit den Grenzen der *Parteiaufgaben* decken. Demokratie und Parteien konvergieren nicht vollständig. Die Bürger verlangen teilweise ihre politischen Rechte von den Parteien gleichsam zurück. Die Parteien müssen *parteilose Bürgeraktivitäten* in den Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation, der direkten Demokratie in der Gesetzge-

bung und der Partizipation in der Verwaltung — also jeweils Mitwirkung des Bürgers an Sach-, nicht nur an Personalentscheidungen — akzeptieren und diese Formen auch nicht selbst gleich wieder „besetzen“ wollen.

Gerade den *sozialen Integrationsparteien* ist *Schwieriges* abverlangt, sollen sie sich doch einerseits bescheiden, entschlacken und zurückziehen, andererseits mit einem Serviceangebot nach wie vor, ja mehr denn je für die „kleinen Leute“ und sozial Schwachen da sein und überdies feinervige Rezeptionsmechanismen für kritische Intellektuel-

le vorweisen. Die Volksparteien sollen in sich Partizipationschancen, aber auch ein als gerecht empfundenes Leistungsangebot für Staat und Gesellschaft entwickeln. So erweist sich auch die fortbestehende Gültigkeit der eingangs aufgezählten *Funktionen* großer Parteien (Stabilität, Kontinuität, Verantwortungsethik, Komplexität, Pluralität, Kompromißfähigkeit) nicht so sehr als Rechtfertigung und Beruhigung, sondern als *Last*, Verantwortung und Verpflichtung — in einer Situation der Knaptheit und Unge- wissheit. Aber wieviel mehr war dies 1945 der Fall!

Manfred Prisching

POLITISCHE NEUINSZENIERUNG. ÜBER DEN WANDEL DER PARTEIENLAND- SCHAFT IN DEN ACHTZIGER JAHREN

vierzig Jahre nach der Begründung der Zweiten Republik befinden wir uns mitten in einem raschen Veränderungsprozeß der politischen Szenerie Österreichs. Einige vordergründige Phänomene dieses Wandlungsprozesses beherrschen die öffentliche Diskussion: die langfristige ökonomische Stagnation, verbunden mit offenbar unlösbarer Beschäftigungsproblemen; die ökologische Krise, deren Eigen- dynamik mangels entschlossener Bewältigungsstrategien voll zum Tragen kommt; das Auftreten grün-alternativer Gruppierungen, die das eingespielte System der politischen Konkurrenz in Verwirrung bringen. Diese Phänomene hängen zusammen, sie kennzeichnen das *Ende der politischen Nachkriegskonstellation*. Nur schwer lassen sich, wie dies in solchen Zeiten des Neuarrangements immer der Fall ist, die „Zeichen der Zeit“ deuten unter dem Aspekt des legitimen Zukunftsinteresses, das wir an einem menschenwürdigen Überleben in unserer Demokratie haben müssen.

1. Der „sozialliberale Konsens“ — Fortschrittshoffnungen und Krisenerfahrungen

Die Wiederaufbaujahre — die fünfziger Jahre, auch noch die sechziger Jahre — waren von einem „sozialliberalen Konsens“ gekennzeichnet,



dessen Ausdruck nicht zuletzt jene Verdoppelung der politischen Zusammenarbeit in der großen Koalition und in der Sozialpartnerschaft war, die nicht nur ein österreichisches Wirtschaftswunder zustande brachte, sondern auch eine international bewunderte Stabilität sicher- te. In den politischen Zielen herrschte weitgehende Einigkeit: Wohlfahrt, Wachstum, steigender Lebensstandard, Fortschritt und Technisierung, soziale Sicherheit. In den sechziger Jahren kulminierten diese Vorstellungen in einer einzigartigen Hochkonjunkturperiode: Der Wachstumsprozeß beschleunigte sich noch, obwohl der Wiederaufbau beendet war; zur wirtschaftli-

chen Sicherung kam eine forcierte Modernisierung hinzu; „europareif“ wollte man werden, ja sich auf die „Überholspur“ setzen; Demokratisierung in alle Lebensbereiche hineinwirken lassen; mehr Gerechtigkeit und Gleichheit realisieren, im Bildungsbereich wie auch in anderen Lebensverhältnissen. Die Erreichung aller dieser Ziele schien durchaus nicht utopisch zu sein: Die Sozialwissenschaftler demonstrierten ihre Kompetenz zur Regelung des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses; in der Ökonomie etwa vermeinte man in soziotechnologischer Hybris, von der „Grobsteuerung“ zur „Feinabstimmung“ der wirtschaftlichen Größen übergehen zu können. Dieses Selbstbewußtsein teilten konservative Fachleute mit den linksesten studentischen „Revolutionären“, erstere in bezug auf die existierende, weiter in den postindustriellen Wohlstand zu steuernde Gesellschaft, letztere in bezug auf die ganz neue, erst zu schaffende soziale Ordnung. Der Zeitgeist wogte im Rhythmus der Internationale: Die sozialdemokratische Bewegung war der natürliche Erfüllungshelfer dieses aus Modernismus, Technokratie, Intellektualität, Gerechtigkeitsverlangen, Wohlstand, Konsum, Demokratiewußtsein u. dgl. konstruierten Geschichtsgesetzes, der Wahlerfolg der Sozialisten war nur die logische Konsequenz. Keiner ahnte, daß der Beginn der

siebziger Jahre zugleich das Ende dieser Nachkriegskonstellation ankündigte, das Ende des gigantischen Wachstumsprozesses, das Ende schließlich des „sozialliberalen Konsenses“.

Der Zirkus der Fortschrittsversprechungen ist im Verlauf der siebziger Jahre abgelöst worden von den konkurrierenden Versprechungen des jeweils besseren *Krisenmanagements* durch die eine oder die andere Partei. Seit wir uns auf niedrigere Wachstumsraten einstellen mußten, bedrücken uns Arbeitslosenprobleme und staatliche Finanzierungsschwierigkeiten. Nicht mehr von Überholspuren ist die Rede, sondern vom „Bewahren des Erreichten“ — und nicht einmal dies gelingt immer. Nicht über den Ausbau des Wohlfahrtsstaates kann nachgedacht werden, sondern bestenfalls darüber, wie man seine Demontage verhindern, wie man ihn über die Krise retten könnte. Mehr Gleichheit durch Bildung hat die damit verbundenen Erwartungen nicht erfüllt, die Installation von weiteren demokratisierenden Gremien lockt keinen Wähler mehr hinter dem Ofen hervor. Die Kernstücke des sozialliberalen Programms seit mehr als hundert Jahren — Einkommen, soziale Sicherung, Demokratisierung — haben nicht ihre fundamentale Bedeutung, wohl aber ihre Inspirationskraft in wenigen Jahren eingebüßt: zum größten Teil wohl durch ihre Realisierung. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen ist in den genannten Politikbereichen nicht viel zu machen; das Bestehende wird mit Genugtuung hingenommen, neue zündende Ideen hingegen sind nicht zu verzeichnen.

Natürlich erfordert es allein schon einige Kunstfertigkeit, das Gemeinwesen ohne größere Schäden am Laufen zu halten: tiefe Rückschläge bei der Beschäftigung, der sozialen Sicherheit, den Einkommen, den Bildungschancen usw. zu vermeiden. Allein das kollektive Bewußtsein hat sich auf andere Themen geworfen, zum Teil in durchaus ambivalenter Weise. Das Thema der achtziger Jahre ist der *Umweltschutz*, ein Bereich, in dem gravierende Defizite ausfindig gemacht wurden. Aber der Anspruch der kritischen Gruppierungen, die mit ihren Anliegen zum Teil auch das Bewußtsein der Öffentlichkeit prägen, reicht weiter: Sie wollen einen anderen *Lebensstil*, sehnen sich nach Gefühl und Wärme, wollen Spontaneität und Kreativität entfalten. Da sie sich zu artikulieren verstehen und neue, unkonventionelle Methoden des Protestverhaltens erfunden haben, bringen sie das

eingespielte Verfahren des Politikmachens durcheinander.

2. Leviathan oder Papiertiger? — Aspekte der staatlichen Überforderung

Der Staat, die Politik, das politisch-administrative System — oder wie immer man die zentrale Steuerungsinstanz nun nennen mag — erweist sich in diesem Krisengeschehen als der zentrale Akteur, dem alle gängigen Versuche zur Krisenbewältigung angesessen werden. Der Leviathan ist nicht nur in den „Kassen“ des Volkes, denen er seine finanziellen Ressourcen entnimmt, in gewichtiger Weise präsent, sondern auch in den Köpfen der Menschen: Gleichzeitig mit einer sich verbreitenden „Politikverdrossenheit“ konstatieren die empirischen Sozialwissenschaftler ein gigantisches „Vertrauen“ in den Staat, in seine Kompetenz und Verantwortlichkeit, seine Leistungsfähigkeit oder sogar Allmacht. Der riesenhafte Apparat zeigt Allgegenwart und Schwäche zugleich; seine enormen materiellen Ressourcen verhindern nicht, daß er als „Koloß auf tönernen Füßen“ gesehen wird, seine ausgedehnten bürokratischen Apparaturen nicht, daß er als „Papiertiger“ betrachtet wird. Das heutzutage beklagte *Steuerungsdefizit* entsteht aus einer Schere zwischen Erfordernissen und Möglichkeiten: Die *Anforderungen* an das politische System, welche aus objektiven Notwendigkeiten und aus der Erwartungshaltung der Bürger resultieren, steigen an; die *Leistungsmöglichkeiten* wachsen nicht in diesem Ausmaß oder nehmen, wie viele behaupten, sogar ab. Als Ergebnis zeigt sich eine schlechte Überforderung der Politik, die nicht allein aus der Dummheit, der Korruption oder der Faulheit der Politiker abzuleiten ist, sondern vor allem aus den strukturellen Entwicklungsschwierigkeiten der modernen westlichen Demokratien. Solche Behauptungen werden von den Sozialwissenschaftlern, die auch den Gesetzen der Suche nach Absatzgebieten für ihre Theorien unterliegen, freilich zumeist überzeichnet; aber daß an unseren Gesellschaftssystemen „Streß-Erscheinungen“ wahrzunehmen sind, kann an vielen Phänomenen gezeigt werden. Zweifelsohne haben wir mit *ökonomischen* Krisenerscheinungen zu kämpfen, mit einer stagnierenden Wirtschaft, den finanziellen Engpässen des Wohlfahrtsstaates, den instrumentellen Unsicherheiten des Interventionismus; *politische* Krisenbehauptungen über mangelnde Legitimität oder gar Unregierbar-

keit der demokratischen Gemeinwesen stehen im Raum; und *kulturelle* Krisen lassen sich an verschiedenen Symptomen — den Identitätsproblemen, den neuen irrationalistischen und fundamentalistischen Strömungen, den Orientierungssicherheiten u. dgl. — ablesen.

Zugleich werden die politischen Ziele mit einer instrumentellen Ratlosigkeit konfrontiert; es gibt in der neuen Situation *keine neuen Antworten*, nur der Rückgriff auf das Instrumentarium der sechziger Jahre. Es werden Verkrustungsscheinungen sichtbar, so daß sich die neuen Themen nicht mehr kompetent besetzen lassen. Dies ist der Fall bei der Ökologie, beim Thema Frieden, bei der Frauenproblematik, beim neuen Lebensgefühl, bei der Renaissance von Irrationalismen und Traditionen — der „sozialdemokratische Konsens“, die grundlegende Übereinstimmung über die politische Richtung, ist zerbrochen. In dieses Terrain der Ratlosigkeit aber stoßen Gruppen mit neuen Ansprüchen, mit neuen Vorstellungen über die Politik, das rechte Leben und die Entwicklung der Welt.

3. Dekonzentrationsprozesse? — Zur Veränderung der österreichischen Parteienlandschaft

Von Hans Kelsen, dem Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung, stammt die Feststellung, daß die Demokratie im 20. Jahrhundert nur eine Parteidemokratie sein könne. Reden wir daher über die österreichische Parteienlandschaft, so reden wir über das politische Leben schlechthin, gerade angesichts der spezifischen Eigenheiten des österreichischen Parteiensystems. Denn dieser zeichnet sich im internationalen Vergleich aus durch eine besonders hohe *Organisationsdichte* der Parteien, durch eine besonders ausgeprägte *Verflechtung* der Parteien, durch eine besonders weitgehende *Ausuferung* in alle Bereiche der Gesellschaft: Es gibt — weit über den politischen Bereich hinaus — schwarze und rote Wohnbaugenossenschaften und Schulen, Autofahrerclubs und Sportvereine, Pensionistenvereinigungen und Kindergarten.

Bis in die siebziger Jahre war der *Konzentrationsgrad* des österreichischen Parteiensystems immer noch ansteigend: 90 Prozent der Wähler votierten für die zwei Großparteien, deren relative „Gleichgewichtigkeit“, die durch das Verhältniswahlrecht noch gefördert wurde, die ansonsten unbedeutliche dritte Partei Bedeutung gewinnen ließ. Das

ausgeprägt stabile Wählerverhalten drückte sich darin aus, daß der Wechselwähleranteil 5 bis 10 Prozent betrug, also im Vergleich zum übrigen Europa mit rund 15 bis 20 Prozent Wechselwählern relativ gering war. Die weltanschauliche Nähe der Großparteien — ihre Einigkeit über Einkommens- und Wirtschaftswachstum, über Wohlfahrtsstaat und Fortschritt — begründete einen prinzipiellen Konsens, der durch die Zusammenarbeit in der Sozialpartnerschaft noch gesteigert wurde. Auf der „Insel der Seligen“ gab es keine Klassenkämpfe.

4. Die neuen Konkurrenten — Bürgerbewegungen und grün-alternative Parteien

Die Nachkriegs- und Wiederaufbaugeneration hatte mit handfesten Problemen der Nahrungsmittelversorgung, der Wohnraumbeschaffung, des Infrastrukturaufbaus zu kämpfen: kein Wunder, daß diese „materialistischen Werte“ im Vordergrund standen und daß man — nach gelungenem „Wirtschaftswunder“ — den erarbeiteten Wohlstand von Herzen genoß. Aber in den sechziger Jahren wurden von der Studentenbewegung bereits weitere Ansprüche angemeldet. Die lauthals proklamierten Werte der Wohlstandsgesellschaft schienen der sich revolutionär gebärdenden Jugend ungenügend eingelöst: Statt Chancengleichheit konstatierten sie eine Benachteiligung der Frauen, statt Freiheit Rassenbenachteiligungen, statt Frieden einen sich ausdehnenden Vietnamkrieg, statt Mitbestimmung eine veraltete Universitätsstruktur, statt Selbstentfaltung Repression.

Am Beginn der siebziger Jahre schließen diese Bewegung ein, teils aufgrund ihrer Erfolge, teils aufgrund schlichter Ermüdung. Aber schon 1973 erschien die erste Studie des Club of Rome, die das Thema des nächsten Jahrzehnts vorgeben sollte: Denn die Alternativbewegung kristallisiert sich um die ökologische Krise; aber sie fordert darüber hinaus eine neue Politik, eine neue Kultur, eine neue Lebensweise. Am Beginn der achtziger Jahre ist die Expansionsideologie verbraucht, irrationalistische und kulturpessimistische Vorstellungen befinden sich im Vormarsch. Dies beruht auf der Erfahrung, daß die äußeren Lebensumstände zwar gesichert sind, sich das Glück aber dennoch nicht als logische Konsequenz des materiellen Wohlstands einstellt; die „reiche Gesellschaft“ wird als „kalter“, anonymer Apparat empfunden, der zudem noch lebens- und zivilisationsbedrohende

Defizite aufzuweisen hat. Zu den „materialistischen“ Werten kommen „postmaterialistische“ hinzu: Das Verlangen nach Selbstentfaltung und Gefühl, nach Geborgenheit und Einfachheit, aber auch der Anspruch auf eine gesunde Umwelt und eine ehrliche Politik.

Eine „soziale Bewegung“ ist ein loser Verbund von sympathisierenden Gruppen, die in bestimmten Zielen einig sind, aber sie ist noch lange keine Partei. Die Entscheidung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, ob man „draußen“ bleiben oder „hineingehen“ sollte, war nicht leicht; die Auseinandersetzung zwischen den „Fundis“ und den „Realos“ dauert an. Immerhin ist das Wählerpotential, wie Meinungsumfragen, aber mittlerweile auch Wahlerfolge zeigen, nicht unbedeutlich: Hätten die „Vereinten Grünen“ und die „Alternative Liste Österreichs“ bei den Nationalratswahlen 1983 gemeinsam kandidiert und gleich viel Wählerstimmen erhalten wie bei den getrennten Listen, würden sie heute im Nationalrat über 7 Mandate verfügen.

Die Wähler der grünen Parteien sind von zwei Motiven veranlaßt: Die eine Gruppe wählt die „neuen Parteien“, weil sie nur von ihnen ein tatkräftiges Eintreten für die Sanierung der „Umwelt“ erwartet; die andere Gruppe wählt „grün“, weil sie den etablierten Parteien Korruption und Privilegiengewirtschaft ankreidet. Tatsächlich wären die neuen Parteien niemals entstanden ohne den objektiven Problemdruck in den ökologischen und urbanen, sozialen und demokratischen Verhältnissen, ohne die dilettantischen Versäumnisse der politischen „Profis“, ohne die Einfallslosigkeit der Machtpolitik, ohne den zuweilen atemberaubenden Zynismus beim Einsatz direktdemokratischer Verfahren.

Freilich bleibt es zweifelhaft, ob die „neuen Parteien“, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben, zu einer *konsolidierten politischen Kraft* werden können. Das Rotationsprinzip, also die dauernde Auswechselung ihrer Mandatäre, führt zum politischen Dilettantismus; das imperiale Mandat, also die konkrete Politikbestimmung durch Basisversammlungen, zur Verhandlungs- und Kooperationsunfähigkeit; der Verzicht auf einen Parteiapparat zur Ineffizienz. Zudem ist es den Neuanhängern auf der politischen Szene noch nicht gelungen, ein umfassendes Programm, das alle wesentlichen Politikbereiche abzudecken vermag, auszuarbeiten; sie bleiben bislang im wesentlichen auf die Umweltfrage beschränkt. Es ist zudem zweifelhaft, ob ein solches Programm überhaupt ausgearbeitet

werden kann, ohne die Einheit der Bewegung zu zerstören: Man kann vermuten, daß der „alte“ Links-Rechts-Gegensatz, der sich durch ökologische Themen leicht überdecken läßt, wiederum zutage tritt, wenn Probleme der Wirtschaft, der Sozialversicherung, der Außenpolitik oder der Einkommensverteilung erörtert werden.

Wenn man eine Prognose wagen will, so lassen sich drei Möglichkeiten absehen. *Erstens:* Die grün-alternativen Parteien geraten in einen Normalisierungsprozeß; sie entwickeln ein umfassendes Programm, einen Parteiapparat, ein effizientes Repräsentationssystem. Wenn jedoch die erklärte „Anti-Partei“ zur „Partei“ wird, könnten ihr die Wähler davonlaufen.

Zweitens: Die grün-alternativen Gruppierungen bleiben eher „Bewegung“ als „Partei“, die Schwerpunkte ihrer politischen Aktivität bleiben mehr außerhalb als innerhalb des politischen Apparats. Wenn jedoch die Anliegen nicht hinreichend institutionalisiert werden, wird auch diese Protestbewegung früher oder später der Erschöpfung anheimfallen. Zudem findet man an der Möglichkeit, direkt politischen Einfluß auszuüben, immer mehr Gefallen.

Die *dritte Variante* halte ich für die wahrscheinlichste: Die grün-alternativen Gruppierungen können sich als Kleinpartei auf allen Ebenen — von den Kommunen beginnend über die Länder bis zur Bundesebene — etablieren. Sie bleiben im politischen Themenkatalog beschränkt, entwickeln also keinen stetigen politischen Einfluß, ja bleiben sogar eine relativ chaotische Truppe; aber sie können ein bestimmtes Wählerpotential (von 5 bis 10 Prozent auf Bundesebene) aktivieren: Zwar werden die herkömmlichen Parteien bemüht sein, sich der Umweltthematik anzunehmen; andererseits wird es regelmäßige Umweltskandale geben, die das Interesse an der Ökologiethematik in breiten Schichten der Bevölkerung wachhalten. Zudem hat das politische Establishment in den letzten Jahren alles getan, um die eigene Korruption, Privilegiengewirtschaft und Unfähigkeit unter Beweis zu stellen, so daß sich die Protestwählerschaft vermehrt, die aus Gründen der Parteiverdrossenheit die Antiparteien wählt: Nicht so sehr aus Überzeugung, daß die Neuen es besser machen, sondern aus dem Wunsch heraus, es den großen Parteien „einmal zu zeigen“.

5. Die vier großen Parteien — Konflikte zwischen „alter“ und „neuer“ Politik

Während die grün-alternativen Parteien ihre Probleme mit der Wahrung ihrer Einheit angesichts zentrifugaler Kräfte entlang der politischen Links-Rechts-Dimension haben, treten verwandte Integrationsprobleme in den etablierten Parteien entlang jener Dimension zutage, die man als „materialistisch“ contra „postmaterialistisch“ oder als „alte“ contra „neue“ Politik bezeichnen kann.

Jede der großen Parteien besteht, so wird in der Zerfahrenheit dieser Jahre sichtbar, aus jeweils zwei großen Parteien: einerseits aus der Gruppe der konventionellen Politiker, andererseits aus der Gruppe, die sich den „neuen Themen“ verpflichtet fühlt. Die alte Spaltung entlang der „Links-Rechts-Dimension“ wird nicht aufgehoben, aber sie wird überlagert von der neuen Dimensionierung. Es scheint deutlich zu werden, daß die „neuen Politiker“ der beiden Großparteien miteinander besser reden können, als sie dies jeweils mit ihren konventionellen Partnern in der eigenen Partei vermögen; und andererseits scheinen die „Nachkriegspolitiker“ beider Parteien (und das ist nur zum Teil eine Frage des Alters, teils auch einer solche der Einstellung) miteinander weitaus eher handelns zu werden als mit den „neuen“ Fraktionen in ihren jeweiligen Parteien.

Die Gruppe der *konventionellen Politiker* umfaßt die „Funktionäre“ im Stil der sechziger Jahre, die — in bemerkenswerter Insensibilität — nicht wahrnehmen, daß die Menschen das Gefühl vermittelt erhalten, daß die Politik längst über ihre Köpfe hinweg betrieben wird; die Geschäftsordnungsmenschen und Intriger, die weder echte Problemlösungen zustande bringen noch demokratische Führungsqualitäten entfalten; die Gremiensitzer, die nicht einmal mehr die Vielzahl der von ihnen verwalteten Kassen auseinanderhalten können; aber auch die ehrlich bemühten Politiker, die viel Segnungsreiches zustande gebracht haben, aber nicht erkennen, daß sich die äußeren Umstände ihres Wirkens geändert haben, daß die Nachkriegsprobleme nicht mehr die drängendsten Fragen der Gegenwart sind, daß sich die objektiven Bedürfnisse verändert haben. Und schließlich die beinharten Interessenpolitiker, die sich ausschließlich wegen ihrer Privat- oder Verbandsinteressen im politischen Geschäft umtun und in allen Gremien diese vertreten, soziales Wohl hin oder her. Sie alle produzieren jene Politikverdrossenheit, über die sie sich in der

Öffentlichkeit nur wundern können. Man würde sich allerdings in den Chor einer durchaus verbreiteten Spezies von einäugigen Zeitgenossen einordnen, wollte man bestreiten, daß auch auf der anderen Seite nicht alles zum besten steht. Im Bereich der „neuen“ Politik gibt es gleichfalls jene Karrieristen, die sich vermittels der grünen Lianen in Positionen emporzuschwingen trachten, die ihnen sonst verwehrt blieben; die Protestierer, die zwar nicht so recht wissen, wofür, aber in jedem Falle, daß sie dagegen sind; die überstürzenden Jungrevolutionäre mit radikaldemokratischen Parolen und die grünen Bekener mit allerlei bräunlichem Zierat; die populistischen „Anschmeißer“, die den Zeitströmungen auf den Leim gehen, indem sie im gesinnungsethischen Überschwang Modetörheiten zur neuen Weltweite erklären.

Wir brauchen — selbstverständlich — „Macher mit Gespür“; sensible Politiker mit rigider Durchsetzungsfähigkeit; Zeitströmungen erspürnde und dennoch nicht opportunistische „politische Fachleute“, die technokratische Kompetenz und demokratische Bescheidenheit vereinen. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Quadratur des Kreises.

Doch in vielen Bereichen — so etwa in der Energiepolitik und der Umweltpolitik — stehen letztlich nicht die „Macher“ gegen die „Alternativen“; zu diesem Mißverständnis haben die neuen Gruppierungen wesentlich beigetragen. In erster Linie dokumentiert sich in diesen Bereichen nackte Inkompetenz: Den „Machern“ ist nicht vorzuwerfen, daß sie „Macher“ waren, sondern daß sie „schlechte Macher“ waren. Wer ökologische Bestände aus seiner „Rechnung“ ausklammert, wer sich also — betriebswirtschaftlich gesprochen — allein auf eine *Ge-winn- und Verlustrechnung* beschränkt, ohne von Zeit zu Zeit *Bilanz* zu ziehen, ist ein schlechter Kaufmann und ein schlechter Politiker. Wir brauchen bessere Technokraten, nicht Irrationalisten. Denn „gute Technokraten“ wissen auch zwischen „technischen“ und „ethischen“ Problemen zu unterscheiden, oder besser: Sie haben teil an jener *Verantwortungsethik*, die schon Max Weber als Grundlage jeden politischen Handelns hervorhob und in der sich politisches Wollen mit instrumentalem Wissen verknüpft, ohne daß die Unterscheidung in einem Brei von Beteuerungen einer „ganzheitlichen“ Sicht untergeht.

6. Über die Politiker — von der Politikerbeschimpfung zur Bürgerbeschimpfung

Die Bürger — und insbesondere die jüngeren unter ihnen — laufen den Parteien nicht davon, weil sie mit dieser oder jener Entscheidung nicht einverstanden sind, sondern weil sie den Eindruck haben, daß die etablierten Parteien die Probleme überhaupt nicht verstehen. Es genügt aber nicht, bei Interviews ein bedeutungsschwaches Gesicht zu machen und verbale Luftblasen von zweifelhafter Eleganz zu produzieren: Nur nicht anecken, sich nicht festlegen, niemandem auf die Zehen steigen... An die politischen Probleme der Gegenwart kommen wir mit diesem Vokabular nicht heran. So richtig es auch ist, daß sich die Wahrheit meist in der Mitte findet, so ist doch daraus nicht zu folgern, daß jede Mittelmäßigkeit der Wahrheit nahe kommt.

Der Verdacht liegt für den Beobachter des politischen Getriebes nahe, es gehe den meisten vor allem um das lauwarme Terrain der eigenen wohldichten Positionslösigkeit; um das gelobte Land der Demoskopien, in dem Wählermehrheiten zum letzten und einzigen Handlungsspiel werden; um jene Karikatur einer Demokratie, gemäß welcher der statistische Durchschnitt die Wahrheit und die Gerechtigkeit definiert. Da haben „echte Sozialisten“ und „echte Konservative“ gemeinsam recht, wenn sie feststellen, daß die bloße Politik der Machteringung oder Machterhaltung, die freilich unabdingbar ist, zu den Degenerationserscheinungen zählt, wird sie nicht kompliert durch eine wertbezogene Perspektive, durch eine „Weltanschauung“, eine „Ideologie“, ein „Programm“.

Damit können die Karrieristen des Parteibuchs, die Zyniker der Macht — jene mit dem pfiffigen Lächeln im vertrauten Kreise und mit dem pathetischen Gerede in der Öffentlichkeit — nicht dienen; Ausgewogenheit vermischt sich mit der Einfallslosigkeit, und der größte gemeinsame Nenner, der es allen reicht, ist lebensweltlich gar nicht mehr wahrnehmbar. Die geäußerten Gedanken wirken so grau wie die Anzüge; der Eindruck permanenter Überforderung entsteht; das Gefühl der allseitigen Korruption verbreitet sich. Der Bürger erkennt: Diese Leute haben mit der machtstützenden Vergabe von Privilegien und Pfründen alle Hände und alle Sprechstundenzimmer so voll, daß man nicht erwarten kann, sie hätten Zeit für einen Blick auf das nächste Jahrhundert.

Dies klingt alles nach dem recht beliebten Geschäft der Politiker

beschimpfung, für das man allemal den Applaus des saturierten Staatsbürgers einheimsen kann. Sie stellt allerdings nur die halbe Wahrheit dar; einen Schritt näher zur gerechten Schuldverteilung gelangt man, wenn man sie durch eine Bürgerbeschimpfung ergänzt. Denn natürlich sind es die Ansprüche der Individuen, der Interessengruppen, der Medien, welche die „Überforderung“ produzieren. Politiker, so wird verlangt, sollen sich in höherer Weisheit mit dem Blick auf langfristige Prozesse über die kurzfristigen Interessen der Bevölkerung hinwegsetzen; aber sie sollen sich auch demokratischer — nämlich eben nach dem konkreten Willen der Staatsbürger — verhalten. Sie sollen Objektivität und Rationalität verkörpern, aber sie sollen — wie häufig zu hören ist — der Gesellschaft sogar „Werte“ vorgeben und gefällig dafür sorgen, daß die Menschen „glücklich“ (1) sind. Sie sollen so wenig Macht haben, daß sie sie nicht missbrauchen können, aber so viel, daß sie sich im Bedarfsfall über die Interessen der Wirtschaft, der Verbände und der Bürokratie hinwegsetzen können. Sie werden von den Medien gedrängt, halb- oder uninformativ Stellung zu nehmen, und, wenn sie dann mehrmals verkünden, die entsprechende Sache sei ziemlich komplex, der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie sollen nicht so geschäftig in der Gegend herumsausen, aber — soweit möglich — an jeder interessanten politischen Tagung, Sitzung und Besprechung teilnehmen; sie sollen den Anschein der Geschäftshuberei vermeiden, aber im Heimatbezirk, auf Landesebene, in ihren Bünden oder Vereinigungen, in den Bundesgremien und natürlich in den in ihnen „Kompetenzbereich“ fallenden Gremien des Staatsapparats (und so weiter) engen und häufigen Kontakt halten; sie sollen sich Zeit nehmen zum Nachdenken und für das Familienleben, aber auch präsent sein bei der Eröffnung der Toilettenanlage im abgelegenen Tal. Die Liste dieser Unvereinbarkeiten ließe sich unschwer verlängern; sie zeigt jedenfalls eines: Die Bürger haben auch die Politiker, die sie verdienen.

7. Die große Koalition — Spekulationen über die Zukunft des Parteiensstaates

Das Raunen über eine bestimmte politische Alternative, die schon längere Zeit durch die Gazetten geistert, verdichtet sich in diesen Jahren: Die Entscheidungsfähigkeit der Regierung könnte aufrechterhalten oder wiedergewonnen werden durch eine große Koalition oder

gar eine Konzentrationsregierung, die sich manchen der geschilderten Zwänge dadurch zu entziehen vermöchte, daß vom politischen Kartell selbst unpopuläre Maßnahmen realisiert werden könnten, ohne daß einer der Partner deutliche Konkurrenzachteile auf dem Markt der Wählerstimmen befürchten müßte. Nun läßt sich zunächst über die Wahlergebnisse spekulieren, die eine solche Regierungsform nahelegen würden. Daß die SPÖ oder die ÖVP bei den nächsten Nationalratswahlen die absolute Mehrheit bekommt, darf, falls nicht völlig Unvorhergesehenes passiert, ausgeschlossen werden. Daß die GrünenAlternativen, falls sie eine gemeinsame Liste zusammestragen und sich nicht bis dahin selbst völlig diskreditieren, mit einer beachtlichen Mandatszahl ins Parlament einziehen werden, darf man gleichfalls voraussetzen. Da sowohl von Seiten der Großparteien als auch von Seiten der GrünenAlternativen wenig Lust zu verzeichnen ist, eine rot-grüne oder schwarz-grüne Koalition in Erwägung zu ziehen, mag die Annahme berechtigt sein, daß auch diese Spieler der kleinen Koalitionen als unwahrscheinlich zu bezeichnen sind: Für die Großen wäre ein solches Bündnis, gegen das einige abschreckende Erfahrungen aus der BRD sprechen, mit allzu vielen Unwägbarkeiten verbunden, für die GrünenAlternativen wäre es ein existenzgefährdendes Arrangement mit der Macht, das sie ihrem Potential von Protestwählern nur schwer erklären könnten. Es bleiben realistischerweise zwei Möglichkeiten: Erstens eine Fortführung der SP-FP-Koalition, falls die parlamentarische Mehrheit noch gegeben ist; — und falls die mittlereweile herausgeforderten „antifaschistischen“ Impulse in der SP nicht stärker sind als die Ressentiments gegen eine große Koalition. Zweitens eben die *große Koalition*.

Nun ist freilich das Zustandekommen der großen Koalition kein leicht zu bewerkstelligender Prozeß; gerade für die SPÖ bedeutet diese Regierungsform eine Erinnerung an ihre Zeiten als „Juniorkoalition“ und fast einen „Rückfall“ in die Ära vor den großen „Erfolgen“. Zudem aber — und dies ist auch für die Frage der Entscheidungsfähigkeit weit wichtiger — bleibt die Frage offen, welcher Art jene möglicherweise zustande kommende große Koalition sein könnte. Drei Möglichkeiten lassen sich abschneiden.

Erstens: Es kann eine Koalitionsregierung der großen politischen Gruppen gebildet werden, die ihr Ziel allein in der Machtbehaltung der etablierten Parteien sieht, die also allein durch die Angst vor den

GrünAlternativen zusammengehalten wird. Ein gemeinsames „Programm“, das diesen Namen einigermaßen verdient, kommt nicht zu stande, Konflikte werden durch Ausklammerung und Nichtbehandlung gelöst, in manchen Fällen durch Gegengeschäfte. Sie würde als „Koalition der Packler“ wahrgenommen und vermutlich zur Entscheidungsunfähigkeit in wichtigen Themenbereichen führen, d. h. eher zur weiteren Handlungsparalyse statt zur Steigerung der Regierbarkeit.

Zweitens: Es kann eine Koalition der gebildet werden, die sich selbst als Realisten und Pragmatiker loben und von anderen als „Betonter“ eingestuft werden; eine Koalition jener Ordnungsmacher, die sich — angesichts all der partizipativen Turbulenzen, der unbarmäßigen Jugendlichen, der Blockaden von Großbauvorhaben u. dgl. — verpflichtet fühlen, „sich um den Laden zu kümmern“. Es handelt sich um einen Zusammenschluß der konventionellen Politiker, die sich einer Politik des „Drüberfahrens“ und „Durchziehens“ mit dem schönen Gefühl widmen werden, endlich wieder einiges voranzubringen.

Drittens: Es könnte schließlich auch zu einer Koalition der Kooperation und der Reform kommen, zu einer Zusammenarbeit der Vernünftigen, die sich einerseits abgrenzen gegen die business-as-usual-Politiker, gegen die bloßen „Funktionäre“ und bloßen Machterhalter, andererseits gegen die irrationalen Spontis aus dem grün-alternativen Milieu, die es freilich auch gibt und deren Rezepte man nicht in jugendbewegter Nostalgie oder neomoderner Jugendlichkeit zu ernsthaften Modellen der Zukunftsbewältigung erheben darf. Es wäre Aufgabe einer derartigen Zusammenarbeit, die wichtigsten Probleme — vom Umweltschutz über die Sozialversicherung bis zur Energieversorgung — entschlossen anzupacken, einen neuen Stil des Politikmachens zu entfalten, eine neue Sprache für die Darstellung der Politik zu entwickeln, eine partizipative Planung und Gestaltung voranzutreiben — tatkräftig, konkret und weitsichtig.

Nur diese dritte Variante könnte die Bürger, die, wie Umfragen belegen, in den letzten Jahren ein tief sitzendes Mißtrauen gegen den ganzen politischen Apparat entwickelt haben, davon überzeugen, daß die großen Parteien sich der „neuen Themen“ nicht in schönfärberischem Elan angemessen haben, obwohl die tatsächliche Relevanz dieser Angelegenheiten auf Beteuerungen in den Fest- und Sonntags-, Programm- und Eröffnungsreden beschränkt bleibt, sondern daß sie es

auch mit der Umsetzung ernst meinen: Nur dann würden sie auch jene *Realisierungskompetenz* unter Beweis stellen, die ihnen die Wähler noch allemal eher zugestehen als den Grün-Alternativen. Denn die beiden ersten Varianten einer großen Koalition würden eine Entwicklung fördern, die sich recht klar nachzeichneten läßt. Der Artikulation der Proteststimmung durch die Wähler, hervorgerufen durch die sich häufenden Korruptionsskandale und Unfähigkeitsbeweise der letzten Jahre, würde überhaupt nur noch eine einzige Alternative zu den Herrschenden verbleiben, nämlich die *neuen* grün-alternativen Parteien. Bei einem weiter sich verbreitenden Engagement für ökologische

Anliegen und einer weiter sich verbreitenden Mißstimmung gegenüber der etablierten Politik würde die große Koalition der Packler oder jene der Betonierer in einen unaufhaltsamen Schrumpfungsprozeß eintreten; solange ÖVP und SPÖ noch gemeinsam über mehr als 50 Prozent der Stimmen verfügen, wären auch Impulse zu autoritären Entwicklungen nicht auszuschließen.

Dieses Szenario ist jedoch nicht unbedingt das wahrscheinlichste. Unsere Parteien haben einen gesunden Instinkt für Opportunismus, und das heißt: Sie merken — einmal aufmerksam geworden — rasch, wo es brenzlig wird, wechseln den Kurs und haben ab diesem Zeitpunkt

„schon immer gesagt“, daß dies oder jenes getan werden muß. Das allerdeutlichste Signal war das Entstehen der grün-alternativen Parteien: Wo es an die eigene, mit Mandaten gefüllte Futterkrippe geht, ist höchste Gefahr zu orten. Ein gewisser Anpassungsprozeß ist bereits im Gange, und wenn die Parteien ihren Apparat, ihre Sachkompetenz, ihr politisches Know-how ausspielen, können allerlei vernünftige Lösungen herauskommen. All dies ist den neuen Konkurrenten auf dem Stimmenmarkt zu verdanken, deren Thematisierungs-kompetenz allerdings ihre Realisierungs- und Gestaltungskraft weit übersteigt.

Peter Vujica

BEICHTSPIEGEL

nebst einigen beherzigenswerten Lebensregeln allen jenen Politikerinnen und Politikern zur förderlichen Anwendung empfohlen, welche nicht nur vor den Obfrauen und Obmännern der Partei, den Wählerinnen und den Wählern, den Herrschaften von den Zeitungen, sondern auch vor sich selbst bestehen möchten.



1. *Der Clown erheitere möglichst viele.
Der Politiker nütze möglichst vielen.
Und keiner pfusche dem anderen ins Handwerk.*
2. *Links überholen bleibe eine Verkehrsregel!*
3. *Geld allein macht glücklich.*
4. *Das Neue tritt nicht auf der Stelle.
Man hütet sich nur selbst davor!*
5. *Müßiggang ist vieles Guten Anfang.*
6. *Aufbauen und Erhalten ist schwieriger als Niederreißen.*
7. *Schweigen ist Gold.
Auch für den Politiker.*
8. *Treue statt Taktik!*
9. *Mehr Mut zur Abwesenheit!
Man fragt nur nach dem, der nicht da ist.*
10. *Man zensuriere niemals die Presse!
Doch man lasse sich auch von dieser nicht zensurieren.
Vorzugsschüler sind nicht immer die Tüchtigsten.*
11. *Niveau bleibe straffrei!*
12. *Man experimentiere im Labor und nicht am Schreibtisch!
Es könnte leicht ins Auge gehen.*
13. *Der Politiker hütet sich vor leichtfertiger Provokation!
Die Wähler sind unzufrieden genug.*
14. *Politik sei keine Arbeit,
sondern die besondere Form, für andere dazusein.*
15. *Man lerne, sich manchmal selbst zu überstimmen.
Sonst tun es die anderen.*
16. *Kunst kann Radau sein.
Radau muß nicht Kunst sein.*
17. *Nur wer nichts gelernt hat, fühlt sich allwissend.*
18. *Der Schnuller im Mund macht den Politiker nicht jünger. Nur lächerlich.*
19. *Wer nicht arbeitet, soll auch gut essen.*
20. *Besser unkorrekt als grausam —
die Ausnahme bleibe die Regel!*
21. *Der Krieg ist der Vater aller Dinge.
Suchen wir für das, was wir tun, bessere Väter!*
22. *Wer nicht das Unmögliche will,
wird das Mögliche nie erreichen.*
23. *Die Vollendung der Rhetorik heißt zuhören können.*

24. *Macht sei dem Politiker Luft!*
Und – nur die Alten und die Kranken ringen nach Luft.
25. *Einem die Hand zu reichen*
sei wichtiger,
als sie Hunderten zu schütteln.
26. *Hart nur zu sich selbst,*
nachsichtig zu den anderen.
Und nicht umgekehrt!
27. *Lautstärke ist ein schlechtes Argument.*
28. *Die Sache sei wichtig!*
Der Mensch bleibe wichtiger!
29. *Mit Bild in der Zeitung –*
sehnlicher Wunsch vieler Politiker!
Man bedenke –
dies gelingt auch jedem anderen Schelm.
30. *Unkonventionell –*
häufiges Synonym für gewissenlos.
31. *Adel verpflichte –*
aber nicht unbedingt zu einer Landesausstellung.
32. *Nimm deine Parteifreunde, wie sie sind!*
Es gibt keine besseren!
33. *Erst nachdenken,*
dann trotzdem schweigen!
34. *Man überlege lange, bevor man dem Wunsch*
seiner Kritiker willfährt.
Denn sie wählen einen trotzdem nicht.
35. *Der Wiener ist auch ein Mensch!*
36. *Die guten Sitten sind rar geworden.*
Die Verräter haben sich das Küssen abgewöhnt.
37. *Moral:*
Man merke,
Gott erließ zehn Gebote, nicht nur das sechste.
38. *Das Hemd ist uns näher als die weiße Weste.*
39. *Ideen erhalten den Frieden.*
Ideale zerstören ihn.
40. *22 Silberlinge seien keine politische Zahlungseinheit!*
41. *Politik heißt, für andere tätig sein*
und nicht für sich reden.
42. *Nicht jeder, der nichts kann, ist schon ein Künstler.*
43. *Alles erlauben*
heißt vieles verhindern.
44. *Man rede nicht von der Moderne,*
man gestalte sie!
45. *Auch wer in den Rückspiegel schaut,*
kann sagen, er blickt nach vorne.
46. *Die Lüge sei nie die ganze Wahrheit!*
47. *Der Politiker verordne keine Skandale!*
Früher, als es ihm lieb ist, gelingt ihm selber einer.
48. *Es gibt keine Kunst mehr,*
klagen die Konservativen von gestern.
Es gibt keine Avantgarde mehr,
klagen die Konservativen von heute.
49. *Der reine Wein ist anderen leichter eingeschenkt*
als selbst getrunken.
50. *Man höre auf gute Feinde!*
51. *Man verrate hier und da, welcher Partei man*
angehört!
52. *Auf der Decke, nach der man sich gefügig streckt,*
faulenzt sich's oft gut.
53. *Der Politiker gebe der Kunst Geld*
und keine Ratschläge!
54. *Besser hundert Drückeberger als ein Idealist,*
denn wer nichts tut, macht auch nichts falsch.
55. „*Das ist auch Hanns Korens Meinung*“ –
rhetorische Tarnkappe für Amateure der Kulturpolitik;
man frage Hanns Koren,
bevor man ihn zitiert.
56. *Die neun Bundesländer der Steiermark heißen Österreich.*

Die Amerikaner haben über den Kriegsbeginn entschieden

Schlaglichter

DIE WAHLEN ZUM ERSTEN STEIERMÄRKISCHEN LANDTAG DER ZWEITEN REPUBLIK

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges eroberten sowjetischen Truppen Wien und besetzten weite Teile Niederösterreichs. In den Konzentrationslagern der NS-Diktatur waren die unüberbrückbaren Gegensätze der österreichischen Parteien der Ersten Republik einer Kampfgemeinschaft gegen Hitler gewichen, und die hatte sich im Widerstand bereits bewährt. Als der greise Staatskanzler Dr. Karl Renner am 27. April 1945 in Wien die Bildung einer provisorischen Staatsregierung bekanntgab, gehörten ihr Vertreter jener politischen Lager an, die sich in diesen Tagen bereits als Parteien konstituiert hatten. Die Sozialdemokraten des Kanzlers als Sozialistische Partei Österreichs, die Christlichsozialen als Österreichische Volkspartei und die Kommunisten als Kommunistische Partei Österreichs. Für den Aufbau des Gesamtstaates war von besonderer Bedeutung, daß nach der Eingliederung Österreichs in das Dritte Reich im Jahre 1938 die Verwaltungseinheiten der Länder im wesentlichen erhalten blieben und einfach in Reichsgaue umgewandelt wurden. Daher war es relativ leicht, nach der Besetzung Österreichs durch die alliierten Truppen, die Länderverwaltungen wieder mit Hilfe führender Mitgliedern der neuen demokratischen Parteien einzurichten. Die provisorische Staatsregierung Renners fand zunächst keine Anerkennung durch die drei westlichen Alliierten und auch nicht der Bundesländervertreter, und ihre Wirksamkeit war daher de facto auf den östlichen Teil Österreichs, der durch die Sowjettruppen besetzt war, beschränkt. Erst mit der Bildung des Alliierten Rates für Österreich, in dem alle vier Besatzungstruppen vertreten waren, konnten die Voraussetzungen für eine gesamtösterreichische Zentralregierung geschaffen werden, denn auf der 2. Sitzung dieses Gremiums wurde der Vorschlag genehmigt, am 24. September eine Länderkonferenz nach Wien einzuberufen und den Delegierten der einzelnen Bundesländer durch Erleichterung im Reiseverkehr zwischen den einzelnen Besatzungszo-

nen die Einreise nach Wien zu ermöglichen. Auf dem Programm dieser Konferenz stand die Erweiterung der Bundesregierung durch Einbeziehung von Vertretern aus den Bundesländern, die Zusammenarbeit zwischen der Staatsregierung und den Landesregierungen, die Wirtschaftsfragen — vor allem die Versorgung von Wien — und Fragen der Innenpolitik von Gesamtösterreich. Die steirische Delegation stand unter der Führung von Landeshauptmann Machold. Ihr gehörten weiter an: die Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Dienstleider und Elser sowie die Landesräte Horvatek, Schneeberger und Pözl und der Landesamtsdirektor Hofrat Dr. Koban. In einem Kommentar zur Wiener Länderkonferenz in der englischen Zeitschrift „News Statesman and Nation“ heißt es am Schluß: „So ernst, ja verzweifelt die Wirtschaftslage sein mag, besitzt Österreich etwas, was Deutschland immer noch nicht hat: Politisch vermag es sein Haus selbst in Ordnung zu bringen.“

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Konferenz waren: 1. Erweiterung des Kabinetts Renner durch Aufnahme von Vertretern der Bundesländer, 2. Annahme einer Entschließung, in der die Alliierten ersetzt werden, die Regierung Renner für den Gesamtstaat anzuerkennen. 3. Vorbereitung von Wahlen für die Landtage und den Nationalrat. Diese Wahlen sollten am 25. November abgehalten werden. Voraussetzung war allerdings die Anerkennung der Staatsregierung durch die Alliierten, und die verzögerte sich, da ja der Alliierte Kontrollrat nur den Regierungen der vier Besatzungsmächte Empfehlungen aussprechen konnte und diese die notwendigen Beschlüsse zu fassen hatten. Als Mitte Oktober noch keine Entscheidung durch die Alliierten gefallen war, kamen die Organisatoren der Wahlen in Zugzwang, wenn der Termin, 25. November, eingehalten werden sollte. Unterdessen hatte die Staatsregierung einen Entwurf für ein Wahlgesetz ausgearbeitet und der 2. Länderkonferenz vorgelegt. Demnach sollte die Steiermark in

vier Wahlkreise geteilt werden, in denen insgesamt 48 Mandate für den steirischen Landtag vergeben werden. Die Aufteilung in den Wahlkreisen: Wahlkreis I Graz und Umgebung 12 Mandate; Wahlkreis II Mittel- und Untersteiermark 10 Mandate; Wahlkreis III Oststeiermark 10 Mandate und Wahlkreis IV Obersteiermark 16 Mandate.

Am 20. Oktober gab dann der Alliierte Rat bekannt, daß die „Autorität der provisorischen österreichischen Regierung nach ihrer Erweiterung aufgrund der Ergebnisse der Länderkonferenz unter der Führung und Kontrolle des Alliierten Rates auf ganz Österreich ausgedehnt werden soll, wobei es eine der Hauptaufgaben der provisorischen österreichischen Regierung sein wird, so bald als möglich und nicht später als am 31. Dezember 1945 freie Wahlen abzuhalten“. Damit stand der Durchführung der ersten freien Wahlen in der Zweiten Republik nichts mehr im Wege. Die Staatsregierung verabschiedete auch unmittelbar nach der Anerkennung durch die Alliierten das notwendige Wahlgesetz, dessen Inhalt sich im wesentlichen mit den Bestimmungen deckte, nach denen im Jahre 1930 gewählt wurde.

Die englische Besatzungsmacht in der Steiermark war offensichtlich bemüht, den wahlwerbenden Parteien den Wahlkampf zu erleichtern. Nach Verhandlungen mit Vertretern der provisorischen Landesregierungen und der Parteien wurden von den Briten folgende wichtige Verfügungen getroffen:

„1. In der britischen Besatzungszone erscheinen sechs neue österreichische Wochenblätter. Sie werden herausgegeben von der Sozialistischen Partei, der Österreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei. Jede Partei gibt in Kärnten und Steiermark je eine Zeitung heraus.
2. Die britischen Behörden bieten den Parteien den Apparat der wichtigsten von ihnen herausgegebenen Zeitung der „Neuen Steirischen Zeitung“ zur Veröffentlichung von Parteinachrichten an. Alle Parteinachrichten sollen im gleichen

Verhältnis uneingeschränkt in einem bestimmten Teil der Zeitung erscheinen.

3. Den Parteidern soll ermöglicht werden, über die steirischen und Kärntner Sender zu sprechen. Für diese Sendungen wurde eine Gesamtzeit von fast acht Stunden festgesetzt.

4. Die Parteien und die Landesregierungen sind dahin übereingekommen, daß alles verfügbare Papier an die drei neuen Zeitungen verteilt wird und daß ebenfalls Papier für den Druck von Flugzetteln, Plakaten und anderen für die Wahlen erforderlichen Drucksorten zur Ausgabe gelangt.“

Diesen Beschlüssen vom 24. Oktober 1945 verdankt „Das Steirerblatt“, die Wochenzeitung der Österreichischen Volkspartei, letztlich ihr Entstehen. Am 26. Oktober erschien die erste Nummer dieses Blattes mit einem Grußwort des Landeshauptmannstellvertreters Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleider und einem Wahlauftruf der Österreichischen Volkspartei mit einer programmatischen Erklärung in sieben Punkten folgenden Inhalten:

1. Einsatz aller Kräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Heimat.
2. Schutz des Eigentums.

3. Schutz und Förderung des Bauernstandes. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Steigerung der Produktion in allen Zweigen der Landwirtschaft und vernünftige Preispolitik.

4. Demokratische Kontrolle der Hochfinanz und der Schwerindustrie. Verhinderung des Mißbrauches wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken.

5. Sicherung des Arbeitsplatzes durch vernünftige industrielle und gewerbliche Planung. Erhaltung und Ausbau aller sozialen Errungenschaften und Einrichtungen.

6. Stärkung des Bewußtseins, daß unser bodenständiges österreichisches Kulturgut gegründet ist in dem als Vätererbe uns überkommenen christlichen abendländischen Ideengut. Glaubens- und Gewissensfreiheit bei Wahrung der klaren Grenzen zwischen Kirche und Staat.

7. Österreichische Kultur als Brücke des Geistes zwischen Ost und West. Sicherung dieser Vermittlungsfunktion. Nicht Willkür, nur das Recht gilt, nicht Rache, sondern Gerechtigkeit. Freiheit im Sinne wohlvverstandener Demokratie. Kompromißlose Ablehnung jeder Diktatur.

Den Wahlkampf eröffnete die steirische VP mit einem Landesparteitag am 23. Oktober 1945 in Graz, zu dem aus Wien als prominente Gäste der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dipl.-Ing. Leopold Figl, der Staatssekretär für Wiederaufbau, Dipl.-Ing. Julius Raab, und der „Reichs-

bauernbunddirektor“ Ferdinand Graf erschienen waren. An der Spitze der steirischen VP standen damals als „Landesleiter“ Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Alois Dienstleider, der geschäftsführende Landesleiter Präsident Josef Krainer und als Landesorganisationsreferent Ing. Kober.

Nach programmatischen Ansprachen von Figl und Raab ersuchte der Parteitag den Bundesparteiobmann, dem Alliierten Kontrollrat in Wien und der provisorischen österreichischen Regierung eine Resolution zu übermitteln, in der die ÖVP der Steiermark den Großmächten für die Anerkennung der österreichischen Regierung dankt, gleichzeitig aber auch um Aufhebung der Demarkationslinien ersucht, um die wirtschaftliche Wiedervereinigung des Gesamtstaates zu ermöglichen. Zudem wird die provvisorische Regierung gebeten, ein Sofortprogramm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch die Kriegsereignisse unmittelbar betroffenen östlichen Gebiete Österreichs auszuarbeiten und durchzuführen. Die Kriegsschäden in der Ost- und Mittelsteiermark sind so gewaltig, daß mit den finanziellen Mitteln des Landes ein rascher Wiederaufbau nicht durchgeführt werden könnte.

Die provvisorische Regierung wird gebeten, Schritte zu unternehmen, um in den steirischen Grenzgebieten gegen Jugoslawien „normalisierte“ Verhältnisse zu schaffen und in der Frage des sogenannten Doppelbesitzes chestens den vor 1938 bestehenden Zustand wiederherzustellen. Am Abend des Parteitages rief die steirische ÖVP ihre Mitglieder zu einer Großversammlung in den Stephaniansaal, wo dann Raab und Figl die grundsätzliche Parteilinie zu aktuellen Fragen im Hinblick auf die Nationalrats- und Landtagswahlen markierten. Bemerkenswert dabei der Vorstoß Raabs in der Südtirolfrage. Er erklärte: „Wir können den Pakt, den Hitler mit Mussolini geschlossen hat, daß die Brennergrenze die ewige Grenze sein wird, nicht anerkennen. Bozen und Meran war immer Österreichs Gedankengut, und jeder Österreicher, der diesen herrlichen Flecken Erde gesehen hat, kann es nicht verschmerzen, daß dieser Landstrich uns genommen wurde. Und daher müssen wir in der Außenpolitik eine klare österreichische Linie beziehen.“

Zur Frage des Ständestaates zwischen 1934 und 1938 meinte Raab: „Wenn wir diese Wahlen in Ordnung durchführen, dann ist schon ein großer Schritt nach vorwärts getan, daß wir langsam, aber sicher als Demokraten zu dem Vorbild und

Muster der englischen Demokratie kommen. Und wenn man uns die Jahre 1934 bis 1938 vorwirft, so können wir nur antworten, es wäre zu dieser Katastrophe nicht gekommen, wenn die anderen wirkliche Demokraten gewesen wären.“

Raab wies auch auf die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs hin und sagte: „Wir müssen selbstbewußt sein. Wir müssen dieses Haus bauen, ein gastliches Haus, denn Österreich hat viel Fremdenverkehr. Wir werden die Fremden rufen und ihnen sagen, kommt nicht als Besatzungsarmee zu uns, sondern als Gäste. Ihr werdet wohnlich in unserem schönen Österreich leben können und schöne Tage der Erholung da verbringen.“

Zu Grundsatzfragen der Politik nahm dann Figl, nicht ohne Pathos, Stellung, wenn er sagte: „Wir erklären als Volkspartei, daß wir unsere ganze Kraft, unser ganzes Wissen und Können und unser ganzes Herz für dieses neue Österreich einsetzen werden. Wir wollen die bodenständigen Kräfte sammeln in einer großen einheitlichen Bewegung des österreichischen Volkes. Diese Volkspartei ist in der Notzeit geboren worden. In den KZ's von Dachau, Flossenbürg und Mauthausen haben wir immer erklärt, wenn der Nazismus vorüber ist, dann keine konfessionelle Partei mehr, keine bürgerliche Partei mehr, keine Splittergruppe. Dann gibt es nur mehr eine Front, und die muß heißen: Österreich. Diese Österreichische Volkspartei ist aber auch eine demokratische Partei, wobei wir unter Demokratie verstehen die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Wirtschaft, die Freiheit der Religion, die Freiheit der Wissenschaft und Forschung und die Freiheit der Verwaltung. Freiheit im Volk darf nicht ausarten zur Kommandogewalt einer Gruppe, und vor allem darf die Freiheit nicht ausgenutzt werden, die Demokratie mit Demagogie zu verwechseln.“

In der Länderkonferenz am 10. Oktober war es offensichtlich zu einer harten Auseinandersetzung zwischen der ÖVP auf der einen Seite und den Sozialisten und Kommunisten auf der anderen über die Frage des Wahlrechtes für ehemalige Nationalsozialisten gekommen. Im Wahlgesetz wurde festgelegt, daß alle Mitglieder der NSDAP und auch sogenannte Anwärter auf die Parteimitgliedschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben.

Die ÖVP gab am 26. Oktober eine „Deklaration zum Wahlrecht“ heraus, in der das Wahlrecht als erste Voraussetzung wahrer demokratischer Freiheitsrechte bezeichnet wird. Daher begrüßte man es, daß

allen Gegnern eines freien demokratischen und unabhängigen Österreich das Wahlrecht entzogen werde. Es gäbe aber auch Österreicher, die unter Zwang und Terror der NSDAP als Mitglieder oder Anwärter beitreten seien, ohne jemals nationalsozialistisches Ideengut sich angeeignet zu haben. „Die ÖVP hält es aus Gründen der allgemeinen Menschlichkeit für untragbar, daß diese Männer und Frauen auf eine Stufe gestellt werden mit politischen Verbrechern, Hetzern und Funktionären, die die Schuld tragen an den furchtbaren Geschehen der letzten Jahre in Österreich und Europa.“ Auf der Kandidatenliste der ÖVP für diese erste Landtagswahl stan-

den schon die Namen jener Persönlichkeiten, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten maßgebend die Landespolitik in der Steiermark bestimmten. Listenführer im Wahlkreis Leibnitz war schon Josef Krainer, der auch nach der Wahl als Landesrat in die Regierung berufen wurde. Der Wahlkreis Feldbach hatte den Chef der steirischen ÖVP, Univ.-Prof. Dr. Dienstleider, als Spitzenkandidaten und an 2. Stelle Josef Hollersbacher, der auch Regierungsmittel geworden wurde. Den 3. Listenplatz gab es hier für Josef Wallner, der dann Präsident des steirischen Landtags werden sollte. Im Wahlkreis Leoben stand der Bauer Anton Pirchegger

an der Spitze der Kandidaten. Er sollte der erste Landeshauptmann der gewählten Landesregierung werden. Hier kandidierte auch an wählbarer Stelle Dipl.-Ing. Tobias Udier, der dann auch viele Jahre Regierungsmittel geworden war. Die Landtagswahl am 25. November 1945 brachte der ÖVP die absolute Mehrheit im steirischen Landtag. Die Mandatsverteilung: 26 Mandate für die ÖVP, 20 Mandate für die SPÖ, 2 Mandate für die KPÖ. In der neu gewählten Landesregierung war die ÖVP dann mit fünf Mitgliedern und die SPÖ mit vier Mitgliedern vertreten.

Otto Hofmann-Wellenhof

AEIOU

Dem Begriff „Zeitgeschichte“ stehe ich ein wenig skeptisch gegenüber. Zeit vergeht so schnell und Geschichte sollte das Bleibende sein. Wer von uns „Zeitgenossen“ dürfte sich vermessen, eine richtige Kernspaltung vorzunehmen. So habe ich mir für meinen zeitgeschichtlichen Privatgebrauch ganz kleine Erlebnisse konserviert, die mir drei tröstliche Leitfiguren schenkten: ein Gemeindesekretär, eine Gemischtwarenhändlerin, ein Polizeiorgan.

94

1935 der Gemeindesekretär. Damals gab es in Graz noch keine Eingemeindung. Die Staatsgewalt vertrat in unserer am Stadtgebiet angrenzenden Wohngegend einen uniformierten Gemeindesekretär. Er hatte alle Systeme, alle Um- und Zusammenbrüche überdauert, Amtskappe wie Tellermütze fallweise getragen, Krucken- und Hakenkreuz nach Zeiterfordernis, Revolver, Gummiknöpfe, Karabiner und schließlich gar nichts. Zu voller Lebensweisheit gelangte er in den Wirrnissen der sogenannten „Systemzeit“, also in den Jahren 1933 bis 1938.

Ich stand mit ihm vor einem bekannten Ausflugslokal, dessen junger, muskelprotziger Wirt mit einem Gast in Zank geraten war. Der Wirt schrie, an ihm und darüber hinaus an die Öffentlichkeit gewendet: „I hab' vor niemand Feder! — a vor der Regierung net — die Regierung kann mi überhaupt!“ Da trat unser waffentragender Gemeindehirt, der ja alle seine Schäfchen kannte, vor, um konkretere Tatbestände zu verhindern, hob mahnend den Zeigefinger und sagte

zum Rabiaten: „Pepi, mir scheint, jetzt wirst politisch!“, worauf dieser sofort verstummt und ich in meinem Inneren gerüft still zitierte: „In deinem Lager ist Österreich.“

1938 die Gemischtwarenhändlerin. In diesen Märztagen, herrlichen, frischen Frühlingsstagen, wofür der Himmel noch zur Verantwortung zu ziehen wäre, versank die Stadt in einem aufschäumenden, brausenden Meer der Begeisterung. Das ist doch noch das einzige Tröstliche bei der Betrachtung aller folgenden Ereignisse. Aber geflissentlich begeben wir uns dieses Trostes und machen Opportunismus zu einer staatsbürglerischen Tugend. Ich vermochte die Begeisterung nicht zu teilen. Aber ich kam mir deshalb nicht heroisch, sondern viel eher armselig vor in all dem Jubel. Dem Empfinden, wieder einem großen Reich, das an die Weite der Weltmeere grenzte, anzugehören, konnten sich wohl nur sehr wenige gerade der treuen Alttösterreicher entziehen. Wie unsagbar töricht war die bald erfolgte Tilgung des Namens „Österreich“, die übrigens Otto Bauer in seinem Exil ausdrücklich begrüßte — das Verschwinden des verhüllten Namens von der Landkarte. Noch törichter als diese Namenstilgung war die „Umtaufe“ von Nieder- und Oberösterreich in „Niederdonau“ und „Oberdonau“. Das gehört noch nachträglich ins Buch der Rekorde als schwer brechbarer Weltrekord.

Ich betrat also die kleine Gemischtwarenhandlung und sagte gewohnheitsmäßig, nicht provokativ: „Grüß Gott!“ Am Erschrecken der Greißlerin

merkte ich erst, daß dies ab sofort ein Bekennnis sei, aber trotzdem riskierte die Gute gleichfalls ein Zages: „Grüß Gott!“

Ich wünschte Sardinen und bekam am Tage des großdeutschen Volksjubels die mir lebenslang unvergessliche Antwort: „Wollen S' guate oder wollen S' deitsche?“

Da wußte ich es: AEIOU — es wird nicht untergehen.

Und noch das Polizeiorgan. Ein paar Jahre nach Kriegsende. Vielleicht 1947 oder 1948. Vereinspolizeibehörde. Der Vorstand eines Vereines mußte aktenkundig gemacht werden.

„Und Schriftführer sind Sie — Herr Otto Hofmann von Wellenhof, net wahr?“

„Entschuldigen, Herr Inspektor, aber das wird nicht gehen...“

„Was wird nicht gehen?“

„Na: von Wellenhof. Der Adel ist doch bei uns abgeschafft.“

„Ja — gesetzlich“, sagte der Gesetzeshüter, und dann sahen wir einander in die Augen und lachten so, daß sämtlicher ärarischer Staub vom Schreibtisch aufgewirbelt wurde und als eine fast goldene Bahn im Sonnenlicht tanzte.

Zum ersten Mal nach dem Mai 1945 ward dem ob dieser abgeklärten österreichischen Beamten-Lebensweisheit entzückten Bundesbürger die tröstliche und bestärkende Gewißheit kund: Es hat schon gestimmt, damals, im März 1938, in der kleinen Gemischtwarenhandlung bei der wackeren Greißlerin mein durch keine Jubelwoge hinweggespültes Empfinden: AEIOU — es wird nie untergehen.

„AUF WIEDERSEHEN IN SOWJETÖSTERREICH“

Das rief er mir im Kriegsgefangenenlager am Polarkreis beim Abschied zu, als wir Österreicher als erste abtransportiert wurden. Der Kamerad war ein kommunistischer Berliner Rechtsanwalt. Mit ihm verband uns katholische Hitlergegner aus dem ganzen Reichsgebiet gute Zusammenarbeit bei der gegenseitigen Information aufgrund verbotenen Abhörens von Auslandssendern und bei der Stärkung wankelmütiger Kameraden gegen die geistige Infiltration durch NS-Führungssofisziere, besonders in den letzten Monaten des zu Ende gehenden Dritten Reiches.

Ich war erstaunt und betroffen über eine solche Abschiedsformel, denn ich hatte während der Kampfzeit von 1933 bis 1938 mit Gegnern aller Farben, auch brachial, Kontakt, nie aber hatte ich einen Kommunisten zu sehen bekommen, einfach deshalb, weil es ihrer in Österreich stets nur eine verschwindende Minderheit gab, die nicht einmal ein Grundmandat für den Nationalrat geschafft hatte. Wie dann aber „Sowjetösterreich“? „Du wirst schon sehen“, meinte der Kamerad aus Berlin noch.

Seit dem 8. Mai 1945 konnten wir dann auch ganz offiziell die Nachrichten von der inzwischen in Österreich eingetretene Entwicklung erfahren, daß die inneren politischen Strukturen aus der Zeit vor dem Belagerungszustand, wie ihn Hitler als Jänner 1933 über Österreich verhängt hatte, wiederhergestellt wurden, also die Reaktivierung der Parteiinstanzen. Ich war noch als Gymnasiast zum „Karl-Lueger-Bund“ gestoßen, der Nachwuchsgesellschaft der Christlich-sozialen Partei. Ich vermerkte daher mit Interesse, daß in den Nachrichten nur ein einziges Mal von der Wiedergründung dieser Partei die Rede war, gleich danach gab es neben SPÖ und KPÖ nur noch die Österreichische Volkspartei, in die sich die alte Partei umbenannt hatte und die deren letzte Funktionäre aus der Zeit vor dem Anschluß begründet hatten.

Bar aller Verbindung mit der Heimat seit langer Zeit war ich über

diese Umbenennung zunächst erstaunt. Erst daheim dann erkannte ich den Wert der Trennung von Kirche und Parteipolitik, die durch diese Namengebung ausgedrückt wurde. Hatte doch die totale Weltanschauung der Parteien zu jenem Fanatismus in der Ersten Republik geführt, der dann in den Bürgerkrieg ausartete.

Bald nach meiner Heimkehr wurde ich bei den ersten Nationalratswahlen am 25. November 1945 als Wahlleiter in einem traditionell linken Gebiet von Graz eingesetzt. Am Abend der Wahl wurden die Stimmen gezählt: Hunderte sozialistische, etwas weniger von der ÖVP — und 30 kommunistische. Der von der KP gestellte Beisitzer wollte das nicht glauben. Inzwischen waren ja alle öffentlichen Positionen (Landesregierung, Stadtrat, Bezirksschulinspektoren usw.) nach der Drittelparität besetzt worden, ein Drittel aller Funktionen nahm demnach die KPÖ ein, in der Bundesregierung sogar die so wichtigen Ministerien für Inneres und für Erziehung.

Als ich diese Machtverteilung bei meiner Heimkehr feststellte, erinnerte ich mich des mir vorher so rätselhaft erschienenen Ausspruches vom „Sowjetösterreich“. Es wurde langsam erkennbar, daß Stalin über in Jalta zugestandenen Einflußbereich hinaus sich noch für Erweiterungen in drei Richtungen interessierte: Finnland, aber da scheinen die Schweden mit der Aufgabe ihrer Neutralität gedroht zu haben, so daß Finnland, bis auf die besondere Art der Beziehungen zum großen Nachbarn, der westlichen Demokratie erhalten blieb. Dann Griechenland: Dort tobte jahrelang der von Jugoslawien aus unterstützte Partisanenkrieg um die Macht in Athen. Das war mit dem Abfall Titos von Moskau zu Ende.

Und dann eben das geopolitisch so wichtige Österreich. Dieser Plan wäre in Erfüllung gegangen, wären die bei zunächst freien Wahlen in den Warschauer Paktstaaten erreichten Stimmen für die KP auch in Österreich zustande gekommen. Wären auch hier die dort erzielten rund

30 Prozent der Wähler zu gewinnen gewesen, so hätte eine so dynamische Gruppe, wie es die damalige KP war — starke Mitträgerin des Widerstandes gegen den Faschismus und daher im Vollgefühl des Sieges —, mit etwas Druck auf linke Sozialisten (wie in Ostdeutschland oder in der Tschechoslowakei) durchaus auch Österreich — zumindest das östliche, das hätte die Zerreißung Österreichs bedeutet — in den Verbund der mit der Sowjetunion verbündeten Staaten führen können. Mit dieser Entwicklung hatte der offenbar gut informierte Mann im Lager gerechnet.

Nun ging die Wahl aber mit vier KP-Mandaten aus, worauf Stalin die österreichische Kalkulation aufgeben mußte, insbesondere da im Lager der SPÖ keine Verbündeten zu finden waren. Der Stimmzettel war es, der die künftige Politik Österreichs bestimmte — das sage ich den Jungwählern immer wieder, wenn sie „politikverdrossen“ Lust an der Wahlteilnahme zeigen. Bei uns sind nun einmal alle Wahlen Schicksalswahlen, die bedeutendste aber wird immer die am 25. November 1945 bleiben.

Meine Mutter hatte mich vorsorglich gleich bei der ÖVP angemeldet, was ich nach meiner Heimkehr verifizierte. Für politische Tätigkeit blieb aber zunächst bei Sicherung der beruflichen Existenz, Wohnungssorgen und anderem kaum Zeit. Die „Aktion Oberweis“ — die ÖVP glaubte anscheinend, daß ihr durch Verhandlungen mit SS-Führern automatisch die Stimmen der „Ehemaligen“ zufallen würden, die aber dann den VdU wählten — vertrieb mich vorübergehend aus der Partei, der ich mich nach Einsicht in die Unmöglichkeit, zum damaligen Zeitpunkt der Besatzungszonen festgefahrenen politischen Strukturen kurzfristig verändern zu können, wieder zuwandte, zumal der Raab-Kurs der ÖVP die politischen Ziele der Dobrabsberger-Gruppe ohnehin anstrebte und auch erfüllte, vor allem die Neutralität, die 1955 Wirklichkeit wurde.

DIE GRÜNDUNG DES „STEIRERBLATT“, DER HEUTIGEN „SÜD-OST-TAGESPOST“

Zu den markantesten Meilensteinen der Geschichte der beiden großen Parteien im Lande zählt die Gründung ihrer Parteizeitungen, einige Wochen vor den schicksalhaften National- und Landtagswahlen des 25. November 1945, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, da sie die grundlegende Voraussetzung für den 10 Jahre später erreichten Staatsvertrag waren und Österreich somit die nationale Katastrophe des zweigeteilten Deutschlands erspart blieb.

Man weiß nicht erst seit heute, wie entscheidend die Massenmedien die Innenpolitik und ihre Entwicklung beeinflussen, weshalb es ein vordringliches Anliegen jeder Partei ist, sich ein derartiges Sprachrohr zu verschaffen.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der *Roten Armee* in Graz erschien am 10. Mai 1945 als einzige Tageszeitung der Steiermark die von ihr herausgegebene „*Grazer antifaschistische Volkszeitung*“, die 14 Tage später in „*Neue Steirische Zeitung*, Organ der demokratischen Einigkeit“ umbenannt wurde. Nach dem Abzug der Russen übernahm die *Britische Armee* diese bei Leykam gedruckte Zeitung unter dem gleichen Titel.

Ab dem 24. Oktober 1945 wurde den drei zugelassenen politischen Parteien (ÖVP, SPÖ, KPÖ) in dieser Zeitung täglich je eine Spalte für ihre propagandistischen Zwecke, insbesondere zur Führung des damit einsetzenden Wahlkampfes zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurde ihnen aber auch die Herausgabe je einer *Wochenzeitung* gestattet.

Das war nun das Signal für eine viel Improvisations- und Organisationsgabe erfordrende Vorbereitungsaufgabe, um termingerecht mit der ersten Nummer dieser Wochenzeitung erscheinen zu können. Es gab damals nur eine einzige Teilorganisation der Volkspartei, die in räumlicher, finanzieller und personeller Hinsicht in der Lage war, diese Aufgabe zu meistern, das war der *Steirische Bauernbund*, weshalb ihm bzw. dessen Direktor, Dipl.-Ing. Leopold Babitsch, die Herausgabe dieser Zeitung anvertraut wurde. Da ging es um die Sicherung des streng bewirtschafteten Rotationspapiers und um die Druckmöglichkeit über-

haupt, da nur eine einzige Rotationsmaschine zur Verfügung stand. Hiezu sei folgendes festgehalten: Als gegen Kriegsende die Stadt Graz immer häufiger das Ziel von Bombenangriffen war, verfügte die Gauleitung der NSDAP die Schaffung einer Ausweichdruckerei für den Fall der Zerstörung der Druckerei Leykam. Zu diesem Zweck wurde eine neue Rotationsmaschine, die dem *Styria-Verlag* gehörte, abmontiert und zu Leykam verbracht, während die alte Rotationsmaschine von Leykam und die Setzmaschinen des Styria-Verlages nach *Judendorf-Straßengel* verlagert wurden. Nach Kriegsende versuchte der Styria-Verlag unter seinem aus dem KZ zurückgekehrten Generaldirektor Dr. Karl Maria Stepan, seine ihm gehörige Rotationsmaschine von Leykam zurückzuerhalten. Da dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich schien, wurde von den Engländern wenigstens die Zusage erwartet, daß die in Judendorf-Straßengel lagernden Maschinen dem Styria-Verlag zur Verfügung gestellt werden, womit der Verlag, dessen Druckerei völlig devastiert war, seine Tätigkeit wiederum aufnehmen konnte, wobei aber die „ *Kleine Zeitung*“ erst ab Mai 1948 zunächst als Wochenzeitung wiederum erscheinen konnte.

Sowohl die bisherige Tageszeitung der Briten wie auch die drei kommenden Wochenzeitungen sollten also bei Leykam gedruckt werden. Zum Chefredakteur der Wochenzeitung wurde ein seinerzeitiger Redakteur der alten Tagespost bestellt, wobei sich aber rasch herausstellte, daß er der Hauptaufgabe, einen publizistisch wirksamen *Wahlkampf* zu führen, nicht gewachsen war, weshalb mich Dr. Gorbach, mit dem ich bereits in der Vorkriegszeit befreundet und ich zur Zeit als Rechtskonsulent beim Steirischen Bauernbund beschäftigt war, er suchte, die *innenpolitische Redaktion* der Wochenzeitung zu übernehmen. Das war eine waghalsige Herausforderung, die ich aber mit großer Begeisterung und im engen Kontakt mit den führenden Köpfen der Partei anging. Der Erfolg der Wahlen, bei denen die Steirische Volkspartei die absolute Mehrheit erreichte, hat dieses Wagnis gerech-

fertigt. Dieser Wahlsieg war für uns alle, die wir dazu beigetragen haben, ein berauscheinendes Erlebnis! Bevor ich nun auf die im „Steirerblatt“ behandelten Wahlkampfthemen eingehe, sei noch eines Umstandes gedacht, der mir bemerkenswert scheint: Als die dritte Nummer der Zeitung druckkreis war, mußte ich das bisher fehlende, aber gesetzlich vorgeschriebene *Impressum* nachholen. Ich schlug Ing. Babitsch vor, als Eigentümer und Herausgeber den Steirischen Bauernbund anzugeben, weil dieser als Verein eine juristische Person war und ich dem Bauernbund sozusagen das Erstgeburtsrecht sichern wollte. Dieser aber sagte mir, daß die Bundespartei in Wien für die Zukunft die Herausgabe einer Zentralzeitung mit Kopfblättern für die einzelnen Bundesländer plane und zu diesem Zwecke die Gründung eines *eigenen Verlaages* bevorstehe. Ich solle daher als Eigentümer die ÖVP-Landesleitung (Österreichischer Verlag) angeben. Zu dieser *überregionalen*, alle Bundesländer erfassenden Zeitung ist es jedoch nie gekommen, und die Österreichische Verlags Ges.m.b.H. hat nicht zuletzt deshalb unseren Politikern bisher stets nur finanziellen Kummer bereitet, während die spätere „Süd-Ost-Tagespost“ viele Jahre hindurch mit beträchtlichen Gewinnen arbeitete, die aber in Wien im Sande versickerten.

Nun aber zu den *Wahlkampfthemen*: Das erste galt sozusagen der „*Bewältigung der Vergangenheit*“. Vor mehr als 15 Jahren (1930) hatten in Österreich zum letzten Mal demokratische Wahlen stattgefunden. Es war daher verständlich, daß die sozialistische Wahlpropaganda versuchte, die ÖVP und ihre Kandidaten im Hinblick auf die bürgerkriegsartigen Ereignisse des Februar 1934 und das darauf folgende Verbot ihrer Partei als *Faschisten* hinzustellen, die mit den Nationalsozialisten gewissermaßen in einen Topf gehörten. Es versteht sich von selbst, daß die kommunistische „*Wahrheit*“ der „*Neuen Zeit*“ hier kräftige Schützenhilfe leistete. Unsere Antwort darauf: Auch der *Austromarxismus* und sein *Schutzbund* waren keine demokratischen Musterknaben, und das Linzer Parteiprogramm aus dem Jahre 1926 setzte sich die *Diktatur des Proleta-*

riats zum Ziele. Wenn es also schon schwarze Faschisten gegeben hat, dann auch rote Faschisten. Und die "Vaterländische Front" hat während der "Systemzeit" den *opfervollen Abwehrkampf* gegen den Nationalsozialismus geführt und diente letzten Endes der Bekämpfung des Extremismus von links und von rechts. Rückblickend muß leider festgestellt werden, daß auch heute, 50 Jahre nach den unglückseligen Februar-Ereignissen, die tiefen Wunden, die damals geschlagen wurden und das österreichische Volk in haßfüllte Blöcke gespalten hat, noch nicht gänzlich vernarbt sind und insbesondere bei Gedenkfeiern noch immer der verbale Versuch gemacht wird, die Schuld sehr einseitig der damaligen Christlich-sozialen Partei anzulasten. Die viel gerühmte und beschworene *Sozialpartnerschaft* aber, die von Bundeskanzler Julius Raab und Gewerkschaftspräsident Johann Böhm ins Leben gerufen wurde, zeigt indes, daß im politischen und wirtschaftlichen Alltag doch die reale Vernunft jenes Übergewichts erlangt hat, die erst den Wiederaufbau Österreichs und dessen Stabilität ermöglichte.

Ein zweites Wahlkampfthema war die grundsätzliche Frage: *Was ist Demokratie überhaupt?* In korrespondierenden Leitartikeln der drei Parteizeitungen wurde dazu programmatisch Stellung bezogen. In der kommunistischen „Wahrheit“ tauchte da zum ersten Mal das pleonastische Wort „Volksherrschaft“ bzw. „Volksdemokratie“ auf, wobei in diesen Begriff als Inhalt all das hineinverpackt wurde, was der marxistischen Heilslehre entsprach. Als Antwort darauf erläuterte ich im „Steirerblatt“ den klassischen Demokratiebegriff, wie er uns durch die Trennung der Gewalten (Gesetzgebung, Vollziehung und Gerichtsbarkeit), durch die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz und durch die freiheitlichen Grundrechte derselben zum Schutz vor der Staatsgewalt, aus dem Westen (England, Französische Revolution) überliefert wurde. Demokratie ist also der für alle Gruppierungen *absolut verbindliche Rahmen* und die *Form*, in der sich das öffentliche Leben mit seinen sich stets ändernden Inhalten abspielt und Wertvorstellungen zu verwirklichen geträchtet wird. Wer aber *Inhalt* und *Form* gleichsetzt oder verwechselt, ist kein Demokrat, wie uns die heutigen Volksdemokratien zur Genüge zeigen, die mit ihren Inhalten die Form gesprengt haben.

Ist es nicht bezeichnend, daß auch heute, nach den Ereignissen in der Hainburger Au, die abermals eine Zeitenwende signalisieren, um den

Demokratiebegriff gerungen wird und die Auseinandersetzung zwischen der *parlamentarischen*, repräsentativen *Demokratie* und den *Instrumenten der direkten Demokratie* kreist und darüber hinaus um eine *Sozialpartnerschaft* zwischen *Ökologie* und *Ökonomie* gerungen wird?

Ein drittes Thema galt der *Abrechnung mit dem Nationalsozialismus*. Natürlich war man sich über dessen grundsätzliche Verurteilung einig, aber in der Frage, was sollte mit den vielen gutgläubigen und irregeleiteten *Mitläufern*, die sich keiner konkreten Verschulden schuldig machten, geschehen, gab es sehr unterschiedliche Auffassungen. Die Bundes-ÖVP hatte in einer öffentlichen Erklärung gefordert, daß auch die *registrierungspflichtigen* Nationalsozialisten, soweit sie eben nur als Mitläufer einzustufen sind, das Wahlrecht zu einer der drei zugelassenen Parteien erhalten sollten, weil dieses zu den wichtigsten Grundrechten der Verfassung zählt, das nur Verbrechern vorerhalten wird. Der *Alliierte Rat* in Wien hat diese Forderung allerdings abgelehnt und notgedrungen mußte sich auch die ÖVP mit dem Ausschluß aller *Registrierungspflichtigen* einverstanden erklären, um die Wahl selbst dadurch zu ermöglichen.

Diese Haltung wurde von den beiden Linksparteien als „faschistisch“ angekreidet. Das war wahltaktisch ein schwerer Fehler, weil zwar die Parteigenossen selbst nicht wahlberechtigt waren, sehr wohl aber deren Angehörige. Dazu kam noch, daß gelegentlich auch die Angehörigen der *Deutschen Wehrmacht* verunglimpt wurden. Das „Steirerblatt“ bemühte sich im Gegensatz dazu sehr, gerade die *Heimkehrergeneration* positiv anzusprechen. So wurde beispielsweise in einem von mir verfaßten Leitartikel mit der Überschrift „Kamerad, wo bist Du?“ ihre Soldatenerehe und ihre Selbstachtung verteidigt. In einer Artikelseerie „Heimkehr“ veröffentlichte ich außerdem Tagebuchnotizen über das Leben und Treiben im amerikanischen Kriegsgefangenenlager *Gehdi*, südlich von Verona, wo die deutsche Italienarmee konzentriert war, unter ihnen auch sehr viele Steirer, die in der 5. Gebirgsdivision dienten. Diese Serie brachte eine große Sympathie ins Rollen, wovon viele Zuschriften von Angehörigen ihrer noch in Gefangenschaft befindlichen Familienmitglieder Zeugnis ablegten. Alles in allem genommen, deutete sich hier bereits die von Dr. Gorbach und Landeshauptmann Josef Kainer konsequent verfolgte *Versöhnungspolitik*

an, die der Steiermark, im Gegen- satz etwa zu Kärnten, ein Überge- wicht der Volkspartei durch die weitgehende Einbeziehung des ehemaligen *national-liberalen* Lagers verschaffte.

Zu diesen Hauptthemen des Wahlkampfes kamen auch zeitbedingte Plänkelierei persönlicher, wirtschaftlicher und kultureller Art, die im „Steirerblatt“ unter einer Kolumne „Der Scheibenwischer“ abgehan- delt. Angriffe meist in satirischer Form abgewehrt und Gegenangriffe vorgetragen wurden.

Im fettgedruckten *Wahlaufruf* des Blattes, unmittelbar vor dem Wahltag, wurde die ÖVP schließlich als die *Partei der Mitte* und in optimisti- scher Voraussicht als die kom- mende *Regierungspartei* proklamiert.

Nach den Wahlen, die auch bei der Besatzungsmacht einen gewaltigen Eindruck hinterließen, wurde den drei Parteien mit Wirkung vom 1. Jänner 1946 die *Umwandlung* ihrer bisherigen Wochenblätter in *Tageszeitungen* gestattet, während die bisherige Tageszeitung ihr Er- scheinen mit 31. Dezember 1945 einstellte.

Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, was dies bei dem herrschenden *Raummangel* und dem Fehlen der nötigsten Utensilien an Vorarbeit bedeutete. Es mußten Redaktionsräume, Vertriebs- und Verwaltungsräume, Schreibmaschi- nen und Büromöbel gesucht und „organisiert“ werden. Hier hat sich der damals blutjunge und heutige Generaldirektor der „Steirerbrau AG“, Dr. Alfred Weitzendorf, große Verdienste erworben. Hierzu ein kleines, der Komik nicht entbehren- des Detail: Die SPÖ, als Herausge- berin der „Neuen Zeit“, hoffte nicht grundlos, das Erbe der englischen Tageszeitung anzutreten. Sie hatte es ja leicht. Sie übernahm die bisherigen, wohlgerichteten Redaktions- und Vertriebsräume: Der öffentliche Verwalter der *Druckerei Leykam* war ein sozialistischer Mandatar. Sie übernahm das bisherige Vertriebs- und Verwal- tungspersonal, während die Volks- partei all dies, wie gesagt, erst zu beschaffen hatte. Die Überraschung und nicht ganz unberechtigte Empö- rung bei den Sozialisten war daher groß, als sie knapp vor dem 1. Jänner feststellen mußten, daß ihnen die große *Leserkartei* der englischen Zeitung samt der sie betreuenden Verwaltungskraft ab- handen gekommen war. Unsere Leute hatten diese — eine attraktive und unternehmungslustige Frau — abgeworfen und sie übersiedelt mit ihrer Kartei in die neuen Vertriebs- räume des „Steirerblattes“. Die

Rache folgte auf dem Fuße. Es war an sich vereinbart, daß die bisherigen Zeitungsausträger in Graz alle drei neuen Parteizeitungen zustellen sollten. Die erste Nummer der Tageszeitung „Steirerblatt“ wurde aber in Graz nicht ausgetragen und erschien daher sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Ver einzelt gab es aber auch auf dem Lande „inspirierte“ Briefträger, die das „Steirerblatt“ im Postamt liegen ließen.

Die für die Zukunft wichtigste Aufgabe aber war die Schaffung eines qualifizierten Redaktionsstabes. Zum Chefredakteur wurde der mit Ing. Babitsch befreundete und gebürtige Steirer Dr. Helmut Schuster berufen, an dessen brillante

Leitartikel sich die älteren Leser wohl noch gerne erinnern werden. Ich persönlich brachte meinen Kriegskameraden, den vor dem Kriege bei einer Salzburger Zeitung beschäftigten Richard Ahne, als Kulturredakteur nach Graz. Er entwickelte sich bald zu einem hervorragenden Musik- und Theaterkritiker, dessen sarkastische Pointen auch gefürchtet waren. So machte beispielsweise sein als ehrenrührig bei Gericht angeprangerter Vergleich des Grazer Opernchores mit „köstümierter Zwergrattlern“ die Runde durch die Welt Presse. Über Verlangen der Engländer mußte er übrigens vorübergehend aus dem Redaktionsstab als „minderbelastet“ ausscheiden. Wir „versteckten“ ihn

für diese Zeit im Bauernbund, wo er gut gebraucht wurde, da wir inzwischen die Wochenzeitung „Der Steirische Bauernbündler“, das heutige „Neue Land“, gegründet hatten. Die Umteilung des „Steirerblatt“ in „Süd-Ost-Tagespost“ im Anklang an die seinerzeitige Tagespost, welche zu den ältesten und meistgelesenen bürgerlichen Zeitungen gehörte, erfolgte sodann im Oktober 1951.

Ungeachtet aber der schwierigen Startbedingungen wurde das „Steirerblatt“ in kurzer Zeit zur auflagenstärksten Zeitung des Landes und hat viel dazu beigetragen, daß die Steirische Volkspartei die absolute Mehrheit im Lande verteidigen konnte.

Karl Gruber

DIE NEUE ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT*

Die Neue Österreichische Gesellschaft entstand aus einer Malaiischen Volkspartei. Der altehrwürdige Julius Raab war nicht mehr imstande, echte Führung auszuüben. Er war krank, wollte es allerdings nicht wahrhaben. 1957, nach dem Tode Theodor Körners, wollte er für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren. Die Industrie riet ihm davon ab im Hinblick auf seinen Gesundheitszustand. Sein Kommentar war nur: „Ich will ja kein Sportlehrer werden.“ Zwar kandidierte er dann nicht, aber sein Kandidat, der Chirurg Prof. Wolfgang Denk, unterlag, und Schärf wurde gewählt. Wenig später, im Sommer 1957, erlitt Raab eine schwere Herzattacke. Das Führungsproblem in der ÖVP stellte sich damit akut.

Aber nicht nur der Gesundheitszustand des Kanzlers war für die Malaise der ÖVP entscheidend. Auch in Sachfragen ließen wichtige Dinge schlecht. Da war zunächst die vollkommene Negierung des Fernsehens in seiner zukünftigen politischen Kraft. Das war schon bei uns sehr umstritten und sehr kritisiert. Ferner hatte sich ein Stil breitgemacht, unter dem in der Volkspartei in Wien Dinge entschieden wurden und die Länder fast nicht dabei beteiligt waren. Man hat dies als eine Sünde gegen den föderalistischen Charakter Österreichs angesehen. Schließlich spielte ein auslösen-

des Moment für die Gründung der Neuen Österreichischen Gesellschaft (NÖG), nämlich, daß Raab 1959 bereit war, Finanzminister Kamitz aus der VP-Regierungsmannschaft zu entlassen und das Finanzministerium der SPÖ anzubieten. Mit dem Namen Kamitz aber hatte die ÖVP viele Wahlschlachten geschlagen, und er stellte auch eine Verbindung zu nationalen und liberalen Schichten dar, was als besonders gravierend ansahen. (Man darf einfügen, daß der damalige Landeshauptmann von Burgenland, Wagner, eigentlich durch diese Kamitz-Geschichte in die NÖG gedrängt wurde und sie auch immer unterstützte, wo er konnte.)

In der NÖG wurden praktisch drei Kreise gesammelt: einmal die Leute des Österreichischen Gewerbevereines um den Präsidenten Rigobert Plass herum, mit dem ich sehr befreundet war, zweitens der Akademikerbund unter Zimmer-Lehmann und drittens ein großer Teil der Parteijugend.

Aus diesen Wurzeln entstand dann die NÖG. Die Vorbesprechungen fanden in Gleichenberg statt. LH Krainer wurde als Obmann ausgesessen und ich als Generalsekretär. Ziel der neuen Bewegung war es, die Österreichische Volkspartei auf einen Kurs zu bringen, der realistischer war und der auch schließlich wieder politische Fortschritte ermöglichen sollte. Das hing mit der

damals vielumstrittenen Frage zusammen, wie man sich zur künftigen EWG einstellen sollte, gegen die es starke Widerstände in der Umgebung Raabs gab. Wir griffen diese Frage auf, weil wir — wenn wir auch einsahen, daß man natürlich nicht in die EWG eintreten konnte — doch ein Verhältnis zu ihr brauchten, das für Österreich tragbar war. Rund 60 Prozent unseres Außenhandels wurden ja mit der EWG abgewickelt. Krainer hielt damals eine Rede, in der er sagte: „Auf keinen Fall werden wir dulden, daß wir in der Neutralität verhungern.“ Er verwies darauf, daß er zwar nicht gegen die Neutralität sei, aber für diese keine Opfer zu bringen seien, die die österreichische Lebensfähigkeit gefährden würden.

Krainer wurde von uns allen als natürlicher Obmann angesehen. Der Grund dafür war, daß man ihn zunächst einmal als einen erfolgreichen politischen Führer betrachtete, wir ihn übrigens auch als einen, der mit den Sozialisten erfolgreich zusammenarbeiten konnte, ohne dabei, ich möchte sagen, sein Hemd zu verlieren. Vor allem war er ein Mann mit dem Charakter eines Volkstribunen, der durch seine Festigkeit und seinen „Common sense“ zweifellos aus der Galerie der Führer der Österreichischen Volkspartei herausragte. „Common sense“ war etwas relativ Seltenes, Krainer hatte ihn in hohem Maße. Er

verstand es, nicht nur die Bedürfnisse, und zwar vor allem die geistigen Bedürfnisse, der Massen aufzugreifen und zu aktualisieren, sondern daraus auch politisches Kapital zu schmieden.

Neben Krainer waren auch andere sehr wichtige steirische Persönlichkeiten beteiligt — der Altlandeshauptmann Stepan, der Präsident Dr. Reininghaus von der Steirischen Industriellenvereinigung, Dr. Weitzendorff, Dr. Schuster, der damalige Chefredakteur der „Tagespost“, und viele, viele andere mehr. Dadurch und dank der drei Gruppen, die ich schon genannt habe, war eine ziemlich starke politische Kraft vorhanden, die nunmehr aufzutreten begann. Natürlich stieß Krainer in der Partei, als bekannt wurde, daß er in der Bewegung mitarbeitete, auf scharfe Kritik. Das ließ aber Krainer ziemlich kalt, und er ließ sich nicht beirren. Nach Vorbereischungen in Gleichenberg und Graz wurde schließlich die Gründungsversammlung am Semmering, auf der steirischen Seite, im Gasthof Pollerus in Spital, abgehalten. Sie war insofern bemerkenswert, als die Vereinigung von Gendarmerie und Polizei umgestellt war, von dem damaligen Staatssekretär im Inneministerium geleitet, was natürlich Krainer sehr ärgerte und was auch ganz unkorrekt war, was uns aber nicht aufhalten konnte, unsere Ziele zu verfolgen.

Vor allem wurde ein Wirtschaftsprogramm entwickelt, das übrigens von Raab sehr gutgeheissen wurde, der es als einer der ersten in die Hand bekam und es sehr lobte.

Wichtig war uns eine starke Vertretung der Länder in der Gesamtpolitik der ÖVP, vor allem aber dafür zu sorgen, daß bei der Ablöse des Bundeskanzlers Raab, die ja schon am Horizont in Sicht war, der richtige Mann aus den Ländern herangezogen werde.

Personell lautete unser Programm sehr simpel: „Krainer an die Macht.“ Und das entwickelte sich auch ganz gut, nur meiner Meinung nach geschah hier ein Fehler, und zwar zum Teil durch den Landeshauptmann Krainer selbst. Nachdem sich also praktisch unser Gewicht schon zur Geltung gebracht hatte, wurde er von Raab zu einer vielstündigen Aussprache eingeladen. Anschließend kam er zu mir in meine Wohnung in Wien und sagte: „Du, jetzt habe ich alles besprochen, es wurden alle Punkte beigelegt. Wir können durchaus zufrieden sein, und ich glaube, daß wir hier den Durchbruch gewonnen haben.“ Ich sagte damals: „Lieber Herr Landeshauptmann, ich geb‘ Dir jetzt einen guten Rat: Ich kenn‘ diese Leute hier besser als du und länger. Du setzt dich jetzt hin und schreibe‘ an 20 politische Persönlichkeiten der ÖVP einen Brief, worin das, was du mir jetzt gerade gesagt hast, wiederholt wird. Dann können zwei Dinge eintreten: Entweder wird man dann sofort sagen: „Das stimmt nicht“, man wird es dementieren, dann können wir gleich unseren Kampf wieder aufnehmen. Oder aber man wird dann gezwungen sein, durch die Wirkung dieser Aktion die Dinge dann auch so, wie besprochen, durchzufüh-

ren.“ Krainer wollte aber so weit nicht gehen.

Jedenfalls wurde damals ein wichtiger Zeitpunkt versäumt. Als dann im Februar 1960 Gorbach zum Nachfolger Raabs als Parteiobmann gewählt wurde, war das etwas anderes. Gorbach gehörte nicht der NÖG an.

Wenn ich zusammenfasse, so war die NÖG seit dem Krieg die erste große Reformbewegung in der Volkspartei. Sie erreichte zwar ihre personellen Ziele nicht, weil vor allem Krainer nicht zum Bundeskanzler bestellt wurde. Ich habe immer die Meinung vertreten, daß wir mit Krainer Jahrzehnte hätten regieren können. Denn er wußte wirklich die Stimme des Volkes zu vertreten. Er war ein praktischer Politiker, übrigens keineswegs ein Gegner der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. Im Gegenteil, er hat immer wieder Vorschläge gemacht, wie man alle Parteien in diese Zusammenarbeit einbauen könnte. Aber die NÖG bewirkte doch soviel, daß die ÖVP einen neuen Charakter erhielt und zunächst einmal wieder vorstößen konnte. Im ganzen glaube ich, daß die NÖG eine sehr befriedigende Wirkung hatte, die allerdings potenziert worden wäre, wenn es damals gelungen wäre, den steirischen Landeshauptmann nach Wien zu bringen, obwohl er selbst keine allzu große Neigung dazu zeigte.

¶ Dieser Beitrag ist die gekürzte Wiedergabe eines Gesprächs, für das sich Minister Dr. Gruber dankenswerterweise zur Verfügung stellte.

Hermann Geißler

DAS PROTESTANTENGESETZ 1961

1. Einleitung

1957, in meiner ersten Klubsitzung im Parlament, beauftragte mich Bundeskanzler Raab, an den damals laufenden Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Protestantengesetzes mitzuwirken. Ich habe daher insbesondere mit dem damaligen zuständigen Referenten im Unterrichtsministerium, Min.-Rat Dr. Sagburg, der ein hervorragender Kenner der doch ziemlich komplizierten Materie war, und mit Kirchenkanzler Dr. Pickl im evang.-Oberkirchenrat viel zusammengearbeitet und im Herbst 1957 anlässlich der Budgetdebatte beim Kapitel Unterricht meine erste Rede über Anliegen der evangelischen Kirche

in Österreich gehalten. Diese Rede fand in der evangelischen Presse Österreichs (Die Saat) und in der BRD in der Zeitung „Christ und Welt“ starke Beachtung, weil seit der Wortmeldung des evangelischen Pfarrers Schneider auf dem Kremsierer Reichstag 1849 im Österreichischen Parlament kein Abgeordneter mehr über evangelische Wünsche und Anliegen der Kirche gesprochen hatte.

Diese meine Monopolstellung in ÖVP-Klub brachte es mit sich, daß ich während meiner Arbeit im Parlament, die sich hauptsächlich mit Fragen der Sozialversicherung, der verstaatlichten Industrie und mit dem Rechnungshof befaßte, immer wieder allein mit den Proble-

men der evangelischen Kirche konfrontiert wurde. So habe ich auch in den Budgetdebatten im Jahre 1958, 1959 und 1960 über Anliegen der evangelischen Kirche gesprochen und war im Jahre 1961 Hauptredner der ÖVP bei der Verabschiedung des Protestantengesetzes. Weiters war ich 1962 Berichterstatter bei der Beschlüßfassung des Bundesgesetzes über einen Beitrag zur Errichtung des evangelischen Schulwesens im Burgenland und 1967 Hauptredner zum Bundesgesetz über die Bundesleistung an die evang. Superintendentenz A. B. Salzburg und Tirol. Auch bei den Landtagswahlen in Salzburg, Oberösterreich und Kärnten wurde ich als evangelischer Abgeordneter als Wahlredner be-

sonders in ehemaligen Toleranzgemeinden (Hallstatt, Afritz) eingesetzt und habe zum Teil sehr rege Kontakte und Verbindungen mit Organisationen und Institutionen der evangelischen Kirche gepflogen. Über besonderen Wunsch von Bundeskanzler Dr. Klaus habe ich 1966 zum Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Bonn Verbindung aufgenommen (Bundesminister Schröder, MdDB Rollmann, Schmid, Wex, Benda) und durch gegenseitige Besuche in Bonn, Wien, Salzburg und München in den folgenden Jahren laufend vertieft. Diese Verbindungen sind bedauerlicherweise nach meinem Ausscheiden aus dem Parlament 1970 gänzlich abgebrochen.

Darüber hinaus war ich stellvertretender Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises in der ÖVP-Bundesparteileitung und habe an der Errichtung von Kontaktkomitees zur evangelischen Kirche in den Bundesländern mitgewirkt.

2. Auszüge aus meinen Parlamentsreden 1957/1961

Rede am 6. Dezember 1957:

Noch niemals waren die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und Österreich so gut und so loyal wie gerade jetzt in der Zweiten Republik. Noch niemals zuvor hat zwischen dem Herrn Ressortminister und dem Kultusamt einerseits und den höchsten Stellen der evangelischen Religionsgemeinschaft andererseits in allen Belangen bestanden als heute. Das wollen wir als evangelische Christen, die wir ja in Österreich eine Minderheit darstellen, besonders dankbar vermerken, wenn wir auch da und dort gerne das eine oder das andere noch besser geregelt sehen würden.

Dieses an und für sich gute Verhältnis hat aber einen Schönheitsfehler. Es beruht nämlich derzeit auf keiner eindeutig gesetzlich verankerten Grundlage. Es dürfte bekannt sein, daß nach den zwei für die evangelischen Christen in Österreich bedeutsamen Gesetzeswerken von 1781 und 1861 das dritte, welches die gesetzlich fundierte Gleichberechtigung unserer evangelischen Kirche bringen soll, noch immer aussteht. Bereits 1918 war das Kaiserliche Patent veraltet und seit 1920 bemühte sich unsere Kirche um ein modernes Gesetz, das die äußeren Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche in Österreich regeln soll. Um das alte Protestantentpatent wurde damals zwölf Jahre gerungen, zu einer Einigung über das neue Gesetz zu gelangen versuchen wir jetzt fast 30 Jahre.

Im Jahre 1938 stand man fast vor einer befriedigenden Lösung; die Besetzung Österreichs hat diese aber verhindert. Von den Nationalsozialisten wurden die meisten Paragraphen des alten Patents außer Kraft gesetzt und neue Gesetze und Verordnungen, selbstverständlich im Sinne einer grundsätzlich kirchenfeindlichen Einstellung, erlassen. Daher stehen von den 25 Paragraphen des Patentes vom Jahre 1861 derzeit nur noch vier ungefrochen in Kraft. Andere weitverstreute Bestimmungen sind heute die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche und dem Staat. Die eigentliche, ich möchte fast sagen die wesentliche, Grundlage aber bildet eine Art Gentlemen's Agreement, welches sich vorbildlich zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten unserer Kirche und unseres Staates herausgebildet hat.

In der Regierungserklärung vom 4. Juli 1956 hat der Herr Bundeskanzler der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es möglich sein werde, das Verhältnis zwischen Österreich und der katholischen Kirche sowie das Verhältnis zur evangelischen Kirche auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Nun geht aus dieser Erklärung hervor, daß die Regelung des Protestantentpatentes eng mit der Regelung des Konkordates zusammenhängt. Der Staat wird selbstverständlich die gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften gleich zu behandeln haben. Wir als evangelische Christen können daher erwarten, daß das, was im Konkordat der katholischen Kirche eingeräumt wird, sinngemäß natürlich auch uns zukommt.

Rede am 5. Dezember 1958:

Mit Freude und besonderer Genugtuung dürfen wir evangelische Christen heute feststellen, daß wir im vergangenen Jahr wieder einige wesentliche Schritte vorwärtsgekommen sind.

Kurz nach Verabschiedung des Budgets 1958 haben Anfang dieses Jahres die entscheidenden Vorbereitungen für jenes Gesetzeswerk eingesetzt, welches an Stelle des nur noch in einigen Paragraphen gültigen Protestantentpatentes vom Jahre 1861 treten soll. Bei Behandlung dieser sehr umfassenden Materie konnte eine von mir vorgetragene wichtige Forderung durchgesetzt werden, die darin bestand, daß die Ausarbeitung und Vorlage des Protestantengesetzentwurfes nicht mit der Lösung und Bereinigung der Konkordatsfrage junktiniert werden. Alle Verhandlungen mit jenen Behörden und Ressorts, welchen ein Mitspracherecht bei dieser Gesetz-

werdung zusteht, konnten daher unabhängig vom jeweiligen Stand der Konkordatsverhandlungen geführt werden.

Rede am 4. Dezember 1959:

Es sei hier dankbar bemerkt, daß der Herr Unterrichtsminister Dr. Drimmel durch seine moderne Konzeption jene Voraussetzungen geschaffen hat, die einen baldigen Abschluß der seit 1952 geführten, oftmals unterbrochenen Verhandlungen über diese für die evangelische Kirche so wichtige Materie möglich erscheinen lassen: Die Kirche soll in ihrer Eigenständigkeit unangetastet und von Staatseingriffen und Staatsaufsicht im wesentlichen freibleiben, ohne aber daß der Staat die Absicht hat, sich am Eigenleben und an der Entfaltung auch unserer Religionsgemeinschaft etwa desinteressiert zu zeigen. Zählt doch unsere evangelische Kirche mit zu den Fundamenten unseres abendländischen christlichen Kulturstaares Österreich.

Die angestrebte echte Konkordanz soll das Verhältnis von Kirche und Staat kennzeichnen.

Was die Regelung jener Ansprüche anlangt, die sich aus der Durchführung der Bestimmung des Artikels 26 des österreichischen Staatsvertrages für die evangelische Kirche ergeben, so wurde bekanntlich durch das Bundesgesetz vom 17. Dezember 1958, BGBl. Nr. 294, eine Übergangslösung gefunden. Der katholischen Kirche wurde ein Betrag von 100 Millionen Schilling, der evangelischen Kirche ein Betrag von 5 Millionen und der altkatholischen Kirche ein solcher von 300.000 S als Vorschuß aus Staatsmitteln ab dem Jahre 1958 gewährt. Dieses Provisorium wird auch noch für das Jahr 1960 gelten.

Rede am 2. Dezember 1960:

... In meiner Rede vor dem Hohen Haus im vergangenen Jahr konnte ich darauf hinweisen, daß in vielen Belangen und Bereichen die beiden großen Konfessionen vielfach weltweit zusammenarbeiten und gemeinsam wirken. Die in der Zwischenzeit erfolgte Ankündigung eines neuen Vatikanischen Konzils hat sicherlich auch dazu beigetragen, interkonfessionelle Gespräche aufzunehmen oder auf breitere Basis zu stellen. Diese Tatsache war auch Anlaß, an der evangelischen Fakultät in Wien einen Lehrraumtag für Kontroverstheologie zu erteilen, ein Auftrag, der die Aufgabe zu erfüllen hat, die katholische und evangelische Theologie in ihrem Spannungsverhältnis darzustellen, wobei zu erwähnen wäre, daß dieser wissen-

schafliche Auftrag der erste im deutschsprachigen Raum ist.

Wir stehen am Anfang einer neuen bedeutsamen Entwicklung der christlichen Kirchen und können erfreulicherweise feststellen, daß auch weiterhin auf verschiedenen Gebieten zu gemeinsamen Aktionen geschritten werden soll, so bei der Missionsarbeit, die nach einer Anregung aus Frankreich von beiden Kirchen gemeinsam zu tragen wäre.

Rede am 6. Juli 1961:

(Abschließende Debatte zum Protestantengesetz)

Das entscheidende Verdienst an der Gesetzverdung der neuen Magna Charta der evangelischen Kirche in Österreich kommt aber Herrn Unterrichtsminister Dr. Drimmel zu. So wie mit dem Toleranzpatent Josephs II. vom Jahre 1781 der Name des damaligen Staatskanzlers Kaunitz verbunden ist, wie mit dem Protestantengesetz von 1861 der Name des seinerzeitigen Kultusministers Ritter von Schmerling aufs engste verknüpft bleiben wird, so

geht das neue Konzept, welches diesem Gesetze zugrunde liegt, auf die persönliche Initiative des Herrn Ministers Dr. Drimmel zurück und wird für alle Zukunft mit seinem Namen verbunden sein.

In fünfjähriger sorgfältiger und mühevoller Vorbereitung haben zusammen mit den anderen befassten Ministerien der Herr Unterrichtsminister und seine Mitarbeiter in engster Fühlungnahme mit dem Evangelischen Oberkirchenrat unter Leitung des Herrn Bischofs Dr. May diesen vor uns liegenden Gesetzentwurf erstellt.

Am 4. April 1961 hat die von der evangelischen Kirchenleitung zu einer außerordentlichen Tagung nach Wien einberufene Generalsynode der evangelischen Kirche A. und H. B. den ihr vom Ministerkomitee übermittelten Rohentwurf des Gesetzesentwurfes nach gewissenhafter Beratung einstimmig gutgeheissen.

Es ist dem Jubiläumsjahr 1961, in welchem die evangelische Kirche am 7. April den hundertsten Jahrestag der Erlassung des Protestantengesetzes gebührend feierte, vorbe-

halten geblieben, die langersehnte endgültige gesetzliche Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat zu bringen.

Mit dem Grundsatz der „freien Kirche im freien Staat“ stellt das neue Gesetz einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen evangelischer Kirche und dem Staat dar. Dieser Grundsatz darf nun keineswegs als die liberale Trennung von Kirche und Staat im Sinne einer Distanzierung des Staates von der Kirche verstanden werden. Nach dem Konzept des Herrn Ministers Dr. Drimmel sollen vielmehr Staat und Kirche unvermischt, aber ungetrennt in einem Verhältnis echter Partnerschaft zueinander stehen. Diese Partnerschaft schließt die Anerkennung der Kirche als einen dem Staat vorgegebenen Organismus ein. Die Kirche wird als eine vom Staat unabhängige GröÙe anerkannt und genießt volle Selbstverwaltung und Eigengesetzlichkeit. Der Staat als echter Partner distanziert sich nicht, er fördert in jeder Hinsicht die Arbeit der Kirche.

Hans Vollmann

MEINE MITARBEIT BEIM ASVG

101

Da ich von Beruf seit 1930 Sozialversicherungsangestellter war und im Laufe der Jahre durch die politischen Ereignisse in allen Sparten (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) praktische Erfahrungen sammeln konnte, wurde ich bereits im Herbst 1945, zunächst als Vertreter der steirischen Landwirtschaft (ich war damals Abteilungsleiter der Landwirtschaftskammer), zu den ersten Verhandlungen über die Neugestaltung der österreichischen Sozialversicherung nach Wien geschickt. So hatte ich Gelegenheit, an der Vorbereitung aller Sozialversicherungsgesetze seit 1945 mitzuwirken. Zunächst ging es darum, die laufenden Renten auszuzahlen. Fast alle Unterlagen waren durch Kriegseinwirkung verlorengegangen. Der einzige Nachweis über die Anspruchsberechtigten war die Auszahlungsliste der Postsparkasse, aus welcher die Anschrift der Rentner und der Auszahlungsbetrag zu erschien waren. Weiters ging es um die Wiedererrichtung der einzelnen Institute und ihre Selbstverwaltung. Ich habe an den Beratungen meistens als einziger Vertreter der Bundesländer an Anfang an teilgenommen und so gut es ging die

Interessen der ÖVP vertreten. Dies war dann auch der Grund, warum mich Landeshauptmann Krainer, der die Bedeutung der Sozialversicherung erkannte, bei der Wahl 1949 für den Nationalrat vorschlug. Dadurch hatte ich die Möglichkeit, die Dinge bis zur Gesetzverdung zu beeinflussen. Ich besaß zwar das Vertrauen des Bauernbundes und des AAB im ganzen Bundesgebiet, viele unserer Vertreter der Wirtschaft waren aber der Meinung, daß das, was ich vertrete, weitgehend sozialistisches Gedankengut wäre. Als die Verhandlungen über ein Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG) ins Stocken gerieten, bewog man Bundeskanzler Raab, selbst den Vorsitz bei den weiteren Verhandlungen zu übernehmen. Ein Ausschuß sollte ihn dabei unterstützen. Zunächst wollte er mich in diesen Ausschuß gar nicht aufnehmen. Erst als der Generalsekretär des AAB, Ignaz Köck, erklärte, er könne auf meinen fachlichen Rat nicht verzichten und auch der Bauernbund Wert auf meine Mitarbeit legte, war er bereit, mich einzuladen. Raab hat dann sehr bald erkannt, wie wichtig diese Einrichtungen sind, und so konnte ich

meine Auffassungen immer vertreten und vielfach auch durchsetzen. Ein großer Vorteil für die Verhandlungen war, daß zwischen den beiden Verhandlungsführern Bundeskanzler Raab (ÖVP) und Präsident Böhm (SPÖ) ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis bestand. Auf fachlicher Ebene trat bei der SPÖ der Abgeordnete Friedrich Hillegeist hervor, mit dem ich bald sehr gut zusammenarbeiten konnte, weil wir in rein fachlichen Punkten vielfach einer Meinung waren. Er hatte es oft recht schwer, unsere Absprachen bei seinen Parteifreunden durchzusetzen. Bei uns war anstelle von Generalsekretär Köck der Abgeordnete Johann Reich ins Verhandlungskomitee eingetreten. Obwohl ihm zunächst die Materie fremd war, hat er sich in kürzester Zeit gut eingearbeitet und war ein sehr geschickter, verantwortungsbewußter Verhandler. Als Vertreter der Wirtschaft gehörte unserem Verhandlungsteam noch der Abgeordnete Dr. Hofeneder an. Auch mit ihm war die Zusammenarbeit gut, und gemeinsam konnten wir manche Formulierung durchsetzen, die dem ganzen Werk zugute kam. Wie gesagt, war ich der einzige

Nicht-Wiener in dieser Verhandlungsminute. Es war gar nicht leicht, immer an diesen Verhandlungen teilzunehmen, weil ich ja in Graz berufstätig war und die Verkehrsverhältnisse nicht gerade günstig waren. Trotzdem habe ich bei kaum einer Sitzung gefehlt. Dies führte dann auch dazu, daß mich auch die sozialistischen Vertreter anerkann-

ten. Die Verhandlungen um das ASVG unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Raab dauerten von Dezember 1954 bis zum September 1955. Als das große Gesetzeswerk dann am 9. September 1955 vom Nationalrat beschlossen war, blieb der Unterausschuß, nunmehr unter Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Bruno Pittermann, weiter bestehen und

wurde mit allen nachfolgenden Gesetzen und Novellen befaßt. Ich war bis zu meinem Ausscheiden im Herbst 1971 Mitglied dieses Ausschusses und hatte so Gelegenheit, an allen Sozialversicherungsgesetzen unmittelbar mitzuwirken.

Edda Egger

POLITISCHE ARBEIT STEIRISCHER FRAUEN

Schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entsandten die größeren steirischen Parteien Frauen in politische Gremien. So waren Frieda Mikola und Marianne Millwisch-Kaufmann als Abgeordnete der Christlichsozialen Partei im Steiermärkischen Landtag tätig. Olga Rudel-Zeynek wurde 1927 in den Bundesrat entsandt und war dort auch Vorsitzende. An diese Entwicklung knüpften die Steirische Volkspartei im Jahre 1945 unmittelbar an.

Frau Frieda Mikola wurde die erste Landesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung in der Steiermark und als erste Frau der Steirischen Volkspartei zur Abgeordneten zum 102 Nationalrat gewählt. Durch ihre vorhandene Erfahrung in politischer und organisatorischer Arbeit wie durch ihre kraftvolle Persönlichkeit mit klaren, menschlichen Grundsätzen und ungewöhnlicher politischer Begabung wirkte sie sehr erfolgreich und wurde in Partei und Bevölkerung hoch geachtet und geschätzt. Sehr rasch baute sie die Organisation der Frauen in allen Bezirken und vielen Ortsgruppen auf. Ihre Gabe, Mitarbeiterinnen zu finden und zu gewinnen, zeigte sich hier besonders. Sie legte immer Wert darauf, in den Frauen sowohl den Sinn und die Fähigkeit zu politischer Sicht und Arbeit zu wecken als auch zur Gemeinschaftsbildung und Geselligkeit durch den entsprechenden Rahmen bei dieser politischen Arbeit beizutragen. So war die steirische Frauenbewegung von Anfang an eine Organisation mit weitgestreuten politischen Interessen und nicht nur ein Sozial- oder gar Geselligkeitsverein.

Als Landesleiterin gelang es Frieda Mikola beim Neubeginn im Jahr 1945 auf allen politischen Ebenen, daß Frauen als Mandatarinnen auf sicheren Plätzen nominiert und gewählt wurden, und zwar unmittelbar von der Frauenbewegung nominiert, so daß bei Ausfall oder Rücklegung einer Mandatarin die nächste Kandidatin der ÖFB nach-

rücken konnte. In keinem anderen Bundesland wurde die politische Mitarbeit der Frauen in der ÖVP so planmäßig aufgebaut wie durch Frieda Mikola, vielfach auch mit Förderung durch die Gesamtpartei. Die Tätigkeit der Mandatarinnen wirkte sich nicht nur in Anträgen und anderen Initiativen aus, sondern diese Frauen konnten bei Veranstaltungen der ÖFB in der ganzen Steiermark darüber berichten. Damit wurde ein breites Verständnis für politische Fragen und Lösungen in der Bevölkerung geweckt. Es ist wohl kein Zufall, daß die Steiermark trotz einer sozialen und beruflichen Struktur, die üblicherweise zum Sozialismus tendiert, ein Land mit einer ÖVP-Mehrheit blieb — eben auch durch Mitwirkung der Frauen.

Die steirische Frauenbewegung ist auch heute die mitgliederstärkste Frauenorganisation aller Bundesländer. Als ich als Landesleiterin einmal eine neu gewählte junge Ortsleiterin fragte, warum sie dieses nur mit Arbeit und Verantwortung verbundene Amt auf sich nehme, antwortete sie kurz und bündig: „Weil ich die Gemeinschaft mag und den Kindern eine politische Meinung mitgeben können muß.“ Das war gerade in den Jahren, in denen junge Menschen, besonders aus bäuerlichen Familien, als Arbeitnehmer in die Industrie usw. abwanderten und sich erstmalig mit gezielter SPÖ-Beeinflussung auseinanderzusetzen hatten.

Durch die Folgen eines Unfalls mußte Frieda Mikola 1949 ihr Nationalratsmandat abgeben, blieb aber bis zu ihrem Tod im Jahr 1958 Landesleiterin der ÖFB. Sie erkämpfte und erhielt in diesen Jahren fortlaufend die politischen Positionen der Frauen in der steirischen ÖVP. Ab 1953 konnte wieder eine steirische Frau in das Parlament einziehen. Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer wurde Mitglied des Bundesrates und in einer Periode auch dessen Vorsitzende; ab 1957 war sie Ab-

geordnete zum Nationalrat und leistete durch ihre Arbeit in der Gesetzgebung und durch ihre Initiativen Hervorragendes. In diesem Jahr löste auch ich die Abgeordnete Sophie Wolf im Steiermärkischen Landtag ab.

Politischer Weitblick veranlaßte Frieda Mikola nicht nur zu Aktivitäten innerhalb der ÖVP, sondern auch in politischen Randbereichen. Sie war eine der Gründerinnen der Europäischen Frauen-Union, eines Zusammenschlusses europäischer Politikerinnen christdemokratischer und konservativer Parteien, die sich für ein gemeinsames Europa einsetzen und bis heute dafür arbeiten.

Zu den Mitgliedern dieser Union gehörte auch die heutige britische Premierministerin Margaret Thatcher.

Kurz vor ihrem Tod sagte mir Frieda Mikola einmal: „Die politische Arbeit der Frauen in der ÖVP ist im Lauf der Jahre schwieriger geworden.“ Dieser überraschende Ausspruch machte mich nachdenklich. Die Begründung fand ich darin, daß, gerade weil die Frauen politisch gut gearbeitet hatten, den männlichen Politikern die Konkurrenz durch die Frauen bewußt geworden war. Wer gibt schon gern und freiwillig Macht und Positionen ab?

So konnten zwar die nachfolgenden Landesleiterinnen — 1958 bis 1964 Dr. Elvira Keifl, 1964 bis 1975 Edda Egger, 1975 bis 1977 Wilma Moser und seither Waltraud Klasic — die steirische Frauenbewegung in Organisation, Mitgliederzahl und finanzieller Grundlage fortlaufend ausbauen, aber die Nominierung von Kandidatinnen wurde sehr erschwert, statt wie in den übrigen Bundesländern ausgebaut zu werden. Nur die Zahl der Gemeinderätinnen gelang es laufend zu erhöhen. Noch 1958 gab es nur in der Steiermark und in Wien weibliche Landtagsabgeordnete, heute gibt es sie in jedem Landtag, und die meisten Länder entsenden auch eine

oder mehrere Frauen in das Parlament. Nur in der Steiermark blieb die Zahl gleich, und selbst hiefür mußte schwer gerungen werden. Erst in letzter Zeit gibt es Fortschritte mit nun vier Steirerinnen in gesetzgebenden Körperschaften und mit der Wahl von LAbg. Waltraud Klasnic zur Dritten Landtagspräsidentin.

Heute verändert sich Politik immer stärker von der Interessenpolitik der Berufsgruppen hin zu den allgemeinpolitischen Fragen der gesamten Bevölkerung, wie Umwelt-, Gesundheits-, Arbeitsplatz- und sonstiger Sozialpolitik, Schul- und Kulturproblemen, Verkehrs-, Wohnbau- und Energiepolitik. Diese allgemeinen Probleme berühren

das Leben der Frauen besonders. Es wäre daher auch im parteipolitischen Interesse der ÖVP, mehr Frauen in die aktive politische Arbeit einzubeziehen. Ohne Zweifel würden Frauen mit neuer Sicht und mit ihrer Begabung für praktische Lösungen Wertvolles für die Bevölkerung und für die ÖVP leisten.

Hans Vollmann

DIE BILDUNG DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG 1945

Im Mai 1945 wurde unter der Patronanz der Russen aus den Vertretern der drei zugelassenen Parteien eine provvisorische Landesregierung gebildet.

Zum Landeshauptmann wurde der Vertreter der SPÖ, Reinhard *Maehold*, ernannt; als Erster Landeshauptmannstellvertreter der Vertreter der ÖVP, Dr. Alois *Dienstleider*, und als Zweiter Landeshauptmannstellvertreter der Vertreter der KPÖ, Viktor *Elser*. Als weitere Vertreter der ÖVP wurden Ök.-Rat Anton *Pirchegger*, Bauer in Allerheiligen im Mürtal, und Josef *Schneeberger*, Schlossermeister in Graz-Eggenberg, in die Landesregierung entsandt. Das größte Problem, das gelöst werden mußte, war das Ernährungsproblem, da die Menschen in den Städten und Industriorten hungrigten. Die Bauern wurden immer wieder aufgerufen, alle nur irgendwie entbehrlichen Lebensmittel abzuliefern.

Da man mit der Aufteilung der verantwortlichen Funktionen auf drei angeblich gleich starke Parteien nicht einverstanden sein konnte, einigte man sich in Wien für das ganze Bundesgebiet auf die Auszeichnung von Wahlen für den Nationalrat und die Landtage am 25. November 1945.

Die Vorbereitung dieser Wahlen war sehr schwierig. Einerseits durften ehemalige Nationalsozialisten nicht wählen, andererseits befanden sich noch viele Österreicher in Kriegsgefangenschaft. Außerdem wollten viele von politischer Arbeit oder vom Bekennen zu einer Partei nach den Erfahrungen der letzten Jahre nichts wissen. Es war auch

sehr schwer, die notwendigen Kandidaten zu finden. Wir waren damals Tag und Nacht bei schwierigsten Verkehrsverhältnissen unterwegs, um aufzuklären und die Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen. Doch die Strapazen lohnten sich. Bei der Wahl konnte die ÖVP im Bund und im Land die Mehrheit erringen. Auch ich wurde im oststeirischen Wahlkreis in den Landtag gewählt, obwohl ich überhaupt nicht damit gerechnet hatte. Der steirische Landtag bestand aus 48 Mitgliedern, davon gehörten 26 der ÖVP, 20 der SPÖ und zwei der KPÖ an.

Bei der Vorbereitung der konstituierenden Sitzung des Landtages wurde ich für das Amt des Präsidenten vorgeschlagen. Da ich als junger Abgeordneter ablehnte, weil mir die Erfahrung für dieses Amt fehlte, einigte man sich auf Josef *Wallner*, der immerhin den Vorteil hatte, schon vor 1938 dem Landtag angehört zu haben.

Am 12. Dezember 1945 hat sich der Landtag konstituiert, und Josef *Wallner* wurde zum Ersten und Franz *Stockbauer* als Vertreter der SPÖ zum Zweiten Landtagspräsidenten gewählt. Als Schriftführer wurden die Abgeordneten *Vollmann* (ÖVP), *Hofmann* (SPÖ) und *Fischer* (KPÖ) gewählt.

Nun begannen die Verhandlungen über die Bildung der Landesregierung, die nach dem Wahlergebnis aus fünf Vertretern der ÖVP und vier Vertretern der SPÖ bestehen mußte.

In der ÖVP einigte man sich auf folgenden Vorschlag: Ök.-Rat Anton *Pirchegger* Landeshauptmann,

Hugo *Mrazek* Landeshauptmannstellvertreter und Ök.-Rat Josef *Hollersbacher*, Anton *Bauer* und Josef *Krainer* als Landesräte.

Bei der Klubsitzung am 28. Dezember 1945 stand dieser Vorschlag zur Diskussion. Knapp vor Beginn der Landtagssitzung kam der designierte Landeshauptmann *Pirchegger* in den Club und teilte uns nach einer längeren Einleitung mit, daß er mit dem Vorschlag nicht einverstanden sein könne. Als Bauer habe er zuwenig Erfahrung in der gewerblichen und industriellen Wirtschaft, und so müsse er entsprechend erfahrene Mitarbeiter haben. Daraum schlage er vor, anstelle von Hugo *Mrazek* Dipl.-Ing. *Uder* zum Landeshauptmannstellvertreter und anstelle von Anton *Bauer* DDr. Udo *Illig* zum Landesrat zu nominieren. Natürlich wurde gegen diese Änderung protestiert, und es gab eine erregte Debatte. Da *Pirchegger* aber behauptete, diesen Vorschlag in den Weihnachtsferien mit den zuständigen Bündebüromännern abgesprochen zu haben und auch die Landesparteileitung von ihm informiert worden sei, stimmte der Club schließlich zu. Zu bemerken ist noch, daß auch die unmittelbar Betroffenen vorher nicht informiert waren, und so gab es Verärgerungen und auch Bedenken.

Die Wahl der Regierungmitglieder erfolgte dann im Landtag einstimmig, und auch die weitere Zusammenarbeit klappte recht gut. Die Freude, wieder ein selbständiges Österreich zu haben, ließ uns alle Schwierigkeiten leichter erscheinen und zuversichtlich an die Aufbauarbeit gehen.

WAHLEN

Landtagswahlen seit 1945

Termin	ÖVP			SPÖ			FPÖ			KPÖ					
	Stimmen	Prozente	Mandate	Reg. Sitz	Stimmen	Prozente	Mandate	Reg. Sitz	Stimmen	Prozente	Mandate	Reg. Sitz	Stimmen	Prozente	Mandate
25. Nov. 1945	261.065	53	26	5	204.774	41,6	20	4	—	—	—	—	26.542	5	2
9. Okt. 1949	279.453	42,9	22	4	243.861	37,4	18	4	94.696	14,6	7	1	29.528	5	1
22. Feb. 1953	268.546	40,7	21	4	271.162	41,1	20	4	89.837	13,6	6	1	29.039	4	1
10. Mrz. 1957	315.197	46,4	24	5	296.383	43,6	21	4	46.103	6,8	3	—	17.590	3	—
12. Mrz. 1961	330.164	47,1	24	5	292.068	41,7	20	4	50.726	7,3	3	—	26.880	4	1
14. Mrz. 1965	341.308	48,4	29	5	297.166	42,4	24	4	41.165	5,8	2	—	22.535	3	1
15. Mrz. 1970	356.325	48,6	28	5	327.906	44,7	26	4	38.641	5,3	2	—	9.904	1	—
20. Okt. 1974	388.283	53,3	31	5	300.189	41,2	23	4	30.606	4,2	2	—	9.804	1	—
8. Okt. 1978	384.902	52,0	30	5	298.559	40,3	23	4	47.562	6,4	3	—	9.878	1	—
4. Okt. 1981	384.048	50,9	30	5	322.416	42,7	24	4	38.135	5,1	2	—	10.082	1	—

Nationalratswahlergebnisse seit 1945 – Österreich

gült. Stimmen	ÖVP			SPÖ			FPÖ			KPÖ		
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
NRW 1945	3.217.354	1.602.227	49,8	1.434.898	44,6	—	—	—	—	174.257	5,4	—
NRW 1949	4.193.733	1.846.581	44,0	1.623.524	38,7	489.273	11,7	—	—	213.066	5,1	—
NRW 1953	4.318.688	1.781.777	41,3	1.818.517	42,2	472.866	11,0	—	—	—	—	—
NRW 1956	4.351.908	1.999.986	46,0	1.873.295	43,0	283.749	6,5	—	—	192.438	4,4	—
NRW 1959	4.362.856	1.928.043	44,2	1.953.935	44,8	336.110	7,7	—	—	142.578	3,3	—
NRW 1962	4.456.131	2.024.501	45,4	1.960.685	44,0	313.895	7,1	—	—	135.520	3,0	—
NRW 1966	4.531.885	2.191.109	48,4	1.928.985	42,6	242.570	5,4	—	—	—	—	—
NRW 1970	4.636.093	2.078.010	44,8	2.235.905	48,2	254.363	5,5	—	—	46.689	1,0	—
NRW 1971	4.556.990	1.964.713	43,1	2.280.168	50,0	248.473	5,5	—	—	61.762	1,4	—
NRW 1975	4.613.432	1.981.291	43,0	2.326.201	50,4	249.444	5,4	—	—	55.032	1,2	—
NRW 1979	4.729.251	1.981.739	41,9	2.413.226	51,0	286.743	6,1	—	—	45.280	0,96	—
NRW 1983	4.750.773	2.052.714	43,2	2.270.977	47,80	236.320	4,97	—	—	31.408	0,66	—
				ALÖ	abs.	%		VGÖ	abs.	%	OLAH	%
				NRW 1983	60.150	1,27		89.694	1,9	9.510	0,15	

Nationalratswahlergebnisse seit 1945 – Steiermark

gült. Stimmen	ÖVP			SPÖ			FPÖ			KPÖ		
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
NRW 1945	490.132	259.201	52,9	204.554	41,7	—	—	—	—	26.377	5,4	—
NRW 1949	653.755	280.719	42,9	244.482	37,4	94.991	14,5	—	—	29.617	4,5	—
NRW 1953	662.518	269.662	40,7	272.360	41,1	89.895	13,6	—	—	—	—	—
NRW 1956	687.110	313.510	45,6	302.325	44,0	47.513	6,9	—	—	23.762	3,4	—
NRW 1959	690.381	308.835	44,7	312.776	45,3	47.116	6,8	—	—	21.654	3,1	—
NRW 1962	704.899	327.853	46,5	304.810	43,2	48.034	6,8	—	—	24.202	3,4	—
NRW 1966	717.056	356.703	49,7	313.763	43,7	34.976	4,9	—	—	—	—	—
NRW 1970	739.546	337.463	45,6	354.023	47,9	36.877	5,0	—	—	8.988	1,2	—
NRW 1971	729.649	324.894	44,5	357.198	48,9	35.594	4,9	—	—	11.963	1,6	—
NRW 1975	740.503	325.372	43,9	372.219	50,3	33.936	4,6	—	—	8.976	1,2	—
NRW 1979	767.775	317.651	41,4	394.397	51,4	47.184	6,1	—	—	8.543	1,1	—
NRW 1983	786.901	332.591	42,27	389.110	49,45	31.258	3,97	—	—	5.988	0,76	—
			ALÖ	abs.	%		VGÖ	abs.	%	OLAH	%	
			NRW 1983	14.360	1,82		12.186	1,55	1.408	0,18		

LOWER MANHATTAN SKYLINE
NEW YORK CITY

During the normal business day ~~over~~ Manhattan is a beehive of activity where half a million people are employed.

3 API:

Joseph Smith
and his wife
Lena and their
son Joseph
Dwin Joseph

© 1971 MISTER PHOTO, INC. ALL RIGHTS RESERVED
DT-29487-C



Josef Krainer I als „ergebenster Untertan“: eine originelle Gästebucheintragung im Hause des Bauernführers Josef Wallner

19/9. 1954

wife des minn Gangpfeile.

Heute bin ich Ehrenbürger
von Kirschbach geworden und
stammt meines Freindes Josef
Wallner Bürgermeister dieses
Ortes, ergebenster Unterhahn!

W. Fabianus 
Landesbaudirektor
Hannover

Ein „lockerer“ Wahlkampftag: mit ein „Lebenselixier“ des „lärchenen Stipfs“!

<u>Steirische Landtagswahl 1961</u>			<u>Wählerversammlung</u>	<u>Moskirkchen</u>	Gb. Hochstrasser	13,00 Uhr	
<u>Vorleserversammlung des Kreises Landeshauptmann Kreisler</u>			Vorredner: NR. Dir. Dr. Karl SCHWER		Landeshauptmann	14,15 Uhr	
<u>Dienstag, 21. Februar 1961</u>			<u>Wählerversammlung</u>	<u>Kainach</u>	Kinosal	14,30 Uhr	
<u>-----</u>			Vorredner: LAbg. Johann NEUMANN		Landeshauptmann	15,45 Uhr	
<u>Schichtwechsel</u>	<u>Oberdorf</u>	<u>Glaesfabrik</u>	5,30 Uhr	<u>Wählerversammlung</u>	<u>Edelschrott</u>	Gb. Reinthaler	15,00 Uhr
<u>Betriebsbesichtigung</u>	<u>Gradenberg</u>	<u>Formandfabrik</u>	7,00 Uhr	Vorredner: NR. Dr. Theodor PFFL-PERCEVIC	Landeshauptmann	14,15 Uhr	
<u>-----</u>	<u>-----</u>	<u>-----</u>	8,00 Uhr	<u>Schichtwechsel</u>	<u>Kofach</u>	Schuhfabrik	17,00 Uhr
<u>Betriebsbesichtigung</u>	<u>Voitsberg</u>	<u>Molkerei</u>	9,00 Uhr	<u>Wählerversammlung</u>	<u>Lankowitz</u>	Gb. Harald	17,00 Uhr
<u>Betriebsbesichtigung</u>	<u>Voitsberg</u>	<u>Glasraffinerie Palme</u>	10,00 Uhr	Vorredner: NR. Dr. Theodor PFFL-PERCEVIC	Landeshauptmann	18,15 Uhr	
<u>Wählerversammlung</u>	<u>Krottendorf</u>	<u>Gb. Rieglar</u>	10,00 Uhr	<u>Empfang</u>	<u>Kofach</u>	Bohmannsaal	19,00 Uhr
Vorredner: NR. Dr. Theodor PFFL-PERCEVIC				<u>Eröffnung der Wanderausstellung</u>			
				<u>Kofach</u>			
<u>Betriebsbesichtigung</u>	<u>Voitsberg</u>	<u>Pumpenbauer</u>	12,00 Uhr	<u>Wählerversammlung</u>	<u>Stalboden</u>	Gb. Hieber	20,00 Uhr
<u>Schichtwechsel</u>	<u>Rosenthal</u>	<u>Bergbau Karlschachte</u>	13,00 Uhr	Vorredner: NR. Dir. Dr. Karl SCHWER		Landeshauptmann	21,15 Uhr

URHEB. am 20. Juli 1949.

an: Dr. H. P. Tgl. Dr. s. 022/49

Reitak Zur Beklegung.

ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI

HAUPTBEZIRKSPARTEILEITUNG LIEZEN

LIEZEN 126 / TELEPHON 12

An:

Herrn Arzt Niederl.,
Liesen.

Sehr geehrter Herr Niederl.!

Auf Grund Ihrer dienstlichen Versetzung nach Graz ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen für Ihre im Bezirk Liesen geleistete Arbeit meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank auszusprechen. Besonders möchte ich Ihnen für Ihre mühevolle Arbeit, insbesondere für AAB danken und bitte Sie, sich in Graz, wenn es Ihr Studium zulässt, weiterhin der Partei sowie hier im Bezirk zur Verfügung zu stellen.

Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Beste und Gute, einen guten Studienerfolg und verbleibe mit den

herzlichsten Parteidankungen!

Ihr

Landesparteileiter

Max Ritter



1949
1973

106





Eduard Pumpernick:

Die BH Judenburg hat sich vor dem Jahre 1938 auf das Gebiet der jetzigen BH Judenburg und BH Knittelfeld erstreckt. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges haben bekanntlich die Russen den größten Teil der Steiermark besetzt. In Judenburg aber bildete zwischen etwa 10. Mai und 26. Juli 1945 die Mitte der Murbrücke die Grenze zwischen russisch bzw. britisch besetztem Gebiet. Die Rote Armee stand am linken, die britische am rechten Murufer. Das Gebiet nördlich bzw. östlich dieser Demarkationslinie gehörte zwar theoretisch zur BH Judenburg, praktisch mußte jedoch ein selbständiger Verwaltungskörper geschaffen werden. Auf Grund dieser Umstände hat es damals der spätere sozialistische Nationalrat Eibegger bei der prov. Bundesregierung erreicht, daß eine eigene Bezirkshauptmannschaft Knittelfeld — so wie sie jetzt existiert — geschaffen wurde. Ich habe also ab 1. Juni 1945 den Bezirk Knittelfeld und nach Abzug der Russen am 26. Juli 1945 den jetzigen Bezirk Judenburg aufgebaut, alle Partei-Ortsgruppen gegründet und zum Teil auch die Bürgermeister eingesetzt.

Besonders stolz bin ich auf den Umstand, daß ich am 30. Juni 1945 der damaligen Landesparteileitung der ÖVP aus der Gaal allein 630 Beitrittserklärungen ablefern konnte; zu diesem Zeitpunkt hatte kein einziger Bezirk in Graz so viele Mitglieder.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Alois Dienstleider

Bestätigung.

Es wird hiermit bestätigt, dass Herr Eduard Pumpernick ermächtigt ist, den Aufbau und die Organisation der Österr. Volkspartei im Bezirk Judenburg und Murau durchzuführen.

Die in Betracht kommenden Behörden der Verwaltungsbezirke mögen die Arbeit des Herrn Pumpernick genehmigen.

Graz, den 23.6.1945.
Obige Angaben werden
beglaubigt.

Graz, am 6. Juni 1945.



Krisenrede

108

FALPINERUF

ÖAAB-Nachrichten der Betriebsgruppe Hütte Donawitz

Der Betriebsrat ist von der Belegschaft gewählt, er hat daher dieser zu dienen und nicht die Inflation- und Schuhdenominik der Regierung zu verfolgen.

Betriebe dürfen
nicht politische
Hochburgen,
sondern müssen
treidliche
Arbeitsstätten
für unsere
Wirtschaft
und unsere
Arbeitskollegen
sein!



Trotz
Mitbestimmung
muß der
Betriebsrat
in Opposition zum
Arbeitgeber und
zur Regierung
stehen, sein
Tätigkeitsbereich
ist die Belegschaft,
Ihr in allen
Belangen zu dienen
seine Aufgabe Nr. 1

Siegmund BURGER

22 Jahre ÖAAB-Betriebsrat für Donawitz
ER IST FÜR ALLE DA — STÄRKT DEN ÖAAB

Es geht um deinen
Heimatort!



Es geht um deinen
Gemeinderat!

Aufruf zur Gemeinderatswahl am 23. April 1950

MURECKER!

Wähle — aber sei wählerisch!
Wähle nicht eine Splitterpartei!

Mit Splittern kann man nicht aufbauen, was in sieben Jahren
heruntergesunken ist! Wer Mureck einem politischen
Abenteuer ausstieß, schadet nicht nur seinem Heimatort,
sondern vor allem sich selbst. Der gesunde Verstand will
Verständigung! Diese Verständigungswilligen haben wir in
Mureck. Fassen doch die Erfahrung der anderen Gemeinden
Danke für eure Hilfe, wir wollen aber auch nicht, daß man
uns das Fundament abgräbt, auf dem wir bauen müssen!
Nur der Anschluß an die mächtigste, an die Regierungspartei,
kann für unseren Grenzort Mureck, für unsere Heimat,
segensreich sein! Wir wollen an einem Strang ziehen
und nicht auf allen Wändenrichtungen!

Nicht zersplittern, nicht zerpalten!
Fest und eng zusammenhalten!

Jede Stimme für das Wohl von Mureck!

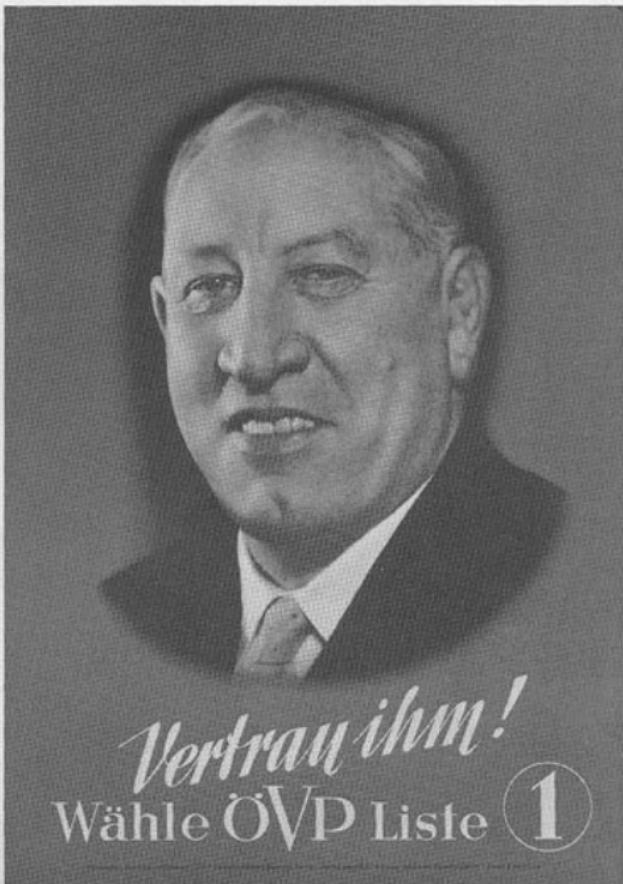
Jede Stimme für die ÖVP!

Stimmt jetzt schon Ihren Kandidaten:

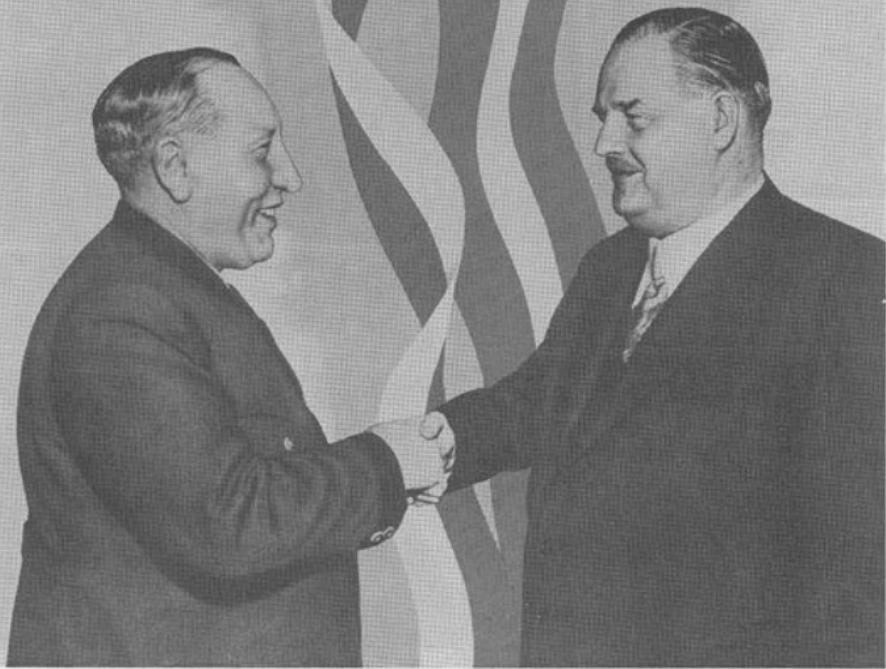
Ing. Anton Weber, Betriebsrat
Herr Gruschnig, Schlossermeister
Herr Kofler, Schlossermeister
Engelbert Eger, Pioniermeister
Alois Schmid, Betriebsrat
Kurt Pfeil, Landwirt

Herr Kofler, Landwirt
Rudolf Mark, Steuerbeamter
Ing. Erich Kahr, Scholzlehrer
Gustav Flatz, Landwirt
Anton Schmid, Betriebsrat
Klaus Strobl, Gastwirt

August Sommer, Landwirt
Anton Oberer, Fleischhauer
Dr. Max Prisching, Fabrikant
Franz Schmid, Fleischhauer
Anton Leitl, Gastwirt
Paul Fenzl, Landwirt



**Er
ist der Mann des Vertrauens!
Wählt Josef Krainer zum
Landeshauptmann!**



Seit 1945 das
des

Fundament
Aufstieges

